Dienstag, 27. September 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 225 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Keine Koalition: Die Freien Demokraten bekräftigen ihre Absage an eine Koalition mit der SPD in Hessen. Der FDP-Landesvorsitzende Gerhardt erklärt in einem WELT-Interview (S. 5), der Wählerauftrag laute auf ein Bündnis mit der CDU, nicht mit der SPD. Auch die Bundes-FDP – Parteichef Genscher und Generalsekretärin Adam-Schwaetzer – stützt diese Linie. In der Union Manöverkritik; die CSU ist für eine Große Koalition in Hessen.

Waffenstillstand: Kurz nach Bekanntgabe des Waffenstillstands in Libanon, der in den ersten Stunden auch eingehalten wurde, ist die libanesische Regierung unter Ministerpräsident Wazzan zurückgetreten, um einem Kabinett der „nationalen Versöhnung" Raum zu geben. (S. 1)

Weinberger in China: Als „sehr gut" bezeichnet der US-Verteidigungsminister das erste Gespräch mit seinem chinesischen Kollegen Zhang über eine eventuelle verteidigungspolitische und -technologische Zusammenarbeit. (S. 7)

DAG kritisiert Bonn: Die Grenzen des Zumutbaren seien durch die Belastung der Arbeitnehmer mit öffentlichen Abgaben überschritten, erklärt DAG-Vorsitzender Brandt zur Eröffnung des Bundeskongresses der Angestelltengewerkschaft. (S. 7 und 12)

Abrüstung: Die USA haben nach Angaben informierter Kreise den Sowjets in Genf die Begrenzung der beiderseitigen Mittelstrecken-Rüstung auf jeweils 300 Sprengköpfe in Europa vorgeschlagen. Sie seien auch bereit, statt 108 nur 36 Pershing-2-Raketen zu stationieren, wenn Moskau die Zahl der auf Westeuropa gerichteten SS-20 auf 100 abbaue. Präsident Reagan nannte in seiner Rede vor den UN keine konkreten Zahlen zu Genf; er forderte den Kreml generell zum Einlenken auf. (S.1)

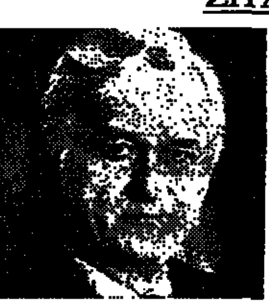
Israel: Knapp drei Viertel der Israelis sind nach einer von „Haaretz" veröffentlichten Umfrage für eine große Koalition des Likud-Blocks mit der oppositionellen Arbeiterpartei.

Flucht: Drei jungen Männern aus der *„DDR" ist am Wochenende* die Flucht über den Todesstreifen der „DDR"-Demarkationslinie nach Hessen geglückt.

Streit Kirche – Staat: Um Texte religiöser Schulbücher streiten sich die katholische Kirche Spaniens und die sozialistische Regierung in Madrid jetzt öffentlich. (S. 9)

Heute: Jahrestagung von Weltbank und IWF. – Club of Rome tagt in Budapest. – Bundesratspräsident Rau reist nach Italien. Ministerpräsident Albrecht nach Ungarn.

ZITAT DES TAGES



» Wir sind hüben und drüben Deutsche, wenn auch in zwei Staaten. Uns verbindet mehr als Sprache, Kultur und die Haftung für unsere Geschichte. Die wesentlichen Ziele stellen sich uns gemeinsam. «

Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker vor 12 000 Menschen beim Kirchentag auf dem Wittenberger Marktplatz. (S. 7)

FOTO: PAUL GLASER

WIRTSCHAFT

Zahlungsbilanz: Der Überschuß der Zahlungsbilanz werde voraussichtlich mit zehn bis 13 Milliarden DM geringer ausfallen als angenommen, erklärt Bundesbankpräsident Pöhl am Rande der IWF-Jahresversammlung.

Neue IWF-Kreditpolitik: Die Finanzminister der IWF-Mitgliedsländer haben sich nach zähen Verhandlungen auf eine neue, restriktive Politik der Kreditvergabe geeinigt, die weit hinter der Erwartung der Dritten Welt zurückbleibt. (S.13)

Mittelstand: Eine bessere Auslastung mittelständischer Unternehmen könne sich am Arbeitsmarkt positiv auswirken, erklärte Creditreform nach Befragung von mehr als 4000 Mittelstandsunternehmen. (S. 15)

BDI: Präsident Rodenstock appelliert an die Bundesregierung, ihren Konsolidierungskurs durchzuhalten.

RWI skeptisch: Das Wirtschaftsforschungsinstitut beurteilt die Chancen für einen sich selbst tragenden Aufschwung zurückhaltend.

Werft arbeitet: Die Besetzung der Bremer Werft AG Weser wurde gestern von der Belegschaft „ausgesetzt". Ab heute soll gearbeitet werden.

Börse: Am Aktienmarkt setzten sich die Kursgewinne fort. WELT-Aktienindex 139,0 (138,2). Der Rentenmarkt war freundlich. Dollar-Mittelkurs 2,6444 (2,6642) Mark. Goldpreis je Feinunze 415,00 (413,00) Dollar.

KULTUR

Levitzky gestorben: 75jährig ist Sergej Levitzky, einer der bedeutendsten *Philosophen* des russischen Exils, in Washington gestorben. Seine Philosophie des Solidarismus („Die Tragödie der Freiheit") suchte den Gegensatz von Kapitalismus und Kommunismus zu überwinden.

Prix Italia: Für die Fernsehmusik zu „Gustav III" ging der Musik-*Hauptpreis an die schwedische* Regisseurin Inger Aby. RAI-Fernseh-Sonderpreis für „Die Nachtigall" aus den Niederlanden. Als beste musikalische Rundfunkproduktion wurde ein Werk des Jugoslawen Tatic ausgezeichnet.

SPORT

Fußball: Wegen Erfolglosigkeit wurde „DDR"-Auswahltrainer Rudolf Krause seines Postens enthoben. Krause war nur zwei Jahre im Amt. (S.15)

Europapokal: Das ZDF berichtet morgen ab 22.40 Uhr 80 Minuten lang von den Rückspielen der ersten *Runde der Fußball-Europa*-cup-Wettbewerbe.

AUS ALLER WELT

Rathaus gekauft: Der Bürgermeister der schwäbischen Gemeinde Wehingen bei Tuttlingen hat „sein" Rathaus gekauft. Wehingen baut gerade ein neues Rathaus, für das alte Gebäude hatte sich kein Kaufinteressent gefunden.

Antarktis-Boom: Wissenschaftler aus aller Welt verstärken ihre Forschungen auf dem Süd-Kontinent; neue Reise der „Polarstern". (S. 20)

Wetter: Meist sonnig, Temperaturen von 20 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl will neue Debatte über Strategie der Union vermeiden

Der Kanzler besteht auf einer „offensiveren Darstellung" der Regierungspolitik

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl konzentriert sich nach dem enttäuschenden Ergebnis der CDU bei der Landtagswahl in Hessen jetzt darauf, den Ausbruch einer neuen Strategiediskussion in der Union zu verhindern. Diesem Ziel diente unter anderem *ein Telefongespräch mit dem CSU*-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, das offenbar die Bedenken des Kanzlers noch nicht ausgeräumt hat. Denn die CSU unter Strauß hatte bereits am Wahlabend unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß die Wahlempfehlung der hessischen CDU für die FDP ein Fehler gewesen sei. Diese Wahlempfehlung aber war von Kohl ausdrücklich unterstützt worden. Kohl will diese Politik auch bei der Landtagswahl 1985 in Nordrhein-Westfalen praktizieren.

Der Kanzler versicherte nach Beratungen der Spitzengremien der CDU, daß der finanz- und sozialpolitische Kurs der Bundesregierung mit dem Ziel einer Konsolidierung der Staatsfinanzen unbeirrt fortgesetzt werden solle. Das gleiche gelte für die Zusage zur Nachrüstung für den Fall eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen. Dabei wurde von Kohl freimütig eingeräumt, daß diese Politik nicht im wünschenswerten Maß honoriert worden sei. Dem Regierungschef schwebt deshalb eine „sehr viel offensivere" Darstellung dieser Regierungsbeschlüsse vor als bislang.

In der CDU-Zentrale in Bonn wird nämlich ein Unbehagen in den eigenen Reihen gleichfalls nicht verschwiegen. Es wird mit dem Satz umschrieben: „Die Leute erkennen nicht, was unsere Politik ist." Manche Konturen der Unionspolitik seien bei der Regierungsübernahme verwischt worden. Und: Die Verwirrung um den Milliardenkredit an die „DDR" und gewisse ostpolitische Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß seien an Teilen der Partei nicht spurlos vorübergegangen. Es wird auch eingeräumt, daß die Argumentation der Sozialdemokraten in der Sozialpolitik und in der Friedensfrage der CDU geschadet habe. Daß rund 100 000 CDU-Wähler in Hessen am Wahlsonntag zu Hause geblieben seien, wurde von Kohl eindeutig auf unpopuläre Sparmaßnahmen mit zurückgeführt.

SEITE 2:
Schlußfolgerungen
SEITEN 4 bis 7:
Weitere Beiträge zu den Wahlen

In seiner „Manöverkritik" riet Strauß seinen hessischen Parteifreunden, eine große Koalition mit der SPD nicht außer Betracht zu lassen. Strauß: „Ich würde in einer solchen Situation in Hessen einer großen Koalition keine Absage erteilen." Eine solche Konstellation sei nicht gerade seine Lieblingsidee, aber er habe die beste Erinnerung daran: „Das waren meine besten Ministerjahre." Der CSU-Vorsitzende war in der Großen Koalition in Bonn von 1966 bis 1969 Bundesfinanzminister.

Strauß sprach sich dafür aus, daß die Union jetzt konkret ermittelt, wie sich die Nachrüstungsdiskussion für sie auswirkt und ob genug geschehen sei, um die Friedenspolitik der Bundesregierung gerade den jüngeren Menschen klarzumachen. Wie Kohl, erkennt offenbar auch Strauß ein großes informationspolitisches Defizit. Alles in allem sei die Bonner Politik „in einer schwierigen Phase", be*merkte der CSU-Vorsitzende.*

Als paradoxe Situation bezeichnete es Strauß, daß nach der – von ihm heftig kritisierten – Wahlempfehlung der CDU für die FDP in Hessen jetzt theoretisch auch eine Koalition der Freien Demokraten mit der SPD möglich wäre. Ein solches Bündnis wurde gestern aber sowohl vom FDP-Bundesvorsitzenden Genscher als auch vom hessischen Landesvorsitzenden der Freien Demokraten, Gerhardt, definitiv ausgeschlossen. Das schlechte Abschneiden seiner Partei in Bremen führte Genscher auf die Koalitionsaussage zugunsten der SPD auf Landesebene und die ablehnenden Haltung des Bremer Landesverbandes zur Bonner Koalition der FDP mit der CDU/CSU zurück.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ließ erkennen, daß die Stoßrichtung der sozialdemokratischen Argumentation der nächsten Monate verstärkt auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik zielt. Brandt erneuerte gestern die Vorwürfe, wie sie vor allem in Hessen eine große Rolle gespielt hatten: Der „Industrieflügel" der CDU/CSU und die wirtschaftsliberale FDP seien angetreten, die Sicherung des Sozialstaates zu demontieren und wesentliche Erfolge der Arbeiterbewegung rückgängig zu machen.

DER KOMMENTAR

Die Strategie

HEINZ BARTH

Der Wahlausgang in Hessen, der eine Regierungsbildung nicht leichter macht als zuvor, hat bei den Unionsparteien zu einer Diskussion geführt, für die es eigentlich keine Diskussionsgrundlage geben sollte. Franz Josef Strauß möchte die Bildung einer großen Koalition nicht von vornherein ausschließen. Nicht weil er befürchtet, daß die in den Wiesbadener Landtag mit CDU-Unterstützung zurückgekehrten Freien Demokraten bereit sein könnten, geschlossen zu den Sozialdemokraten überzulaufen.

Strauß glaubt, daß die Unionsparteien die Möglichkeit einer großen Koalition aus einem anderen Grund offenhalten sollten: Er traut der FDP immerhin zu, es könnten sich in ihren Reihen einzelne *Abgeordnete* finden, die *Mi*nisterpräsident Börner zu der Mehrheit verhelfen, die er nur sehr knapp verfehlt hat.

Hans-Dietrich Genscher und der hessische FDP-Vorsitzende Gerhardt haben Sonntag abend mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit erklärt, daß sich die Liberalen an ihr Wahlversprechen gebunden halten, nur mit der CDU zu koalieren. Es ist schwer vorstellbar, daß es in ihrem Lager Parlamentarier gibt, die es wagen würden, sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Das käme nicht nur einem politischen Selbstmord der Betreffenden, sondern auch der Selbstzerstörung ihrer Partei gleich, die damit ihr Ansehen definitiv verspielen würde, nachdem sie die Leihstimmen, die sie zu ihrer Rettung brauchte, mit Dank entgegennahm.

Mit der großen Koalition verbindet der bayerische Ministerpräsident einige der angenehmsten Erinnerungen seiner politischen Laufbahn. Es ist gewiß zu verstehen, daß er noch einmal an sie anknüpfen möchte. Doch niemand wird ernsthaft behaupten, daß die CDU ähnlich positive Erinnerungen an das Bündnis mit den Sozialdemokraten hat, das – langfristig gesehen – nur eine Übergangslösung war, mit deren Hilfe die Unionsparteien für dreizehn Jahre aus der Macht katapultiert wurden.

O*b die Operation in der umge*kehrten Richtung genauso wie damals ausgehen würde, muß lebhaft bezweifelt werden. Bisher ist die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland den Beweis schuldig geblieben, daß die CDU/CSU aus eigener Kraft und ohne Koalitionspartner zur Bildung einer Regierung der rechten Mitte imstande wäre. Das ist der Grundgedanke, auf dem die Strategie Helmut Kohls beruht. Das ist auch die Idee, *die sich die hessi*schen Christdemokraten zu eigen machten, als sie der FDP zu Hilfe kamen. Es gibt dazu auf absehbare Zeit keine Alternative. Das haben die Wahlen in Hessen und Bremen nachdrücklich bewiesen.

Moskau: Raketenfrage entschied Wahlen

Reaktionen in West und Ost / „Times" sieht „doppelten Rückschlag" für Kohl

DW. Bonn

Im Ostblock sind die Wahlerfolge der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen in Hessen und Bremen als eine Art Votum gegen die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen interpretiert worden.

Radio Moskau kommentierte gestern, das Resultat bei beiden Wahlen sei ein Beleg dafür, daß die SPD in der Bevölkerung wachsende Unterstützung finde. Dies sei darauf zurückzuführen, daß große Teile der SPD die Pläne zur Stationierung der US-Raketen in Europa ablehnten. Das Raketenthema, meinte der sowjetische Sender, habe auch die beiden Wahlen bestimmt. In diesem Sinne äußerten sich auch tschechoslowakische Medien.

Das „Neue Deutschland" und andere Zeitungen der „DDR" widmeten den Beschlüssen der Landesparteitage der SPD in Berlin, Hamburg und *Schleswig-Holstein* gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen gestern großen Raum.

In Zeitungen im westlichen Ausland wurde allgemein die Auffassung vertreten, das schlechte Abschneiden der CDU sei ein Rückschlag für die Politik des CDU-Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl. „Kohl erlitt einen doppelten Rückschlag", so leitete die Londoner „Times" einen Korrespondentenbericht über die beiden Landtagswahlen vom Sonntag ein. Der britische „Guardian" bewertete den Ausgang der Wahlen sogar als eine „ernste Warnung" an den Bundeskanzler. In dem Bericht wird eingeräumt, daß Wirtschaftsfragen im Vordergrund gestanden hätten. Dann heißt es aber weiter, das Ergebnis könne auch als Anzeichen dafür gewertet werden, daß die SPD mit ihrer wachsenden Kritik an der amerikanischen Raketenpolitik keine Stimmen verliere.

Von „Rückschlag für Kohl" bis zu „Ohrfeige für Kohl" lauteten die Kommentare in Frankreich. Der Pariser „Figaro" bezeichnete das Ergebnis der beiden Landtagswahlen als „nicht zufriedenstellend für die christlich-demokratische Regierung in Bonn". Der Autor äußerte überdies die Meinung, daß eine immer stärker werdende Tendenz zum Neutralismus unter den deutschen Wählern zu erkennen sei.

Der den französischen Sozialisten nahestehende „Matin" sah in den Ergebnissen keine große Überraschung und meinte, die Sozialdemokraten *hätten ihre Position verbessern kön*nen, ohne daß man von einem Erdrutsch sprechen könne. Als beachtenswert erschien dem Blatt jedoch das „Zerbröckeln" der grünen Parteien, die in einigen Wahlthemen – wie etwa in der Raketenfrage – vom linken Flügel der SPD bereits überholt worden seien.

Die „New York Times" bemerkte: „Das für die Sozialdemokratie ermutigende Ergebnis wird vermutlich den scharfen Linksruck der Partei in der Nachrüstungsproblematik erst recht nicht stoppen können."

Werden statt 108 nur 36 Pershing 2 stationiert?

Spekulationen um US-Vorschlag / Reagan-Rede vor UNO

DW. New York

US-Präsident Ronald Reagan hat gestern vor der UNO-Vollversammlung in New York an die Sowjetunion appelliert, bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen „über die Schwelle zu treten". Reagan forderte Moskau auf, Verantwortungsbewußtsein zu zeigen: „Wir brauchen *zuverlässige, beiderseitige Vermin*derungen", sagte er. Und: „Die Zeit ist gekommen, da die UdSSR beweisen muß, daß sie Rüstungskontrolle in Wirklichkeit und nicht nur mit Worten sucht."

Moskau, so Reagan, sei aufgefordert, gleiche Flexibilität zu zeigen wie die USA; die Tür für ein Übereinkommen sei offen. Die Position der USA beschrieb der US-Präsident mit den Worten: „Wir sind bereit, in unserer Haltung flexibel und kompromiß*bereit zu sein. Wir können aber nicht,* besonders im Hinblick auf jüngste Ereignisse, an der Notwendigkeit einer wirksamen Überprüfung Abstriche machen."

Reagan nannte in seiner Rede keine Zahlen über die in Genf von den USA gemachten neuen Vorschläge. Aus unterrichteten Kreisen verlautete jedoch, daß der US-Vorschlag es Moskau erlauben würde, weltweit von den vorhandenen rund 1500 Mittelstreckenraketen-Sprengköpfen *624 zu behalten.*

Für Europa soll vorgesehen sein, daß die Sowjetunion und die USA hier über je 300 Sprengköpfe verfügen dürften. Da die sowjetische SS-20-Rakete mit je drei Sprengköpfen ausgerüstet ist, dürfte Moskau danach 100 auf Europa gerichtete derartige Raketen haben.

Angeblich wären die USA sogar bereit, dann in Europa nur zwischen 30 und 40 Pershing-2-Raketen (je ein Sprengkopf) zu stationieren; im NATO-Doppelbeschluß waren 108 Pershing-2-Raketen vorgesehen, die alle in der Bundesrepublik Deutschland disloziert werden sollten. Anderen Berichten zufolge soll sich Was*hington auf die Stationierung von* genau 36 Pershing-2-Raketen in Europa festgelegt haben, falls Moskau einer Begrenzung auf je 300 Sprengköpfe in Europa zustimmen sollte.

Die restlichen, bis zu 300 fehlenden Sprengköpfe der amerikanischen Seite in Europa wären diesen Berichten zufolge dann auf den nur mit Flugzeuggeschwindigkeit fliegenden Marschflugkörpern zu plazieren.

In Asien soll es der Sowjetunion nach diesen Vorschlägen der USA gestattet sein, ihre dort stationierten 108 SS-20-Raketen (mit 324 Sprengköpfen) zu behalten, wobei es sich Washington allerdings vorbehält, dort die nötige Gegenbewaffnung aufzubauen.

In seiner UNO-Rede vermied es Reagan gestern, einen direkten Tadel an der Sowjetunion wegen des Abschusses des südkoreanischen Jumbo-Jets am 1. September auszusprechen. Er überraschte durch den konzilianten Ton, mit dem er seine Abrüstungsvorstellungen vorbrachte. Reagan erklärte jedoch, die Haltung der UdSSR nach der Tragödie des koreanischen Flugzeuges zeige, wie sich die sowjetische Auffassung von Wahrheit und internationaler Zusammenarbeit von der Auffassung der restlichen Welt unterscheide.

Israelis wollen eine Große Koalition

Aber Arbeiterpartei sperrt sich gegen eine „Regierung der Nationalen Einheit"

R. SELIGMANN, Bonn/Jerusalem

Die Option des Zentralkomitees der Israelischen Arbeiterpartei (IAP) für Verhandlungen mit dem designierten Ministerpräsidenten Yitzak Shamir über die Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit" dürfte vor allem die Funktion haben, den Eindruck zu erwecken, die IAP sperre sich nicht gegen eine große Koalition. Denn die überwiegende Mehrheit der Israelis wünscht diese Koalition. Das gestern veröffentlichte Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Pori" zeigt, daß 72,4 Prozent der Befragten eine Regierung der nationalen Einheit befürworten.

In der Führung der Arbeiterpartei besteht allerdings wenig Neigung zu einer Koalition mit dem Likud. Dies hat mehrere Gründe:

– Die IAP ist mit 50 Mandaten die stärkste Fraktion in der Knesset. Bei einer Koalition mit dem Likud und den übrigen Parteien der Mitte, vor allem den religiösen Parteien, müßte die Arbeiterpartei jedoch den Juniorpartner spielen.

– Die Arbeiterpartei lehnt die Sicherheitspolitik der gegenwärtigen Regierung ab. Sie hält einen forcierten Ausbau jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten für bedenklich und außenpolitisch schädlich. Die IAP tritt für einen sofortigen Abzug der israelischen Truppen aus Libanon ein.

– Die Arbeiterpartei gibt der gegenwärtigen Regierung die Schuld an der katastrophalen wirtschaftlichen Situation (Inflationsrate etwa 150 Prozent; Auslandsverschuldung rund 21,5 Milliarden Dollar). Sie möchte nicht dafür verantwortlich gemacht werden.

– Ein Teil der Arbeiterpartei, die sozialistische Mapam-Fraktion, lehnt aus politischen und ideologischen Gründen eine Koalition mit dem Likud strikt ab. Ein solches Bündnis würde daher die Arbeiterpartei vor eine innere Zerreißprobe stellen.

Um der Stimmung in der Bevölkerung entgegenzukommen, hat sich die Arbeiterpartei nun für Verhandlungen mit Shamir entschieden. Gleichzeitig stellt sie jedoch Bedingungen in Sicherheits- und Finanzpolitik, die ein vollständiges Aufgeben der Likud-Politik bedeuten würden. Shamir wird auf diese Forderungen *nicht eingehen können.* Die IAP kann daher die Schuld am Scheitern der Verhandlungen, an der ihr im Grunde wenig liegt, dem Likud Shamirs aufbürden.

Seite 2: Phase der Infiltration

Wieder Oppositionsführer in Pakistan verhaftet

Bewegung für Demokratie ruft zum Generalstreik auf

AFP, Rawalpindi

Wali Khan, Vorsitzender der oppositionellen pakistanischen „Nationaldemokratischen Partei" (NDP), ist gestern verhaftet worden. Die Polizei nahm ihn auf dem Flughafen von Rawalpindi fest, wo er aus Großbritannien eingetroffen war. Khan war der letzte der Chefs des oppositionellen Acht-Parteien-Bündnisses „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie", der sich noch auf freiem Fuß befand. Die Bewegung hat für morgen und übermorgen zu einem Generalstreik und zum Boykott der Wahlen in der südpakistanischen Provinz Sind und im Pundschab aufgerufen.

Die militärischen Machthaber in Islamabad haben am Sonntag erstmals ihre Nervosität über die explosive Lage erkennen lassen, indem sie die für den 29. September angesetzten Lokalwahlen in verschiedenen Unruhegebieten um drei Tage verschieben ließen – nach Ansicht von Beobachtern möglicherweise im Hinblick auf den für den 30. September angekündigten Besuch des US-Verteidigungsministers Weinberger. Die Militärregierung unter General Zia ul-Haq hatte scharf gegen die Opposition durchgegriffen, als diese im August aus Anlaß des 36. Jahrestages der Unabhängigkeit Pakistans die Bevölkerung zu einer „Kampagne des zivilen Ungehorsams" aufgerufen hatte. Vor allem in der Provinz Sind kam es daraufhin zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, bei denen mehr als hundert Menschen getötet worden sein sollen. Sind ist die Heimat des früheren pakistanischen Premierministers Ali Bhutto, der 1979 gehenkt wurde.

Verhandlungen mit den Militärs über eine Lösung der politischen Krise in Pakistan hatte Wali Khan abgelehnt. Zu seinem Empfang in Rawalpindi hatten sich zahlreiche seiner Anhänger eingefunden. Der Vater Khans, der Nationalistenführer Pathan Ghaffan Khan, und seine Frau Begum Nasim Wali Khan stehen unter Hausarrest. Vor zwei Wochen waren bereits neun führende Mitglieder der ursprünglich von Bhutto geleiteten Pakistanischen Volkspartei verhaftet worden.

Libanon: Gespräche über Versöhnung?

Premier Wazzan zurückgetreten / Waffenruhe eingehalten / Reagan optimistisch

DW/SAD, Beirut

Nur wenige Stunden nach Inkrafttreten der Waffenruhe in Libanon ist die Regierung unter Ministerpräsident Shafik Wazzan zurückgetreten. Wazzan, der vorläufig ebenso wie das Kabinett im Amt bleibt, sagte, die Demission solle die Bildung einer „Regierung der nationalen Aussöhnung" ermöglichen. Die Opposition hatte den Rücktritt Wazzans zur Vorbedingung für die Aufnahme von Gesprächen mit Präsident Gemayel über eine Lösung des innerlibanesischen Konfliktes gemacht.

Die Waffenruhe, die maßgeblich unter Vermittlung Saudi-Arabiens zustande kam, soll an allen Fronten von neutralen Beobachtern aus bündnisfreien Ländern kontrolliert werden. Das Fünf-Punkte-Abkommen, auf dem die Waffenruhe basiert, sieht ferner die Heimkehr der seit 1975 geflüchteten Libanesen und die Ausarbeitung eines Hilfsprogramms für die geschädigte Zivilbevölkerung vor. Ein „Sicherheitskomitee" aus Vertretern der regulären Armee sowie der christlichen, drusischen und islamischen Milizen soll an einer Verstärkung der Waffenruhe arbeiten. Dazu soll auch eine begrenzte Umgruppierung der einzelnen Verbände gehören. Unter Leitung von Präsi*dent Gemayel soll ein „politischer* Ausschuß" eine Konferenz der „nationalen Aussöhnung" vorbereiten, an der sämtliche politischen Kräfte des Landes sowie Syrien und Saudi-Arabien vertreten sein sollen.

Die Waffenruhe löste vorsichtigen Optimismus aus. US-Präsident Ronald Reagan erklärte, er hoffe, daß die Kämpfe in Libanon „nun endlich zu Ende" seien. Man dürfe jedoch nicht „das Ausmaß der libanesischen Herausforderung unterschätzen". Die Feuereinstellung sei „nur der erste Schritt zu einer Lösung der Krise". Reagan beglückwünschte Gemayel telefonisch zu der Waffenruhe. Der libanesische Präsident seinerseits meinte, sein Ziel sei „unverändert" der Abzug aller fremden Truppen und die Wiedererrichtung einer *starken Zentralregierung für ganz* Libanon.

In Israel wurde das Abkommen vorbehaltlos begrüßt. Es biete „die Aussicht auf eine Beendigung des Bürgerkrieges und eine Wiederherstellung der libanesischen Souveränität", hieß es in Jerusalem.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Phase der Infiltration

Von Jürgen Liminski

Die Angehörigen der UNTSO, jener UN-Organisation, die seit 1948 den arabisch-israelischen Waffenstillstand überwacht, sie reiben sich die Augen. Nun sollen sie auch noch die Waffenruhe in Libanon garantieren. Vorsorglich hat einer ihrer Sprecher erklärt, dazu bedürfe es einer Weisung von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, erst dann könnte man diesen Auftrag übernehmen. Er dürfte wohl mit ähnlicher Durchschlagskraft wahrgenommen werden wie die erste Aufgabe: etwas mehr als Null.

Friedenserhaltung in Libanon ist in der Tat ein schwieriges Geschäft. Der syrische Präsident Assad ist es, der hier momentan über Krieg und Frieden gebietet. Er hat den Libanesen schon manches Haus ohne Fenster gebaut, und so wird es auch bei *diesem* Waffenstillstand sein.

Die Frage nach der Haltbarkeit der jüngsten Vereinbarung ist deshalb eine Frage nach der Zeit, die Assad und seine lokalen Verbündeten brauchen, um ihre Ausgangsposition für die zweite Runde zu verbessern.

Dazu gehört das weitere Einsickern von prosyrischen PLO-Kämpfern in den Schuf. Dazu gehört auch die Schleusung von Waffen und Kämpfern zur schiitischen Amal-Miliz in Beirut. Und dazu gehört die Zermürbung der libanesischen Regierung, damit diese mit den Rebellen offiziell über die eigene politische Hinrichtung verhandelt.

Diese Taktik hat ihr erstes Opfer bereits gefunden. Der libanesische Premierminister Wassan trat wenige Stunden nach Inkrafttreten der Vereinbarung zurück – zermürbt, verärgert, verletzt. Er war zu den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission nicht zugelassen worden. Nun nahm er den Turban und räumte seinen Platz. Nach libanesischem Gewohnheitsrecht kann ihm nur ein sunnitischer Muslim folgen. Wird es Raschid Karamé sein, der Mann der Syrer und das sunnitische Element in der libanesischen Meuterer-Front, oder wird es Saeb Salam, der Mann der Saudis? Beide würden die Interessen Libanons hinter die ihrer Herren in Damaskus und Riad stellen.

Die Phase der Einsickerung, der militärischen und politischen Infiltration, ist seit gestern voll im Gange.

Oberhaus, programmiert

Von August Graf Kageneck

Trugschlüsse aus dem Ergebnis der französischen Senatswahlen vom Sonntag könnte allenfalls jener ziehen, der nicht genügend mit dem komplizierten Mechanismus der Verfassung unserer Nachbarn vertraut ist. Den eindeutigen Sieg der bürgerlichen Opposition über die Vertreter der linken Regierungsmehrheit hatte der Wahlmodus programmiert.

Gemeinde- und Generalräte, aus deren Mitte die ehrwürdigen Repräsentanten des „Oberhauses", dem vornehmen Palais du Luxembourg, gewählt werden, waren nach den Erdrutschsiegen der Rechten in 1982 und 1983 mehrheitlich fest in *Händen von Gaullisten und Giscardisten.* Kein Wunder also, wenn die Senatswahlen diesen Tatbestand am Sonntag widerspiegelten.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß nur ein Drittel der rund 320 Senatoren „erneuert" wurde, also nicht das gesamte Land zur Stimmabgabe aufgerufen war. Hinzu kommt, daß die Kriterien bei Senatswahlen andere sind als bei den landesweiten Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Entscheidung für diesen oder jenen Bewerber fällt weniger nach der politischen Couleur des Mannes als nach dessen Kompetenz in lokalen Dingen und nach seiner „nationalen Statur", die diesem oder jenem Departement zur Ehre gereichen soll. Nimmt man hinzu, daß der Senat nur einen sehr *begrenzten Einfluß auf den gesetzgeberischen Prozeß* hat und das letzte Wort immer bei der (zur Zeit mehrheitlich linken) Ersten Kammer bleibt, so kommt dem Vorgang keine umwerfende Bedeutung zu.

Dennoch: Hier setzte sich jener Trend fort, der den Sieg der Sozialisten vom Mai 1981 mit jeder Wahl mehr zu einem „bitteren" Sieg macht. Das Land bäumt sich auf und schüttelt, soweit es kann, den unbeliebt gewordenen Sozialismus ab. Das umgekehrte Resultat wäre die Sensation dieses Wahltags gewesen. So aber zeigte sich einmal mehr, daß Mitterrand nicht mehr hinter sich hat, so sehr er auch um Vertrauen wirbt. Daß sich dies auch in einer so „gefilterten" Wahl wie einer Senatsteilwahl zeigt, muß die Strategen im Parteihauptquartier der Sozialisten schier zur Verzweiflung bringen.

Porno im Schacht

Von Joachim Neander

Die Hast, in der einige Politik-Darsteller auf offener Bühne das Kostüm und die Argumente wechseln, nur um in diesem wechselvollen Zeitstück immer vorne dabei zu sein, hat etwas Spaßiges. Allein, die Wechsler selber scheinen dies nicht zu bemerken.

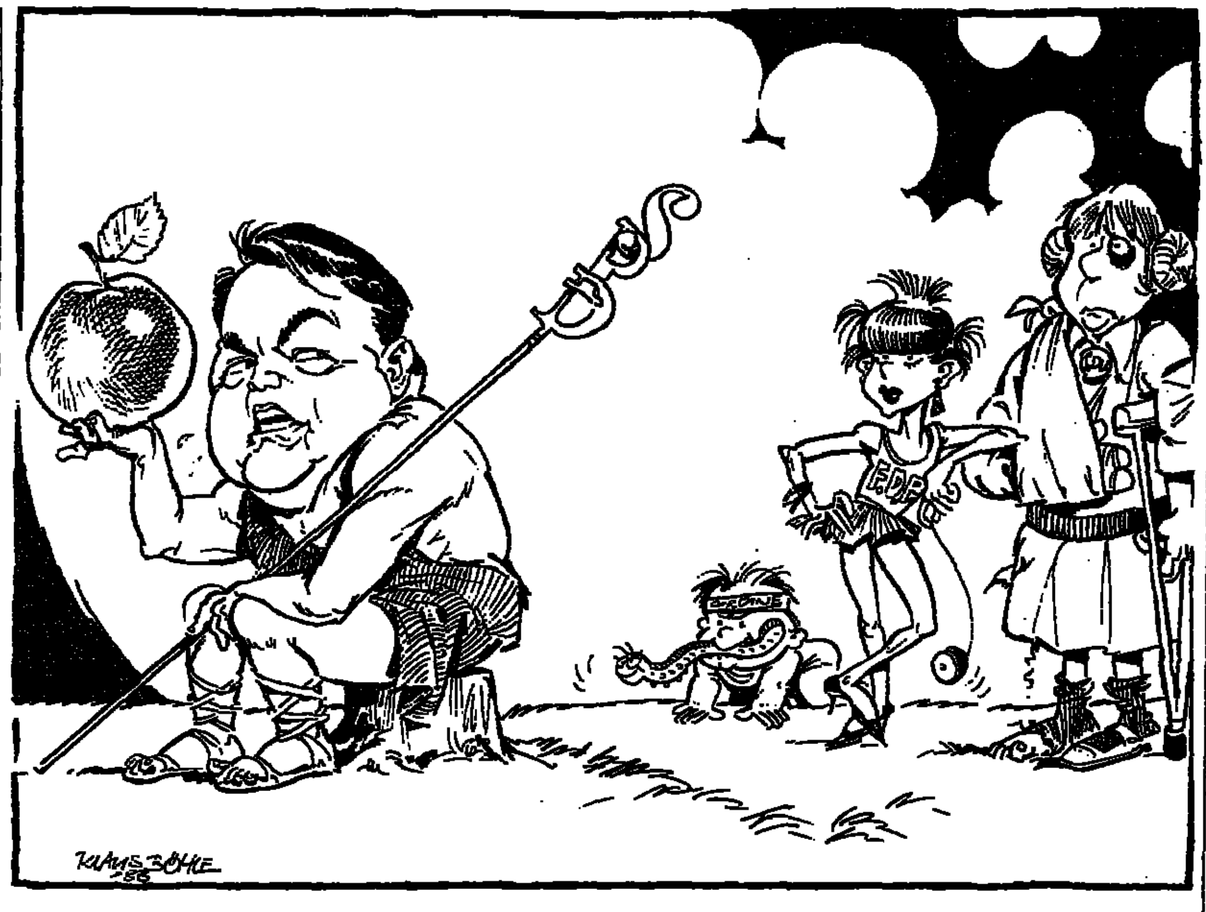
Eine mißverständliche Äußerung über die (rein theoretische) Möglichkeit, im Rahmen des Kabelpilotprojekts Ludwigshafen zu später Stunde auch mal einen Sexfilm auszustrahlen, hat drei sozialdemokratische Landtagsabgeordnete auf den Plan gerufen. Voller Empörung fragen sie die rheinland-pfälzische Landesregierung, ob auch sie der Meinung sei, daß (wörtlich) „Sexfilme (z. B. öffentliche Darstellung des Geschlechtsverkehrs) im Rahmen des Kabelpilotprojekts Ludwigshafen gesendet werden könnten?"

Wer ein wenig in der Erinnerung kramt, wird leicht feststellen, daß derlei sogar im gelobten Lande der Öffentlich-Rechtlichen schon vorgekommen ist – zum Beispiel im ZDF-Film „Der richtige Mann", ausgestrahlt am 21. Dezember 1981 und um ein Haar am Tag darauf im Vormittagsprogramm „jugendfrei" wiederholt.

Damals und in allen ähnlichen Fällen versammelte die SPD sich eilig bei denen, die den Kunstvorbehalt und die Freiheit der Redaktionen so weitherzig wie möglich auszulegen verlangten. Und nun diese drei wackeren Sozialisten, die ausgerechnet den Landesvater mit der Zensurschere gegen den verkabelten Koitus zu Hilfe rufen – das ist beinahe lustspielreif.

Dem Gerufenen wird es vermutlich ein Vergnügen sein, die Rufer zu belehren: Auch für das Pilotprojekt gelten die normalen *Gesetze, eine öffentlich-rechtliche* Programmaufsicht und die absolute Nichtzuständigkeit des Staates für das Programm.

Pornofilme werden die Ludwigshafener Kabelschächte, soviel ist gewiß, nicht verunreinigen. Aber man weiß jetzt jedenfalls, wer da schon den Zensor im Hinterkopf hat, wenn es gegen die bösen Privaten geht.



Das Urteil des Paris   ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Schlußfolgerungen

Von Georg Schröder

Was nun in Bonn? Die Ergebnisse der beiden Landtagswahlen liegen auf dem Tisch. In allen *Parteihäusern* ist man *dabei*, sie genau zu analysieren. Das ist nützlich. Aber es läßt sich schon im voraus sagen, daß es nichts an den politischen Erkenntnissen ändern wird, die schon am Wahlabend Sieger und Verlierer davongetragen haben, fast deckungsgleich, was gar nicht so selbstverständlich ist.

Es stimmt gewiß, daß zu allen Zeiten in der Bundesrepublik Deutschland die als strahlende Sieger aus einer Bundestagswahl hervorgegangene Bundesregierung dann bei den Landtagswahlen die Zeche zu zahlen hatte. Es stimmt auch, daß bei einem Vergleich der absoluten Stimmzahlen der beiden Landtagswahlen mit jenen der Bundestagswahl vom März die Gewinne der SPD in Hessen wie die Verluste der CDU in Bremen alles andere als welterschütternd sind. Aber wenn sich jemand bei der CDU mit diesen beiden Tatsachen *trösten sollte, dann würde er sich* selbst in die Tasche lügen. Er würde sich auch den Blick auf das versperren, was die Bundesregierung in den kommenden dreieinhalb Jahren bedenken, tun und unterlassen muß, damit sie und ihr Bundeskanzler Helmut Kohl mehr als nur ein Zwischenspiel in Bonn sind.

Zweierlei ist von Zukunftsbe*deutung: zum ersten, daß die so* hochgespielte Raketenfrage sich bei den Wahlen am Sonntag weder negativ noch positiv auf die Ergebnisse der *SPD* oder der *CDU* ausgewirkt hat, auch nicht die kontroverse Diskussion über dieses Problem innerhalb der SPD. Zum zweiten ist ganz offenkundig, daß schon wie bei der Bundestagswahl im März auch jetzt die Fragen von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik entscheidend für den Wahlausgang waren. Illusionäre Erwartungen mancher, gottlob nicht aller CDU-Wähler vom März, die versprochene Wende würde über Nacht vollzogen werden, mußten der Enttäuschung weichen. Das kostete die CDU in Hessen 285 000 Stimmen gegenüber der letzten Bundestagswahl und 251 000 Stimmen gegenüber der Landtagswahl von 1982.

Die SPD schwelgt nun im langentbehrten Siegesgefühl. Wer will ihr das verübeln? Aber dies bedeutet für die künftige SPD-Politik in Bonn und im Bund, daß mit Börner und Koschnick auch Willy *Brandt und die von ihm vertretene* Linie, eine neue Mehrheit der SPD links von der CDU anzusteuern, gesiegt haben. Die These sei widerlegt, wonach die SPD sich im Abwärtstrend befinde, hörten wir von Brandt. Das Abschmelzen der Grünen zugunsten der SPD, das Debakel der Liberalen Demokraten in Hessen, denen Brandt kaum verschleiert den Übertritt zur SPD offerierte, und nicht zuletzt die Tatsache, daß Brandts nun offen deklarierter Anti-Raketen-Kurs mit allem, was er für die Sicherheits- und Außenpolitik impliziert, die SPD keine Stimmen gekostet hat – all dies zusammengenommen läßt für die Zukunft den Sieg der Linken in der SPD mit allen seinen Auswirkungen auf die Bundespolitik zur Gewißheit werden.

Die Zeiten für die Regierung Kohl/Genscher sind schwer und sie werden noch schwerer werden. Der Bundeskanzler kann mit Recht anmerken, daß er sich und *andere schon im Bundestagswahl*kampf darüber nicht im Zweifel gelassen hat, daß er warnend mehr als einmal darauf hingewiesen hat, *alle müßten Opfer bringen, um* Wirtschaft und Finanzen und mit ihnen die sozialpolitischen Leistungen wieder zu stabilisieren. Wenn die *Bundesregierung 1987* bei der Bundestagswahl obsiegen will, wird sie dann für jedermann greifbare Früchte dieser noch lange sehr schwierigen, ja bitteren Bemühungen vorzeigen müssen. *Dann darf sie sich* vor *allem* auch nicht in den vor uns liegenden dreieinhalb Jahren auseinanderdividieren lassen.

Am Wahlabend gab es zwei Stimmen, die betroffen machen, die aber auch nützlich sein könnten, wenn sie rechtzeitig als Warnung verstanden würden. Da ist einmal der hessische Neu-Sozialdemokrat Andreas von Schoeler, der angesichts der Spekulationen über eine irgendwann erfolgende Rückkehr der hessischen FDP in die Arme von Holger Börner süffisant meinte: *„Im Zweifelsfalle ist die FDP* immer umgefallen. Das sage ich aber nicht ins Mikrofon oder in die Kamera."

Es meldete sich gleichzeitig aus München der Knappe von Franz Josef Strauß, Generalsekretär Otto Wiesheu, mit dem kaum eingewickelten Tip für die Hessen, es vielleicht doch mit einer Großen Koalition in Wiesbaden zu versuchen. Daß das eine wie das andere Sprengstoff, wahrscheinlich sogar gewollter Sprengstoff für die Koalition der Mitte in Bonn sein *könnte, das weiß nicht nur Helmut* Kohl oder Hans-Dietrich Genscher. Die Erinnerung wird doch wohl bei vielen CDU-Männern *noch wach sein, daß die 1966* erfolgte Torpedierung der CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn und die zu diesem Zweck erfolgte Bildung der Großen Koalition der Anfang von 13 Jahren bitterer Oppositionszeit der Union war.

Und die FDP? Für Genscher bedeutet das Ergebnis dieser beiden Wahlen, daß sein Kurs richtig ist, daß die FDP in Hessen wieder im Landtag ist, weil sie eindeutig für die Zusammenarbeit mit der CDU eintrat und weiter eintritt, daß die FDP dagegen in Bremen, ihrer ehemaligen Hochburg, an der Fünf-Prozent-Hürde strauchelte, weil sie sich dort für eine Koalition mit der SPD aussprach. Darin sieht er die bundespolitische Bedeutung.

Wird auch der wirtschafts- und finanzpolitische Kurs der Bundesregierung ohne Schwanken fortgesetzt werden? Er ist die Basis der jetzigen Koalition. Er ist das Hindernis einer Großen Koalition. Aber deshalb wird doch in Bonn oder München keiner auf den Gedanken kommen, es sei an der Zeit, populistische Aufweichungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu empfehlen – oder doch?



Opfer für die Koalition der Mitte: Bundeskanzler Kohl und der Verlierer von Hessen, Walter Wallmann FOTO: AP

IM GESPRÄCH Kardinal Sin

Gebete gegen die Revolution

Von Manfred Neuber

Alle Hoffnungen auf einen friedlichen Ausweg aus dem drohenden Machtkampf auf den Philippinen richten sich auf den Oberhirten der 45 Millionen Filipinos katholischen *Glaubens, Jaime Kardinal Sin (55). Er* hat Regierung und Opposition zur nationalen Aussöhnung aufgerufen.

Inständigst warnt er vor Gewaltanwendung, „zutiefst betrübt" verurteilt er Ausschreitungen der Demonstranten gegen das Marcos-Regime, aber auch das massive Einschreiten der Sicherheitskräfte. Der Erzbischof von Manila will eine „blutige Revolution" durch Gebete und Gespräche bannen.

Als Kardinal Sin das Requiem für den ermordeten Oppositionsführer Benigno Aquino hielt, und als er vier Wochen später in einer Messe die Nation zum inneren Frieden mahnte, schämte er sich seiner Tränen nicht: ein Zeugnis für den Ernst der Lage; denn der Kirchenfürst wirkt im persönlichen Gespräch nüchtern und emotionslos.

„Macht korrumpiert. Das wissen wir aus der Geschichte", *wirft er dem* Präsidenten und dessen Frau Imelda vor. Die Verunglimpfung ihrer politischen Gegner erinnere ihn an Joseph *Goebbels, die Verfolgung der Opposition* an Methoden der Nazis. Empört weist er die Verdächtigungen zurück, das soziale Engagement der Kirche *diene* den Kommunisten.

Der Presse wünscht der unerschrockene Kirchenmann „mehr Mut zur Wahrheit"; und der Justiz hält er vor, ihre Unabhängigkeit eingebüßt zu haben. „In meinen Augen ist subversiv, wer korrupt ist", sagte Kardinal Sin, der nicht zum konservativen Klerus auf den Philippinen zählt, aber auf eine scharfe Abgrenzung zur „Befreiungstheologie" in seinem Bereich achtet.

Am 24. Mai 1976 zum Kardinal kreiert, war er damals mit 47 Jahren der jüngste Purpurträger. Sin stammt aus einfachen Verhältnissen. Sein



„Subversiv ist, wer korrupt ist": Jaime Kardinal Sin FOTO: SANDRO TUCCI/STUDIO X

Vater war ein vom Buddhismus zum Katholizismus konvertierter Chinese (Hsien). Er wurde auf ein Priesterseminar geschickt, 1954 zum Priester geweiht und danach als Missionar in die Provinz geschickt. 1974 wurde er *Erzbischof von Manila und damit Primas* der katholischen Kirche auf den Philippinen.

Auf die Frage, wie die Kirche für *eine gerechte Gesellschaft* wirken wolle, erwidert der Kardinal: „Unsere einzigen Waffen sind das Wort und das Evangelium. Mehr als drei Millionen Schüler und Studenten besuchen unsere Bildungsanstalten. So schaffen wir gebildete Menschen für eine gerechte Gesellschaft. Das geht nur allmählich und langsam, aber es gibt keine Alternative zu dieser friedlichen Reform."

Die Glockenschläge, die seit einer Woche auf Wunsch des Erzbischofs jeden Mittag zum Gebet für die Erhaltung des inneren Friedens aufrufen, könnten das Ende der Ära *Marcos* auf den Philippinen einläuten. Kardinal Sin macht keinen Hehl daraus, daß er einen demokratischen Wandel für *überfällig hält.*

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Das Blatt schreibt über die SPD und die Nachrüstung:

Mit der Annäherung an die Außenpolitik der damaligen Unionsregie*rung unter Adenauer hat die SPD* Ende der fünfziger Jahre den ersten Schritt zur Regierungsfähigkeit getan. Mit der Wendung zum Irrationalen, *vielleicht* Populären beginnt die SPD, nach 17 Jahren wieder Bonner Oppositionspartei, die Abwanderung. Manche führende Sozialdemokraten sehen das mit Sorgen (ohne das freilich öffentlich zu sagen)... Die SPD nähert sich mit Macht der Ablehnung der Nachrüstung auf ihrem Herbst-Parteitag. Dann wäre die Nachrüstung, wenn sie sein müßte, allein Sache der Regierung. So war es bei der West-Orientierung der Bundesrepublik zu Beginn auch ... Allerdings bestätigt sich jetzt der vielleicht notwendige Maßnahme und das Wünschenswerte in eins zusammenfaßte. Das enthält eine Versuchung zur Härte für den Gegner und eine Verführung zur eigenen Schwäche; aus vielfältigen Gründen – bis hin zur grün-alternativen Aufweichung an einem breiten Rand – erliegt die SPD als Oppositionspartei leicht jener Verführung.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung stellt zu Libanon fest:

Die Hauptverlierer sind die christlichen Milizen der libanesischen Streitkräfte, die wieder aus den Positionen vertrieben wurden, die sie mühsam seit der israelischen Invasion im Gebirge erobert hatten ... Über Geländegewinne und -verluste hinaus, über diese zusätzlichen Tausenden von Toten hinaus, die die Libanesen beweinen, gibt es einen großen Gewinner: den syrischen Präsidenten Hafis El-Assad. Wieder einmal hat Libanon zwei Hauptstädte: Beirut und Damaskus.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung befaßt sich mit der Lage in Libanon:

Wenn Libanon geholfen werden soll zu verhindern, daß es ein geteiltes, besetztes und anarchistisches *Land wird, dann muß der offiziellen* Armee Zeit gegeben werden und Hilfe, sich zu entwickeln und ihre Autorität zu konsolidieren. Nur eine libanesische Armee wird letztlich in der Lage sein zu garantieren, daß Libanon ein einheitlicher Staat bleibt. Es gibt keine andere Macht, die dazu sonst in der Lage wäre.

Frankfurter Rundschau

Hier heißt es über die Abkehr mehrerer SPD-Landesverbände vom Nachrüstungsbeschluß:

Bei den Sozialdemokraten geht ein Landesverband nach dem anderen in Sachen Nachrüstung auf Gegenkurs, und man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, mit wel*chem Votum die Delegierten des* nächsten Bundesparteitages die Wahlstatt verlassen werden. Von Woche zu Woche wird deutlicher, wie *halbherzig die SPD* unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt den Standpunkt der Regierung in dieser Frage mitgetragen hat ... Dennoch dürfte sich jeder verspekulieren, der glaubt, die Sozialdemokraten werden an ihren Spannungen zerbrechen. Wenn nicht alles täuscht, dann hat der rechte Flügel in Sachen Nachrüstung die Niederlage bereits geschluckt. Die eigentliche Kardinalfrage ist nach hinten verschoben. Erst wenn die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik ernsthaft zur Diskussion gestellt würde, träte der Ernstfall ein.

Die Partner des Fortschritts sind ins Stolpern geraten

Anmerkungen zur 21. Übersee-Import-Messe unter dem Berliner Funkturm / Von Hans-Jürgen Mahnke

Von morgen an zeigen in Berlin wieder mehr als 60 Entwicklungsländer, was sie zu bieten haben. Am Funkturm öffnet die 21. Übersee-Import-Messe „Partner des Forschritts" ihre Tore – zunächst nur für Fachbesucher, später auch als Dritte-Welt-Bazar für das Publikum. Und die Einkäufer kommen nach Berlin, nicht nur um Kontakte im Rahmen von Sonderkontingenten unter Dach und Fach zu bringen, sondern auch um Lieferanten, die bisher nicht auf dem Markt waren, ausfindig zu machen.

Für die Kaufhäuser oder für den Versandhandel sind die Bezüge aus den Entwicklungsländern wichtig, um die Anfangspreislagen zu halten. Die Dritte Welt muß exportieren, nicht nur um die Devisen für unbedingt notwendige Einfuhren zu verdienen, sondern auch für den Schuldendienst. Ein Problem, das für die Weltwirtschaft immer drückender wird.

Besonders fatal ist nun, daß auch der Export der Dritten Welt ins Stocken geraten ist. Konnten in den siebziger Jahren noch erhebliche Zuwächse verbucht werden, so sind sie der Menge nach im vergangenen Jahr gesunken. In diesem Jahr hat auch die Bundesrepublik aus den Opec-Staaten weniger Öl bezogen, aber sie hat auch den Import aus den Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens, die über kein eigenes Erdöl verfügen, insgesamt gedrosselt. Die Einfuhr von Fertigwaren, um die es jetzt *wieder in Berlin geht, ist 1982 sogar* um ein Prozent gesunken, nachdem in den siebziger Jahren noch zweistellige Zuwachsraten registriert worden waren.

Die Ursachen dafür lassen sich letztlich auf einen Nenner bringen: Die Rezession in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Industriestaaten gab den Ausschlag. Dadurch wurde generell weniger gekauft, auch im Ausland. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Verfassung haben selbst in Europa die protektionistischen Kräfte an Gewicht gewonnen. Dadurch wurden vor allem die Importe aus den fortgeschrittenen Schwellenländern in Südostasien getroffen.

Diese Entwicklung hat erhebliche Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft. Der Export läuft nicht mehr, was sich besonders kraß im Geschäft mit den Opec-Staaten auswirkt. Aber auch andere Länder mußten ihre Einfuhren zurückfahren, um Devisen für Zinsen und Tilgungszahlungen einzusetzen.

In Schwierigkeiten sind nicht nur jene Staaten geraten, die mit teueren Krediten den Konsum angeregt haben, sondern selbst für *jene Länder ist die* Situation problematisch geworden, die ihr Geld in Exportprojekte gesteckt haben, die sich eigentlich rentieren sollten. Jetzt fehlt jedoch der Absatz. Ein Teufelskreis?

Die Aussichten haben sich gebessert. Immerhin dürfte der Welthandel in diesem Jahr nicht weiter sinken. Und für 1984 wird sogar wieder mit einem Wachstum gerechnet. Ausgehend von den USA hat sich die Stimmung und die Lage in den Industriestaaten mit Ausnahme von Italien und Frankreich gebessert. Nicht nur in der Bundesrepublik belebte sich der Wohnungsbau und gaben die Konsumenten ihre Zurückhaltung auf. Die wirtschaftliche Erholung festigte sich.

Dieses strahlt auch auf die Dritte Welt aus. Nachdem die Nachfrage nach Erdöl im Frühjahr noch kräftig gesunken war, hat sie jetzt wieder angezogen. Die Preise haben sich gefangen. Nach Berechnungen des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung (HWWA) lagen die Notierungen für Industrie-Rohstoffe Anfang September bereits um zehn Prozent höher als noch im Dezember. Die Außenbilanzen einiger Entwicklungsländer haben sich damit entspannt.

Allerdings reicht das noch nicht aus, um die Importe zu forcieren. Dazu ist die Belastung aufgrund der in den vergangenen Jahren aufgenommenen Kredite immer noch zu hoch. Überdies sind die Hoffnungen geschwunden, daß sich die Zinssenkung fortsetzen wird. Die jüngsten Entwicklungen in den USA geben dazu keinen Anlaß. Abgesehen von den großen Problemländern helfen allerdings die wachsenden Exporte, mit dem Verschuldungsproblem eher fertigzuwerden.

Die Chancen für die deutsche Exportwirtschaft auf zusätzliche *Aufträge aus diesem Teil der Welt* bleiben vorerst gering, jedenfalls so lange, wie die Industriestaaten ihre Käufe in den Entwicklungsländern nicht kräftig ausdehnen. Dieses braucht jedoch noch seine Zeit.

Wer exportieren will, muß auch importieren. Dieser Grundsatz, der von Branchen, denen der Wind ins Gesicht bläst und die im Wettbewerb nicht *mithalten können,* natürlich angezweifelt wird, findet gerade jetzt wieder seine Bestätigung. Daher kommt der Import-Messe in Berlin, obwohl das aktuelle Geschäft an Schwung verloren hat, gegenwärtig eine große Bedeutung zu. Immerhin wurden unter dem Funkturm schon viele Geschäftsbeziehungen angebahnt, die sich dann über Jahre als äußerst stabil erwiesen haben.

WIE WAR DAS?

Als die UNO ihren Sitz in New York nahm

Von GITTA BAUER

Zwangsläufig war es ja keineswegs, daß sich die UNO am East River in New York niederließ. Und zwangsläufig ist es keineswegs, daß sie dort bleibt. Wohl wahrscheinlich. Daß es nicht zwangsläufig ist, zeigte sich dieser Tage, als die Sowjets im Zusammenhang mit der Absage des Gromyko-Auftritts die USA einen unwürdigen Gastgeber nannten und es von amerikanischer Seite hieß, man würde eine Verlegung des Hauptquartiers nicht behindern.

Es war zur Überraschung des Westens die sowjetische Delegation, die den Vorschlag unterstützte, daß die Vereinten Nationen ihr Hauptquartier in den USA aufschlagen sollten. England und Frankreich hatten jene Gruppe angeführt, die die neugegründete Organisation in der Alten Welt angesiedelt wissen wollte, in Genf, wo schon der Völkerbund tagte.

Gerade die Erinnerung an den Völkerbund war es jedoch, die der Vertreter der Sowjetunion beschwor, um seinen Vorschlag schmackhaft zu machen: Befanden sich die Vereinten Nationen einmal auf amerikanischem Boden, würden die USA sie nicht so leicht im Stich lassen, wie sie es 1919 mit dem Völkerbund getan hatten. Das war in den Augen von Zeitgenossen der weltpolitischen Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges allerdings nur ein Vorwand. George Kennan sah es so: „Was Stalin in Wirklichkeit erreichen wollte, war die Verdrängung des amerikanischen Einflusses von der eurasischen Landmasse allgemein. Er wollte ihn durch den seines eigenen Regimes ersetzen."

Die Vorbereitungskommission, die nach einem permanenten Sitz suchte, war nach der Gründung der Vereinten Nationen in San Francisco bei der ersten Vollversammlung in London im Januar 1946 ins Leben gerufen worden. Es gab eine intensive Lobby, die für antike Schauplätze in Nordafrika warb, exotische Inseln im Pazifik wurden genannt, auch Jerusalem war im Gespräch. Der Bürgermeister von Chicago, seine Rivalen in San Francisco und Philadelphia, Boston und Denver, St. Louis und Miami, entsandten Delegationen nach London, bestürmten die Kommission mit Argumenten, Fotos und Filmen, um ihre Städte anzupreisen. New York war gelassener, vielleicht weil die Metropole mit der Freiheitsstatue im Hafen sich des Zuschlags sicher war.

Die erste Abstimmung über die Placierung der UNO in Europa endete mit einer Niederlage: 23 gegen 25, zwei Nein-Stimmen kamen von der Sowjetunion und der Ukraine. Das Votum für die USA war keineswegs einstimmig: 30 gegen 14 bei sechs Enthaltungen.

Bevor der UNO-Glaspalast 40 Stockwerke hoch in den Himmel wuchs, gab es jedoch Provisorien im Hunter College, in Lake Success auf Long Island, in Flushing Meadows in Queens. Am 11. Dezember 1947 überraschte der amerikanische Delegierte, Senator Warren Austin, seine Kollegen mit der dürren Mitteilung, daß John D. Rockefeller junior den Vereinten Nationen ein Areal als Geschenk anbot, das damals achteinhalb Millionen Dollar wert war und am East River, zwischen der 42. und 48. Straße Manhattans gelegen war.

Mit einem Aufwand von 68 Millionen Dollar, von den USA als zinsfreies Darlehen gegeben, begann im September 1948 unter Leitung des Architekten des Rockefeller Centers und später des Lincoln Centers, Wallace Kirkman Harrison, der Bau. (SAD)



Von der Sonne ausgebrannte Natur: Unweit von Madrid verwandelt sich das Land zur Wüste FOTO: JÖRG JOCHMANN

Die strahlende Sonne zeigt den Spaniern ihr häßliches Gesicht

Dürre auch im fünften Jahr? Die Spanier im Zentrum und im Süden des Landes wollen es nicht glauben. Sie hoffen auf Regen, möglichst bald. Denn die Steppe ist auf dem Vormarsch, und das Wasser in den Staubecken geht zur Neige. Trockenheit, das ist für arbeitslose Landarbeiter auch ein Argument für eine Landreform.

Von ROLF GÖRTZ

Er schob seine letzte Kuh die Rampe hinauf auf den Lastwagen. Der Schlachter wird wenig zahlen, denn bei ihm zählt nur das Gewicht. Und diese Kuh ist mager. Mit vier leistungsfähigen Milchkühen einer dänischen Rasse hatte José Miguel vor zwölf Jahren angefangen. Eine Zeitlang besaß er 20 Kühe. Saftige Weiden unter ständiger Berieselung und luftige moderne Ställe zeugten von einem gut funktionierenden Betrieb mit modernen Maschinen. Und mit „Musik beim Melken wie in Israel". Viele im Dorf vergrößerten sich. Stolz gingen sie abends in die Kneipen, ließen ihre neuen Autos davor bewundern.

Man zahlte bereits die ersten Kredite zurück – bis die Wasserkanäle zu versiegen begannen und die großen Sprüher nur noch tröpfelten und schließlich gar kein Wasser mehr gaben. Bis die Steppe rasch, ganz rasch wieder über die vergilbten Weiden kroch.

Die Stauseen sind nur zu einem Drittel gefüllt

Wie in Afrika sieht es jetzt aus. Aber wir sind in Spanien, das von der Dürre heimgesucht ist. Nur die Kakteen, die Afrikaner um ihre Krale wuchern lassen, fehlen. Aber sonst ist fast alles gleich: ein harter Boden, den kein Pflug mehr bricht, durchzogen von tiefen und weit verästelten Rissen; ein Adernetz des Todes. Wie welkes Laub wölbt sich der Lehm dort, wo die letzte Tränke stand.

Für fast zwei Millionen Spanier gilt „alarma roja", das rote Signal der höchsten Notstandsstufe, in deren zweiter Phase das Wasser täglich mit Tankwagen herangefahren werden muß. In Madrid, im Zentrum des Landes, leben vier Millionen Menschen jedoch unbekümmert darüber, daß ihre Wasserreserven in den Stauseen um die Hauptstadt nicht einmal mehr 30 Prozent betragen. Vier Millionen Menschen duschen, spülen, sprengen Gärten und Parks, waschen mit dickem Wasserstrahl den Staub von den Autos, füllen ihre Schwimmbecken wie eh und je. Nur wenige stutzen, als vor kurzem aus dem Rathaus gemeldet wurde: „Trotz geringer Menge ist das Wasser noch trinkbar." Vielleicht stutzten mehr, als jetzt doch empfohlen wurde, das Wasser möglichst abzukochen.

Täglich saugt auch die brennende Sonne ihren Anteil aus den vielen Stauseen, von denen die ersten zur Zeit der Römer gebaut wurden, und die heute 45 Milliarden Kubikmeter fassen können. Zur Zeit enthalten sie nur noch 15 Milliarden Kubikmeter Wasser. In der zweiten Septemberwoche nahmen die gestauten Wassermengen um 681 Millionen Kubikmeter ab. Wenn es nicht regnet, wenn alles so bleiben sollte wie es ist, dann müßte Mitte Januar ganz Spanien eine Wüste sein. Eine theoretische Rechnung, denn immerhin liegt der Pegel zur Zeit um drei Prozent über dem Stand des Vorjahres.

Der Regen im Frühjahr brachte eine erste Entlastung nach vier Jahren Trockenheit. Im Norden von Cap Finisterre bis zu den Ausläufern der Pyrenäen an der Biskaya sind die Niederschläge in Europa mit der Gegend um Bergen in Norwegen zu vergleichen. Jedes Atlantiktief, dessen Kern über England nach Europa wandert, gießt hier sein Naß aus. Aber die Niederschläge fließen zurück ins Meer. Und südlich der Felsen und Wälder des Nordens, in Kastilien, Andalusien und an der Mittelmeerküste, fiel der Segen des Himmels seit 1980 nur noch sehr spärlich.

Solange Meßkrüge aufgestellt wurden, zählte man nie mehr als vier magere Jahre hintereinander. Und die sind jetzt eigentlich um. Alle Zeichen himmlischer Unruhe – zuletzt die gewaltige Überschwemmung im Baskenland – deuten darauf hin, daß es in diesem Winter auch über den verdorrten Zonen regnen wird, daß die dann langsam nach Süden schwenkenden Zugbahnen der Tiefs ihr segenbringendes Wasser wieder über das Land verteilen und die Stauseen sich langsam wieder füllen. Für die Meteorologen ein klarer Fall – weshalb auch die Bittgottesdienste nicht mehr so zahlreich stattfinden.

Landarbeiter marschieren hinter der roten Fahne

Aber muß es im fünften Jahr auch wirklich regnen? In Andalusien steht man schon im fünften Trockenjahr. Hier, im einst arabischen Al Andalus, das von Gebirgen so hoch wie die Ötztaler Alpen durchzogen wird und dessen weite Ländereien in den heißen Ebenen dazwischen wegen der geringen Erträge nur großflächig bewirtschaftet werden können – in Andalusien leitet ein Heerwurm meist arbeitsloser Landarbeiter bereits ein politisches Kapitel der Trockenheit ein.

Hinter der roten Fahne mit Hammer und Sichel marschieren sie von Dorf zu Dorf. Manchmal 80 bis 100, manchmal Tausende. Nicht planlos wie zu den Zeiten, als Bakunins Anarchisten hier mehr Anhänger fanden als irgendwo sonst in Europa, sondern jetzt folgen sie dem fast militärischen Itinerario, einem Fahrplan, den die Kommunistische Partei ausarbeitete. Anarchisten und Kommunisten demonstrieren in 62 Dörfern und Städten aller acht Provinzen Andalusiens für eine Landreform, der Besetzung großer Güter, wie sie nach der Revolution der Roten Nelken im benachbarten Portugal im Algarve verwirklicht wurde.

Die Dürre wird auch zur finanziellen Last

Ein Kern von Gewerkschaftsfunktionären sammelt in jedem Dorf die Unzufriedenen um sich. Mit ihnen zieht man weiter zum nächsten Dorf, so daß oft Tausende über die staubigen Landstraßen ziehen. Zu Anfang besetzte man Güter, zog sich aber wieder zurück, wenn die Polizei eingriff. Vordergründiges Ziel dieser „Hungermärsche" ist der Ausbau einer 1970 ursprünglich als vorübergehende Hilfsaktion gedachten Beschäftigung arbeitsloser Tagelöhner. Kolonnen helfen beim Straßenbau und jäten Unkraut. 25 Mark pro Tag ist der Lohn. Und weil das mehr ist, als man bei der Olivenernte verdienen kann, werden in diesem Jahr viele Früchte hängen bleiben – groteskerweise aus Mangel an Arbeitskräften.

Die Not der viel zu vielen andalusischen Landarbeiter, zu denen die aus den Städten zurückkehrenden arbeitslosen Industriearbeiter hinzukommen, ist groß. Aber mehr Geld für die „Gemeindebeschäftigung" ist selbst für die sozialistische Regierung keine Lösung, weil es unwirtschaftlich ist, wenn hundert Hände das tun, was eine Maschine in kurzer Zeit viel besser macht. Schon in den letzten drei Jahren stiegen die Kosten für diese Arbeiten auf das Doppelte und Dreifache. Über eine Milliarde Mark muß das spanische Volk für die Notstandsprogramme gegen die Trockenheit zahlen. In ganz Spanien stiegen die Schulden der Bauern, Landwirte, der Kooperativen und Güter von Mitte 1980 bis zum Juli dieses Jahres von elf auf 17 Milliarden Mark. (SAD)

Die Odyssee des Soldaten J. Iwanowitsch Waschtschenko

Soldat in Afghanistan, Gefangener der Freiheitskämpfer, Internierter in der Schweiz und Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland: das sind die Stationen des sowjetischen Unteroffiziers Jurij Iwanowitsch Waschtschenko.

Von WALTER H. RUEB

Bleich, hochaufgeschossen und schlank, das blonde Haar in die Stirn gekämmt, sitzt der Jüngling am Tisch. Unruhige Augen beherrschen sein fast noch kindliches Gesicht. Auf der Oberlippe zeigt sich gerade der erste Flaum. Der junge Mann ist der in Afghanistan in Gefangenschaft geratene 19jährige sowjetische Unteroffizier Jurij Iwanowitsch Waschtschenko, der nach einer Odyssee durch Afghanistan, Pakistan und ein Internierungslager in der Schweiz in die Bundesrepublik Deutschland floh und jetzt in einem Flüchtlingslager der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Karlsruhe sitzt.

Er wartet auf den Spruch eines deutschen Gerichts, das über sein Asyl beraten wird. Ein Asylbegehren, das vom Ausländeramt in Zirndorf mit der Begründung abgelehnt wurde, er habe bereits in der Schweiz Schutz vor politischer Verfolgung erhalten.

Leise und mit stockender Stimme beginnt Jurij zu erzählen: „Ich bin in der kleinen Industriestadt Kansk in Sibirien geboren. Ich habe die Mittelschule abgeschlossen und dann den Beruf eines Radiotechnikers zu erlernen begonnen. Die Lehre konnte ich nicht abschließen, denn ich wurde vorher zur Armee einberufen." Ab Frühjahr 1982 sei alles schnell gegangen: sechs Monate Grundausbildung, nach einem weiteren Monat Militärdienst Beförderung zum Unteroffizier. Anfang November 1982 wurde beim Appell auch sein Name aufgerufen, wenige Tage später war Jurij in Afghanistan. „Erst kurz vorher haben wir erfahren, daß es nach Afghanistan geht." Es habe dort eine Revolution gegeben, habe man den Soldaten gesagt, und weil das afghanische Volk die Sowjetunion um Hilfe gebeten habe, dürften sie nun zur Erfüllung des Hilfeersuchens nach Kabul fliegen ...

Seine Erlebnisse in dem fremden Land sind schnell erzählt. Er wurde einer Einheit zugeteilt, die am Stadtrand von Kabul rund um die Uhr Fahrzeuge und Panzer reparieren mußte. Sie waren in Zelten untergebracht, wegen der ständigen Überfälle afghanischer Stadtguerrillas gab es keinen Ausgang, und die Verpflegung war recht bescheiden. Obst und Alkohol gab es nicht.

Wenigstens brauchte er für den Monatssold von umgerechnet 42 Mark sein Leben nicht zu riskieren. Er nahm an keinen Kämpfen teil, kam aus der Zeltstadt vor den Toren Kabuls kaum heraus und bekam nur nachts beim Lärm von Maschinengewehrfeuer und Explosionen in nächster Nähe mit, daß er nicht nur von Freunden, sondern vor allem von Feinden umgeben war, die ihn und seine Landsleute bekämpften, um ihre Freiheit zurückzugewinnen.

Aus eigenem Erlebnis und aus Gesprächen mit anderen Soldaten zeichnet Jurij folgendes Bild: Die Disziplin in der Armee war schlecht, viele Soldaten trieben mit Ausrüstungsgegenständen und sogar Waffen trotz drohender harter Strafen schwunghaften Handel mit Afghanen und fast alle haschten oder rauchten Marihuana.

Jurij: „Drogensüchtige gab es genug ... Doch die Offiziere sahen darüber hinweg." Der psychologische Druck durch die äußeren Umstände war stark. Luft verschafften sich die Sowjetarmisten durch Übergriffe gegen die afghanische Zivilbevölkerung. Raub und Diebstahl waren an der Tagesordnung, und die teuren Drogen bezahlten sie ihren afghanischen Lieferanten mit Geld, das sie anderen zuvor mit Waffengewalt abgenommen hatten. „Straßenpatrouillen hatten es am leichtesten, sich Geld zu beschaffen. Wenn man beispielsweise verdächtige Transporte kontrollieren mußte, war es leicht, einen Bus anzuhalten, ein Maschinengewehr auf seine Insassen zu richten und mit den paar erlernten afghanischen Brocken Geld und anderes zu fordern. Aus Angst wurden die Wünsche immer erfüllt ..."

Die Frage, ob er übergelaufen sei, verneint er mit Entschiedenheit. Die Freiheitskämpfer hätten sich bis in die unmittelbare Nähe der sowjetischen Unterkünfte gewagt. „Keine 500 Meter von meinem Zelt", sei er in ihre Hände gefallen und sofort weggebracht worden. Tagelang hieß es marschieren, aus Sicherheitsgründen meist nachts. „Die Afghanen kannten nur ein einziges russisches Wort", erzählt Jurij. „Ständig hieß es dawai, dawai."

Einmal während des zehntägigen Marsches sei ein sowjetischer Hubschrauber in geringer Höhe über ihnen geschwebt. Jurij: „Ich hoffte, daß man uns entdeckt und daß man meine Bewacher abschießt ..." In der folgenden Nacht, als die Bewacher schliefen, floh er. 30 Stunden irrte er ohne Proviant, Karte und Kompaß herum, dann fiel er einer anderen Gruppe von Mudjahedin in die Hände. Diese brachten ihn schließlich nach Peshawar in Pakistan, hielten ihn in einer Privatwohnung gefangen und übergaben ihn dem Roten Kreuz.



Jurij Iwanowitsch Waschtschenko hofft auf Asyl in der Bundesrepublik FOTO: W. H. RUEB

Am 13. Januar 1983 flog Jurij mit einer Swissair-Maschine in den Westen. In der Schweiz landete der Unteroffizier jedoch nicht gleich auf dem Zugerberg bei den sieben anderen dort internierten Sowjet-Soldaten, sondern kam im Zuger Hospital unter das Messer des Chirurgen. „Ich hatte mir beim Marsch durch die winterlichen Berge von Afghanistan an beiden Beinen Erfrierungen zugezogen."

Im Internierungslager auf dem Zugerberg gab es dann im März ein Wiedersehen mit Landsleuten. Kameradschaft und Hilfsbereitschaft aber wurden im Lager klein-, Angst und Mißtrauen aber großgeschrieben. Politische Gespräche waren, so Jurij, verboten, über den Krieg in Afghanistan wurde vorsichtshalber wenig, über persönliche Erlebnisse und Schicksale überhaupt nicht gesprochen. Jeder mißtraute jedem. Offenheit war gefährlich, Vertrauen ein Fremdwort.

Oft seien Besucher gekommen: meist mit leeren Händen, aber stets vollen Notizbüchern. Es waren sowjetische Botschaftsangehörige aus Bern und Delegationen aus Moskau, *die tausend Fragen gestellt hätten.*

Ein Konsul aus Moskau versuchte es mit Versprechungen und verlas einen Erlaß des sowjetischen Verteidigungsministeriums. Darin wird Soldaten der Roten Armee, die in Afghanistan in Gefangenschaft geraten sind, bei der Rückkehr in die Heimat Straffreiheit zugesichert. Andere Besucher äußerten sich weniger positiv, dafür nicht weniger unmißverständlich. Ziel sämtlicher Besucher sei, die Landsleute davon zu überzeugen, daß es für sie das Beste sei, nach Ablauf der vereinbarten zwei Internierungsjahre wieder in die Heimat zurückzukehren ...

„Kamen auch Vertreter des KGB?"
„Offen nicht, doch Fragen und Äußerungen ließen klar erkennen, woher die Besucher kamen."

Angst und Ungewißheit vor der Zukunft, aber auch Langeweile bei Küchenarbeit und strenger Isolation, Härten und lückenlose Überwachung und das dauernde Eingesperrtsein ließen in Jurij schließlich den Entschluß reifen, dem Zugerberg durch die Flucht den Rücken zu kehren. „Mein Ziel stand von Anfang fest: Germania."

Ein erster Versuch endete im Arrest. „Weil es in den Schweizer Gefängnissen schöner ist als im Lager auf dem Zugerberg und Internierte deshalb immer wieder etwas Verbotenes anstellen, um in eines der schönen Gefängnisse zu kommen, müssen Strafen seit einiger Zeit im Lager-Karzer verbüßt werden", erzählt Jurij. „Von der psychologischen Seite her war es auf dem Zugerberg schlimmer als in Afghanistan und in der Gefangenschaft in Pakistan."

Vorwürfe richtet Jurij aber auch gegen Vertreter des Roten Kreuzes, die ihre sowjetischen Schützlinge über ihr Schicksal im Ungewissen gelassen und ihnen bei Disziplinierungsversuchen mit zwangsweiser Reportierung in die Sowjetunion gedroht hätten. Das habe ihn veranlaßt zu fliehen.

Er trampte mit knapp 40 Mark in der Tasche nach Zürich. Dort kaufte er sich eine Landkarte. Am nächsten Morgen legte er per Autostopp die 100 Kilometer nach Basel zurück, stieg dort vor dem Grenzübergang aus, spazierte unbeachtet über die Grenze, hielt ein neues Fahrzeug an und meldete sich am Abend des zweiten Fluchttages in Freiburg im Breisgau bei der Polizei.

Jurij Waschtschenko setzt jetzt große Hoffnungen auf die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt (IGFM). Diese hat dem Sowjetarmisten, Kriegsgefangenen, Internierten und Asylbewerber zur Fortsetzung seines Kampfes um Asyl in unserem Land einen Anwalt zur Verfügung gestellt. Jurij wartet im Lager den Ausgang des Verfahrens ab. Er kann sich frei bewegen, fürchtet sich jedoch vor Entführung durch den KGB.

Die WELT berichtet über die Doppelwahl und über ihre politischen Konsequenzen

Kohl trägt die Entscheidung von Wallmann „voll mit"

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einem längeren Telefongespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß die politische Ausgangslage nach der unerwartet hohen Niederlage der CDU in Hessen erörtert. Diese Unterredung, die gestern vor den Beratungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes der CDU stattfand, war auch Teil des Bemühens von Kohl, den Ausbruch einer neuen Strategiediskussion in der Union zu unterbinden. Eine solche Strategiediskussion müßte sich zwangsläufig mit den langfristigen Perspektiven des Bonner Koalitionspartners FDP befassen und würde die Stabilität des Bündnisses beeinträchtigen.

Das Telefongespräch zwischen Kohl und Strauß hat offenkundig der CDU-Führung keine endgültige Gewißheit darüber gegeben, welche Schlußfolgerungen die bayerische CSU aus dem Wahlausgang in Hessen ziehen wird. Somit lag auch über den Beratungen in den CDU-Führungsgremien eine gewisse Spannung. Die CDU war jedenfalls darauf vorbereitet, bei Angriffen aus München sofort zu reagieren.

Der Wahlausgang in Hessen mit den hohen Verlusten für die CDU hat die Partei in eine gewisse Depression gestürzt, aber es gab in den gestrigen Sitzungen keine Kritik an dem hessischen Wahlkampfkonzept. Helmut Kohl übernahm dafür auch vor dem Parteivorstand die Mitverantwortung.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth stimmte dem Vorgehen in Hessen zu, machte aber zugleich deutlich, daß er bei den Landtagswahlen in seinem Land im Mai 1984 die absolute Mehrheit anstreben wird. Er werde der FDP kein Angebot machen, sagte Späth, der bisher mit der CDU über eine stattliche Mehrheit im Stuttgarter Landtag verfügt.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, der die hessische CDU in zurückliegenden Jahrzehnten in große Höhen geführt hat, war in den gestrigen Beratungen sehr solidarisch. Er trage voll die Entscheidung von Walter Wallmann mit, gemeinsam mit der FDP einen Regierungswechsel in Hessen herbeizuführen. In einem Rückblick kamen aus Dreggers Munde aber auch kritische Anmerkungen. Der ohnehin schwierige Überzeugungsprozeß über die notwendige Sparpolitik in Bonn sei zusätzlich belastet worden. Dregger meinte, in solchen politischen Situationen sollte man nicht auch noch „verbale Grausamkeiten" begehen. Er nannte keine Namen, aber gemeint waren die sozialpolitischen „Opfer-Papiere" der Politiker George und Albrecht, Erklärungen des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff und des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Münchener Landtag, Gerold Tandler, von dem Kohl gestern sagte, er habe „nicht die Absicht", dessen Aussagen zu kommentieren. Tandler hatte gefordert, Heiner Geißler solle sein Amt abgeben – entweder das des CDU-Generalsekretärs oder das Ministeramt. Kohl erklärte, er denke nicht an Veränderungen im Adenauer-Haus oder im Kabinett.

Der Bundeskanzler fand für seine Analyse, die er im Präsidium und im Parteivorstand gegeben hat, uneingeschränkte Zustimmung. Er sagte, in Hessen habe die CDU frühzeitig gespürt, daß sie aus eigener Kraft heraus die absolute Mehrheit nicht erringen könne. Bei dieser Ausgangslage habe sie versucht, mit der FDP einen Partner zu finden. Aus dieser Wahlaussage zugunsten der FDP habe diese „erheblichen Nutzen" gezogen. Im Parteivorstand der CDU wurde geschätzt, daß der FDP etwa drei Prozent an CDU-Stimmen zugeflossen sind. Die CDU, so meinte Kohl, der von einer „bitteren Niederlage" sprach, habe „Opfer gebracht". Aber das Risiko sei sowohl ihm als auch Wallmann von Anfang an bewußt gewesen, aber man sei es auch aus „Rücksicht auf die Koalition im Bund" eingegangen. Immerhin sei es die hessische FDP gewesen, die mit ihrer Abkehr von der SPD die Wende in Bonn eingeleitet und dafür einen hohen Preis gezahlt habe.

Kohl stimmte der Auffassung zu, die Gründe dafür, daß rund 100 000 CDU-Wähler zu Hause geblieben seien, lägen „nicht in der Landespolitik". Sie seien auch darauf zurückzuführen, daß die Bonner Sparbeschlüsse Wirkung zeigen, aber vielen Bürgern noch die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Opfer fehle. Die politischen Absichten der Bundesregierung müßten daher „breiter und offensiver vorgetragen werden". Unmißverständlich stellte der Kanzler klar, daß der Wahlausgang in Hessen keine Kursveränderungen in Bonn nach sich ziehen werde. Dies gelte sowohl für die Finanz- und Wirtschaftspolitik, aber auch für die Sicherheitspolitik, speziell für eine eventuell notwendig werdende Nachrüstung.

Entscheidungen zu den Strukturproblemen vor allem bei Kohle, Stahl und den Werften ständen an. Ein großes Problem sehe er darin, wie in den Jahren 1984/85 genügend Ausbildungsplätze sichergestellt werden könnten. Eine Lehrstellengarantie für diese Jahre gab Kohl nicht ab. Der Bundeskanzler will, so sieht es aus, diese schwierigen Entscheidungen alsbald treffen, um unbelastet in die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 1985 gehen zu können. Er sprach gestern auch davon, daß die notwendigen Sparmaßnahmen „eingehender begründet" werden müßten.

Die Strategie, so wie sie in Hessen verfolgt worden ist, hat in den Beratungen auch die ausdrückliche Zustimmung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, gefunden. Sie sei eine „logische Konsequenz" im Bemühen gewesen, einen Partner zu finden, sagte von Weizsäcker. In der heutigen politischen Situation komme aber nur die FDP als Koalitionspartner der Union in Betracht. Über die Wahl des Bundespräsidenten – von Weizsäcker wird für das Amt des Staatsoberhauptes vorrangig genannt – wurde gestern in den CDU-Gremien nicht diskutiert. Wie aus dem Kanzleramt verlautete, will Kohl erst Anfang November dafür einen Vorschlag unterbreiten.

Im CDU-Vorstand wurde gestern auch die Frage diskutiert, wie man sich jetzt gegenüber der SPD und dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Holger Börner verhalten solle.

Grüne: Wir haben uns stabilisiert

WERNER KAHL, Bonn

Die Grünen räumten gestern in Bonn ein, daß die Partei bei der Hessen-Wahl erheblich Federn lassen mußten. Protestwähler in Nordhessen und im Frankfurter Raum seien zu ihren alten Parteien zurückgekehrt. Das Wahlergebnis zeigt jetzt nach Ansicht der Bundeszentrale eine „Stammwählerschaft" von fünfeinhalb bis sechs Prozent. Vorstandsprecher Rainer Trampert bezeichnete die Grüne Partei als „eine strategische Größe, gegen die mit ständigen Totsagungen nicht anzukommen" sei.

Für die Grünen ist die Tolerierung einer hessischen SPD-Regierung denkbar. Voraussetzung wäre aber, daß die SPD den Grünen in ökologischer und sozialen Fragen entgegenkomme, sagte Trampert weiter. Die Grünen würden in Hessen mit den Verhältnissen „verantwortungsvoll" umgehen.

Der Sprung der Bremer Grünen „von Null auf 5,4 Prozent" (Grüne-Sprecher Walde), hat die Partei nachträglich darin bestätigt, weder mit der Bremer Grünen Liste (BGL) noch mit der Bremer Alternativen Liste (BAL), die die DKP in sich aufgenommen hatte, zusammenzuarbeiten.

Für die kommenden Wahlkämpfe ist der Bundesvorstand bemüht, keine „grüne Konkurrenz" zu provozieren. Der Landesverband der Berliner Grünen trat deshalb zurück, als er aus Bonn aufgefordert wurde, nicht gegen die bereits im Stadtparlament vertretene Alternative Liste (AL) auf Kollisionskurs zu gehen. „Wenn die AL abgestoßen wird", so das Bundesvorstandsmitglied Uli Tost in Bonn, „wird das Signalwirkung auf grüne und bunte Listen haben." Damit werde zwangsläufig eine zweite bundesweite Liste provoziert: „Deshalb haben wir uns gegen den Berliner Spalterkurs gewehrt."

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Rechnung der Bonner SPD kann sich als falsch erweisen

PETER PHILIPPS, Bonn

Mit Vorbedacht hatte die sozialdemokratische Führung vor allem den Landtagswahlkampf in Hessen in erster Linie unter bundespolitischen Vorzeichen geführt. So ergibt es sich fast zwangsläufig, daß die Wahlerfolge vom Wochenende auch in der Bonner Baracke in erster Linie bundespolitisch gewertet werden.

Johannes Rau, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen und stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender, gab die entsprechende Parole noch in der Wahlnacht im sozialdemokratischen Hauptquartier aus. Vor allem ist die Parteiführung dankbar, daß ihr auf diese Weise die Möglichkeit gegeben wird, zumindest partiell den Diskussionsschwerpunkt in der SPD – und sei es nur in der Außendarstellung – vom leidigen Raketen-Thema wegzuverlagern hin zu Themen wie Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Bundesgeschäftsführer Peter Glotz verlegte gestern die Gleise für die Argumentationsschiene: Erstens sei der Bundesregierung „eine erste Quittung für das nicht eingelöste Aufschwungsversprechen" erteilt worden. Zweitens sei die FDP als Partei nicht mehr ernstzunehmen, sondern nur noch „Leihstimmen-Hülse" – wobei Glotz allerdings wohl zu sehr auf ein kurzes Gedächtnis bei vielen Wählern vertraut: Hatte nicht einst gerade die SPD in einer bis dahin beispiellosen Huckepack-Aktion ihrem liberalen Koalitionspartner 1972 über die Fünf-Prozent-Hürde geholfen?

Drittes Argument von Glotz: Die Grünen als Partei sind auf dem Rückzug. Aus seinen Urteilen über FDP und Grünen folgt logischerweise der Schluß, daß die SPD „ohne Koalitionszwänge" endlich einmal ein „klares Konzept" den Wählern anbieten könne und damit „prompt eine erkleckliche Zahl von Prozenten zugelegt" habe.

Nach der verlorenen Bundestagswahl vom 6. März hatten Parteichef Brandt und sein Bundesgeschäftsführer als Ziel markiert, daß die SPD die Regierungssessel in Bonn nur dann eines Tages wieder werde erklimmen können, wenn sie zuvor die verlorengegangene Basis in den Ländern, Städten und Gemeinden zurückerobert habe. Die Ergebnisse von Hessen und Bremen werden als erste Erfolge auf diesem Weg angesehen, Willy Brandt schreibt dazu in der Mitgliederzeitschrift „Sozialdemokrat-Magazin": „Auf diesem Weg sind wir jetzt ein gutes Stück vorangekommen." Das Tal, das die SPD auf dem Weg zurück zu einem Wahlerfolg im Bund hinter sich bringen müsse, sei offenbar schneller zu bewältigen, „als manche sich ausgerechnet haben".

Neben der scharfen Kritik an der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der neuen Bundesregierung gehörte es dabei vor allem in Hessen zur Taktik, Argumente aufzugreifen, die vor einem Jahr bei der Landtagswahl noch in Redetexten der Grünen gestanden hatten. Für Glotz ist dies die „konstruktive Verbindung von Ökonomie und Ökologie": Die Grünen könnten die „soziale Bewegung" weiterhin bereichern, den Wählern müsse aber klargemacht werden, daß die politische Umsetzung ökologischer Forderungen bei der SPD besser aufgehoben sei.

Die Rechnung kann sich jedoch als brüchig erweisen. Selbst wenn man den altbekannten Effekt einmal unberücksichtigt läßt, daß nach einem Regierungswechsel in Bonn die Landtagswahlen für die Regierungspartei im Bund zu einer Durststrecke werden, bleiben genügend Fragezeichen:

Trotz aller gegenteiligen Versuche wird das Raketenthema die SPD noch auf Monate hinaus vorrangig beschäftigen, in Teilen der Partei fast ausschließlich. Bei allem Verständnis, das gerade kritische Wähler dafür aufbringen mögen: Nicht nur Richard Loewenthal hat oft genug eindringlich davor gewarnt, die SPD mit ihrer mehr als 120jährigen Tradition als Partei zu einer Protestbewegung zu machen.

Vor allem aber wird der Ärger, den persönlich Betroffene über die Bonner Sparmaßnahmen empfinden, nicht auf sehr lange Zeit in Form von Stimmen für die SPD zu konservieren sein. Und bei dem, was Glotz elegant die „konstruktive Verbindung von Ökonomie und Ökologie" nennt, sind auch von der SPD bisher mehr Fragen aufgeworfen als konstruktive Konzepte entworfen worden.

Erst einmal haben die Erfolge von Bremen und Hessen sicher die politischen Konzepte der sozialdemokratischen Vor-Männer Brandt, Vogel und Glotz bestätigt. Sie haben anscheinend – oder doch nur scheinbar? – vom Wähler einen Bonus für ihren Weg der Integrierung einer, wie es Brandts Vorstellung ist, „Mehrheit diesseits der Union" erhalten. Vor den Gefahren, die daraus für die Identität der Partei entstehen können, hat schon der Vorsitzende der Grundwerte-Kommission, Loewenthal, in seiner Streitschrift gewarnt. Und die Kritik am Wirtschafts- und Finanzkurs der derzeitigen Bundesregierung, durch den die „ganze Misere" von der Arbeitslosigkeit bis zu Einsparungen am sozialen Netz herrühre, wird nicht ewig vorhalten. Denn auch in der Sozialdemokratie selbst ist es in weiten Teilen unbestritten, daß Einschnitte überlebensnotwendig sind. Und was passiert, wenn sich tatsächlich ein, möglicherweise nur bescheidener, Aufschwung ankündigen sollte?

Der Weg durchs Tal wird wahrscheinlich doch nicht ganz so kurz werden. Viel wird jetzt für die SPD davon abhängen, wie sich die Genfer Verhandlungen entwickeln und, vor allem, welche Beschlüsse dann der außerordentliche Bundesparteitag im Herbst fassen wird. Zum zweiten wird die SPD auf Dauer nicht darum herumkommen, neben Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung ein eigenes Konzept zu stellen, das in der Öffentlichkeit wieder den Eindruck der Kompetenz erweckt – so wie Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre, als Brandt ohne die unbestrittene Autorität Karl Schillers seine Wahlsiege nicht hätte erringen können. Und die SPD wird aufpassen müssen, daß sie bei der Übernahme „grüner" Positionen ihr eigenes Profil nicht unkenntlich macht.

FDP-Chef Genscher sieht seinen Kurs der Wende bestätigt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Stimmung während der Sitzung des Bundesvorstands der Freien Demokraten gestern vormittag im Thomas-Dehler-Haus war, so ein Teilnehmer, „hervorragend wie lange nicht mehr". Genauso wie zuvor das Präsidium zeigte man sich dort zufrieden bis begeistert über das überraschend gute Abschneiden der Liberalen bei den hessischen Landtagswahlen. Das Scheitern in Bremen an der Fünf-Prozent-Hürde spielte dagegen praktisch keine Rolle. Der Landesvorsitzende Horst-Jürgen Lahmann, dessen Bremer Verband im Gegensatz zu den Hessen eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD gemacht hatte, mußte sich kein einziges Wort der Kritik anhören. Verantwortlich für die Niederlage in der Hansestadt wurde vielmehr der Einfluß tagesaktueller und stark emotionalisierter Fragen wie das Werftenproblem gemacht.

Die Bundes-FDP, allen voran Parteichef Hans-Dietrich Genscher, sieht sich aufgrund des Ausgangs in Hessen in dem von ihr mit der Wende im vergangenen Herbst vollzogenen neuen Kurs bestätigt. Mehr noch: Der Erfolg wird auch als Stärkung für die Bundestagsfraktion gerade auch im Verhältnis zur CSU empfunden. Zwar hatte es noch bis zum Sonntag vorsorglich geheißen, selbst eine neuerliche Niederlage in Hessen würde keine Einflüsse auf die Bonner Regierungskoalition haben. Auf der gestrigen Sitzung meinte aber Genscher sichtlich gelöst, nunmehr könne die weitere Entwicklung sehr viel gelassener gesehen werden. Und mit Blick auf die immer wieder gestarteten Attacken der CSU gegen ihren kleinen Bonner Bündnispartner fügte er hinzu, daß es „in jedem Orchester einen Pauker geben" müsse.

Der FDP-Vorsitzende sitzt wieder fest im Sattel. Spekulationen aus den letzten Monaten, in denen von einer Ablösung Genschers nach einer nicht ausgeschlossenen zweiten Pleite innerhalb eines Jahres in Hessen die Rede war, haben sich förmlich in Luft aufgelöst. Der Parteichef präsentierte sich gestern früh strahlend und in alter Selbstsicherheit. Er erzählte vom Anruf eines prominenten CDU-Mitglieds, das ihm anerkennend gesagt hatte: „Herr Genscher, Sie sind doch der Größte." Das deshalb, weil er zuvor prognostiziert hatte, daß die FDP in Hessen „deutlich über sechs Prozent" erzielen, es aber dennoch für eine Regierungskoalition mit der CDU „nicht reichen" würde.

In den 7,6 Prozent Erststimmen – das sind genauso viel wie die Freien Demokraten in Hessen bei den Bundestagswahlen an Zweitstimmen erhalten haben, sieht die Parteiführung eine „gute Ausgangsbasis" sowohl für den Bund als auch die Länder, in denen sie nicht mehr vertreten ist. Sie geht davon aus, daß die Partei mit klaren und eindeutigen Aussagen zugunsten der CDU wieder einen festen und aussichtsreichen Platz in den Länderparlamenten erhalten kann. Deshalb stieß auch der hessische Vorsitzende Wolfgang Gerhardt auf breite Zustimmung, als er jeglicher „Wackelei" eine Absage erteilte. Die Liberalen wollen sich keine sogenannter Berliner Verhältnisse erlauben, indem sie möglicherweise nach einer Zeit der Duldung einer SPD-Minderheitsregierung dann entgegen den ursprünglichen Aussagen eine Koalition eingehen.

Allerdings gab es in der Führungsmannschaft auch skeptische Stimmen. So wurde unter anderem auf zusätzliche Risiken bei kommenden Wahlen hingewiesen, weil die Union sicher keine neuerliche Unterstützung und Schützenhilfe nach ihrem Abschneiden in Hessen geben werde. Dagegen wurde allerdings gehalten, daß es auch ohne die offiziell in Abrede gestellten Leihstimmen der CDU gereicht hätte, um über die Fünf-Prozent-Marke zu kommen. Diesen Wählern wollen sich die Freien Demokraten jetzt noch geschlossener als bisher zeigen. So appellierte Genscher bereits an die Fraktion, an ihrem Kurs zum Beispiel bei der Novellierung des Demonstrationsstrafrechts klar festzuhalten.

Strauß empfiehlt Große Koalition

PETER SCHMALZ, München

Die CSU hält eine große Koalition in Hessen für eine mögliche und staatspolitisch vernünftige Lösung. Nach der Sitzung des CSU-Landesvorstandes erklärte der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß mit Blick auf das hessische Wahlergebnis, er würde „in einer solchen Situation einer großen Koalition keine Absage erteilen". Strauß appellierte an das „staatspolitische Verantwortungsbewußtsein" und erklärte, eine große Koalition sei zwar nicht seine Lieblingsidee, er habe aber an die Große Koalition in Bonn „die besten Erinnerungen".

In Hessen gehe es jetzt nicht um ideologische oder parteipolitische Gesichtspunkte, sondern darum, „daß die dringendsten Probleme des Landes vernünftig behandelt werden". Strauß zählt dazu in erster Linie die Verabschiedung eines „nach ökonomischen und sozialen Schwerpunkten sinnvoll gestalteten Haushalts". Nach dieser Wahl sei die CDU in einer solchen Koalition allerdings in der Rolle des Juniorpartners.

In der CSU sieht man jedoch auch die Gefahr der Neuauflage einer SPD/FDP-Koalition. Strauß nannte es ein „mögliches Paradoxon", wenn die FDP, die durch die Leihstimmen der CDU wieder in den Landtag gekommen ist, gegen die CDU Holger Börner zum Ministerpräsidenten wählt. Er glaube zwar nicht, daß die Bonner Koalition darüber in Schwierigkeiten gerate, sie werde in diesem Fall aber „sicherlich atmosphärisch nicht gerade Ferienluft genießen", erklärte der CSU-Vorsitzende.

Zur Frage der Leihstimmen, die innerhalb der CSU weitgehend auf Ablehnung stößt, wollte sich Strauß nicht näher äußern, wie er überhaupt um einen konzilianten Ton bemüht war und immer wieder hervorhob, man wolle sich voreiliger Aussagen enthalten und habe keine Ratschläge an die CDU in Hessen zu geben. Seine negative Einstellung zu Leihstimmen-Aktionen ließ Strauß nur in der Frage anklingen, „ob eine politische Partei eine Wahlempfehlung abgeben soll und ihre Wirkung unter Kontrolle haben kann". Strauß rechnet mit vier bis fünf Prozent CDU-Leihstimmen an die FDP.

Neben der Wahlempfehlung sieht Strauß als weitere Gründe für die CDU-Niederlage eine nur geringe Mobilisierbarkeit breiter Wählerschichten und bundespolitische Einflüsse. Die Bonner Politik befinde sich derzeit in einem Tief, es gebe jedoch Anzeichen, daß sie aus dieser Lage herauskomme.

Großen Einfluß auf das Wählerverhalten spricht der CSU-Vorsitzende dem Wahlkampfstil der beiden hessischen Spitzenkandidaten zu. Wallmann und Börner hätten sich „noch vornehmer behandelt als Dohnanyi und Kiep in Hamburg", meinte Strauß ironisch. Dabei sei beim Wähler der Eindruck entstanden: „Es ist kein Beinbruch, wenn der eine hinkommt, und es ist keine Lungenentzündung, wenn der andere hinkommt." Der Bürger hat vermutet, das seien zwei noble Wahlkämpfer und beide brauchbar für Hessen. Diese Höflichkeit habe sich zugunsten von Börner ausgewirkt.

Die WELT berichtet über die Doppelwahl und über ihre politischen Konsequenzen

Gerhardt: Zu Kompromiß beim Haushalt bereit

DW. Bonn

Die hessische FDP wird mit der SPD auf keinen Fall eine Regierungskoalition eingehen. In einem WELT-Interview erklärte deren Landesvorsitzender Wolfgang Gerhardt, die Liberalen hätten dazu keinen Wählerauftrag. Weiter betonte er, daß die Freien Demokraten dem Haushalt nur zustimmen würden, wenn die Sozialdemokraten sich kompromißbereit zeigen würden. Die Fragen stellte Stefan Heydeck.

WELT: Herr Gerhardt, die FDP ist mit einem überraschend guten Ergebnis in den Hessischen Landtag zurückgekehrt. Wie verhalten Sie sich, wenn die SPD Ihnen jetzt ein Koalitionsangebot machen würde?

Gerhardt: Wir werden keine Koalition mit der SPD eingehen. Das habe ich eindeutig erklärt, und dabei bleibt es auch. Wir haben einen Wahlkampf geführt, um eine Mehrheit von CDU und FDP zu erreichen. Zu etwas anderem haben wir keinen Wählerauftrag. Jetzt haben wir die Aufgabe, im Parlament wirkungsvoll und effizient zu arbeiten.

WELT: Aber wäre es nicht doch schon allein aus landespolitischen Gründen jetzt, nach der Zeit der Unregierbarkeit, notwendig und zweckmäßig, mit Regierungsverantwortung zu übernehmen?

Gerhardt: Nein. Wir sind eine handlungsfähige parlamentarische Kraft. Im übrigen warte ich zunächst einmal die Diskussionen ab, die sich in der SPD vollziehen werden. Die SPD hat rechnerisch ja mit den Grünen eine Mehrheit. Und nach meinem Eindruck ist ein großer Teil der hessischen Sozialdemokraten bereit, mit ihnen ein Bündnis einzugehen. Außerdem gibt es zum Beispiel die Äußerung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, nach der eine große Koalition nicht ausgeschlossen wird. Also stehen die beiden großen Parteien, CDU und SPD, vorn, um zu entscheiden. Ich bin hier nicht gefordert. Die FDP ist die dritte Kraft im Landtag.

WELT: Wie wird sich denn nun Ihre Fraktion verhalten, wenn es um die Verabschiedung des Haushalts geht?

Gerhardt: Den werden wir uns zunächst einmal genau ansehen. Und dann wird die neue FDP-Landtagsfraktion die aus unserer Sicht notwendigen Anträge dazu stellen. Eines möchte ich aber heute schon betonen: Holger Börner ist bis auf weiteres geschäftsführender Ministerpräsident. Er darf nicht davon ausgehen, daß er einen lupenreinen sozialdemokratischen Haushalt im neuen Parlament durchbringen kann. Wenn er auf unsere Vorschläge nicht eingeht oder nicht einmal bereit ist, über Kompromisse zu reden, wird er auf Ablehnung stoßen. Im übrigen ist das auch eine nicht nur uns betreffende Frage. Hier sind alle demokratischen Kräfte gefordert. Auf jeden Fall muß sich der Ministerpräsident bei der Verabschiedung eine Mehrheit suchen. Also noch einmal grundsätzlich: Wir sind zu Kompromissen beim Haushalt bereit. Eine Koalition lehnen wir aber ab.

WELT: Ihre klare Aussage bedeutet, daß Sie im Landtag in die Opposition gehen werden. Sehen Sie dennoch Gebiete, auf denen Sie mit der künftigen hessischen Regierung zusammenarbeiten, sie zumindest tolerieren werden?

Gerhardt: Ich sehe jetzt noch nicht die künftige Landesregierung. Ich weiß nicht, ob Hessen weiter eine geschäftsführende Regierung behalten wird. Ich weiß nicht, ob es Versuche geben wird, mit den Grünen zu koalieren. Und ich weiß auch nicht, ob zwischen den beiden großen Parteien Verhandlungen geführt werden. Deshalb wird die FDP jetzt mit Gelassenheit die Entwicklung abwarten.

WELT: Nun wird Ihnen vorgehalten, ohne Leihstimmen der CDU und deren offene Unterstützung hätten Sie das Klassenziel nicht geschafft, wären zum zweiten Mal nicht wieder in den Landtag zurückgekehrt?

Gerhardt: Solche Behauptungen sind unberechtigt. Im Wettstreit der Parteien muß es immer Bewegungen von der einen zur anderen Seite geben können. Wir haben sicher wieder einen großen Teil der Wähler zurückgewonnen, die während unserer Koalition mit der SPD bei der CDU geparkt, überwintert haben. Selbst unterstellt, ein Drittel unserer Wählerschaft habe früher CDU gewählt, dann hätte das Ergebnis doch für die Fünf-Prozent-Hürde gereicht.

„Die Strategie Wallmanns war richtig"

dpa, Düsseldorf

Auch die nordrhein-westfälische CDU plant für die Landtagswahl 1985 eine Strategie, die der derzeit außerparlamentarischen FDP eine Rückkehr in den Landtag erleichtert, wenn die Freien Demokraten vorher eine Koalitionsaussage zugunsten der Union beschließen. Gleichzeitig wolle sie mit verstärkten Anstrengungen ihre Anhänger derart mobilisieren, daß der NRW-Union – im Gegensatz zu Hessen – keine Stammwähler verlorengehen, gab der designierte Spitzenkandidat Bernhard Worms in einem dpa-Gespräch zu erkennen.

Den Einwand, daß die Leihstimmen-Aktion der hessischen CDU in der Wahl am Sonntag die dortige FDP zwar in den Wiesbadener Landtag zurückgebracht, die Union aber geschwächt habe, wollte Worms nicht gelten lassen. „Die Strategie unserer hessischen Freunde war und ist richtig, weil es zu dieser Strategie keine einzige Alternative – auch keine theoretische – gab oder geben würde. Das kann man durchrechnen und durchdiskutieren, wie man will", unterstrich Worms, der auch stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender ist. Zwar habe die nordrhein-westfälische Union keine Stimme zu verschenken, doch gelte, „daß die Strategie von Hessen auch die generelle Strategie der CDU von Nordrhein-Westfalen sein wird und auch nur sein kann. Alles andere würde danebenführen."

Worms rechnete vor, daß es für die FDP in Nordrhein-Westfalen sehr viel leichter werden dürfte, 1985 die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, als am Sonntag in Hessen. In Düsseldorf seien die Freien Demokraten 1980 mit 4,98 Prozent nur ganz knapp gescheitert. In Hessen sei die Rechnung am Sonntag nicht aufgegangen, weil längst nicht alle CDU-Sympathisanten für die Stimmabgabe mobilisiert worden seien. „Darauf müssen wir Obacht geben."

Die hessische Unionsstrategie zugunsten der FDP rechtfertigte der CDU-Vize auch mit dem Hinweis, „daß landes- und bundesweit nur die eine Frage diskutiert wurde: Schafft die FDP es überhaupt noch, über die fünf Prozent zu kommen?"

Die Entwicklung zum Zweigruppen-System und die strategische Wahl des Bürgers

Von W. KALTEFLEITER

Die Wahlen in Hessen und Bremen stellten praktisch den ersten politischen Test für die Parteien nach den Frühjahrswahlen dar. Sie haben zunächst bestätigt, was bereits in den Landtagswahlen nach dem Regierungswechsel im letzten Herbst und in diesem Frühjahr sowie in der Bundestagswahl vom 6. März deutlich wurde: Das deutsche Parteiensystem hat sich zu einem Zweigruppensystem entwickelt, bei dem sowohl erhebliche Wählerbewegungen zwischen den Gruppen als auch innerhalb jeder Gruppe zu beobachten sind.

Die erste Gruppe bilden die Bonner Koalitionsparteien also im Hinblick auf die Landtagswahl in Hessen: CDU und FDP. Beide Parteien verfügten in Hessen noch zur Bundestagswahl über ein Potential von 52 Prozent der Stimmen, während die zweite Gruppe, also SPD und Grüne, gemeinsam etwa 48 Prozent der Stimmen auf sich vereinten. Dieses Kräfteverhältnis ist auf den Kopf gestellt worden. Nach dieser Landtagswahl kommen SPD und Grüne auf etwa 52 Prozent, während die Bonner Regierungsparteien noch 47 Prozent erreichen. Eine solche Wählerbewegung innerhalb eines halben Jahres verdient den Begriff „Erdrutsch".

Gegenüber der Landtagswahl vor einem Jahr sind die Wählerbewegungen dagegen deutlich geringer. CDU und FDP verloren etwa zwei Punkte, entsprechend sind die Gewinne auf der anderen Seite. Innerhalb der beiden Gruppen gibt es gegenüber der Bundestagswahl kaum Verschiebungen. Die FDP hat ihre Stabilisierung zu Lasten der CDU von der letzten Bundestagswahl wiederholt. Ebenso hat die SPD auf Bundesebene keine weiteren Fortschritte beim Eindringen in das grüne Potential gemacht. Eine Analyse dieser Wählerbewegung muß zwischen den Bewegungen in den beiden Gruppen und den zwischen den beiden Gruppen unterscheiden.

Das herausragende Ergebnis ist zweifellos der deutliche Verlust der CDU und die entsprechenden Zugewinne der SPD, die zum ersten Mal seit 1970 in einer Landtagswahl wieder stärkste Partei in Hessen werden konnte und damit an ihre traditionellen Ergebnisse der sechziger Jahre anknüpfen konnte. Selbst wenn man davon ausgeht, daß etwa fünf Prozentpunkte der FDP aus CDU-Wählern von vor einem Jahr bestehen, bleibt ein deutlicher Verlust der CDU. Die Tatsache, daß dieser Verlust nicht in ähnlicher Form in Bremen aufgetreten ist, könnte zunächst zu der Schlußfolgerung führen, daß diese Wählerbewegung landespolitisch bedingt ist.

Einer solchen Interpretation widerspricht die Tatsache, daß in Bremen die CDU in einer Minoritätsposition ist, was zugleich bedeutet, daß es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, dort in das Potential der Wechselwähler einzudringen, während gerade dies die Erfolgsserie der CDU in Hessen in den letzten zehn Jahren gekennzeichnet hatte. Hier sind die Verluste der CDU in Hessen einzuordnen. Vieles spricht dafür, daß dieses bundespolitisch bedingt ist, zumal die Verluste gegenüber der Bundestagswahl auch deutlich größer sind als gegenüber der Landtagswahl vor einem Jahr.

Die Zustimmung der Union in der Bundestagswahl war auf Erwartungen gegründet, von denen es zumindest fraglich erscheinen mußte, ob sie erfüllt werden konnten. Zwar hat sich die wirtschaftliche Lage verbessert, aber nicht so wie erhofft. Und die Geschlossenheit der Bonner Koalition ließ gerade im letzten Sommer viele Wünsche offen. Dabei ist dann auch die deutlich niedrigere Wahlbeteiligung zu erwähnen. Bei vielen Unionswählern vom 6. März führten diese enttäuschten Erwartungen zur Stimmenthaltung, während die SPD ihr Potential offensichtlich voll mobilisieren konnte. Insofern erhielt die CDU aus Hessen einen deutlichen Warnschuß.

Was die interne Wählerbewegung in den beiden Gruppen betrifft, ergab sich für die erste Gruppe, also für CDU und FDP, die Situation, daß eine Mehrheit im Hessischen Landtag nur erreichbar erschien, wenn die FDP die Fünf-Prozent-Hürde überspringen würde. In dieser Situation bestand eine deutliche Parallelität zur Landtagswahl von 1970. Auch damals war die FDP nach dem Koalitionswechsel zugunsten einer SPD/FDP-Koalition 1969 in eine Existenzkrise geraten und in vorausgegangenen Wahlen gescheitert. Die Wahl in Hessen wurde zum Test für die Überlebensfähigkeit der FDP und damals auch der SPD/FDP-Koalition gesehen. Zur Überraschung vieler Beobachter schaffte die FDP damals die Sperrklausel so souverän wie heute.

Die Ursachen für den heutigen Erfolg der FDP sind ähnlich. Etwa zwei Drittel der CDU-Wählerschaft als auch der SPD-Wählerschaft ziehen eine Koalition ihrer Partei mit der FDP einer Alleinregierung ihrer eigenen Partei ohnehin vor. Wenn vor diesem Hintergrund der öffentliche Eindruck entsteht, die Regierungschance der eigenen Partei hänge vom Überleben der FDP ab, dann finden sich genügend SPD- oder auch CDU-Wähler bereit, die FDP zu unterstützen und damit die Regierungschance der eigenen Partei zu sichern. Das galt 1970 für die SPD-Wähler wie 1983 für die CDU-Wähler.

Auch innerhalb der zweiten Gruppe, also zwischen SPD und Grünen, gibt es eine Austauschbewegung. Dabei läßt sich bis zum Regierungswechsel vor einem Jahr ein stetiger Anstieg der Grünen primär zu Lasten der SPD beobachten, während seitdem dieser Prozeß wieder rückläufig ist. Bereits zur Bundestagswahl im März lag der Stimmenanteil der Grünen um *gut zwei Punkte unter ihrem* Potential zum Zeitpunkt des Regierungswechsels, wie er auch in der damaligen hessischen Landtagswahl verdeutlicht wurde. Hier ist allerdings auf eine hessische Besonderheit zu verweisen. Bei einer Bundestagswahl in diesem Herbst hätten die Grünen den Einzug ins Parlament verpaßt. In Hessen haben sie zwar auch gegenüber dem Vorjahr verloren, aber doch noch einmal den Sprung ins Parlament geschafft.

Dies erklärt sich aus der besonderen Situation der hessischen SPD. Während die Bundespartei der SPD sich seit dem Regierungsverlust konsequent um die Reintegration der an die Grünen verlorenen Wählerschichten bemüht und zu diesem Zweck auch und gerade die symbolische Position der Grünen wie zum Beispiel in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses übernimmt, war dazu die hessische SPD nur bedingt in der Lage. Anders zum Beispiel als die SPD in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, wo es der SPD schon in diesem Frühjahr gelang, die Grünen unter die Fünf-Prozent-Grenze zu drücken, war die SPD in Hessen Regierungspartei und wurde darüber hinaus durch einen Ministerpräsidenten repräsentiert, der voll in der Tradition und dem Image der langjährigen Regierungspartei SPD unter Kanzler Schmidt steht.

Das gleichzeitige Ergebnis in Bremen zeigt auf seiten der Gruppe SPD–Grüne deutliche Parallelen, wobei die grüne Position durch die interne Aufsplitterung zwar geschwächt, aber immer noch stark genug war, um in die Bürgerschaft zurückzukehren. Auch in Bremen war die regierende SPD unter Koschnick nicht zur Umarmung der grünen Wählerschaft fähig. Unterschiedlich war in Bremen dagegen die Situation in der Gruppe von CDU und FDP, weil die FDP in Bremen eine Koalitionsaussage für die SPD gemacht hat. Sie versuchte in Bremen die gleiche Strategie, die schon im Frühjahr in Schleswig-Holstein gescheitert war. Jene Anhänger, die eine Koalition mit der SPD befürworteten, hatte sie durch den Bonner Regierungswechsel vor einem Jahr verloren. Wie in Schleswig-Holstein erwies es sich auch in Bremen als eine Illusion, durch eine landespolitische Koalitionsaussage die Struktur der Wählerschaft verändern zu können. Diese Koalitionsaussage bewirkte allein, daß es keinen Anlaß für CDU-Anhänger gab, der FDP mit ihrer Stimme zu Hilfe zu eilen.

Als Fazit dieser Doppelwahl bleibt, daß sich das Parteiensystem weiter stabilisiert hat. Das Auftreten der Grünen Alternativen erweist sich trotz der knappen Rückkehr in die beiden Landesparlamente als ein Intermezzo, das die SPD als Bonner Oppositionspartei dabei ist, zu beenden. Zwar hat die FDP noch keine eigenständige Stabilität gewonnen, wie gerade das Bremer Ergebnis zeigt, aber in der Koalition mit der CDU hat sie zumindest dann gute Chancen, ins Parlament zurückzukehren, wenn dies für die Regierungspositionen der CDU von Bedeutung ist. Der mündige Bürger wählt strategisch.

Die WELT berichtet über die Doppelwahl und über ihre politischen Konsequenzen

Börner hat trotz des Sieges sein Wahlziel nicht erreicht

D. GURATZSCH, **Frankfurt**

Als erste hatten sich nach der hessischen Landtagswahl und ihrem überraschend hohen Sieg die Sozialdemokraten gefangen. Auf ihren Wahlplakaten prangte schon am Montagmorgen eine Dankadresse an die Wähler. Und sie luden auch als erste Partei am Montagmittag zu einer Pressekonferenz ein – die Diskussionsphase des Wahlergebnisses war bei dieser Partei also kürzer als bei den anderen.

Aber die Probleme kommen erst. Denn die SPD hat wiederum die von ihr angestrebten „klaren Verhältnisse" verfehlt. Holger Börner, der zunächst keine Koalitionsgespräche führen will, muß weiterhin „geschäftsführend", also mit wechselnden Mehrheiten, amtieren. Daraus ergibt sich eine unstabile Situation für das Land. Das Gegengewicht gegen Bonn, das Börner bilden will, kann sich zu Hause nur auf ein Minderheitskabinett stützen. Die Flügelkämpfe innerhalb der SPD werden aufs neue ausbrechen, wenn in Einzelfragen der Politik darüber entschieden wird, ob eine Zusammenarbeit mit FDP, CDU oder Grünen gesucht werden soll.

Bittere Empfindungen

Dabei ist der Sieg der SPD, in Zahlen ausgedrückt, eindrucksvoll ausgefallen. Die Partei hat nicht nur 3,4 Prozent Stimmenanteile zurückgewonnen und damit das beste Wahlergebnis seit 1966 erzielt. Sie kann auch eine erdrutschartige Verschiebung bei den Direktmandaten verbuchen. Sie eroberte die Mehrheit in 42 von insgesamt 55 Wahlkreisen und nahm damit der CDU 21 Wahlkreise ab. In zwölf Wahlkreisen siegte sie mit Stimmenanteilen von über 50 Prozentpunkten – mit einer Ausnahme sind es sämtlich Wahlkreise in Nordhessen. Damit dürfte sich das politische Gewicht der eher „rechts" tendierenden nordhessischen SPD weiter verstärken.

Aber auch in Südhessen machte die SPD auf Kosten der CDU Boden gut. Mit den Kreisen Groß-Gerau, *Darmstadt, Dieburg, Odenwald* und Berstraße fiel der gesamte Süden des Bezirks Südhessen an die SPD. Besonders schmerzlich für den Herausforderer des Ministerpräsidenten Holger Börner, den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann: Auch in Frankfurt nahm die SPD der CDU zwei Wahlkreise ab und hält damit jetzt in vier von sechs Wahlkreisen die Mehrheit. Die CDU-Kampagne in den Industriezentren hat nicht verfangen: In Offenbach und im ehemals „roten" Hanau sind die alten Verhältnisse für die SPD wieder eingerenkt.

Diese erdrutschartige Verschiebung *bei den Direktmandaten ist die* unmittelbare Folge der sogenannten „Leihstimmenkampagne" der CDU für die FDP. Die Stimmabgabe potentieller CDU-Wähler für die Freien Demokraten hat die Union in zahlreichen *Wahlkreisen mit dem Verlust* der Mehrheit bezahlen müssen. Vergegenwärtigt man sich, daß die CDU in Hessen ihre Erfolge in der Vergangenheit vor allem auf Kosten der FDP errungen hatte, so wird deutlich, *daß das Ergebnis dieser* jüngsten Landtagswahl in den CDU-Kreisverbänden bittere Empfindungen wecken muß.

Selbst in der Hochburg Fulda, der Heimatstadt des früheren Landesvorsitzenden Dregger, erlitt die Union eine drastische Stimmeneinbuße von 9,6 Prozent. An den von der CDU anvisierten Standorten neuer Kernkraftwerke in Biblis und Borken erlangte *die SPD mit 3,9 Prozent* Stimmenzuwachs überdurchschnittliche Gewinne. Die CDU verlor in Biblis die absolute Mehrheit, blieb aber mit 47,6 Prozent noch immer stärkste Partei. In Borken baute die SPD ihre absolute Mehrheit auf 63,7 Prozent aus, die CDU rutschte auf 27,2 Prozent. Diese Ergebnisse lesen sich wie eine Zustimmung zu den Plänen des SPD-Spitzenkandidaten Börner, der auf den Ausbau der Kernenergie in Hessen verzichten will.

Bei der hessischen FDP scheint die Neigung nicht sehr groß zu sein, ihre überraschenden Erfolge auf die Un*terstützung* durch die CDU zurückzuführen. Noch in der Wahlnacht meinte der frühere FDP-Fraktionsvorsitzende und zweite Mann auf der FDP-Landesliste, Otto Wilke, von dem Wort „Leihstimmen" halte er nicht viel. Und auch die frühere bildungspolitische Sprecherin der Partei Ruth Wagner, die dem „rechten" FDP-Flügel zugerechnet wird, wollte die Zugewinne der Freien Demokraten in einer ersten Stellungnahme „nicht allein auf CDU-Leihstimmen" zurückgeführt wissen.

Stimmengewinne weit über dem Landesdurchschnitt verzeichnete die FDP vor allem im Norden des Landes. In Kassel-Stadt I *erreichte* sie 10,6 Prozent, in den beiden Wahlkreisen Waldeck-Frankenberg 12,4 beziehungsweise 11,9 Prozent. Hier gingen ihre Gewinne sichtlich zu Lasten der Grünen, die mit ihrem Kampf gegen die Errichtung einer *atomaren* Wiederaufarbeitungsanlage vor einem Jahr 7 beziehungsweise 13,7 Prozent erzielt hatten und jetzt sogar unter die Fünf-Prozent-Marke abrutschten.

Tiefer Fall der Grünen

Wie hier in den einstigen Hochburgen der Freien Demokraten verloren die Grünen auch in einem anderen ehemaligen „Kampfgebiet" die höchsten Stimmenanteile: in der Region um die Startbahn West. In den beiden Wahlreisen von Groß-Gerau sackten sie von 12,8 beziehungsweise 17,4 Prozent im vergangenen Jahr auf 7,7 beziehungsweise 10,2 Prozent ab. Am tiefsten war der Fall in Mörfelden-Walldorf, wo sie 14,3 Prozent der Stimmen einbüßten. In einigen Gemeinden der Startbahn-Region übersprangen sie nur noch mit Mühe und Not die Fünf-Prozent-Hürde. *Auch* dieses Ergebnis wird noch innerparteiliche Diskussionen auslösen: Denn ausgerechnet dort hatten die Grünen ein festes Bündnis mit der SPD geschlossen. Die Früchte haben nun nicht sie, sondern die Sozialdemokraten geerntet. Sie schnellten auf 49,9 beziehungsweise 47,2 Prozent empor und pendelten sich damit wieder auf ihrem Niveau der 70er Jahre ein.

Wird die FDP zum Joker für die SPD?

D. GURATZSCH, **Wiesbaden**

Als sich der Landesvorsitzende der hessischen SPD, Holger Börner, gestern mittag in Wiesbaden der Presse stellte, wirkte er gut gelaunt. „Ich habe lange geschlafen und die Frühnachrichten versäumt, ich habe den Eindruck, es geht mir gut", sagte der Ministerpräsident des Landes Hessen, der im Dezember vorigen Jahres zurückgetreten ist und seitdem wegen fehlender parlamentarischer Mehrheit „geschäftsführend" amtiert. Und so, das war seine Botschaft einen Tag nach der Wahl, soll es bis auf weiteres bleiben.

„Ich habe keine Veranlassung, mich als Ministerpräsident zur Wahl zu stellen zu diesem Zeitpunkt", meinte Börner, der vor den Wahlen erklärt hatte, daß die Situation seiner Regierung seinem „innersten Demokratieverständnis" widerspreche. Diesen Standpunkt bekräftigte er jetzt zwar und fügte sogar hinzu, er habe ein „persönliches Interesse" daran, den gegenwärtigen Zustand „nicht auf die ganze Legislaturperiode auszudehnen". Aber in Koalitionsverhandlungen mit den anderen Parteien wolle er dennoch nicht eintreten. Da müßten erst „Klärungsprozesse" abgewartet werden.

Börner kündigte an, daß er zunächst den noch ausstehenden Haushalt für 1983 im Landtag durchbringen wolle. Um die erforderliche Mehrheit zu erhalten, wolle er persönlich Gespräche mit allen anderen Fraktionen – und somit erstmals auch mit den Grünen – führen. Dabei werde ihn der Finanzminister begleiten. Den im Fall von schwierigen Mehrheitsverhältnissen in Aussicht gestellten „Sonderparteitag" der SPD, auf dem die Partei über mögliche Koalitionen entscheiden sollte, halte er nun für „entbehrlich". Er würde seiner Meinung nach auch die „Handlungsfähigkeit der Landesregierung tangieren". Diese Entscheidung wird vor allem bei den „linken" südhessischen SPD-Bezirken Enttäuschung auslösen, auch wenn der Landesvorstand bereits für den 5. November einen ordentlichen Landesparteitag angesetzt hat. Denn mit dem Verzicht auf den Sonderparteitag geht eine erkämpfte „basisdemokratische" Position unversehens wieder verloren.

Die Situation in Hessen beurteilte Börner in der Pressekonferenz so: Zwar hat keine Partei eine Mehrheit, *aber ohne die SPD werde in Hessen* nichts mehr gehen. Sie werde die kommenden Gespräche aus der Position der stärksten Partei heraus führen. Börner bekräftigte seine Ankündigung aus dem Wahlkampf: „Keine Koalition mit den Grünen und mit der CDU." Ob er seine Regierung durch andere Parteien „tolerieren" lassen wolle, könne er „heute noch nicht endgültig" sagen.

In verschiedenen Andeutungen ließ der Wahlsieger indessen durchblicken, daß er sich offensichtlich geheime Hoffnungen auf die FDP macht. Er habe bei den Freien Demokraten „eigenartige Dissonanzen" bei den Reaktionen auf das Wahlergebnis vernommen. Es sei auch durchaus richtig, daß ein freundschaftlicher Kontakt zum früheren FDP-Landesvorsitzenden Gries „nie abgebrochen" sei, und überdies habe er bis heute drei FDP-Staatssekretäre in seiner Regierung behalten. Allerdings schließe er „im Moment aus, daß es kurzfristig zu Koalitionsfestlegungen kommt". Er rechne aber auf „Einigungen in Sachfragen". Damit ist mindestens die Blickrichtung des SPD-Chefs markiert. Allerdings hat der FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt eine Koalition mit der SPD strikt ausgeschlossen. Aber er fügte in seinem Gespräch mit der WELT (Seite 5) hinzu: „Jetzt haben wir die Aufgabe, im Parlament wirkungsvoll und effizient zu arbeiten." Diese Formel könnte die Offenheit der FDP für eine Zusammenarbeit mit der SPD bei der Verabschiedung des Haushalts andeuten.

Allerdings haben auch die beiden anderen Parteien, die CDU und die Grünen, „Gesprächsbereitschaft" signalisiert. Es kann also leicht eine Situation wie im vergangenen Jahr entstehen, in der Börner seine möglichen Partner gegeneinander ausspielen könnte. Der Wiedereinzug der FDP ins Parlament hat seinen Spielraum dabei noch vergrößert.

Einzelergebnisse in Hessen: SPD holte 42 Direktmandate, die CDU nur 13

Kassel-Land I (1): CDU 31,6 (38,4), SPD 56,2 (52,5), Grüne 4,3 (5,9), FDP 7,5 (2,9). Gewählt: Udo Schlitzberger (SPD).
Kassel-Land II (2): CDU 28,1 (35,1), SPD 60,5 (56,4), Grüne 4,8 (6,2), FDP 6,1 (2,0). Gewählt: Herbert Günther (SPD).
Kassel-Stadt I (3): CDU 34,1 (42,8), SPD 45,6 (42,5), Grüne 8,7 (10,5), FDP 10,6 (3,6). Gewählt: Hans Krollmann (SPD).
Kassel-Stadt II (4): CDU 28,1 (35,0), SPD 59,9 (55,8), Grüne 5,6 (6,7), FDP 5,7 (1,9). Gewählt: Holger Börner (SPD).
Waldeck-Frankenberg I (5): CDU 36,0 (43,5), SPD 47,3 (44,0), Grüne 3,9 (7,0), FDP 12,4 (5,3). Gewählt: Horst Bökemeier (SPD).
Waldeck-Frankenberg II (6): CDU 36,0 (40,9), SPD 47,1 (40,1), Grüne 4,5 (13,7), FDP 11,9 (4,9). Gewählt: Reinhard Kahl (SPD).
Schwalm-Eder I (7): CDU 30,5 (37,5), SPD 56,7 (52,8), Grüne 4,5 (6,0), FDP 7,8 (3,1). Gewählt: Radko Stöckl (SPD).
Schwalm-Eder II (8): CDU 34,0 (41,0), SPD 53,8 (50,2), Grüne 3,8 (5,2), FDP 7,9 (3,3). Gewählt: Karl Heinz Ernst (SPD).
Eschwege-Witzenhausen (9): CDU 33,2 (40,9), SPD 55,2 (50,3), Grüne 4,0 (5,4), FDP 7,2 (3,0). Gewählt: Erika Wagner (SPD).
Rotenburg (10): CDU 35,1 (42,4), SPD 54,9 (50,5), Grüne 3,6 (4,8), FDP 6,0 (2,0). Gewählt: August-Wilhelm Monde (SPD).
Hersfeld (11): CDU 33,5 (40,8), SPD 55,1 (51,0), Grüne 3,8 (5,5), FDP 7,2 (2,4). Gewählt: Günter Simon (SPD).
Marburg-Biedenkopf I (12): CDU 37,2 (42,7), SPD 51,5 (48,4), Grüne 4,9 (6,4), FDP 5,8 (2,1). Gewählt: Karl Leinbach (SPD).
Marburg-Biedenkopf II (13): CDU 41,5 (46,9), SPD 42,1 (39,2), Grüne 8,1 (9,8), FDP 6,6 (2,7). Gewählt: Karl Schnabel (SPD).
Fulda I (14): CDU 58,7 (67,7), SPD 28,7 (25,1), Grüne 3,3 (4,6), FDP 8,6 (2,5). Gewählt: Winfried Rippert (CDU).
Fulda II (15): CDU 60,8 (68,3), SPD 29,1 (25,0), Grüne 3,1 (4,3), FDP 6,6 (2,1). Gewählt: Josef Weber (CDU).
Lahn-Dill I (16): CDU 41,7 (48,3), SPD 47,3 (43,3), Grüne 3,9 (5,7), FDP 6,5 (2,5). Gewählt: Gert Lütgert (SPD).
Lahn-Dill II (17): CDU 36,3 (41,6), SPD 51,3 (48,9), Grüne 4,4 (6,2), FDP 7,4 (3,0). Gewählt: Gerhard Bökel (SPD).
Gießen I (18): CDU 37,0 (43,6), SPD 46,2 (43,3), Grüne 7,7 (9,3), FDP 8,0 (3,2). Gewählt: Manfred Mutz (SPD).
Gießen II (19): CDU 37,9 (44,8), SPD 47,7 (44,4), Grüne 5,4 (7,0), FDP 8,2 (3,4). Gewählt: Karl Starzacher (SPD).
Vogelsberg (20): CDU 37,5 (46,3), SPD 47,9 (44,6), Grüne 4,0 (4,8), FDP 10,2 (4,0). Gewählt: Karl Hisserich (SPD).
Limburg-Weilburg (21): CDU 48,2 (54,0), SPD 42,5 (38,0), Grüne 3,7 (6,0), FDP 5,1 (1,8). Gewählt: Wolfgang Ibel (CDU).
Limburg-Weilburg II (22): CDU 40,9 (46,3), SPD 48,0 (44,6), Grüne 4,3 (6,5), FDP 6,4 (2,4). Gewählt: Gerhard Dann (SPD).
Hochtaunus I (23): CDU 43,2 (51,0), SPD 38,1 (35,9), Grüne 5,8 (7,8), FDP 11,7 (5,0). Gewählt: Bernd Hamer (CDU).
Hochtaunus II (24): CDU 44,0 (50,6), SPD 35,9 (34,4), Grüne 6,5 (8,8), FDP 12,3 (5,8). Gewählt: Wilhelm Küchler (CDU).
Wetterau I (25): CDU 40,8 (47,6), SPD 45,0 (42,1), Grüne 5,6 (7,0), FDP 7,8 (3,1). Gewählt: Willi Görlach (SPD).
Wetterau II (26): CDU 37,6 (44,8), SPD 49,9 (46,9), Grüne 4,3 (5,3), FDP 7,6 (2,8). Gewählt: Wilhelm Reichert (SPD).
Rheingau-Taunus I (27): CDU 45,6 (53,5), SPD 39,8 (36,2), Grüne 4,8 (6,4), FDP 9,2 (3,6). Gewählt: Dr. Franz-Josef Jung (CDU).
Rheingau-Taunus II (28): CDU 39,9 (47,0), SPD 44,6 (41,7), Grüne 5,5 (7,3), FDP 9,3 (3,8). Gewählt: Gerhard Bruch (SPD).
Wiesbaden I (29): CDU 41,6 (48,9), SPD 38,3 (36,3), Grüne 7,4 (9,6), FDP 11,7 (4,8). Gewählt: Manfred Kanther (CDU).
Wiesbaden II (30): CDU 36,7 (42,4), SPD 49,0 (45,8), Grüne 6,5 (8,5), FDP 6,9 (2,8). Gewählt: Frank Beucker (SPD).
Wiesbaden III (31): CDU 37,0 (43,2), SPD 49,3 (46,0), Grüne 5,2 (7,3), FDP 7,7 (3,1). Gewählt: Herbert Schneider (SPD).
Main-Taunus I (32): CDU 43,6 (51,2), SPD 36,2 (34,3), Grüne 6,5 (8,8), FDP 12,7 (5,4). Gewählt: Karl-Heinz Koch (CDU).
Main-Taunus II (33): CDU 46,3 (52,5), SPD 37,8 (34,7), Grüne 6,7 (9,3), FDP 8,4 (3,3). Gewählt: Georg Badeck (CDU).
Frankfurt am Main I (34): CDU 40,2 (44,4), SPD 47,8 (45,1), Grüne 6,1 (8,1), FDP 5,1 (1,9). Gewählt: Sieghard Pawlik (SPD).
Frankfurt am Main II (35): CDU 37,5 (42,2), SPD 45,1 (42,4), Grüne 9,8 (11,7), FDP 6,5 (2,9). Gewählt: Armin Clauss (SPD).
Frankfurt am Main III (36): CDU 41,5 (46,8), SPD 39,0 (37,4), Grüne 9,5 (11,4), FDP 8,8 (3,7). Gewählt: Gerhard Wenderoth (CDU).
Frankfurt am Main IV (37): CDU 42,0 (46,8), SPD 39,7 (38,1), Grüne 9,0 (11,2), FDP 7,9 (3,2). Gewählt: Helmut Lenz (CDU).
Frankfurt am Main V (38): CDU 37,4 (42,7), SPD 40,1 (37,9), Grüne 14,2 (15,9), FDP 6,7 (2,8). Gewählt: Erich Nitzling (SPD).
Frankfurt am Main VI (39): CDU 40,7 (45,9), SPD 44,4 (41,7), Grüne 7,0 (9,1), FDP 6,7 (2,8). Gewählt: Alfred Gebhardt (SPD).
Main-Kinzig I (40): CDU 39,8 (45,9), SPD 47,7 (43,7), Grüne 5,5 (7,3), FDP 6,1 (2,3). Gewählt: Lothar Klemm (SPD).
Main-Kinzig II (41): CDU 39,9 (45,7), SPD 47,4 (43,4), Grüne 5,7 (7,6), FDP 6,5 (2,7). Gewählt: Hans Heimerl (SPD).
Main-Kinzig III (42): CDU 42,9 (49,2), SPD 45,5 (42,2), Grüne 4,4 (5,5), FDP 6,7 (2,8). Gewählt: Vera Rüdiger (SPD).
Offenbach-Stadt (43): CDU 38,4 (43,8), SPD 47,4 (43,8), Grüne 6,8 (9,1), FDP 6,1 (2,7). Gewählt: Horst Engel (SPD).
Offenbach-Land I (44): CDU 39,9 (45,6), SPD 42,6 (39,3), Grüne 8,1 (11,2), FDP 8,4 (3,5). Gewählt: Matthias Kurth (SPD).
Offenbach-Land II (45): CDU 43,8 (49,9), SPD 41,5 (37,9), Grüne 5,9 (8,5), FDP 7,6 (3,2). Gewählt: Werner Osypka (CDU).
Offenbach-Land III (46): CDU 47,6 (52,7), SPD 40,2 (36,4), Grüne 6,0 (8,3), FDP 5,5 (2,4). Gewählt: Frank Lortz (CDU).
Groß-Gerau I (47): CDU 35,5 (39,6), SPD 49,9 (44,8), Grüne 7,7 (12,8), FDP 5,7 (2,2). Gewählt: Martin Schlappner (SPD).
Groß-Gerau II (48): CDU 36,2 (39,0), SPD 47,2 (40,6), Grüne 10,2 (17,4), FDP 5,3 (2,1). Gewählt: Erwin Lang (SPD).
Darmstadt-Stadt I (49): CDU 34,1 (39,8), SPD 45,5 (42,3), Grüne 10,8 (13,7), FDP 8,2 (3,7). Gewählt: Christel Trautmann (SPD).
Darmstadt-Stadt I (50): CDU 37,2 (42,4), SPD 45,6 (42,8), Grüne 7,9 (10,1), FDP 8,1 (4,2). Gewählt: Karl Hermann Ritter (SPD).
Darmstadt-Dieburg I (51): CDU 37,0 (41,9), SPD 47,8 (44,1), Grüne 7,6 (10,3), FDP 6,7 (3,2). Gewählt: Karl Schneider (SPD).
Darmstadt-Dieburg II (52): CDU 41,5 (46,8), SPD 46,0 (42,8), Grüne 5,5 (6,9), FDP 5,9 (2,8). Gewählt: Karl Günther Kronawitter (SPD).
Odenwald (53): CDU 36,5 (42,3), SPD 51,7 (49,4), Grüne 4,7 (5,3), FDP 6,5 (2,6). Gewählt: Günter Zabel (SPD).
Bergstraße I (54): CDU 43,6 (47,9), SPD 46,7 (43,1), Grüne 4,2 (6,0), FDP 5,1 (2,6). Gewählt: Jürgen Dieter (SPD).
Bergstraße II (55): CDU 43,9 (49,3), SPD 44,2 (40,6), Grüne 4,8 (6,6), FDP 6,6 (3,1). Gewählt: Heinz Fraas (SPD).



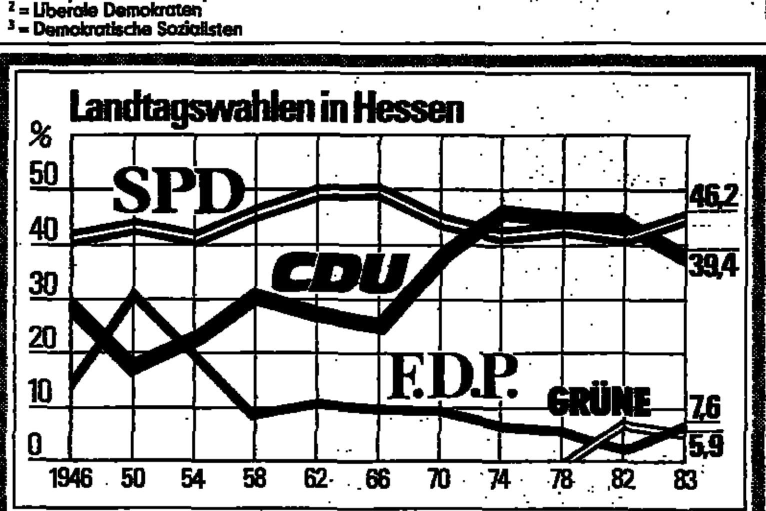
Der Sieger: Holger Börner — **Der Verlierer: Walter Wallmann**

So wählte Hessen

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Landtagswahl 1983			Landtagswahl 1982			Bundestagswahl 1983 (in Hessen)	
Wahlberechtigte	4 074 644			4 050 661			4 071 991	
Abgegebene Stimmen	3 405 884			3 498 407			3 673 072	
Wahlbeteiligung	83,6%			86,4%			90,2%	
Gültige Stimmen	3 373 810			3 465 493			3 641 509	
Partei	**Stimmen**	**%**	**Mand.**	**Stimmen**	**%**	**Mand.**	**Zweitstimmen**	**%**
CDU	1 329 712	39,4	44	1 580 989	45,6	52	1 614 641	44,3
SPD	1 559 271	46,2	51	1 483 930	42,8	49	1 513 449	41,6
Grüne	200 408	5,9	7	278 450	8,0	9	218 898	6,0
FDP	256 797	7,6	8	106 901	3,1	–	275 787	7,6
DKP	8 692	0,3	–	12 625	0,4	–	7 609	0,2
EAP[1]	1 235	0,0	–	2 377	0,1	–	2 124	0,1
LD[2]	13 553	0,4	–	–	–	–	–	–
DS[3]	3 217	0,1	–	–	–	–	–	–
Sonstige	925	0,0	–	221	0,0	–	2 260	–

[1] = Europäische Arbeiterpartei
[2] = Liberale Demokraten
[3] = Demokratische Sozialisten



Die Wähler mobilisiert

dpa, **Wiesbaden**

In Hessen vermochte die SPD trotz einer 2,7 Prozent geringeren Wahlbeteiligung ihre absolute Stimmenzahl um rund 75 000 zu steigern; die Grünen gaben mehr als 75 000 Wähler ab. Die FDP gewann rund 150 000 Stimmen hinzu, während die CDU 250 000 Wähler verlor. Die „Partei der Nichtwähler" *schließlich* war um fast 120 000 größer als bei der Landtagswahl vor einem Jahr. Die Austauschbeziehungen zwischen den Parteien waren indes vielschichtiger, als es die Zahlen vermuten lassen.

Die Infas-Wanderungsbilanz zeigt, daß es der SPD gelungen ist, ihr Wählerpotential an die Wahlurnen zu bringen, etwa die Hälfte der Erstwähler an sich zu binden, CDU-Anhänger *herüberzuziehen und* einen Teil der grünen Parteigänger von 1982 zurückzugewinnen. Dabei ist der Zugewinn aus dem grünen Wählerlager mit per Saldo fast 50 000 Stimmen etwa ähnlich groß wie die Mobilisierung von Nichtwählern, Erstwählern und früheren CDU-Wählern zusammengenommen.

Während die SPD aus allen Richtungen – mit Ausnahme der FDP – Wähler gewann, hat die CDU überall hin abgeben müssen: in besonderem Umfang – rund 90 000 Stimmen – an die FDP, durch das empfohlene Huckepack-Verfahren, aber auch an die SPD. Auch die *Erstwählerbilanz* zeigt für die CDU einen negativen Saldo. Besonders schwer ist der CDU aber diesmal die Mobilisierung ihrer Anhänger gefallen: Über 100 000 CDU-Wähler von 1982 haben diesmal nicht gewählt.

Den großen Sprung nach vorn verdankt die FDP vor allem dem taktisch motivierten Zustrom aus dem CDU-Lager, aber auch der Abwanderung von rund 30 000 enttäuschten Grünen. Bewegungen von der SPD zur FDP und die Nichtwähler-Mobilisierung hielten sich dagegen in einem engeren Rahmen. Diese normalen Wählerbewegungen allein hätten allerdings nicht ausgereicht, um die FDP über die Fünf-Prozent-Schwelle zu heben. Aber die 90 000 Stimmen, die die CDU beigesteuert hat, überbrückten die entscheidende Differenz.

Die Grünen schließlich hatten Verluste vor allem an die Parteien zu beklagen, von denen sie vor einem Jahr besonderen Zulauf erhielten: in erster Linie an die SPD, *in zweiter* Linie an die FDP.

Demoskopie – gestimmt hat nichts

Von J. NEANDER

Das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und SPD bei der Hessenwahl, so meinte noch vor wenigen Wochen der hessische CDU-Generalsekretär Manfred Kanther, existiere nur in den Köpfen der SPD. Der Satz ist am Sonntag auf fast groteske Weise *wahrgeworden, nur genau* andersherum, als Kanther ihn gemeint hatte.

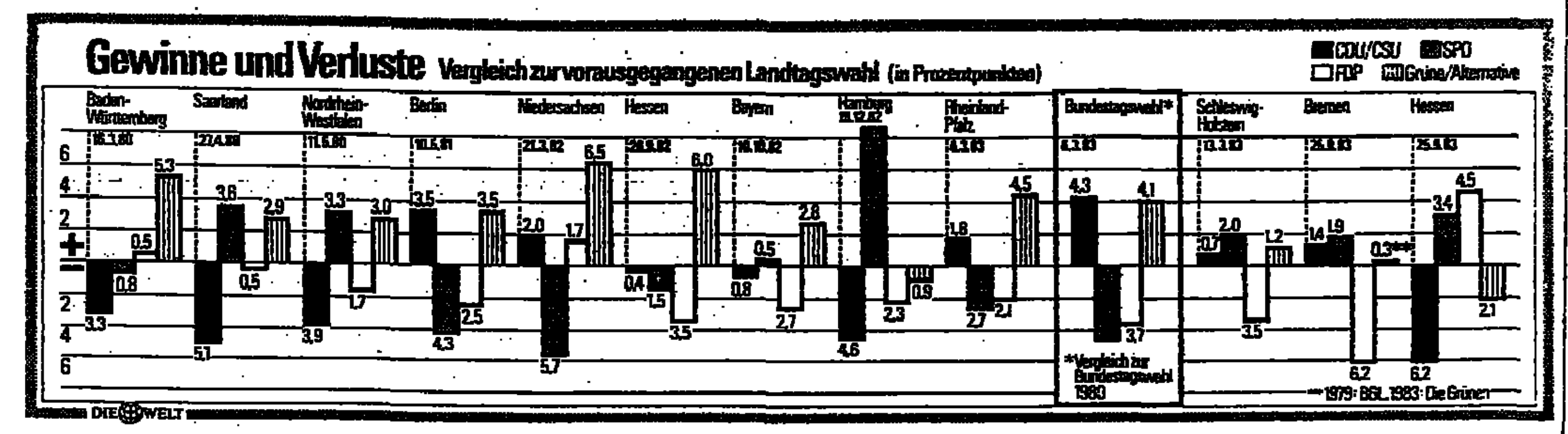
Die eigenen Umfragen signalisierten der CDU mit 45 bis 47 Prozent einen klaren Vorsprung vor der SPD. Die Sozialdemokraten wiederum verwiesen auf Gund ihrer eigenen Demoskopiezahlen stets darauf, daß sie der CDU dicht auf den Fersen liegen. Was die FDP betraf, lag sie sowohl in den von der Union als auch in den von der *SPD in Auftrag gegebenen Untersu*chungen bis zuletzt eindeutig unterhalb von fünf Prozent. Gestimmt hat nichts. Eine peinliche Schlappe für die Meinungsforschung.

Die Fairneß gebietet, auch nach Erklärungen, vielleicht gar Entschuldigungen zu fragen. Spricht man mit den Profis der Branche, so gestehen sie ein, daß ihnen die isolierte „Sonntagsfrage" (nach der voraussichtlichen Wahlentscheidung des Befragten) aus Prinzip Kopfschmerzen verursacht. Die Menschen sind halt oft komplizierter konstruiert als ein Wahlzettel. Immerhin findet man beim Durchblättern des jüngsten Umfragematerials bei Infratest (Verfechter der Kopf-an-Kopf-These) den warnenden Satz: „Die Wähler sind zur Zeit sehr mobil."

Daß die Wahlforscher diese mobilen Wähler allerdings zeitweise regelreicht aus den Augen verlieren, wie das im Fall der Umfragen in Hessen und auch in Bremen offenbar der Fall gewesen ist, sollte die zeitweise unstillbar scheinende Gier der Öffentlichkeit nach Umfrageergebnissen jetzt doch ein wenig dämpfen. Mißtrauisch sollte man auch gegenüber jenen Zahlen werden, mit denen die Institute noch in der Nacht nach der Wahl an Hand der sogenannten Wählerwanderungen versuchen, ihre eigenen Prognosefehler nachträglich zu erklären. Wer vorher danebenhaut, wird nachher kaum exakter sein können.

Übrigens wächst das Mißtrauen gegen die allzu griffigen Ergebnisse der rein quantitativen Sozialforschung auch auf anderen Gebieten. Die Menschen haben es satt, überall auf den Durchschnittsnenner gebracht zu werden; Gott sei Dank. Der Gedanke daran, daß man beim nachdenklichen Gang zum Wahllokal in Wirklichkeit mit seinem Kreuzchen schon in einem Prognosecomputer gespeichert sein könnte, hat sowieso etwas Beleidigendes an sich.

Die WELT berichtet über die Doppelwahl



Das Echo auf die Wahlen in der Presse

DW. **Bonn**

Der Ausgang der Wahlen in Bremen und Hessen fand in der in- und ausländischen Presse große Beachtung.

Neue Zürcher Zeitung: Bundespolitisch gesehen verschaffen diese beiden ersten Landtagswahlen seit der Bundestagswahl vom vergangenen März der SPD unzweideutig einen stimmungsmäßigen Auftrieb. Die innere Zerrissenheit in der Raketen-Frage hat ihr beim Wahlvolk offenbar nicht geschadet, das vorteilhafte Abschneiden in Bremen und Hessen dürfte eher die unbedingten Nachrüstungsgegner in der Partei stärken.

Basler Zeitung: Einen Erfahrungssatz haben die Wähler von Hessen und Bremen gestern bestätigt: Wer in Bonn regiert, hat es in Landtagswahlen schwerer. Das sehr gute Abschneiden der SPD in beiden Ländern, wo sie immerhin in schwerer Zeit die Verantwortung trug, muß aber als merklicher Sympathieschwund für die Bonner Regierung gedeutet werden. Für die CDU verliefen die Wahlen in Hessen katastrophal. Ihr neuer Spitzenmann, der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann, erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen nicht. Einer von Börner angeführten SPD vermochte er keine Wähler abzuwerben, und seine massive Wahlhilfe für die FDP ging voll auf Kosten der eigenen Partei.

Le Matin (Paris): Auf dem Gebiet der Deutschlandfrage und der Unabhängigkeit gegenüber den USA ebenso wie gegenüber der UdSSR ist der linke Flügel der SPD bereits nicht mehr einzuholen. Wenn man Willy Brandt und Männer wie Egon Bahr hört, wird einem klar, daß die SPD bereits zehn Längen Vorsprung gegenüber den Grünen hat. Alle diese Faktoren erklären das Abbröckeln der umweltbewußten und pazifistischen Wählerschaft.

Le Figaro (Paris): Die Entwicklung Deutschlands in Richtung auf eine immer kräftigere und neutralistischere Linke, die sich bereits vor den Bundestagswahlen im März abzeichnete, durch sie aber unterbrochen wurde, wird wieder erkennbar. Bundesweite Wahlen sind historische Entscheidungen. Doch regionale Abstimmungen bringen die Grundströmungen hervor.

La Nazione (Florenz): Dieser Test klingt nicht ermutigend für den noch frischen christdemokratischen Kanzler. In Bonn kann Kohl immer sagen, daß die lokalen Probleme die nationalen überdeckt haben. Und so ist es sicherlich auch gewesen. Aber jenseits der (an die FDP) geliehenen Stimmen *bleibt ein echter Verlust* (für die CDU) sowohl in Hessen als auch in Bremen.

Westfalenpost (Hagen): Der Liebesdienst der hessischen CDU, mit Leihstimmen die FDP wieder in den Landtag zu transportieren, ist einseitig zu Nutzen der FDP ausgegangen. Die CDU wird überlegen müssen, ob sie sich ähnlich künstliche Beatmungsaktionen in Zukunft erlauben kann.

Mannheimer Morgen: In Hessen ist der Alptraum wahr geworden: Die Wiederholungswahl hat letztlich nichts an den „hessischen Verhältnissen" geändert: Weder die SPD noch das bürgerliche Lager verfügen über eine Regierungsmehrheit im neuen Landtag.

Westdeutsche Zeitung (Düsseldorf): Trotz aller landespolitischen Besonderheiten ist sichtbar, daß der Koaliton am Rhein der Wind heftig ins Gesicht weht. Die Partei Brandts schlug Kapital aus den Problemen, die sie selbst teilweise der neuen Regierung nach der sogenannten Wende hinterlassen hat, Probleme, die heute ungelöst sind, dem Bürger aber trotz einer sich langsam anbahnenden wirtschaftlichen Erholung nach wie vor Opfer abverlangen.

Neue Ruhr/Neue Rhein-Zeitung (Essen): Wie geht es weiter? Für Bremen gibt es keine Machtprobleme, die Sachprobleme bleiben. Koschnick ist unumstritten. Die Wähler haben die geschäftsführende Regierung Holger Börner bestätigt, ihr aber keine absolute Mehrheit gegeben.

Nordwest-Zeitung (Oldenburg): In Hessen und Bremen sind am 25. September 1983 schon einige längerfristige Perspektiven der Parteienlandschaft in der Bundesrepublik erkennbar geworden. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß die FDP-Gewinne zu Lasten der CDU gehen, während FDP-Verluste die CDU auf einem höheren Niveau stabilisieren können. Gleichzeitig zeigt sich, daß in Zukunft von grünen Eintagsfliegen keine Rede mehr sein kann.

Koschnick kann sich jetzt auf die Partei konzentrieren

W. WESSENDORF, **Bremen**

Nach den ersten Hochrechnungen und dem Eingeständnis der Oppositionsparteien, geschlagen worden zu sein, lagen sich Genossen und Anhänger in den Armen. Die Sozialdemokraten feierten ihren überwältigenden Wahlsieg. Der Freudenrausch dürfte jedoch nicht lange anhalten. Die Regierungsbildung wird trotz des klaren Sieges eben zugeschüttete Gräben in der SPD wieder aufbrechen lassen.

„Es war noch nie leicht in Bremen zu regieren", kommentierte Wahlsieger Hans Koschnick. „Ich wußte, daß die Bremer Bevölkerung mich nicht schlachten wird. Diese Wahl ist ein eindeutiger Vertrauensbeweis." Im Stadtteil Gröpelingen, der Heimat Koschnicks und vieler „AG Weser"-Werftarbeiter, deren Arbeitsplatz



Bestätigt: Hans Koschnick

durch Schließung bedroht ist, fiel das Votum für Koschnick besonders eindrucksvoll aus. Hans Koschnick – vor der Wahl noch als „Werftenkiller" beschimpft – erhielt dort 67,04 (1979: 52,9) Prozent. Die CDU gewann nur Zehntelpunkte dazu und stieg auf 21,7 Prozent. Zorn und Enttäuschung der Werftarbeiter trafen voll die FDP, die von 9,5 auf 2,8 Prozent zurückfiel, und die Grünen, die nur 2,75 Prozent erreichten.

Der SPD-Wahlerfolg geht unbestritten auf das Konto Koschnicks. Dieser allerdings erklärte, er könne nicht übersehen, warum er die Wahl gewonnen hat. „Nur der Verlierer hätte genau festgestanden; das wäre ich gewesen." Alte und neue Wähler der Sozialdemokraten und des Bürgermeisters wurden vielleicht auch durch die spektakuläre Handlung eines Gewerkschafters noch mobilisiert. Hans Ziegenfuß, Betriebsratsvorsitzender der „AG Weser", hatte Koschnick noch am Freitag vor Kameras und Mikrofonen aus Protest sein SPD-Parteibuch auf den Tisch geknallt. „So dürfe man mit Koschnick nicht umgehen", empörten sich die Wähler.

Ganz wesentlich spielte die Bundespolitik *mit. „Lambsdorff hat* die Bremer FDP kaputt gemacht", wurde immer wieder betont. Die harte Linie des Bundeswirtschaftsministers bei der Unterstützungsfrage für die Bremer Werften wurde zum Bumerang für die Bremer FDP. Die Bonner Regierungskoalition hat ganz offenbar nicht das Vertrauen der liberalen Bremer und Bremerhavener Wähler gehabt. Die Freien Demokraten verloren ihre Wähler vor allem an die CDU, nicht zuletzt durch die Koalitionsaussage des Bremer FDP-Chefs Horst-Jürgen Lahmann zugunsten der Sozialdemokraten. So paradox es klingt: Lambsdorff und Koschnick haben in der Werftenkrise gleichermaßen den Ernst der Lage herausgestrichen und eingestanden, daß Tausende von Arbeitsplätzen verlorengehen. Doch offensichtlich kam Koschnicks Wahrheit besser an.

Peter Willers, Spitzenkandidat der Bundesgrünen (vorher SPD und Bremer Grüne Liste/BGL): „Die SPD kann in Bremen machen was sie will; sie wird immer gewählt." Die FDP sei eine überflüssige Partei. „Wir werden den Bürgermeister tolerieren, aber die Rolle des sehr kritischen Beobachters *einnehmen."* Im kleinsten Bundesland verfügen die Grünen über ein festes Wählerpotential in konservativen Wahlbereichen, das sich aber nicht für die bereits parlamentserfahrene Bremer Grüne Liste (BGL), sondern für die Bundesgrünen entschieden hat. Zwei Beispiele: In der grünen Hochburg kamen die neuen Parlamentarier auf 19,23 Prozent (SPD 35, CDU 30 Prozent) und im grünen Bezirk „Bürgerpark" immerhin noch auf 9,72 Prozent.

Im dritten Anlauf gelang es dem CDU-Spitzenkandidaten Bernd Neumann einmal mehr nicht, die absolute Mehrheit der SPD zu brechen. „Der Ausgang ist nicht befriedigend. Aber wir müssen uns nicht schämen. Wir haben einen Wahlerfolg. Das Votum ist auch eine Bestätigung für den Bundeskanzler." Die CDU zieht mit ihrer bisher stärksten Mannschaft (37 Sitze) in die Bürgerschaft ein und will sich – so Neumann – weiterhin in Bonn für Bremen stark machen. Denn mit dem Wahlsieg der SPD seien die Probleme Bremens nicht vom Tisch. „Das Land hat mit der größten Krise seiner Geschichte zu kämpfen", meinte Neumann.

Die Probleme für Hans Koschnick beginnen parteiintern und setzen sich mit der Wirtschaftskrise weiter fort. Drei Wochen hat Koschnick Zeit, sich mit den Parteigenossen über die Zusammensetzung seines neuen Senats zu verständigen. Aus der bisherigen Zwölferriege der Landesregierung ist der Senator für Bildung, Horst von Hassel, bereits ausgeschieden. Er wurde kurz vor den Wahlen Schuldezernent in seiner Heimatstadt Bremerhaven. Innensenator Helmut Fröhlich hat schon klar gemacht, sich aus der Regierungsverantwortung zurückzuziehen. Oswald Brinkmann, Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, scheint ebenso amtsmüde zu sein wie Finanzsenator Moritz Thape. Der Bürgermeister und Stellvertreter Koschnicks hatte in den vergangenen Jahren schon nicht mehr zur Verfügung stehen wollen. Der Senior der sozialdemokratischen Senatoren – er ist 63 Jahre alt – ließ sich allerdings bislang immer wieder in die Pflicht nehmen. Günther Czichon, Senator für Bun-



Ausgeschieden: Horst-J. Lahmann

desangelegenheiten, kommt aus Bonn an die Weser zurück. Sein Amt muß neu besetzt werden. Karl Willms, Senator für Wirtschaft und Arbeit, hat sein Ressort ohne Fortune verwaltet.

Heftige Grabenkriege wurden zwischen den beiden Flügeln der Sozialdemokraten in den Unterbezirken erwartet. Das überragende Polster des hohen Wahlsieges wird die linken und rechten Vertreter erst recht darin bestärken, nach der Regierungsbildung sich wieder gesellschaftsrelevanten Themen zuzuwenden. Auseinandersetzungen, die in den letzten Monaten wegen der Krise der Wirtschaft zurückgestellt wurden, werden aufbrechen. Koschnick weiß um die Schwierigkeiten seiner Partei. „Es ist schon schwer genug, mit den Sozialdemokraten eine Koalition zu bilden." Als Primus inter pares im Senat trägt der SPD-Politiker – seit 16 Jahren Regierungschef im kleinsten Bundesland – trotz des Erfolges eine schwere Bürde.

So wählte Bremen

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Bürgerschaftswahl 1983			Bürgerschaftswahl 1979			Bundestagswahl 1983 (in Bremen)	
Wahlberechtigte	519 627			521 416			523 260	
Abgegebene Stimmen	414 168			409 144			462 122	
Wahlbeteiligung	79,7%			78,5%			88,3%	
Gültige Stimmen	410 201			406 911			457 684	
Partei	**Stimmen**	**%**	**Mand.**	**Stimmen**	**%**	**Mand.**	**Zweitstimmen**	**%**
SPD	210 629	51,3	58	201 129	49,4	52	222 935	48,7
CDU	136 622	33,3	37	129 985	31,9	33	156 603	34,2
FDP	18 826	4,6	–	43 730	10,8	11	29 876	6,5
Die Grünen	22 273	5,4	5	–	–	–	44 576	9,7
BGL[1]	9 675	2,4	–	20 909	5,1	4	–	–
BAL[2]	5 610	1,4	–	–	–	–	–	–
ASD[3]	4 052	1,0	–	–	–	–	–	–
LD[4]	1 755	0,4	–	–	–	–	–	–
Sonstige	759	0,2	–	11 158	2,7	–	3 694	0,8

[1] = Bremer Grüne Liste
[2] = Betrieblich-Alternative Liste
[3] = Arbeits-Solidargemeinschaft d. Arbeiter- u. Angestellten-Rentner-Partei
[4] = Liberale Demokraten

Bürgerschaftswahlen in Bremen

% 50 40 30 20 10 0 — SPD 51,3 — CDU 33,3 — F.D.P. 5,4 — GRÜNE* 4,6 — 1947 51 55 59 63 67 71 75 79 83 — *1979: BGL, 1983: Die Grünen

Wie die Bremer wählten

ww. **Bremen**

Der Bremer Landeswahlleiter Horst Heise gab gegen 22.00 Uhr das vorläufige amtliche Endergebnis bekannt. Danach gaben 410 201 Wahlberechtigte ihre Stimmen ab (79,7 Prozent). Davon wählten in Bremen-Stadt 337 971 (81,2 Prozent) und in Bremerhaven 72 230 (73,4 Prozent). Die Vergleichszahl der Wahl von 1979: 78,47 Prozent Wahlbeteiligung im Bundesland Bremen.

Die SPD erreichte im Land Bremen 51,35 (1979: 49,43) Prozent, in Bremen-Stadt 51,18 (48,7) Prozent und in Bremerhaven 52,15 (52,8) Prozent. CDU: Im Land 33,31 (31,94) Prozent, in Bremen-Stadt 33,40 (32) Prozent und in Bremerhaven 32,89 (31,61) Prozent. FDP: Bremen-Land 4,59 (10,75) Prozent, Bremen-Stadt 4,66 (11,09) Prozent und Bremerhaven 4,27 (9,14) Prozent. Die Bundesgrünen, die 1979 noch nicht dabei waren, erzielten im Lande 5,43, in Bremen-Stadt 5,46 und in Bremerhaven 5,29 Prozent. Auf die restlichen fünf Parteien entfielen insgesamt 2,98 Prozent der Stimmen.

Die Sitzverteilung der hundert Mandate in der bremischen Bürgerschaft (Landesparlament): SPD 58 (1979: 52) Sitze, CDU 37 (33) Sitze und Grüne fünf Mandate. Die FDP erhielt 1979 elf Sitze und die jetzt gescheiterte BGL (Bremer Grüne Liste) vier Sitze. Bremerhaven stellt im neuen Parlament 12 SPD-, sieben CDU- und einen grünen Abgeordneten.

Weizsäcker in Wittenberg: Wir sind Deutsche, hüben und drüben

Bischöfe bitten Ausreisewillige: Die Stellung nicht verlassen

HANS-R. KARUTZ, **Wittenberg**

Sie hingen wie Kletten am Luther-Denkmal auf dem Marktplatz, reckten die Arme hoch, faßten sich bei den Händen und stimmten in den Schlußchoral „Großer Gott, wir loben dich" ein: Junge und ältere Menschen, Christen aus Ost und West, machten das Finale des letzten von sieben „DDR"-Kirchentagen zu einer *Manifestation der Gemeinschaft* über Grenzen hinweg. Vor 12 000 Teilnehmern wandte sich Richard von Weizsäcker unter demonstrativem Applaus an seine Zuhörer: „Wir sind hüben und drüben Deutsche, wenn auch in zwei Staaten. Uns verbindet mehr als Sprache, Kultur und die Haftung für unsere Geschichte!"

In wohlformulierten Texten, Pantomimenspielen und fiktiven Interviews mit Martin Luther und Zitaten des Reformators machte die Schlußveranstaltung auf dem überfüllten Platz die Beschwernisse wie die Zuversicht der Protestanten öffentlich. Die Kirche brauche Menschen, „die zuversichtlich ja sagen, wo so vieles für ein Nein spricht", oder „Wir erleben so viel Scheitern, aber laßt uns nicht aus dem Erlebnis des Scheiterns, sondern aus dem Wagnis des Vertrauens leben", lauteten einige Schlüsselsätze. Die Christen im Lande könnten nicht anders, hieß es in den Sprecher-Texten auch in Anspielung auf sowjetische Raketen, „als uns zu wehren, unermüdlich, gegen alle neuen besternten Raketen über unserem bestirnten Himmel. Ihnen können wir unser Leben nicht anvertrauen, weil sie Furcht und nicht Vertrauen schaffen".

Im Beisein von vier staatlichen Vertretern, die in der ersten Reihe der Kirchentagsgäste Platz genommen hatten, rief von Weizsäcker als Respräsentant des Deutschen Evangelischen Kirchentages: „Sie und wir gehen unsere Wege nicht nur in voller Unabhängigkeit, sondern auch in der besonderen *Gemeinschaft* der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland." Als „gemeinsame Ziele" nannte er beispielhaft: „Es fängt beim Einfachsten an: Wir atmen dieselbe Luft; sie macht an Grenzen nicht halt. Sie reinzuhalten ist unser gemeinsames Interesse ... Der Frieden, um den wir uns sorgen und bemühen, ist nicht teilbar zwischen Ost und West."

Vor rund 2000 Teilnehmern hatte am Sonntag mittag eine Fülle von Fragen ein Panorama der Wünsche und des Willens der mitteldeutschen Christen entfaltet, wie dies nur unter dem Dach der Kirche möglich ist. Zum erstenmal erfuhr dabei eine breitere Öffentlichkeit von der dreijährigen Haftstrafe für den Jugenddiakon Lothar Rochau (Halle) und den Sorgen der Kirche um die bisher nicht begründete Verhaftung einer ehrenamtlichen Helferin. Zum Thema „Ausreisen" machte der Ostberliner Bischof Gottfried Forck grundsätzliche Bemerkungen. Er habe den Eindruck, daß viele ihre Entscheidung „etwas zu schnell fällen". Er bitte alle „sehr herzlich, nach Möglichkeit zu bleiben und nicht die Stellung zu verlassen". Allerdings gebe es „einige ganz triftige Gründe" für einen solchen Schritt: „Manche stehen allerlei Repressalien aus." Das Problem würde sich bei mehr Freizügigkeit im Reisen nicht so scharf stellen. Forck wies auf die in der „DDR"-Presse verschwiegene Forderung der Bundessynode an die Ostberliner Regierung hin, „im Rahmen bestehender Verträge" Reiseerleichterungen zu schaffen. Bei dieser Passage erhielt er starken Beifall. Der hessische Kirchenpräsident Helmut Hild sagte auf eine Frage, wie Ausreisende im Westen empfangen würden, in der Bundesrepublik herrsche der „Grundsatz der Freizügigkeit unter Deutschen". Wer in die Bundesrepublik komme, werde „gern und herzlich" aufgenommen. Auch er forderte jedoch dazu auf, einen solchen Schritt „sorgfältig zu bedenken, denn auch in der Gesellschaft der DDR werden Christen gebraucht".

Zum Schießbefehl erklärte der *neue Magdeburger Bischof,* Christoph Demke, das staatliche Recht auf Kontrolle „unerlaubter Grenzübertritte" könne zwar nicht bestritten werden: „Aber in welchem Ausmaß dies geschieht, hängt natürlich damit zusammen, welche Möglichkeiten des legalen Austauschs und der Besuche über die Grenze hinweg es gibt."

Zum Problem des „Christseins in der Volksarmee" sagte Demke: Dies sei möglich, „denn Christus als der lebendige Herr ist auch Herr in der NVA und über die NVA".

Die DAG schlägt einen gespaltenen Beitrag für Nürnberg vor

WELT-Gespräch mit Walter Quartier / Belastung von Sonderzahlungen abgelehnt

GISELA REINERS, **Bonn**

Für einen gespaltenen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung hat sich der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Walter Quartier, eingesetzt. In einem Gespräch mit der WELT machte er geltend, daß nur Angestellte und Arbeiter das Risiko von Arbeitslosigkeit zu versichern hätten, jedoch auch die Beamten und Selbständigen Leistungen über die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg (BA) in Anspruch nähmen. Die Beiträge könnten, wenn alle zahlten, um ein Prozent gesenkt werden.

Quartier sagte, es sei ganz selbstverständlich, daß zum Beispiel Kinder von Beamten, die keine Beiträge nach Nürnberg zahlten, zur Berufsberatung zum Arbeitsamt gingen. Gehe ein Selbständiger in Konkurs, werde er sich wegen einer Anstellung oder vielleicht einer Umschulung an die Arbeitsverwaltung wenden und Leistungen erhalten, obwohl er vorher keine Beiträge entrichtet habe. Selbst Bauern profitierten teilweise von den Geldern der Arbeitslosenversicherung, wenn zum Beispiel Deichbauten aus Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert würden, damit die Äcker vor der Flut geschützt würden.

Die reine Absicherung des Risikos der Arbeitslosigkeit erfordert laut Quartier nur einen Beitrag von drei bis 3,5 Prozent, der Rest – der Beitrag beträgt zur Zeit 4,6 Prozent, zu zahlen jeweils zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber – werde für berufliche Bildungsmaßnahmen, Rehabilitation etc. benötigt. Deshalb sollten sich auch die übrigen Kreise der Beschäftigten durch eine Arbeitsmarktabgabe an den Kosten beteiligen.

Der Gewerkschafter sprach sich nochmals gegen die geplante stärkere Belastung der Sonderzahlungen mit Beiträgen zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung aus. Doch glaubt Quartier nicht, daß im Gesetzgebungsverfahren noch etwas „Maßgebliches" zu ändern sei. Er hält diese „unglückliche Lösung" für ein „Kind der Bürokratie, das sicherlich nicht gedeihen kann". Die Zwölftelung der 13. Gehälter und Urlaubsgelder usw. sowie ihre Rückrechnung im Fall von Kündigung und Ausscheiden erfordere einen großen Mehraufwand an Verwaltung, der nicht nur Klein- und Mittelbetriebe, sondern auch größere Unternehmen mit eigener Datenverarbeitung stark belaste.

Dennoch werde die Rentenversicherung, die 1984 noch eine Liquiditätsenge zu überwinden habe, nicht entlastet. Die Geldknappheit, so Quartier, entstehe sogar teilweise dadurch, daß die Mehreinnahmen über die Sonderzahlungen erst Ende des Jahres 84 und Anfang des Jahres 85 kassenwirksam würden, weil erst dann 13. Gehälter, Tantiemen, Treuegelder etc. gezahlt werden. Bedenklich sei dieses Regierungsvorhaben aber vor allem, weil die höheren Beitragszahlungen zu höheren Leistungen der Rentenversicherung führten, und das nicht erst viel später, sondern gleich ein Jahr nach Inkrafttreten des Beschlusses. Denn wer im Jahr vor seiner Verrentung noch mehr habe zahlen müssen, erhalte sofort anschließend eine entsprechend erhöhte Rente. Anfänglich seien die Mehrleistungen der Rentenversicherung noch niedrig, doch stiegen sie von Jahr zu Jahr kumulativ.

Obwohl Arbeitgeber wie Gewerkschaften sich gegen die Belastung der Sonderzahlungen ausgesprochen hätten, sei die Regierung „starrsinnig" geblieben, sagte Quartier. Die Belastung für die Wirtschaft sei durch diese Regelung höher als durch eine Anhebung des Beitragssatzes von jetzt 18,5 auf 19 Prozent, wie es von den Tarifpartnern einmütig als Alternative vorgeschlagen worden sei. Diese Lösung hätte auch die kurzfristigen Liquiditätsprobleme der Rentenversicherung sofort beseitigt.

Entstanden seien die Schwierigkeiten bei den Rentenfinanzen durch die Kürzung der Beitragszahlungen für Arbeitslose. (Seit 1983 werden die Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose nur noch von der Höhe des Arbeitslosengeldes berechnet und nicht mehr vom letzten Bruttolohn). Es wäre nach seiner Ansicht besser gewesen, die Rentenversicherungsbeiträge in alter Höhe weiter zu zahlen und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erhöhen. Dann hätte man die Kosten für die Arbeitslosigkeit deutlicher gesehen und sich vermutlich besser überlegt, wie man sie rasch in den Griff bekommt.

Änderungwünsche hat Quartier noch für die Regierunspläne zur Erschwerung des Zugangs zu Rente wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit (EU/BU). Zwar sei die vorgesehene Neuregelung vom Ansatz her richtig, träfe jedoch „wieder vor allem Frauen", sagte Quartier. Hier seien noch Ungerechtigkeiten versteckt. Es sei zwar richtig, niemandem Lohnersatz zu zahlen, der gar keinen Lohnausfall habe. Doch sei es ungerecht, einer Frau, die mit 54 einen Unfall hat, keine Rente zu zahlen, obwohl sie bis zum 51. Lebensjahr Pflichtbeiträge geleistet hat. Hier müsse die Regierung, so Quartier, „noch etwas dransetzen".

USA bieten Peking Militärgüter an

Weinberger sucht „strategische Zusammenarbeit" mit China

dpa/AFP/AP, **Peking**

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger und sein chinesischer Amtskollege Zhang Aiping haben gestern in Peking ihre Gespräche über die künftige Zusammenarbeit beider Länder im militärischen Bereich aufgenommen. Weinberger und Zang wollen unter anderem über den Verkauf amerikanischer Militärgüter an China sowie über den Austausch von Militärdelegationen beraten. Eine weitere Begegnung beider *Minister* ist für heute vorgesehen.

Weinberger, der am Sonntag zu einem offiziellen Besuch in der chinesischen Hauptstadt eintraf, hat kurz nach seiner Ankunft bei einem Gala-Diner erklärt, die USA suchten eine „strategische Zusammenarbeit" mit der Volksrepublik China, auch im Verteidigungsbereich. Eine solche Zusammenarbeit liege im nationalen Interesse beider Länder, sie diene dem Weltfrieden und der Stabilität.

Der chinesische Verteidigungsminister *bekräftigte in seiner zurück*haltend gefaßten Erwiderung, China werde sich keiner Großmacht und keinem Machtblock anschließen. Zhang Aiping betonte jedoch die Bereitschaft seines Landes, auf der Grundlage einer unabhängigen Außenpolitik mit allen Staaten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Auf den von Weinberger erwähnten strategischen Dialog ging Zhang nicht ein. Er sagte: „Wir werden Gedanken über Fragen von beiderseitigem Interesse austauschen." China sei zuversichtlich, das Land und seine Streitkräfte aus eigener Kraft modernisieren zu können, begrüße jedoch eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten, um *diesen Prozeß zu beschleunigen.*

Peking und Washington hatten kurz nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan strategische Gespräche vereinbart. Wegen der amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan reagierte Peking jedoch bisher nicht auf das amerikanische Angebot von 1981, die chinesische Armee mit modernen Waffen zu versorgen. Der jüngste Beschluß der Regierung des US-Präsidenten Reagan, China im Bereich des Technologie-Transfers in die Liste der „befreundeten Länder" aufzunehmen, scheint die Unstimmigkeiten über die Taiwan-Frage jedoch zunächst in den Hintergrund gedrängt zu haben. Nach Angaben aus amerikanischer Quelle dürften die amerikanischen Technologie-Exporte nach China bereits im kommenden Jahr die Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten und sich damit im Vergleich zu 1982 mehr als verdreifachen.

Heute soll Weinberger mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang zusammenkommen und wird dabei vermutlich auch dessen USA-Reise erörtern, die für Ende dieses Jahres vorgesehen ist. Zum Abschluß der politischen Gespräche des US-Verteidigungsministers ist für morgen eine Begegnung Weinbergers *mit Chinas „starkem Mann"* Deng Xiaoping vorgesehen.

Weinberger, der zuvor Japan besuchte, hatte in Tokio versichert, daß die USA bei den Raketenverhandlungen mit der Sowjetunion in Genf nicht die Interessen Japans und anderer asiatischer Staaten opfern wollten. Washington strebe weiter eine „weltweite, ausgewogene und überprüfbare" Lösung der Raketen-Frage an.

Vor seinem Abflug nach Peking kritisierte Weinberger die sowjetische Führung. Der Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges und die „illegale Nachkriegsbesetzung japanischen Territoriums" hätten bewiesen, daß „die sowjetische Führung von Verfolgungswahn besessen, korrupt und barbarisch" sei.

Jacques Chirac profiliert sich als Motor der bürgerlichen Opposition

Die Senats-Wahlen brachten Frankreichs Linker die erwartete Niederlage

A. GRAF KAGENECK, Paris

Mit Gelassenheit haben Sozialisten und Kommunisten in Frankreich den voraussehbaren Sieg der Rechts-Opposition in den Teilwahlen zum Senat am vergangenen Wochenende hingenommen. Verbunden mit zwei anderen Teilwahlergebnissen, die ebenfalls den Sieg lokaler Rechtskandidaten brachten, ergibt sich indes das Bild einer seit 1982 kontinuierlich Terrain gewinnenden Opposition in einem vom Sozialismus enttäuschten Land.

Am Sonntag mußten in etwa einem Drittel der 95 Departements Frankreichs neue Abgeordnete zur zweiten Kammer des Landes, dem Senat, gewählt werden, der alle drei Jahre, ähnlich den Regionalräten, seinen Personalbestand erneuert. Die Senatoren werden indirekt aus einem Wahlmänner-Kollegium gewählt, das sich aus Vertretern der Kommunal- und Regionalräte zusammensetzt. Der Senat, eine Art Ältestenrat der Republik, hat keine politische Entscheidungsgewalt. Er muß Gesetze billigen. Tut er dies nicht, geht der Text an die Nationalversammlung zurück, die, falls ein Schlichtungsausschuß nicht zu einer Einigung kommt, das letzte Wort hat. Wichtig wird die Rolle des Senats indes in Fällen, wo der Staatspräsident die Verfassung ändern will. Denn das kann nur mit der Zweidrittelmehrheit des „großen" Wahlkollegiums aus den Abgeordneten beider Kammern geschehen.

Traditionell hat der Senat in den beiden letzten Republiken eine der Mehrheit der Nationalversammlung entgegengesetzte Mehrheit gehabt. So ist es auch seit Mai 1981: Der Senat hat eine bürgerliche Mehrheit. Diese bürgerliche Mehrheit konnte am Sonntag ausgebaut werden. Die Sozialisten, die durch allerlei Wahlkreis-Chirurgie einige neue Sitze geschaffen und in einigen Departements das Mehrheitswahlrecht eingeführt hatten, erlebten herbe Enttäuschungen in ihren traditionellen Hochburgern im Norden und Südwesten, konnten dagegen einen Sitz im meist bürgerlich wählenden Lothringen (Departement Moselle) gewinnen.

In Lille kam es zu Pfiffen und Buhrufen Umstehender, als der Premierminister Pierre Mauroy in seiner Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt seine Stimme abgab. In der Opposition konnten die Gaullisten ihre Positionen deutlich verbessern, während die Vertreter der Giscard-Formation UDF, unter sich oft uneins, sich linken Kandidaten beugen mußten. Damit verstärkt sich noch die Profilierung Jacques Chiracs als des eigentlichen Motors der Opposition in der Öffentlichkeit.

Die Senatswahlen werden zwei Parlamentsnachwahlen nach sich ziehen, da zwei Kammerabgeordnete, der Linksradikale Maurice Faure und der Giscardist Christian Bonnet, beide ehemalige Minister, in den Senat überwechseln. Eine weitere Folge wird eine Mini-Regierungsumbildung sein, da der Wohnungsbau-Minister Roger Quilliot und der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, François Autain (beide Sozialisten) ins „Oberhaus" gewählt wurden. Gerüchte, wonach Präsident Mitterrand die Erneuerung der beiden Ministersitze zu einer größeren Umbildung oder gar zur seit langem erwarteten Ausbootung des Premierministers nutzen könnte, fanden am Montag keinerlei Bestätigung.

Unter den am Sonntag gewählten politischen Persönlichkeiten (häufig sind die „Honoratioren" des Senats ehemalige Minister oder profilierte Abgeordnete) ragt der frühere Außenminister Jean François Poncet durch seinen brillanten Sieg über den Uralt-Senator Henri Caillavet im Departement Lot-et-Garonne (Südwest) heraus. Der ehemalige Generalsekretär Giscards im Elysee und jüngste Sohn des einzigen Botschafters und Hochkommissars in Bonn hatte seine Wüstendurchquerung nach dem Sturz Giscards schon im Herbst 1981 mit einer sicheren Wahl zum Vorsitzenden des Generalrats seines Departements begonnen und sieht sich nun mit großer Stimmenmehrheit zu einem der beiden Senatoren des Departements gewählt – zweifellos dank seiner energischen Politik der zur industriellen Umstrukturierung der traditionell landwirtschaftlich orientierten Region. Für den jugendlichen Ex-Minister ist es das erste Abgeordneten-Mandat seines Lebens. Seine Stimme wird im Senat bald zu hören sein.

Seite 2: Oberhaus, programmiert

Am Südpol verteidigen Großmächte die Rohstoffe des 21. Jahrhunderts

Dritte Welt will die Antarktis zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit" erklären lassen

MANFRED NEUBER, Bonn

Wenn es um ihre Interessen in der Antarktis geht, ziehen Amerikaner und Russen an einem Strang, halten Deutsche und Polen zusammen – sogar Argentinier und Engländer sind dann einer Meinung. Mit ihnen wollen die acht anderen Mitglieder des exklusiven Antarktis-Clubs ihre Sonderstellung am Südpol wahren.

Gemeinsam haben jetzt diese 14 Signatarstaaten des Antarktis-Vertrages einen Vorstoß von Ländern der Dritten Welt bei den Vereinten Nationen abgelehnt, die Zukunft der Antarktis auf die Tagesordnung der nächsten UNO-Vollversammlung zu setzen und über eine Änderung des Antarktis-Vertrages zu verhandeln.

Der Antrag auf Einschaltung der UNO kam von Malaysia und Antigua; er geht auf eine Empfehlung der Gipfelkonferenz blockfreier Staaten im März in Neu-Delhi zurück. Im Namen der 14 Mitglieder des Antarktis-Clubs legten sogleich Australien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten Widerspruch ein.

Freundschaft im ewigen Eis

Das 1959 in Washington abgeschlossene und zwei Jahre später in Kraft getretene Abkommen gilt als Vorbild guter Zusammenarbeit zwischen Ost und West wie zwischen Nord und Süd. So blieben Argentinier und Briten am Verhandlungstisch, als der Falkland-Krieg ausbrach. Und die ständigen Stationen der Amerikaner und der Sowjets im ewigen Eis stehen in freundschaftlichem Kontakt – ungeachtet der politischen Großwetterlage.

Zu den 14 Nationen, die bei der Entdeckung und der Erforschung des sechsten Kontinents führend sind, haben sich bisher 13 Länder mit wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Interesse an der Südpol-Region hinzugesellt, die einen Beobachter-Status beim Antarktis-Club haben. In Kürze ist mit einem vermehrten Zulauf zu rechnen. Auch China und Indien erwägen einen Beitritt.

Der Antarktis-Vertrag steht allen Staaten offen, die sich an der Erforschung dieses Gebietes beteiligen. Hier setzt die Kritik aus der Dritten Welt ein: Nur Länder, die es sich finanziell leisten können, vermögen diesen Eintrittspreis zu zahlen. Wer aber draußen bleiben müsse, verpasse den Zugang zur potentiellen Schatzkammer an Rohstoffen des 21. Jahrhunderts.

Von den Entwicklungsländern wird deshalb verlangt, die Vereinten Nationen sollten die Antarktis zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit" erklären, um so allen Staaten der Erde einen Anteil an der künftigen Nutzung ihrer Ressourcen zu sichern. Dagegen stemmen sich aus guten Gründen die 14 Mitglieder des Antarktis-Clubs.

Sie schließen eine Beteiligung anderer Länder an der Erschließung der Antarktis nicht aus, halten aber ein Rechtssystem wie das Internationale Meeresboden-Abkommen für die Antarktis für ungeeignet. Uneingestanden sieht der „Club" freilich darauf, daß sich seine Investitionen bei der Erforschung des menschenfeindlichen Erdteils eines Tages auszahlen.

Der Antarktis-Vertrag, der alle Gebietsansprüche am Südpol buchstäblich „auf Eis gelegt" hat, verbietet Militärbasen nukleare Versuche und die Lagerung von radioaktivem Müll südlich des 60. Breitengrades. Die vom ewigen Eis bedeckte Landmasse, in der beträchtliche Rohstoffvorkommen vermutet werden, ist größer als Europa.

Nach einer Laufzeit von 30 Jahren kann der Vertrag frühestens 1991 revidiert werden. Das britische Außenministerium stellte dieser Tage fest: „Die irrige Annahme ist weit verbreitet, daß dieses Abkommen im Jahre 1991 ausläuft. Das trifft nicht zu. Alle seine Bestimmungen bleiben für unbegrenzte Zeit gültig, wenngleich der Artikel XII eine Überprüfung vorsieht."

Nutzung der Bodenschätze

Während die 14 Staaten des Antarktis-Abkommens bereits Konventionen für den Umweltschutz und die Erhaltung der „tierischen Ressourcen" am Südpol verabschiedet haben und – zuletzt im Juli in Bonn – über einen Kodex für die Nutzung der mineralischen Rohstoffe beraten, haben sich große Länder der Dritten Welt (Brasilien, Indien, China) in den Wettlauf nach der Antarktis eingeschaltet. Ihre Länder halten sich die Option offen, dem Abkommen beizutreten oder die These vom „Erbe der Menschheit" zu vertreten.

„Als der Antarktis-Vertrag ausgehandelt wurde, klammerte man die Bodenschätze aus. Sonst wäre kein Abkommen zustande gekommen", sagte Raymond Adie, stellvertretender Direktor des British Antarctic Survey. Diese Lücke sollen nun Experten aus den 14 Signatarstaaten mit der Ausarbeitung eines Kodex für die Exploration und Ausbeutung von Rohstoffen schließen. Die nächsten Treffen sind in Washington und Tokio vorgesehen.

Seite 20: „Polarstern"

Massenausbruch von Terroristen ist Rückschlag für die Polizei in Ulster

Gefängnis galt als das „sicherste" / Beamter getötet / 15 der 38 Entflohenen gefaßt

FRITZ WIRTH, London

Das Maze-Gefängnis in Belfast, in dem sich vor zwei Jahren zehn IRA-Terroristen zu Tode hungerten, ist am Sonntag zur Szene des größten Massenausbruchs in der britischen Kriminalgeschichte geworden. 38 Terroristen entkamen am Nachmittag zu Fuß und im Auto durch die Gefängnistore. Sechs Polizisten und Gefängniswärter wurden beim Ausbruch verletzt, einer von ihnen starb an seinen Messerstichwunden im Krankenhaus. 15 der entflohenen Häftlinge wurden inzwischen gefaßt.

Der Ausbruch ist für die britischen Sicherheits-Streitkräfte und für die politischen Verwalter der Provinz unter Leitung von Nordirlandminister James Prior ein schwerer Rückschlag. Sie hatten sich erst vor wenigen Wochen damit gebrüstet, den Terrorismus in Ulster in den Griff zu bekommen. Es war ihnen gelungen, mit Hilfe von 26 Überläufern verschiedener Terrororganisationen über 300 verdächtige Terroristen zu verhaften. In zwei sogenannten „Überläufer-Prozessen" wurden in den letzten zwei Monaten 50 Terroristen zu insgesamt über 4000 Jahren Haft verurteilt. Die Polizei glaubte, damit die gesamte Struktur der nordirischen Terroristenszene aufgebrochen zu haben. Der Massenausbruch aus dem Maze-Gefängnis gibt der IRA zumindest psychologisch wieder Rückendeckung.

Der Ausbruch war lange und sorgfältig geplant. Er begann zur Teezeit im Block H 7, als ein Dutzend Gefangene ihre Wärter mit Pistolen und Messern überwältigte. Ein Gefängnisbeamter wurde dabei in den Kopf geschossen. Die Terroristen zogen sich die Uniformen der Gefängnisbeamten an und warteten auf den Lieferwagen, der den Nachmittagstee brachte. Sie übernahmen das Fahrzeug und sprangen in solchen Massen in das Auto, daß Beine und Arme aus den Fenstern und Türen des vollgepferchten Autos heraushingen. Am Hauptausgang zwangen sie die Wachen mit vorgehaltener Pistole, die Türen zu öffnen. Als ein Gefängnisbeamter seinen eigenen Wagen quer in den Weg stellte, wurde er niedergestochen. Er starb wenige Stunden später an seinen Verletzungen.

Als die Gefangenen im Freien waren, entwendeten sie mehrere Personenwagen von erschreckten Zivilisten, die eine sonntägliche Spazierfahrt machten. Andere schwammen durch den in der Nähe vorbeifließenden Lagan. Die Polizei errichtete sofort in der gesamten Provinz Straßensperren. Es wurden Hubschrauber eingesetzt und die Bewachung der Grenze zur Republik Irland verstärkt. Die Suche wurde durch dichten Nebel am Montagmorgen erheblich erschwert. Die meisten Ausbrecher trugen Zivilkleidung, eine Konzession, die ihnen nach den Hungerstreiks im Jahre 1981 gewährt wurde.

Unter den Entflohenen befinden sich Häftlinge, die des Mordes überführt sind. Einem von ihnen wird der Mord am früheren stellvertretenden Direktor dieser Haftanstalt angelastet.

Obwohl die nordirischen Gefängnisbehörden behaupten, daß alle ihre Anstalten absolut ausbruchsicher seien, hat es in den letzten zehn Jahren insgesamt 18 Gefängnisausbrüche gegeben. Der letzte ereignete sich 1981 im Gefängnis an der Crumlin Road, als acht Häftlinge entkamen. In einem Falle entfloh ein Häftling im Priestergewand. Der bisher spektakulärste Ausbruch jedoch fand 1973 im Mountjoy-Gefängnis in Dublin statt, als die IRA drei Insassen mit dem Hubschrauber unter den Augen der Sicherheitsbeamten aus dem Gefängnishof hob.

Spanien droht ein Kulturkampf: Die Regierung zensiert den Papst

Die Kirche hält an einem Zitat zur Abtreibung fest / Religionsfreiheit gefährdet?

ROLF GÖRTZ, Madrid

Ein offener Streit zwischen Episkopat und Erziehungsministerium belastet das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Spanien. Das spanische Erziehungsministerium verbot einen Text im offiziellen Katechismus, dem Leitfaden der Glaubenslehre für den Unterricht in der 5. und 6. Grundschulklasse. Da dieser Text wörtlich eine Rede des Papstes zitierte, die Papst Johannes Paul II. in Madrid hielt, kommt die Auseinandersetzung einem ideologischen Machtkampf gleich. Der Sprecher der Bischofskonferenz, Erzbischof Yanes, erklärte offiziell, daß das Erziehungsministerium damit seine Kompetenzen überschritten habe und das Abkommen zwischen Staat und Kirche verletze.

„Respekt vor dem Leben"

Der vom Erziehungsministerium beanstandete Text beschäftigt sich mit der Entstehung des Lebens im Schoß der Mutter. „Dieses neue Leben, das beginnt, ist eine Gabe Gottes und verdient allen Respekt. Es zu zerstören ist ein Angriff gegen das menschliche Leben, auch wenn das empfangene Wesen noch nicht das Licht der Welt erblickt hat." Johannes Paul II. sagte 1982 in Spanien: „Ich spreche vom absoluten Respekt vor dem menschlichen Leben, das weder Person noch Institution, sei sie privat oder öffentlich, ignorieren kann." Nach der Beurteilung und Verurteilung als „eine schwere Verletzung der öffentlichen Moral, wer unschuldiges und ungeborenes Leben nicht verteidigt", heißt es im Papst-Zitat: „Niemals kann man den Tod eines Unschuldigen legitimieren."

Die zweite Textstelle, die die Zensur des Ministeriums aus dem Katechismus streichen will, heißt: „Wir wissen, daß es viel Hunger und Unterentwicklung gibt. Und dennoch geben wir jeden Tag mehr aus. Wir wissen, daß es Arbeitslosigkeit gibt; und dennoch möchten wir jeden Tag mehr Geld verschwenden. Die geringste Kleinigkeit bedeutet bereits eine Klippe; und der Mensch reagiert durch Aggression bis zum Töten: Kriege, Abtreibung, Terrorismus usw."

Diese Sätze empfindet das Erziehungsministerium als gegen die Abtreibungsgesetze gerichtet, wie sie vor kurzem vom *Parlament von der* sozialistischen Mehrheit beschlossen wurden. Danach ist die Abtreibung straffrei, wenn bestimmte Voraussetzungen vorhanden sind, wie sie etwa der deutschen Gesetzgebung entsprechen. Die konservative Volkspartei hatte Klage beim Verfassungsgericht erhoben.

Nach Ansicht der Kirche geht es bei dem Streit um den Katechismus jedoch nicht um Gesetze. Die Zensur des Katechismus sei vielmehr ein Verstoß gegen die Religionsfreiheit wie sie in der spanischen Verfassung garantiert wird, „ohne weitere Begrenzung als die der öffentlichen Ordnung". In einem anderen Artikel der Verfassung wird den Eltern das Recht zugesprochen, ihren Kindern den Religionsunterricht zuteil werden zu lassen, der ihrer Überzeugung entspricht. Auch in Spanien gilt im übrigen die Regel, daß als Alternative den Kindern Ethik oder Morallehre angeboten wird, also niemand zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden kann.

Der christdemokratische Parlamentsabgeordnete José Luis Alvarez, einer der führenden Sprecher des konservativen Lagers, erklärte dazu in der Zeitung „ABC": „Im Katechismustext geht es um die Erklärung des Gebotes ‚Du sollst nicht töten', und nicht um eine Stellungnahme zu einem Strafgesetz. Wenn eine Regierung das Strafgesetz ändert, kann sie nicht verlangen, daß die Kirche ihre Moral und ihre Morallehre in gleichem Maße ändert."

Mündliche Beanstandung

Die zuständigen Stellen des Episkopates haben schon im April und Mai ihre Katechismustexte dem Ministerium zur Einsicht vorgelegt. Der Text wurde nur mündlich beanstandet, sonst geschah nichts. Bis der zuständige Kabinettsdirektor im Erziehungsministerium dem Episkopat vor einigen Tagen – auch nur über die Presse – die Zensur mitteilte. Zu dieser Zeit waren bereits 220 000 Schulbücher für den Religionsunterricht mit den beanstandeten Texten gedruckt.

Sehr wesentlich für den eklatanten Streit, der zur Zeit große Wellen in Spanien schlägt, erscheint die Haltung des zuständigen Kabinettsdirektors Manuel Reyes Mate. Er war Priester im Dominikanerorden und einer der Gründer der Gruppe „Christen für den Sozialismus". Als Autor verschiedener marxistischer Theorien wurde er schließlich säkularisiert, verließ den Orden und arbeitete als Religionsredakteur in der Madrider Tageszeitung „El Pais", bis er schließlich von der sozialistischen Regierung in das Erziehungsministerium berufen wurde.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Intelligente Drückeberger

„Würzbach: Bedeutung der Sicherheit noch nicht erkannt"; WELT vom 3. September

Es ist immer wieder mit Erstaunen festzustellen, daß es doch fast zum guten Ton eines Abiturienten gehört, den Bundeswehrdienst zu umgehen. Zeigt sich doch gerade hier die praktische Anwendung der soeben gebildeten Intelligenz. So entwickelt sich der Sportprofi der Oberprima plötzlich zum Körperbehinderten, der Klassenprimus von heute auf morgen zum chronischen Bettnässer. Selbstverständlich darf es hier an einer entsprechenden Menge ärztlicher Atteste nicht fehlen, aber das war noch nie ein Problem. Kann man doch *nicht selten gerade auf die väterliche* Hilfe rechnen.

Hilfe von Vätern, die nur zu gerne mit dem Zeigefinger auf die „Aussteiger des Systems" zeigen, Väter, die nicht ohne Stolz von sich behaupten, kerngesunde Söhne gezeugt zu haben. Väter, die nicht tagtäglich hinterm Fließband stehen, sondern die als Ärzte, Firmenleiter und B 13er ihren Lebensunterhalt verdienen.

Wo bleibt die im Beruf so hoch gepriesene Verantwortung, Verantwortung, *die man jetzt* der Gesellschaft gegenüber zeigen könnte? Fängt nicht hier schon falschverstandene Freiheit an? Mit welchem Recht entziehen sich junge Menschen, die sich durch eine vom Staat bezahlte Ausbildung zur geistigen Elite zählen, ihrer Gegenleistung für Demokratie, Gesellschaft und Freiheit? Einer Gesellschaft, von der sie ihren Studienplatz und ihr Demonstrationsrecht fordern, der gegenüber sie aber nicht bereit sind, 15 Monate zur *Verteidigung dieser Rechte* zur Verfügung zu stellen.

Dieser Gewissensfrage sollte sich jeder unterziehen, der anderen hilft, sich dem Bundeswehr- oder Zivildienst zu entziehen. Kann man nicht gerade dadurch, daß *man* in der Bundeswehr aktiv mitarbeitet (denn auch das ist möglich), den oft beklagten „Kommißton" ändern?

Mit freundlichen Grüßen
Detlef Stichling,
Schwelm

Alte Vernunft

„Schon vor der Prüfung packt viele Lehrherren der Zorn"; WELT vom 14. September

Es ist *immer wieder belustigend* zu lesen, wie sich jemand über Mängel unseres Schulwesens erregt, statt die Dinge beim Namen zu nennen. „Die Pädagogik der neuen Linken" besteht ja gerade darin, einen Deutschunterricht zu veranstalten, der den Schülern nicht weiterhilft. Das weist Brezinka in seinem Buch seit 1972 nach! Was dagegen zu tun wäre, liegt auf der Hand.

Aber bisher waren selbst interessierte Kultusminister hilflos, und sie wissen auch heute noch nicht, wie sie durchgreifen könnten. Für die Berufsschulen gibt es seit zwei Jahren ein „Arbeitsheft Deutsch" (Leifeld Maasch, Rinteln 1981), das alle Mängel verarbeitet, mit denen vor allem Hauptschüler ins „feindliche" Leben entlassen werden.

Offenbar bemühen sich die Realschulen, Deutschkenntnisse nachzuholen. Jedenfalls schneiden Realschüler gegenüber Hauptschülern erheblich besser ab. Das, was in der Realschule gelehrt wird und in der Berufsschule nachgeholt werden müßte – nach heutigem Stand –, ist aber tatsächlich Lehrstoff der Volksschule bis zum vierten Schuljahr gewesen. Wir brauchen deshalb nicht die Pädagogik der neuen Linken, sondern diejenige der alten Vernunft.

Hierzu müßten aber auch noch die Erwachsenen unterrichtet werden, bis hinunter zum Junglehrer, der sprachlich zumeist erschütternd unbedarft ist. Und wenn wir dann noch lesen, eine Firma habe an die Handelskammer geschrieben, „Auszubildende und Azubis", dann können wir kaum erwarten, daß Lehrlinge dort lernen, kaufmännische Briefe zu schreiben. Denn das Wort „Auszubildender" ist der deutschen Sprache wesensfremd und zeigt, wie instinktlos wir Deutsche Modewörter oder Parolen nachplappern.

Es fehlt die innere Kraft der Erwachsenen, der Jugend inneren Schwung zu verleihen und den richtigen Ausdruck zu finden.

Ernsthelmut Maasch,
Hamburg 60

Wort des Tages

„Es ist eines braven Menschen niemals unwürdig, die Hand zur Versöhnung zu bieten. Nicht das Rechthaben ist das Höchste und nicht das stolze Bewußtsein eigener Makellosigkeit, sondern die Menschenfreundlichkeit, die begütigt und Brücken schlägt."

Bruno H. Bürgel, dt. Autor (1875–1946)

Personalien

GEBURTSTAG

Dr. Helmut Hermann Wittler, seit 26 Jahren Leiter des Diasporabistums Osnabrück, begeht am Mittwoch seinen 70. Geburtstag. Wittler, seit 1938 Priester, hat sich als Ausländerbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz wiederholt gegen Pläne gewandt, den Familiennachzug bei Ausländern einzuschränken.

*

Seinen 65. Geburtstag feierte Direktor **Gerhard Leutritz**, Leiter der Pfarrerkrankenkasse VaG in Düsseldorf-Benrath, in der fast 35 000 Mitarbeiter der Evangelischen Kirche in Deutschland mit ihren Familienangehörigen versichert sind.

WAHLEN

Dr. **Jürgen Linde** (48), seit 1976 Bundestagsabgeordneter der SPD, ist vom Kommunalparlament einstimmig zum Oberstadtdirektor von Gelsenkirchen gewählt worden. Er tritt sein Amt Anfang November an und gibt sein Bundestagsmandat auf. Der gebürtige Braunschweiger war früher unter anderem kommissarischer Oberkreisdirektor des Landkreises Zellerfeld und Gemeindedirektor der Gesamtgemeinde Oberharz. Sein Vorgänger in Gelsenkirchen, Prof. **Heinrich May** (58), war Ende Mai nach achtjähriger Amtszeit auf eigenen Wunsch vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden.

*

Günter Giesen, Aachen, ist von der Bundesvereinigung Katholischer Männergemeinschaften und Männerwerke erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt worden. Als Stellvertreter bestätigt wurde **Siegfried Mursch**, München, als Präses Pater **Franz Schilling**, SJ, Hannover.

In der Sahara-Frage bleibt es beim „Alles oder Nichts" der Kontrahenten

Libyens Hegemonialstreben erschwert Lösung / Eingreifen der OAE gescheitert

B. RÜTTEN, Bonn

Maghrebinische Diplomaten haben seit geraumer Zeit alle Hände voll zu tun. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Verbrüderungseuphorie, die die Wiedererweckung der Idee eines maghrebinischen Zusammenschlusses hervorgebracht hat, war es mühsam, das zentrale Problem der Region einer Lösung näher zu bringen. Im Westsaharakonflikt, in dem es darum geht, ob die ehemals spanische Kolonie ein unabhängiger Staat oder ein Teil Marokkos ist, stehen sich seit über zehn Jahren die „Alles oder nichts"-Positionen Marokkos einerseits sowie Algeriens und Libyens andererseits gegenüber.

Das kleine Tunesien unter der pragmatischen Führung des greisen Bourguiba scheint es inzwischen geschafft zu haben, den expansionistischen Nachbarn einerseits auf Distanz zu halten, andererseits nicht zu verärgern. Aber die algerisch-libyschen Beziehungen sind von tiefem Mißtrauen geprägt. Das hat sich seit Khadhafis erneutem Engagement in Tschad eher verstärkt.

Gerade weil auch Algerien sich zu den sogenannten progressiven Staaten Afrikas zählt, ja sogar eine Führungsrolle beansprucht und zeitweilig dem vertriebenen Goukouni Asyl gewährt hat, ist Algier das Hegemonialstreben Khadhafis ein Dorn im Auge. Die Führungsrolle Algeriens im Lager der Blockfreien und der Dritten Welt, die weitgehend mit der Politik und Person Boumediennes verbunden war, droht unter dessen Nachfolger Chadli zu zerrinnen – trotz lautstarker gegenteiliger Propaganda. *Algerien muß heute tatenlos zusehen, wie Khadhafi in rücksichtsloser Weise in Algeriens Domäne einbricht.*

Der Besuch des Revolutionärs Khadhafi im konservativen Königreich Marokko im Juli hatte ähnlich sensationellen Charakter wie die Annäherung zwischen Marokko und Algerien. Es war Khadhafis erster Besuch in Marokko seit seiner Machtübernahme 1969. Die diplomatischen Beziehungen, die 1971 wegen Khadhafis Unterstützung eines fehlgeschlagenen Coups gegen König Hassan und seit 1980 wegen des Westsaharakonfliktes abgebrochen waren, wurden wieder aufgenommen. Gerüchte, daß Khadhafi und Hassan bei dieser Gelegenheit eine geheime Absprache getroffen hätten, nach der Hassan darauf verzichten wolle, den von Libyen attackierten tschadischen Präsidenten Hissèn Habré mit marokkanischen Truppen gegen Goukouni zu unterstützen und Khadhafi als Gegenleistung ein Einlenken in der Westsaharafrage versprach, wurden sofort dementiert. Doch die gewöhnlich gut unterrichtete Wochenzeitschrift „Jeune Afrique" behauptet darüber hinaus noch, daß Khadhafi sowohl Marokko als auch Tunesien eine solche Einigung notfalls ohne Beteiligung Algeriens vorgeschlagen habe.



MAGHREB

Ein Kompromiß in der Westsaharafrage *läuft auf einen autonomen Status* der Region unter Angliederung an Marokko hinaus. Als Beispiel wird Sizilien zitiert, das im Rahmen der politischen Einheit mit Italien eigene Rechtspersönlichkeit hat. Hassan soll sich angeblich zufrieden erklärt haben, wenn „Briefmarken und Flagge marokkanisch" seien.

Die komplizierte Maghreb-Szenerie wird dadurch weiter verkompliziert, daß auch die Polisario-Guerilleros ein Wort mitreden möchten und daß Mauretanien, das auch zum „Großen Maghreb" gehört, nicht zusehen will, wie das „Mechoui (traditionelles Hammelgericht) der Versöhnung" auf seinem Rücken gebraten und gegessen wird. Das arme und ohnmächtige Mauretanien sähe gerne eine unabhängige Westsahara-Republik, die das Gewicht der Kleinstaaten im maghrebinischen Ensemble vergrößern und eine Pufferzone gegen den übermächtigen marokkanischen Nachbarn darstellen würde.

Das Krisengewicht zweier Sahara-Kriege ist so groß, daß wenigstens einer beendet werden müßte. Sonst wird die Entwicklung dort in der Region unabsehbar.

Einen ersten Vorgeschmack auf diese Entwicklung lieferte der kleine Gipfel der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) in Addis Abeba. Er platzte vergangene Woche schon nach wenigen Stunden, weil Marokko verständlicherweise nicht direkt mit den Polisario-Kämpfern verhandeln wollte.

Im Wirtschaftsleben Vietnams geben die Ideologen wieder den Ton an

Die Führung fordert wieder „sozialistische Disziplin" / Pragmatismus brachte Erfolg

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Was ist wichtiger? Eine Wirtschaft, die das Volk ernähren kann oder ideologischer Puritanismus? Nach jahrelangen Richtungskämpfen hat sich die vietnamesische Führung für letzteres entschieden. Zu Ende ist die Phase des Pragmatismus, der den Vietnamesen ein Minimum an wirtschaftlicher Freiheit, das Recht zu privaten Kleinbetrieben und die Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung gab. Der Staat, schreibt die Parteizeitung „Nhan Dan", habe die Kontrolle über die Märkte, die Währung und die Wirtschaft verloren. Zu viele Kapitalisten seien entstanden. 70 Prozent aller im Handel befindlichen Güter, so schätzt der offizielle englischsprachige „Vietnam Courier", stammten aus dem Privatsektor.

Diese Entwicklung ist die Folge einer Serie von Richtlinien, mit denen die Gruppe der Pragmatiker – wie der ehemalige Wirtschaftsplanungschef Nguyen Lam – Anfang der achtziger Jahre einen totalen Wirtschaftszusammenbruch aufzufangen verstanden haben. Blitzartig hatte das Volk reagiert. Vietnamesen im Norden wie im Süden entdeckten ihr Talent zum Geschäft, von hohen Funktionären, über Direktoren in Staatsbetrieben, einfachen Parteimitgliedern bis zu Arbeitern, Arbeitslosen und Bauern. Sie kooperierten, um Geld zu verdienen, produzierten dringend benötigte Waren. Das aber setzte voraus, pragmatisch in eigener Sache zu sein, wie zum Beispiel Elektrizität in die Kammer abzuzweigen, wo Frau Nguyen Thi Hieu Tag und Nacht an der Herstellung von Plastiksandalen saß.

Der Absatz war reißend, Frau Hieu wurde „reich". Reich auf Kosten des Staates, denn sie arbeitete mit *gestohlener Energie, das* brachte sie *ins* Gefängnis, wo mit ihr unzählige andere sitzen, die für Wirtschaftsvergehen büßen, wie für illegalen Fleischhandel, fragwürdigen Häusermakel, Diebstahl an Staatseigentum und Steuerbetrug.

Wer einigermaßen erfolgreich Geschäfte machte, so die Armeezeitung „Quan Doi Nhan Dan", fängt an, den Staat zu betrügen und zu bestehlen. Wer dabei gar zu Ruhm und Macht gelangte, würde „in Charakter und Lebensstil degenerieren". Nicht wenige seien hohe Funktionäre. „Es ist ein Imperativ", propagiert die vietnamesische Staatspresse in einer neuen Kampagne, „zu sozialistischer Verantwortung und Disziplin zurückzukehren" und den „zahlreichen negativen Phänomenen" wie Spekulation, Schmuggel, Diebstahl an Staatseigentum, illegalen Geschäften und Korruption ein Ende zu setzen.

Vierzig Jahre nach der Proklamierung der „demokratischen Republik Vietnam" (Nordvietnam) und acht Jahre nach deren Sieg über den Süden droht sozialistische Moral am kapitalistischen Grundinstinkt der Menschen zu zerfallen. „Was haben wir", so fragen Hanois betagte Ideologen, „falsch gemacht", die Gefängnisse sind brechend voll, in Umerziehungslagern sollen Hunderttausende die Glorie des Sozialismus erkennen. Millionen sind geflohen, zum Teil auch vertrieben worden. Die Geheimpolizei ist allgegenwärtig. „Die Irrtümer und Schwächen der Partei sind äußerst ernst", enthüllt „Nhan Dan": „Wir haben den Klassenkampf vernachlässigt."

Das allein ist in den Augen Hanois schlimm genug. Noch schlimmer ist, daß „die Feinde Vietnams" die internen Schwächen zu einem „Krieg der Sabotage" ausnutzten. Das jedenfalls behauptet Hanoi, das nicht zugeben kann, daß es das eigene Volk ist, das den Aufbau des Sozialismus blokkiert. Angesichts dieser allseitigen Bedrohung gegen die Vision der alten Revolutionäre heißt es, zurück zum Klassenkampf.

Blickt auf bewegte Jahre zurück: „Panorama“

Öfter mal ein Jubiläum

Sie ist die Seniorin unter den politischen TV-Magazinen. Und sie kann nicht nur einen, sondern gleich mehrere Geburtstage feiern. Die Sendung läßt sich auf den 1. Juli 1962 zurückdatieren. Da wurde nämlich „Panorama“ erstmals bundesweit ausgestrahlt. Aber war es wirklich nur ein televisionärer Fötus oder doch schon ein TV-Baby, was einen begrenzten norddeutschen Empfängerkreis ein Jahr lang zuvor erreichte?

Wollte man das letztere annehmen, dann wäre der Geburtstag der 4. Juni 1961. Denn an diesem Abend flimmerte es erstmals über die Mattscheiben: „Panorama, Berichte – Analysen – Meinungen“. Doch die geschichtsbewußten Maiden und Mannen des Hamburger Senders rechnen noch das Präludium hinzu, das der gelernte Musiker (und praktizierende Journalist) Josef Müller-Marein bereits seit den späten fünfziger Jahren intonierte. So gestatteten sich die NDR-

Panorama – ARD, 21.00 Uhr

Leute 1982 ein Silber-Jubiläum, und „Panorama“-Chef Peter Gatter ließ sich dafür eigens vom Ur-Televisionär Werner Höfer interviewen. Doch solche Jubelfeiern lassen sich wiederholen. Eines steht fest: Im Orwell-Jahr 1984 kann die 400. Sendung mit besonders viel Alsterwasser begossen werden.

Bewegt ist die „Panorama“-Geschichte zweifellos. Sie bietet Stoff für Dissertationen und Romane. Während andere Magazine sich in Monogamie übten, so wechselten bei „Panorama“ die Chefs häufiger als die Ehemänner einer Zsazsa Gabor. Am Anfang sah man Rüdiger Proske und Gert von Paczensky als Tandem, von dem Paczensky am 20. Mai 1963 stieg und Proske alleine weiterstrampeln ließ. Am 7. Oktober 1963 begann ein Interregnum, bei dem sich Jürgen Neven DuMont, Werner Baecker, Manfred Jenke, Walter Menning, Guido Schütte und Dietrich Koch nacheinander die Türklinke reichten. Am 13. Januar 1964 folgte Eugen Kogon, am 4. Januar 1965 das Gespann Walter Menning/Joachim Fest, wovon 1966 nur Fest übrig blieb.

Immerhin mehr als acht Jahre hielt es Peter Merseburger aus, der am 2. Januar 1967 kam und erst am 14. April 1975 von Gerhard Bott abgelöst wurde. Am 17. Januar 1977 versuchte es Ulrich Happel, ab 17. Oktober 1977 nochmals Walter Menning. Winfried Scharlau leitete von Mitte Januar 1978 bis September 1981. „Panorama“-Oldtimer Rudi Lauschke überbrückte die Zeit bis einschließlich November 1981, und im Dezember 1981 stieg Peter Gatter – zuvor ARD-Korrespondent in Warschau – ins „Panorama“-Geschäft ein.

Er ist allerdings kein Magazin-Monomane, sondern eine NDR-Mehrzweckwaffe. Vom Pool der NDR-Redakteure steht ihm Luc Joachimsen am häufigsten zur Seite. Den Zeitläuften und dem Magazin-Ehrgeiz anderer ARD-Anstalten mußte sich der „Panorama“-Turnus anpassen. Bis zum 1. Juli 1962 kam es wöchentlich, danach – alternierend mit „Report“ aus München – vierzehntägig. Am 7. Oktober 1968 stellte sich der Vierwochen-Rhythmus ein.

Zwar sorgt das Hamburger Polit-Magazin auch heutzutage noch hin und wieder für Aufregung. So etwa, als die Altun-Schwester – die erst von einer TV-Dame vom Suizid ihres Bruders erfuhr – weinend vor der Kamera zusammenbrach. So, als ein anderer „Panorama“-Mitarbeiter den türkischen Genozid an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges abstritt.

Im allgemeinen scheint es: Die linke Schlagseite ist geblieben (auch heute abend bei der Umfrage zum Thema „Was halten die Deutschen von der Nachrüstung?“ oder beim Bericht über die sozialdemokratische Friedenskonferenz in Stockholm). Doch der schmerzhafte Tele-Biß der sechziger und siebziger Jahre hat sich verflüchtigt. Der vielgepriesene „Hecht im Karpfenteich“ ist zum rötlich-medialen Bassin-Fisch geworden.

Immer mehr TV-Zuschauer begreifen, daß Television auch in Gestalt von Polit-Magazinen ein Teil der Unterhaltungsindustrie ist. Das galt insbesondere für „Panorama“ im Sommer 1982. Da gab es eine unvergeßliche niederdeutsche Bauernkomödie – beim Verschwinden des Films über den bayerischen Ex-Verfassungsschützer Langemann. Was anfangs nach Watergate roch, erwies sich schließlich als „NDR-interne Panne“, wie Peter Gatter ganz kleinlaut vor der Kamera zugeben mußte.

GISELHER SCHMIDT

KRITIK

Wo waren die Wetter?

Pferde: Trabend, stehend, galoppierend. Nochmal Pferde: Störrisch, ängstlich, erregt. Von Menschen, die ihrer Wettleidenschaft frönen, die auf Pferde Haus und Hof setzen, sollte der Film **Das große Rennen** (ARD) von Ulf von Mechow handeln. Doch der Wetter, das unbekannte Wesen – er blieb es. Thema verfehlt?

So gesehen, sicher. Wenngleich Ulf von Mechow zu Beginn und zum Ende seines Films eine alte Frau über ihre Wettleidenschaft und ihre Einsätze sprechen ließ. 800 Mark bringe sie an einem Renntag auf die Bahn nach Frankfurt-Niederrad, 800 Mark, die sie – man sah es ihr an – mühselig zusammengespart hatte.

Aber ein Film über Menschen, die auf Pferde setzen? Nein, das war es gewiß nicht. Es war ein breitangelegtes Feature über Pferde und über jene, die sich mit Pferden beschäftigen: über Besitzer („Man macht sich Hoffnungen“), über angehende Jokkeys („Ich will mal berühmt werden“), über Trainer („Pferde sind mir wichtiger als Menschen“) und über Spekulanten („Pferde sind Abschreibungsobjekte“).

Da funkelte die Facette der Glitzerwelt Galopprennsport. Sie glitzerte noch, wenn die armseligen Behausungen des Stallpersonals und Futtermeisters („Ich verdiene 1100 Mark im Monat“) gezeigt wurden. Denn wenn es schon nicht der angekündigte Film über Wettleidenschaften wurde, dann sollte es doch zumindest eine sorgfältige Dokumentation über die Turf-Szene werden.

Aber auch das mißlang. Da wurde nicht nachgefragt, da wurde nicht relativiert, da wurden schöne Pferde in noch schöneren Bildern dargestellt. Immer wieder Pferde: stolz, unbeherrscht, fassungslos. Eine Dokumentation? Eher ein Poesiealbum.

KLAUS BLUME



An alle, die genauer wissen wollen, wie „Tagesschau“ und „heute“-Sendung gemacht werden, richtet sich das Buch **„Fernsehnachrichten“** von Erich Straßner aus der Reihe „Medien in Forschung und Unterricht“ des Niemeyer-Verlages. Straßner, der gleichzeitig Mitherausgeber dieser Reihe ist, gibt in seinem Buch mit dem Untertitel „Eine Produktions-, Produkt- und Rezeptionsanalyse“ zunächst einen kurzgefaßten Überblick über die Geschichte des Dokumentarfilms von den Wochenschauen im Kino bis hin zur „Tagesschau Nr. 1“, die am 20. 12. 52 gesendet wurde. In ausführlichen inhaltlichen Analysen wird sodann der Weg dargestellt, der zu den uns heute bekannten Formen der Fernsehnachrichten geführt hat.

Interessant ist dabei die Verschiebung der Prioritäten, dargestellt anhand der Auswahl der Nachrichten und des relativen Stellenwertes, den sie im Rahmen der Sendung erhalten. Dadurch wird der Übergang vom „Magazin“ zur primär politisch orientierten Sendung deutlich. Zum anderen werden jedoch auch formale Aspekte berücksichtigt. Einen interessanten Vergleich stellt der Autor zwischen „Tagesschau“ und „heute“-Sendung an, Sendungen, die sich trotz gleicher Aufgabenstellung vor allem stilistisch unterscheiden.

Straßner wirft aber auch einen Blick über die Grenzen unseres Landes. Exemplarisch zeigt er den Weg der Nachrichten vom ursprünglichen Ereignis über die Nachrichten-Agenturen und die Redaktionen der Sendeanstalten bis zu den Bildschirmen der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreichs und der „DDR“ auf. Ein letztes Kapitel ist der Untersuchung der Personen „auf der anderen Seite des Bildschirms“ gewidmet. Hier stellt Straßner die Abhängigkeit zwischen Art und Intensität der Rezeption von Nachrichten einerseits und verschiedensten Faktoren, die sich in der Person des Fernsehzuschauers konzentrieren, andererseits, auf.

Alles in allem ein gelungenes Buch, das dank seinem klaren Aufbau trotz der enormen Materialfülle nicht erdrückend wirkt, sondern sich – auch auszugsweise – gut und gewinnbringend liest.

mml





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Der schwarze Falke
12.00 Umschau
12.10 New York, New York
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Bronski schuftet für den Rock
Als Roadie mit der Band auf Tournee
Film von Brigitte Krause
17.00 Denkste!?
Und mich fragt keiner (1)
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lemke
21.00 Panorama
Repräsentativ-Umfrage: Was halten die Bundesbürger von der Nachrüstung? / Sicherheitspartnerschaft – Alternative zur Abschreckung? / Der Fall Peter Schult / Wahlen in Hessen und Bremen / Computer-Schmuggel
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
zu Gast: Hardy Krüger
Hardy Krüger, Sohn eines Berliner Ingenieurs, gehört zu jenen Männern, die den Krieg als Soldaten noch am eigenen Leibe miterleben mußten. Da es sein Berufsziel war, entweder Ingenieur oder Architekt zu werden, begann Krüger nach dem Zusammenbruch 1945 eine Schreinerlehre. Doch die Erfahrung, die er bereits als 15jähriger (er spielte im Weidenmann-Film „Junge Adler“ eine Hauptrolle) mit der Welt des Films gemacht hatte, ließ ihn nicht mehr los. Ein Vorsprechen am Deutschen Schauspielhaus führte zu einem Engagement.
24.00 heute

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Gesucht: Ein Platz im Heim
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Strandpiraten
Frisch verheiratet
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Kurtheater Holtendiek
Vollendete Tatsachen
Mit Heinz Reincke, Lonny Kellner u. a.
Regie: Georg Tressler
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Steinbichler Geschichten
Eine Gaunerkomödie nach Tatsachen von Herbert Rosendorfer mit Ilse Winkler, Dietrich Siegl u. a.
Regie: Zoltan Pataky
21.00 heute-journal
21.20 Mitgegangen – mitgefangen
Neues Recht für Demonstranten – ein Mittel gegen Gewalt?
22.05 Der besondere Film
Porträt des Künstlers als Filipino
Philippinischer Spielfilm, 1965
Regie: Lamberto V. Avellana
Deutsche Erstaufführung
Mit diesem Spielfilm beginnt das ZDF einen kleinen Zyklus mit drei Filmen aus der philippinischen Produktion. Nach Avellanas psychologischem Kammerspiel, das im Schicksal der handelnden Personen historische und kulturelle Veränderungen des Landes in den vierziger Jahren spiegelt, folgt am 16. Oktober „Wie ein Fleck im Wasser“ (1976) von Ishmael Bernal.
24.00 heute



Paula (Naty Crame-Rogers) läßt sich von Tony (Conrad Parham) überreden, mit ihm eine Nacht zu verbringen. (Porträt des Künstlers als Filipino – ZDF, 22.05 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Geometrie (15)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Neptuns Hexenküche
21.00 Formel Eins
21.45 *Düsseldorfer Kom(m)ödchen*
22.15 Drei vor Mitternacht

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 In den Schächten der Inka
19.15 Fahr doch selbst mal hin
19.30 Energie aus Stroh
20.00 Tagesschau
20.15 Formel eins
21.00 Die eigene Geschichte
21.45 Panorama-Nachfrage
22.30 Das schwarze Kabinett
Von Agenten gejagt
US-Spielfilm, 1942
23.40 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco (3)
18.55 Paddington
Puppentrickfilm
19.00 Formel Eins
19.35 Tips für Schule und Beruf
20.00 Tagesschau
20.15 Mathieu – Gaston – Peluche
Franz. Fernsehfilm
22.00 Drei aktuell
22.15 Stadtansichten (2)
Liverpool 82
23.00 Eines Arbeiters Japanreise 1913

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik (15)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Sportmagazin
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Ungezähmtes Verhalten
Pferde in der Camargue
21.00 Antiquitäten in Serie
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Truffaut-Reihe
Fahrenheit 451
23.05 Avanti! Avanti! (3)

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Ich sah einen Engel
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E N.
21.50 Detektiv Rockford: Anruf genügt
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 8. Spieltag: Freiburg – Iserlohn 2:1, Rießersee – Köln 0:4, Landshut – Mannheim 3:5, Düsseldorf – Kaufbeuren 3:4, Rosenheim – Schwenningen 7:2.

1. Mannheim	8	5	1	2	35:21	11:5
2. Köln	8	5	1	2	28:17	11:5
3. Rosenheim	8	4	3	1	39:29	11:5
4. Freiburg	8	5	1	2	24:17	11:5
5. Iserlohn	8	4	1	3	33:28	9:7
6. Kaufbeuren	8	2	3	3	27:37	7:9
7. Landshut	8	2	2	4	28:31	6:10
8. Schwenning.	8	2	2	4	22:28	6:10
9. Düsseldorf	8	3	0	5	28:34	6:10
10. Rießersee	8	1	0	7	29:49	2:14

VOLLEYBALL

Europameisterschaft in der „DDR".

Damen, letzter Spieltag: Bulgarien – Rumänien 3:0, Ungarn – BR Deutschland 3:0, „DDR" – UdSSR 3:2. – Die Abschlußtabelle:

1. „DDR"	5	5	0	15:5	10:0
2. UdSSR	5	4	1	14:7	8:2
3. Ungarn	5	3	2	11:6	6:4
4. Bulgarien	5	2	3	9:9	4:6
5. BR Deutschland	5	1	4	4:13	2:8
6. Rumänien	5	0	5	2:15	0:10

Herren, letzter Spieltag: Bulgarien – CSSR 3:0, „DDR" – Italien 3:2, UdSSR – Polen 3:1. Abschlußtabelle:

1. UdSSR	5	5	0	15:2	10:0
2. Polen	5	4	1	13:7	8:2
3. Bulgarien	5	2	3	10:9	4:6
4. Italien	5	2	3	10:13	4:6
5. CSSR	5	1	4	5:12	2:8
6. „DDR"	5	1	4	4:14	2:8

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in San Francisco, Endspiele, Einzel: Lendl (CSSR) – McEnroe (USA) 3:6, 7:6, 6:4. – Doppel: Fleming/McEnroe (USA) – van Patten/Lendl (USA/CSSR) 6:1, 6:2. – **Damenturnier in Richmond/Virginia, Endspiele, Einzel:** Fairbank (Südafrika) – Jordan (USA) 6:4, 5:7, 6:4. – Doppel: Fairbank/Reynolds (Südafrika/USA) – Jordan/Potter (USA) 6:7, 6:2, 6:1.

Deutsche Mannschaftsmeisterschaft der Herren in Amberg. Endspiel: Neuss – Berlin 6:3 (Günthardt – Frawley 7:5, 6:7, 6:1, Pinner – Eberhard 3:6, 7:5, 6:7, Maurer – Gehring 6:4, 7:5, Westphal – Marten 6:4, 0:6, 7:5, Popp – Gebert 6:4, 6:4, Steinhöfel – Schulz 0:6, 6:4, 6:3, Günthardt/Popp – Gehring/Marten 7:5, 6:4, Pinner/Pinner – Eberhard/Schulz 0:6, 3:6, Maurer/Maurer – Gebert/Brandt 7:6, 4:6, 1:2 abgebrochen). – Damen-Finale in Heidelberg. Endspiel: Heidelberg – Reutlingen 6:3 (Strachonova – Delhees 6:4, 6:1, Schropp – Eisterlehner 1:6, 2:6, Graf – Reuter 6:1 Reuter aufgegeben, Haas – Heinzel 6:2, 6:2, Reinhardt – Schramm 6:3, 3:6, 6:3, Haug – Marchel 6:4, 6:7, 2:6, Strachonova/Graf – Reuter/Heinzel 4:6, 6:3, 6:0, Schaffner/Schropp – Delhees/Marchel 6:2, 6:7, 6:4 Reinhardt/Haas – Eisterlehner/Schramm 4:6, 6:3, 6:7.

MOTORSPORT

Großer Preis von Europa in Brands Hatch (76 Runden = 319,67 km): 1. Piquet (Brasilien) Brabham BMW 1:36:45,865 Std. (Durchschnitt: 198,209 km/Std.), 2. Prost (Frankreich) Renault 1:36:52,436, 3. Mansell (England) Lotus 1:37:16,198, 4. de Cesaris (Italien) Alfa Romeo 1:37:20,261, 5. Warwick (England) Toleman 1:37:38,789, 6. Giacomelli (Italien) Toleman 1:37:38,855, 7. Patrese (Italien) Brabham 1:37:58,549, 8. Winkelhock (Deutschland) ATS eine Rd. zur., 9. Arnoux (Frankreich) Ferrari eine Rd. zur., 10. Cheever (USA) Renault eine Rd. zur. – Gesamtwertung: 1. Prost 57 Punkte, 2. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW-Turbo 55, 3. Arnoux 49, 4. Tambay (Frankreich) Ferrari-Turbo 40, 5. Rosberg (Finnland) Williams-Ford 25, 6. Watson (Irland) McLaren-Porsche-Turbo 22, 7. Cheever 21, 8. Lauda (Österreich) McLaren-Porsche-Turbo.

GOLF

4-Länder-Turnier in Eindhoven (Holland): 1. Belgien 6:0 Punkte, 2. Deutschland 4:2, 3. Schweiz 2:4, 4. Holland 0:6. – Mit je sechs Herren und vier Damen gewann Belgien alle drei Spiele mit je 8:7; Deutschland besiegte ersatzgeschwächt die Schweiz 10:5 und Holland 9:6, die Schweiz gewann gegen Holland 10,5:4,5. Für Deutschland spielten, Herren: Blohm, Dekorsy, Domin, Schlig, Schieffer, Stamm; Damen: Haubensak, Umsen, Lampert und Steinert.

HANDBALL

Bundesliga, Männer: Essen – Kiel 13:10.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 10, 18, 20, 27, 40, 44, Zusatzspiel: 3.

(Ohne Gewähr).

MOTORSPORT / Letzter WM-Lauf der Formel 1 wurde zu einem echten Finale

Nervosität wächst. Franzose Prost über seinen Landsmann Arnoux: „Er verkauft sich an jeden"

K. Bl. Bonn

Seit Sonntagabend, kurz nachdem der Brasilianer Nelson Piquet in Brands Hatch den Großen Preis von Europa gewonnen hatte, läuft der Countdown für das Finale um die Formel-1-Weltmeisterschaft 1983 am 15. Oktober in Kyalami (Südafrika). Nelson Piquet, 31 Jahre alt, 1981 bereits Weltmeister, war in Brands Hatch bei den englischen Buchmachern der klare 5:2-Favorit – zu gewinnen war also so gut wie nichts –, und er ist auch schon jetzt wieder leicht favorisiert für den Großen Preis von Südafrika Mitte Oktober in Kyalami. Der Grund: Das Haus BMW, Lieferant der Turbo-Motoren für Piquets Brabham, testete wegen des Finals bereits ein ganzes Sortiment an Motoren und Auspuffanlagen, um möglichst jeder Situation auf der Kyalami-Piste begegnen zu können.

Einen derart großen technischen Aufwand – so heißt es in der Branche – könne man sich bei Renault nicht leisten, was übrigens auch die Trainingsergebnisse bei den letzten Rennen belegen. Alain Prost, der in der Weltmeisterschaftswertung knapp mit zwei Punkten vor Piquet führende französische Renault-Fahrer, zeigte übrigens auch schon Nerven. Vor allem außerhalb des Renngeschehens.

Seinen Landsmann und früheren Teamkollegen René Arnoux (jetzt Spitzenfahrer bei Ferrari in Italien) beschimpfte er in der Öffentlichkeit: „Arnoux ist wie eine Hure, er verkauft sich an jeden." In Brands Hatch erzählte er dann wieder das, was er seit einiger Zeit sagt: „Wenn ich schon nicht Weltmeister werde, dann soll es zumindest Piquet sein, auf keinen Fall aber Arnoux." Der Ärger resultiert noch aus einer alten Fehde, als die beiden im vorigen Jahr gemeinsam für Renault fuhren. Da versperrte Arnoux ausgerechnet beim Großen Preis von Frankreich in Le Castellet trotz anderslautender Anweisungen von den Boxen Prost den Weg zum Sieg . . .

Diese *Attacke* sei die *Antwort* auf Prost's Intrigenspiel gegen ihn gewesen, rechtfertigte sich Arnoux damals. Daß er seine überreizten Nerven nicht immer im Zaum halten kann, bewies er auch am Sonntag in Brands Hatch. Der Franzose drehte sich in der 20. Runde, an fünfter Stelle liegend, mit seinem Ferrari-Turbo und saß danach minutenlang auf den überhöhten Randsteinen fest. Weit zurückgefallen konnte er das Rennen zwar wieder aufnehmen, einer der vorderen Plätze kam jedoch für ihn nicht mehr in Frage.

Arnoux und sein Teamkollege Patrick Tambay (Frankreich) haben aber auch technische Probleme mit dem neuen Ferrari, der Mitte dieser Saison zum Einsatz kam. Zwar entwickeln die sechszylindrigen italienischen Turbos 800 PS (zum Vergleich: 640 PS beim BMW), doch läßt sich diese enorme Kraft nicht immer optimal auf alle vier Räder übertragen. Auf ihren amerikanischen Reifen *schlitterten die Ferraris beim Großen* Preis von Holland in Zandvoort zum Beispiel wie auf Glatteis umher.

Das ist die Ausgangslage für das Finale in der Formel 1, nachdem noch drei Fahrer Weltmeister werden können: Nelson Sautomajor aus Brasilien, der sich das Rennfahrer-Pseudonym „Piquet" zugelegt hat, Alain Prost und René Arnoux. Selbst wenn diese drei Fahrer in Kyalami nicht das Ziel erreichen, kann niemand anders mehr Weltmeister werden – der Punkteabstand schon zum Vierten in der WM-Wertung (Patrick *Tambay) ist bereits zu groß. Der* Kampf hat sich seit dem 22. Mai, dem Großen Preis von Belgien, zugespitzt, als Prost die Führung mit vier Punkten Vorsprung vor Piquet übernahm.

Der jeweiligen Nummer zwei in ihren Teams kommt deshalb im letzten Rennen – wie auch schon zuvor – hauptsächlich die Aufgabe des Abschirmens der Konkurrenz zu. Das gilt für den Italiener Riccardo Patrese (Brabham-BMW) ebenso wie für den Amerikaner Eddie Cheever (Renault) und den Franzosen Patrick Tambay (Ferrari).

Die nun entstandene Situation bedingt eine straffe Stallorder und die strikte Einhaltung der jeweiligen taktischen Marschroute. Tambay befindet sich dabei in der verzwicktesten Situation. Einerseits darf er seinen Teamkollegen Arnoux nicht überholen, muß also defensiv fahren, andererseits muß er aber auch attackieren, um die Konkurrenten von Arnoux – Piquet und Prost – Platz um Platz zurückzudrängen. Denn nur wenn dieses Konzept aufgeht, kann René Arnoux (siehe auch nebenstehenden Kasten) noch Weltmeister werden.

Drei Dinge haben zu diesem spannenden Formel-1-Finale geführt: drei Fahrer von absoluter Spitzenklasse, drei Teams mit beinahe schon überbordendem technischem Know-how und viele kleine technische Pannen (Piquet: „Lauter Zwei-Marks-Geschichten") während der Saison, die ein uneinholbares Auf-und-Davon-Fahren stoppten.

So gibt es nun in Kyalami so etwas wie einen echten Endlauf. Piquet gilt als Favorit, weil er überaus behutsam zu Werke geht. Er sagt: „Wenn es heiß wird, drehe ich den Ladedruck meines BMW-Turbo lieber zurück als auf."



Die großen drei: Prost, Piquet, Arnoux (von links).

Rechenexempel von Kyalami

Vor dem letzten Lauf um die Formel-1-Weltmeisterschaft 1983 am 15. Oktober in Kyalami (Südafrika) führt der Franzose Alain Prost (Renault) mit 57 Punkten vor dem *Brasilianer Nelson Piquet* (Brabham-BMW), der es bisher auf 55 Punkte brachte, und Renè Arnoux (Frankreich). Ferrari-Fahrer Arnoux sammelte bisher 49 Punkte.

Zur Erklärung: Für den Sieg bei einem Grand Prix gibt es 9 Punkte. Die weitere Punkteverteilung: 6, 4, 3, 2 und 1 Punkt für Rang sechs.

Daraus ergeben sich für das Rennen in Südafrika folgende Prognosen: Arnoux kann nur dann noch Weltmeister werden, wenn er selbst gewinnt, Piquet Vierter und Prost Sechster werden. Dann wären zwar alle drei Fahrer punktgleich (58), doch würde in einem solchen Fall die Majorität der besseren Plätze während der gesamten Saison zu Gunsten Arnoux' entscheiden.

Wenn Arnoux gewinnt, Piquet Zweiter und Prost Dritter werden, ist Prost Weltmeister. Piquet und Prost sind dann punktgleich (61), doch Prost hat mehr Siege (4:3) in diesem Sommer aufzuweisen.

Prost wäre auch Weltmeister, würde er bei einem Arnoux-Sieg nur Vierter und Piquet Dritter werden. Will Piquet Weltmeister werden, so muß er zumindest einen Drei-Punkte-Abstand zwischen sich und Prost herausfahren – also möglichst vor Prost das Finale in Kyalami gewinnen. K. Bl.

EUROPAPOKAL

Weise holt neuen Torwart, Lattek experimentiert

DW. Bonn

Eine Woche vor dem Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Österreich müssen vier deutsche Fußballklubs morgen versuchen, den internationalen Niedergang der Bundesliga zu stoppen. Nur Bayern München ist ein sicherer Tip für den Einzug in die zweite Runde des UEFA-Pokals. Pokalsieger Köln, Stuttgart, Bremen und Kaiserslautern (alle UEFA-Cup) müssen noch bangen (Meister HSV hat für die erste Runde ein Freilos).

● 1. FC Köln (gegen Wacker Innsbruck/Hinspiel 0:1): Libero Gerd Strack erhielt wegen einer Adduktorenzerrung Trainingsverbot. Erst morgen wird sich entscheiden, ob er spielen kann. Die wirtschaftlichen Nöte – bisher 50 000 Zuschauer weniger als erwartet – zwingen die Kölner gleichsam dazu, die zweite Runde zu erreichen.

● Werder Bremen (in Malmö/1:1): Rund 500 Fans begleiten die Brenner nach Schweden. Verletzte Spieler gibt es nicht, auch Stürmer Frank Neubarth ist wieder fit. Bremen muß mindestens ein Tor schießen, ist aber in der Bundesliga seit dem 24. August in Auswärtsspielen ohne Treffer.

● VfB Stuttgart (in Sofia/1:1): Vorstopper Karl-Heinz Förster leidet unter einer Zerrung im Oberschenkel. Kann er nicht eingesetzt werden, übernimmt sein Bruder Bernd den Posten. Karl Allgöwer tröstet sich und die Mannschaft mit der Abwertung des Gegners: „Jeder hat doch beim Hinspiel gesehen, wie spiele*risch schwach die Bulgaren sind."*

● 1. FC Kaiserslautern (in Watford/3:1): Trainer Dietrich Weise wechselt den Torwart. In England spielt Armin Reichel (25). Vom erst 19 Jahre alten Roland Grüner sagt Weise: „Ich habe den Eindruck, daß er momentan nervlich zu stark im Streß steht und zu unruhig ist."

● Bayern München (gegen Famagusta/1:0): Die Münchner machen sich überhaupt keine Sorgen. Trainer Udo Lattek benutzt das Spiel nach der 1:3-Niederlage in Bochum zu Experimenten. Andreas Maurer spielt für den verletzten Wolfgang Grobe (Bänderriß) Vorstopper.

VOLLEYBALL

Modell Lohhof als Signal für andere Vereine

sid, Rostock

Selbst der Aufstieg von Rang zehn auf Platz fünf, das beste Abschneiden einer westeuropäischen Damen-Nationalmannschaft bei einer Volleyball-Europameisterschaft, trübte im Lager des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV) nicht den Blick für die Realität. Bundestrainer Andrzej Niemczyk warnte erneut vor einer „künstlichen Spitze".

Der Einbruch in die Phalanx der osteuropäischen Teams mit den beiden Siegen gegen Polen und Rumänien verdankt der DVV fast ausschließlich dem „Modell Lohhof". Abgesehen von Marina Staden (VfL Oythe) und Danuta Niemietz, die im Sommer vom SM Lohhof zum Aufsteiger TG Viktoria Augsburg wechselten, vertraute Niemczyk in entscheidenden Phasen der Spiele nur den von ihm auch im Verein betreuten Damen von Lohhof. „Für mich wäre es die beste Bestätigung meiner Arbeit als DVV-Präsident, wenn der SV *Lohhof als deutscher Meister* entthront würde", hat Roland Mader einmal gesagt.

Dies wird jedoch so schnell nicht der Fall sein: Das mit sieben Nationalspielerinnen gespickte Team aus dem Münchner Vorort ist – obwohl die Konkurrenz wie der VfL Oythe, USC Münster oder Aufsteiger Augsburg ihren Trainingsumfang schon erheblich gesteigert hat – in der Bundesliga immer noch turmhoch überlegen. „Dieser fünfte Platz muß eine Signalwirkung haben", erklärte deshalb Niemczyk.

Mit dem jüngsten Team (Durchschnittsalter: 19 Jahre) schlug die „DDR" im Endspiel (3:2) den Favoriten UdSSR. So wurde die These von Roland Mader bestätigt: „Der Heimvorteil kann im Volleyball entscheidend sein." Der DVV wird die Titelkämpfe 1989 ausrichten. Doch schon jetzt hält sich der Verband bereit, die Meisterschaft 1987 durchzuführen. Sie soll in Belgien stattfinden, doch da streiten sich Flamen und Wallonen um die Spielorte. Nahziel bleibt die Europameisterschaft 1985 in Holland. Dort will Niemczyk zum großen Schlag ausholen: „*Wir werden eine* Medaille gewinnen."

SPORT-NACHRICHTEN

Langer Dritter

Moor Park (GAB) – Dritter der mit 440 000 Mark dotierten „Bob Hope English Classic" wurde Golf-Profi Bernhard Langer (26) im englischen Moor Park. Der Augsburger kassierte 27 400 Mark für seine 70+66+65+70=271 Schläge (Par 72). Es gewann José Canizarez (*Spanien*) mit 70+65+68+66=269 vor David Feherty (Irland) 68+67+68+67=270.

Dortmunder Minus

Dortmund (sid) – Mit einem Bilanz-Verlust von 948 000 Mark schloß der Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund das vergangene Geschäftsjahr (Ende: 31. Juli 1983) ab.

Aus für Knosp und Partsch

Kiew (dpa) – Schon nach den ersten beiden Runden bei den Ringer-Weltmeisterschaften im freien Stil in Kiew schieden zwei deutsche Teilnehmer aus. Im Leichtgewicht verlor Erwin Knosp (Urloffen) gegen Rauhalla (Finnland) d Bold (Mongolei), im Bantamgewicht unterlag Partsch (Aalen) dem Kubaner Torres.

Ovett setzte sich durch

London (dpa) – Weltrekordler Steve Ovett setzte sich gegen den englischen Verband mit der Forderung durch, vorzeitig für die Olympischen Spiele 1984 nominiert zu werden. Berufen wurden neben Ovett und Cram (1500-m-Weltmeister) auch Coe, Thompson, Wells, Conner und Hindernisläufer Reitz.

Beckereits Forderungen

Saarbrücken (dpa) – Eine organisierte soziale Förderung für Hochleistungssportler hat der Aktivensprecher im Deutschen Sportbund (DSB), Michael Beckereit, gefordert. Beckereit nannte dafür die Beurlaubung vom Studium ohne Nachteile und die Schaffunq von Halbtags-Arbeitsstellen.

Lendl schlug McEnroe

San Francisco (sid) – Der Tschechoslowake Ivan Lendl gewann das mit 260 000 Dollar dotierte Tennis-Grand-Prix-Turnier von San Francisco. Im Finale schlug er den Amerikaner John McEnroe 3:6, 7:6, 6:4.

Viren nicht nach Los Angeles

Myrskylae (sid) – Der viermalige Langstrecken-Olympiasieger Lasse Viren (Finnland) wird nicht bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles starten. Das erklärte Viren nach einem 21-Kilometer-Rennen, bei dem er nur Fünfter geworden war.

Warum der „DDR"-Fußball ins Abseits rollt

Marita Koch ist eine der größten Leichtathletinnen, die es je gab. Sie ist auch ein Beispiel für – der Begriff wird oft gebraucht – den „Sportgiganten DDR". Marita Koch sieht gerne ein Fußballspiel und sagt: „Ein gutes Spiel macht mir Spaß, aber wann sieht man schon eins?"

Dieses Zitat stammt aus dem Jahre *1979*. Damals nahm sich auch Rudi Hellmann, Leiter der Abteilung Sport im Zentralkomitee der SED, die Fußballspieler „eindringlich und aufrüttelnd" („Deutsches Sportecho"/Ost-Berlin) zur Brust. Er sprach vom „Unmut und Unverständnis der Bevölkerung" wegen der vielen Mißerfolge.

Marita Koch mag noch einen Weltrekord laufen, die Schwimmerinnen können immer wieder aufs neue – wie bei der Europameisterschaft – in allen Rennen Gold und Silber gewinnen – was zählt zwischen Rostock und Dresden, ist allein der Fußball. Samstags um 18.00 Uhr ist die Sportschau West der Straßenfeger der „DDR".

Das zehrt am Selbstbewußtsein, mißachtet nach innen den Begriff, der außen so oft gebraucht wird: Sportnation. Die Folgen wurden gestern erneut deutlich. Dem Auswahltrainer Rudolf Krause wurde „für seine Tätigkeit" gedankt, er übernimmt

STAND PUNKT

„eine andere Aufgabe im DDR-Fußballsport". Eine Entlassung, nichts weiter, nur zwei Jahre nach der Entlassung von Georg Buschner, der zuvor elf Jahre im Amt war.

Die Staatsführung schafft nicht, was ihr wichtig ist. Machtlos muß sie zusehen, wie das Lieblingskind der Bürger verkommt. Da hat auch der Professor Erbach, Staatssekretär für Körperkultur und Sport, nichts ändern können, der im Februar die Führung des Verbandes übernehmen mußte.

Beim Fußball scheitert der „DDR"-Sport, weil er seine Lebensgrundlagen mißachtet. Individualität wird in der überspannten Sucht nach dem Kollektiv weggehobelt, Spieler werden von einem Verein zum anderen delegiert, ohne danach zu fragen, ob sie zur neuen Mannschaft passen.

Die „DDR" wird auch bei der Endrunde der Europameisterschaft 1984 nicht vertreten sein. Die Fußballfreunde müssen weiter (durch die Röhre) nach Westen schauen. Das politische System macht's, nicht mangelndes Talent. Fußball, ein echtes Kind des Proletariats, blüht im Kapitalismus auf. Gerade das macht so nervös, weil es, über den Sport hinaus, auch für den „DDR"-Alltag gilt. M. B.

DAG-Chef gegen Belastung durch noch mehr Steuern

hs. **Hamburg**

Die Grenzen der zumutbaren Belastung der Arbeitnehmer durch öffentliche Abgaben sind nach Auffassung des Vorsitzenden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hermann Brandt, bei weitem überschritten. Bei der Eröffnung des 13. DAG-Bundeskongresses sagte Brandt gestern in Hamburg: „Es muß endlich Schluß damit sein, daß der Staat sich in so unverschämter Weise an Tariferhöhungen vergreift."

Bei dem Kongreß unter dem Motto *„Härtere Zeiten – wachsende Aufgaben – stärkerer Zusammenhalt"*, sprach Brandt die Erwartung aus, daß die Bundesregierung sich „mit aller Deutlichkeit von der allgemeinen Stimmungsmache gegen die Gewerkschaften distanziere". Er kündigte härtesten Widerstand der DAG gegen *alle Systemveränderer an, die das* gegliederte System der Sozialversicherung beseitigen wollen. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, forderte in seinem Grußwort wirksame Hilfen für Strukturen und Regionen, die besonders unter der Wirtschaftskrise leiden wie *Stahl, Kohle und Werften.*

Strauß: Kein CSU-Kandidat

lz. **München**

Die CSU wird sich nicht mit einem eigenen Vorschlag am Kandidaten-Karussell für die Wahl des Bundespräsidenten beteiligen. Am Rande der gestrigen CSU-Vorstandssitzung erklärte Franz Josef Strauß vor Journalisten überraschend: „Ich glaube mit Sicherheit sagen zu dürfen, daß es keinen Kandidaten aus den Reihen der CSU geben wird."

Der CSU-Vorsitzende wollte jedoch zu Gerüchten, wonach Richard von Weizsäcker (CDU) nicht mit der Unterstützung der bayerischen Schwesterpartei rechnen könne, keine Stellung nehmen. Die CSU habe bis jetzt „weder den einen noch den anderen Vorschlag ernsthaft vernehmen können", meinte Strauß, man habe deshalb keinen Grund, sich im vorhinein festzulegen. Die Ankündigung von Strauß, seine Partei werde auf einen eigenen Kandidaten verzichten, macht die dem bayerischen Kultusminister Hans Maier nachgesagten Hoffnungen auf das höchste Staatsamt auf absehbare Zeit zunichte.

Ost-Berlin hebt Beschlüsse der SPD groß hervor

Keine Berichte über mäßigende Worte zur Nachrüstung

F. D. **Berlin**

In den „DDR"-Medien wird der wachsende Widerstand in sozialdemokratischen Kreisen gegen eine mögliche Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen mit großer Aufmerksamkeit registriert. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" berichtete in seiner gestrigen Ausgabe ebenso wie die übrigen „DDR"-Tageszeitungen ausführlich vom Verlauf der SPD-Landesparteitage *in Schleswig-Holstein,* Hamburg und Berlin, wo die Sozialdemokraten teilweise vorbehaltlos eine Nachrüstung nach dem NATO-Doppelbeschluß abgelehnt hatten.

Die „DDR"-Berichte gehen vor allem auf das Referat von Hans-Jochen Vogel vom Landesparteitag in Berlin ein und nehmen dabei im wesentlichen die Forderung des SPD-Spitzenpolitikers auf, die britischen und französischen Raketensysteme in die Genfer Verhandlungen miteinzubeziehen. Beachtung findet auch die Äußerung Hans-Jochen Vogels, ohne ein Ende des Rüstungswettlaufs wäre ein Rückfall in den Kalten Krieg wahrscheinlicher als ein Fortschritt in den Beziehungen über die Grenzen unterschiedlicher Bündnis- und Gesellschaftsordnungen hinweg.

Keine Berücksichtigung in der „DDR"-Berichterstattung fanden hingegen mahnende oder zur Mäßigung aufrufende Worte von SPD-Politikern, die für eine Entscheidung zur Haltung der Sozialdemokraten in der Nachrüstungsfrage erst nach Abschluß der Genfer Verhandlungen plädiert hatten. Auch der Appell Vogels, der für eine endgültige Entscheidung erst auf dem außerordentlichen SPD-Bundesparteitag im November argumentiert hatte, kam in den „DDR"-Medien nicht zum Ausdruck.

In großer Aufmachung berichtete die „DDR"-Zeitung über die Parade zum 30jährigen Bestehen der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse". Zitiert wurde aus der Rede von „DDR"-Staatschef Erich Honecker, der die „eindrucksvolle Manifestation im Herzen des roten Berlin" als „lebenden Ausdruck dafür" sieht, „daß die Opfer des deutschen Proletariats im Kampf gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, für die soziale Befreiung unseres Volkes nicht vergebens waren". Honecker bekräftige vor den paramilitärischen *Bürgerkriegstruppen „den Feinden* zur unüberhörbaren Meinung", die Republik verstehe sich zu verteidigen. Heute sei die Existenz der „DDR" im „Herzen Europas" eine Warnung für diejenigen, die glauben, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können.

„Prawda"-Kritik an Auswahl der Parteimitglieder

rtr, **Moskau**

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat gestern eine sorgfältigere Auswahl bei der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) gefordert. Es solle vermieden werden, daß wertvolle Plätze verschwendet würden, hieß es in dem Artikel in Antwort auf Leserfragen. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres seien 14 000 Parteikandidaten ausgeschlossen oder nicht für die volle Mitgliedschaft akzeptiert worden. Einige verdienten nicht das Vertrauen der Genossen, schrieb die „Prawda" und deutete an, daß das Auswahlverfahren mangelhaft sei.

Die KPdSU hat derzeit 18,3 Millionen Parteimitglieder und -kandidaten. 56,5 Prozent davon sind Arbeiter, der Rest Angestellte, wobei 28,3 Prozent der „Intelligentsia" angehören. Obwohl die Intelligenz einen ehrenwerten Platz in der Partei einnehmen würde, dürfe nicht vergessen werden, daß die führende Kraft zu einer klassenlosen Gesellschaft auch weiterhin die Arbeiterklasse sei, kommentierte die „Prawda".

Kohl gibt keine weitere Garantie

AP, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht sich nicht in der Lage, ähnlich wie in diesem Jahr auch für 1984 und 1985 jedem ausbildungswilligen Jugendlichen eine Lehrstelle zu garantieren. Es sei nicht zu erwarten, daß es noch einmal gelingen werde, die Wirtschaft dazu zu bewegen, mehr als 40 000 Lehrstellen zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Der Kanzler wies auf einer Pressekonferenz gestern darauf hin, daß die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, weiter steigen werde. Erst der übernächste Jahrgang sei der stärkste. Die etwa 25 000 Handwerksmeister beispielsweise, die in diesem Jahr statt einen drei Auszubildende eingestellt hätten, könnten das im nächsten Jahr nicht wieder tun, weil jede Lehrstelle für drei Jahre besetzt werde.

Kohl kündigte für Anfang kommenden Jahres einen CDU-Fachkongreß „Zukunftschancen der jungen Generation" an, um mit Verantwortlichen aus Wirtschaft und Gewerkschaften die Problematik zu erörtern.

Blüm weiterhin für früheren Ruhestand

Voraussetzung: Rentenversicherungen nicht belasten

GIESELA REINERS, **Bonn**

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hält an der Vorlage eines Rahmengesetzes für eine Vorruhestandsregelung im Frühjahr 1984 fest. Rechtzeitig zur nächsten Tarifrunde, in der von mehreren mitgliederstarken Einzelgewerkschaften die 35-Stunden-Woche gefordert werden wird, soll der Plan vorliegen. Schwerpunkt wird sein, daß sich die Tarifpartner über wesentliche Teile der Ausgestaltung wie die anteilige Zahlung der Zuschüsse einigen müssen.

Die Vorruhestandsregelung soll es Arbeitnehmern ermöglichen, schon mit 58 Jahren aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Oberster Gesichtspunkt dabei ist, daß die Rentenversicherung, die sich in einer Liquiditätsklemme befindet, die nach Berechnungen des Verbandes der Rentenversicherungsträger (VDR) in Frankfurt auch noch nach 1984 anhalten wird, nicht belastet werden darf. Im Arbeitsministerium war man deshalb erstaunt, daß VDR-Geschäftsführer Rudolf Kolb in einem Rundfunk-Interview die Vorruhestandsregelung als für die Rentenversicherung zu teuer abgelehnt hatte (WELT v. 26. 9.).

Das Ministerium bestätigte, daß das durchschnittliche Rentenzugangsalter heute schon unter 60 Jahren liegt, jedoch eher bei 59 denn bei 58, wie Kolb gesagt hatte. Zwischen 1972 und 1982 ist das Alter, in dem männliche Arbeiter und Angestellte durchschnittlich in Rente gehen, von 61,1 auf 57,8 und von 63,0 auf 60,1 Jahre gesunken. Bei Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten sank das durchschnittliche Rentenalter von 61,6 auf 59,7 und von 60,6 auf 59,2 Jahre.

Dieser vorgezogene Ruhestand wird ermöglicht durch die Inanspruchnahme der Rente wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und durch die 59er Regelung (wer mit 59 arbeitslos wird, kann mit 60 Rente beziehen).

Kolb meinte vermutlich in seinem Interview, daß eine Vorziehung der Altersgrenze auf 58 die Rentenversicherung durch eine noch frühere Inanspruchnahme der Rentenversicherung wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zum Beispiel mit 56 oder 57 belasten könnte.

Die Vorruhestandsregelung, die im Ursprung auf einen Plan des Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Günther Döding, zurückgeht, ist auch innerhalb der Regierung nicht unumstritten. Der Wirtschafts- wie der Finanzminister fürchten die Kostenbelastung für die Wirtschaft.

BDI: Sparkurs fortführen

Rodenstock sieht Weg für Steuerentlastungen verstellt

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die bisherige leichte konjunkturelle Belebung im ersten Halbjahr kann nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, in einen Aufschwung einmünden, wenn alle politischen Entscheidungen auf eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit zugeschnitten werden. Nach einer Sitzung des BDI-Präsidiums appellierte er an Bundesregierung und Parlament, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik – unter Beachtung gesamtwirtschaftlicher Erfordernisse – durchzuhalten. Nur so seien die finanziellen Handlungsspielräume wiederzugewinnen, die zur Überwindung der strukturellen Schwächen der deutschen Wirtschaft erforderlich seien.

Der Weg für umfassende Steuerentlastungen sei zwar gegenwärtig finanzpolitisch verstellt, gleichwohl müsse die Bundesregierung schon jetzt klare Perspektiven für eine künftige Reform der Unternehmensbesteuerung entwickeln. Die notwendige Reform des Einkommen- und Lohnsteuertarifs sollte erst in Angriff genommen werden, wenn die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage und des Haushalts dies zulasse. Zuvor sollten Entlastungen für die Unternehmen bei den Lohnnebenkosten und den beschäftigungshemmenden Vorschriften geschaffen werden, die dem Fiskus keine Einnahmeausfälle brächten.

UdSSR übergab Wrackteile

Japanisches Kriegsschiff lief zur Übernahme Sachalin an

AFP/SAD, **Tokio/Paris**

Die Sowjetunion hat gestern 76 Wrackteile und Kleidungsstücke von Opfern der am 1. September abgeschossenen südkoreanischen Boeing 747 freigegeben, teilte ein Sprecher der japanischen Küstenwache mit. Die Gegenstände, darunter Teile des Leitwerks des Flugzeugs, wurden an japanische und drei amerikanische Verantwortliche der Bergungsaktionen vor der Nordküste Japans ausgehändigt.

Die Delegation war am Sonntag zur Übernahme der Fundstücke mit dem japanischen Kriegsschiff „Tsugaru" in die Hafenstadt Newelsk an der Westküste der sowjetischen Insel Sachalin gekommen. Die UdSSR hatte nach dem Abschuß der Maschine zugesichert, alle geborgenen Gegenstände und Dokumente an Japan auszuliefern.

Inzwischen ging die Suche nach dem Flugschreiber des Flugzeugs weiter. Die von dem Gerät ausgestrahlten Funksignale verstummen voraussichtlich Ende dieser Woche.

In einem Leserbrief an die in Paris erscheinende „International Herald Tribune" hat der amerikanische Boeing-747-Pilot Maynard die Ansicht vertreten, der Pilot der KAL 007 habe richtig gehandelt, als er nach Warnschüssen den sowjetischen Luftraum so rasch wie möglich verlassen wollte. Er habe keine Möglichkeit gehabt, mit den Angreifern auf einer internationalen Notfrequenz in Verbindung zu treten.

Warschau: Polen gehört nicht zum Westen

dpa, **Warschau**

Die polnische Regierungszeitung „Rzeczpospolita" (Republik) wandte sich gestern gegen die Äußerungen des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush in Wien im Anschluß an seine Osteuropareise. In einem mit „Beobachter" *unterzeichneten* und vermutlich von offizieller Stelle kommenden Artikel polemisierte das Blatt gleichzeitig gegen die Auffassung der katholischen Kirche und vieler Polen, daß ihr Land kulturell zum Westen gehöre. Bush hatte die Unterschiede zwischen den osteuropäischen Nationen und der Sowjetunion unterstrichen und dabei vor allem auf Polen verwiesen.

Das Blatt sieht darin eine „faschistoide" ideologische Untermauerung der Aufrüstung mit Raketen, die dann lediglich „russische Untermenschen" umzubringen hätten. In diesem Zusammenhang habe er von Polen gesprochen, das zur „europäischen, also höheren Kultur" gehöre und daher „den Einflüssen der byzantinischen Wilden" entrissen werden müsse. Es sei peinlich, daß sich in Polen eine ähnliche Theorie ausbreite.

„Kirche soll nicht Agitation dienen"

dpa, **Berlin**

Der katholische Generalvikar in Berlin, *Johannes Tobei, hat die Pfarrer* aufgerufen, dafür zu sorgen, „daß die Kirche nicht zur Plattform politischer Agitationen benutzt und das Gebet nicht mit Aussageformen für politische Parolen verwechselt wird". Zu einer für den 16. Oktober geplanten christlichen „Prozession für den Frieden" schrieb Tobei in einem Brief an alle Priester, Pfarrgemeinderäte und katholische Schulen, daß „ein politischer Demonstrationsmarsch, wenn auch aus christlichen Motiven", nicht mit einer christlichen Prozession verwechselt werden dürfe. Der Priester sei für alle bestellt und daher verpflichtet, sich „einseitig politischer Stellungnahmen zu enthalten, die einer anderen christlich-legitimen Meinung zum Ärgernis wären". Zu der „Prozession für den Frieden" hatten unter anderen der frühere evangelische Bischof und jetzige Vorsitzende der „Aktion Sühnezeichen", D. Kurt Scharf, sowie der evangelische Landesjugendpfarrer Lothar Wittkopf aufgerufen.



Persönliche „Motivation" bringt mehr Chancen für Medizin-Studium

Darauf wollen sich Kultus- und Wissenschaftsminister bei Hamburger Tagung einigen

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Die persönliche „Motivation" für das Medizin-Studium soll vom Wintersemester 1986/87 an den Abiturienten sehr viel stärker als heute ein Schlüssel zu den Hörsälen der Universitäten sein. Dies ist die Linie, auf der sich die Kultus- und Wissenschaftsminister der Bundesländer am 29./30. September auf ihrer Plenartagung in Hamburg über das endgültige Zulassungsverfahren zum Medizin-Studium einigen wollen.

Der Auftrag war im Februar 1977 vom Bundesverfassungsgericht gekommen. „Auswahlregelungen für zulassungsbeschränkte Studiengänge müssen jedem Zulassungsberechtigten eine Chance lassen", hieß es in den Leitsätzen des Urteils. Und: „Die gegenwärtige Vergabe freier Studienplätze nach Durchschnittsnoten und Wartezeit ist in Numerus-clausus-Fächern mit hohem Bewerberüberhang beschleunigt durch ein anderes Auswahlverfahren zu ersetzen."

Über die Grundsätze dieses neuen Verfahrens haben sich die verantwortlichen Politiker auf der Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz (KMK) im Juni 1983 in Kiel geeinigt, in Hamburg geht es „nur" noch um die Ausformung. Der Forderung des Bundesverfassungsgerichts wird von 1986/87 an mit der Einführung einer „mehrgleisigen" Zulassungsregelung zum Medizin-Studium entsprochen: Neben der weiterhin geltenden „Vorabquote" von 15 Prozent (für Ausländer, Härtefälle u. a.) werden in Zukunft *die Studienplätze* für alle Bereiche der Medizin zu 55 Prozent „leistungsabhängig" (entsprechend der Abiturnote und dem Ergebnis des weiterhin geltenden Eingangstests) und zu insgesamt 30 Prozent über die Warteliste und das persönliche Auswahlgespräch in den Hochschulen vergeben.

Die leistungsabhängige Quote ist dabei im Prinzip zwischen den Kultus- und Wissenschaftsministern unstrittig. Denn die Ergebnisse, die aus der inzwischen fünfjährigen Erprobungsphase vorliegen, zeigen nach dem Bericht eines unabhängigen „Evaluationsgremiums" eindeutig: „Würde heute allgemein nach einer *ungefähr gleichgewichtigen Kombination* aus Abiturdurchschnittsnote und Testergebnis ausgewählt werden, dann wären die Studienleistungen im Studiengang Humanmedizin besser, als wenn nur die Note, und deutlich besser, als wenn das Los über die Zulassung entscheiden würde."

Es gibt zwar enge Zusammenhänge zwischen Testergebnis und Abiturnote, aber immerhin 37 Prozent der Zugelassenen hätten ohne Test, allein auf Grund des Schulzeugnisses, keinen Platz für ein Medizinstudium erhalten. Der einzige strittige Punkt ist noch, ob es auch in Zukunft eine „Testbesten"-Regelung geben wird: Zwei Prozent der Testteilnehmer können bisher über diese Quote, bei der die Abiturnote keine Rolle spielt, einen Studienplatz erhalten. KMK-Beobachter sprechen davon, daß diese Frage in Hamburg zur „Manövriermasse" gehören wird, wenn es um die Kompromißfindung in den entscheidenden Punkten geht:

- Strittig ist zwischen den Ministern der Union und der SPD die Aufteilung der 30-Prozent-Quote zwischen Auswahlgespräch und Wartezeit. Die *Verhandlungsführung bei der Suche* nach einem Kompromiß liegt in den Händen des baden-württembergischen Wissenschaftsministers Engler (CDU) und des nordrhein-westfälischen Staatssekretärs Kleiner (SPD). Die Unions-Minister fordern einen Anteil von 15 Prozent für das Auswahlgespräch, die SPD-Vorstellungen liegen derzeit noch bei 5 bis 10 Prozent. Bei diesen neu eingeführten Auswahlgesprächen sollen die Hochschulen selbst eine Auswahl treffen können. Dabei wird es vor allem um die Motivation zum Studium gehen.
- Der zweite strittige Punkt ergibt sich folgerichtig: Die SPD-Seite will verstärkt über eine „qualifizierte *Wartezeit" die Möglichkeit zum* Medizin-Studium schaffen, während die Union nur den einfachen Zeitablauf gelten lassen will. Zur „qualifizierten" und damit die Chancen verbessernden Wartezeit zählt die SPD unter anderem den Nachweis, daß der wartende Student seine Zeit mit einer sozialen Tätigkeit verbracht hat, beispielsweise durch eine Arbeit im Krankenhaus.

Aus Kreisen der Kultusministerkonferenz verlautet, daß es im Gegenzug zwischen beiden Punkten eine Einigung unter den Ministern wohl geben wird, die auf der einen Seite einen Anteil von knapp unter 15 Prozent für das Auswahlgespräch vorsieht. Auf der anderen Seite werde die Union bereit sein, die „qualifizierte Wartezeit" mitzutragen, wobei sichergestellt werden muß, daß z. B. Ersatzdienstleistende aus Krankenhäusern nicht einen Bonus gegenüber Wehrdienstleistenden erhalten.

- Offener Punkt ist die konkrete Regelung des Auswahlgesprächs. Die Vorstellungen reichen von der Berücksichtigung der qualifizierten Wartezeit bis zum „ungefilterten" und ungewichteten Losverfahren, nach dem die Bewerber ausgewählt werden.

Die wohl auch prinzipiell vorhandene Kompromißfähigkeit wird dabei von einem entscheidenden Datum verstärkt: Die geltende Übergangsregelung läuft unwiderruflich im Sommersemester 1986 ab.

Leopold III. von Belgien gestorben

AP, **Brüssel**

Im Alter von 81 Jahren ist der frühere belgische König Leopold III. nach einer Herzoperation in der Brüsseler Universitätsklinik gestorben. König Leopold war wegen seiner Haltung während des Zweiten Weltkrieges vor allem bei den belgischen Liberalen und Sozialisten umstritten und übertrug 1950 die Rechte auf seinen Sohn Baudouin. Offiziell dankte er am 16. Juli 1951 ab. Auf Beschluß des Parlaments führte er zwar weiter den Titel König, nicht aber „König der Belgier" wie sein Sohn.

Handlos kündigt Programm an

rtr, **München**

Die neue politische Gruppierung um den aus der CSU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Franz Handlos will bis Ende dieses Jahres ihr Programm vorlegen. Am Wochenende fand ein Gespräch zwischen Handlos, dem ehemaligen Fernsehredakteur des Bayerischen Rundfunks, Franz Schönhuber, und anderen bayerischen Politikern statt. Der Landesverband Bayern der im Aufbau begriffenen politischen Gruppierung werde im Frühjahr 1984 die Vorbereitung für die Landtagswahl 1986 aufnehmen, erklärte Handlos gestern.

„Solidarität" fordert freie Wahlen

AFP, **Warschau**

Freie Parlaments- und Kommunalwahlen hat der im Untergrund tätige Vorstand der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" in einem Kommuniqué gefordert, das gestern westlichen Pressevertretern in Warschau zugeleitet wurde. Die Gewerkschafter verurteilten das „dem Volk seit 40 Jahren aufgezwungene totalitäre Regime, das für die beispiellose politische und wirtschaftliche Krise verantwortlich ist". Nur eine Regierung, die das Vertrauen der polnischen Gesellschaft genieße, könne den „Untergang des Vaterlandes" aufhalten.

Andere Prioritäten

nl – Die konjunkturelle Unterbelichtung macht der Fotobranche schwer zu schaffen. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich die Amateurfotografie eines stetigen Wachstums erfreuen konnte. Eine Kette negativer Nachrichten hat längst die Talfahrt markiert: Schließung des Münchner Kamerawerks von Agfa, Personalabbau und Kurzarbeit bei Kodak, Absatzmisere bei Polaroid, Kamerahalden bei den japanischen Fotokonzernen. Geradezu in den Keller rutschten die Verkaufszahlen im Schmalfilmgeschäft und bei Sofortbildkameras.

Ein Blick in die Schaufenster der *Fotohändler macht deutlich*, daß die Preise quer durch die Programme ins Trudeln geraten sind. Sonderaktionen und Lockvogel-Angebote sind an der Tagesordnung. Nie zuvor befand sich der Fotofachhandel in einer derart mißlichen Situation.

Zerknirscht muß er mit ansehen, daß der Bundesbürger seine Prioritäten bei den Ausgaben für seine Hobbys anders setzt. Eine eindeutige Vorrangstellung hat sich der Video-Bereich gesichert. Insbesondere Videorecorder und Videospiele sind zu Verkaufsrennern geworden und haben Kaufkraft auf sich gelenkt. Ernüchterung spricht aus der selbstkritischen Feststellung von Repräsentanten des Fotofachhandels, daß ihm ein Großteil seiner Bildkompetenz abhanden gekommen sei. Sie gelte es zurückzugewinnen, indem sich der Fotohändler stärker in jenen Bereich der elektronischen Bildaufzeichnung und -wiedergabe engagiere.

Dies ist aber leichter gesagt als getan, denn die Grenzen sind fließend. Bildkompetenz reklamiert nämlich auch der Rundfunk- und Fernsehfachhandel, darüber hinaus der Spielwarenhandel bei Videospielen und der Bürofachhandel über die Home-Computer für sich. Das Ringen um die Bildkompetenz ist also in vollem Gange.

Einsicht

J. G. – Trotz des seit zweieinhalb Jahren miesen Geschäfts habe man den alten Grundsatz durchgehalten, keinem Mitarbeiter aus „auftragsbedingten" Gründen den Stuhl vor die Tür zu setzen, und die Lehrlingszahl sogar noch erhöht. Was da ein mittelständischer *Edelstahl*produzent aus dem Kölner Raum (Schmidt + Clemens) verkündet, ist auch Resultat der Einsicht der Beschäftigten und ihres Betriebsrates. Denn in der Hoffnung auf wieder bessere Zeiten, stimmte die Belegschaft zu, daß die letzten Tariferhöhungen auf Übertarifliches angerechnet werden, das Nominaleinkommen seit 1980 also nicht mehr gestiegen ist. Ein Beispiel nicht nur dafür, daß bei überschaubar kleinen Unternehmenseinheiten die lohnpolitische Vernunft ausgeprägter als in Konzernen ist. Eine Pikanterie ist's obendrein, angesichts der Tatsache, daß besagter Mittelständler von den Stahlsubventionen nichts erhält. Seine großen Konzern-Konkurrenten aber erhalten öffentliche Hilfen und bezahlen ihre Leute weiterhin über Tarif. Ein bemerkenswerter Unterschied, der Nachdenkenswertes enthält.

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS / Kompromiß im Interimsausschuß

Das große Problem der Aufstockung der Finanzmittel ist noch nicht gelöst

CLAUS DERTINGER, **Washington**

Der *Interimsausschuß, das wichtigste Entscheidungsgremium* des Internationalen Währungsfonds (IWF), hat sich über die künftige Ausleihpolitik des Fonds geeinigt. Erst in der Nacht von Sonntag auf Montag kam ein Kompromiß zwischen den Finanzministern der USA und der anderen großen Industrienationen zustande. Er sieht vor, daß der IWF den von besonders schweren Zahlungsproblemen geplagten Ländern im Rahmen des sogenannten erweiterten Zugangs weiterhin mit erhöhter Kredithilfe zur Verfügung steht, während dieses Kreditfenster für die anderen Mitglieder geschlossen wird.

Mit diesem Kompromiß ist der amerikanische Finanzminister Donald Regan, der in den Verhandlungen über die Weiterführung des erweiterten Zugangs eine sehr harte Linie verfochten hatte, den Forderungen der Europäer, Japans und Kanadas entgegengekommen. Sie hatten darauf bestanden, daß der IWF mit einer ausreichenden auflagengebundenen Finanzhilfe für die besonders bedrängten Länder die Voraussetzungen dafür schafft, daß auch die Banken weiterhin Kredite an diese Entwicklungsländer geben und damit eine gefährliche Finanzkrise verhindern.

Diese Länder dürfen im Rahmen des erweiterten Zugangs künftig bis zu 125 Prozent ihrer Mitgliedsquoten (Einlagen) beim IWF, die im kommenden Jahr um 48 Prozent erhöht werden sollen, als Kredit in Anspruch nehmen. Für die übrigen Länder reduziert sich diese während der letzten Ölkrise geschaffene Kreditfazilität auf 102 Prozent der erhöhten Quote. Ursprünglich war vorgesehen worden – und das war jetzt in den Verhandlungen auch die amerikanische Position –, daß der erweiterte Zugang von jährlich 150 Prozent der Mitgliedsquote für einen Dreijahreszeitraum bei Inkrafttreten der Quotenerhöhung ausläuft. Für die kommenden Jahre sollen jeweils neue Obergrenzen für Hilfe aus diesem Kreditfenster festgesetzt werden, wobei die Finanzminister im Interimsausschuß von einer generellen Reduzierung ausgehen.

Mit diesem Kompromiß ist freilich das entscheidende Problem, das wie ein dunkler Schatten über der heute beginnenden Jahresversammlung des IWF und der Weltbank lastet, noch nicht gelöst: 8,4 Milliarden Dollar Beteiligung der USA an der Aufstockung der IWF-Finanzmittel um mehr als 40 Milliarden Dollar. Man hofft jedoch in Konferenzkreisen, daß der Kongreß bis Ende November den Weg dafür freigibt. Anderenfalls wäre der IWF handlungsunfähig. Ohne die Begleitung durch auflagengebundene Kredite wären auch die privaten internationalen Banken nicht mehr bereit, Kredite in Problemländer zu geben.

Hart zeigten sich die Amerikaner bei der Aufstockung der Mittel für die IDA, die Tochterorganisation der Weltbank, die langfristige Kredite zu besonders günstigen Bedingungen an die ärmsten Entwicklungsländer gibt. Die USA lehnten es ab, mehr als jährlich 750 Millionen Dollar für das Ausleihprogramm der IDA zur Verfügung zu stellen, das Mitte nächsten Jahres beginnt. Erwartet wurde von den USA ein Beitrag von jährlich einer Milliarde für die Geschäftsjahre 1985–1987.

Positiv wurde im Interimsausschuß die weltwirtschaftliche Entwicklung beurteilt. Die neueste Bestandsaufnahme zeige, daß die Konjunkturerholung in den USA noch stärker sei, als man vor gut einem Monat geglaubt hatte. Der IWF rechnet für die USA mit einem realen Wirtschaftswachstum von vier Prozent vom letzten Quartal 1982 bis zum letzten Quartal dieses Jahres. Bei gleicher Berechnungsmethode käme die Bundesrepublik immerhin auf ein Wachstum von rund drei Prozent. Nach unten korrigiert wurde für die Bundesrepublik allerdings der erwartete Leistungsbilanzüberschuß – von rund sieben Milliarden auf rund vier bis fünf Milliarden Dollar für dieses Jahr. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl beurteilt das jedoch nicht negativ. So laufe die Bundesrepublik nicht Gefahr, als Störenfried im Anpassungsprozeß hingestellt zu werden wie Japan mit seinem Leistungsbilanzüberschuß von 20 Milliarden Dollar.

KONJUNKTUR

RWI: Erholung hat in Europa noch keinen rechten Schwung

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Aussichten für einen sich 1984 *selbst tragenden Aufschwung in Europa* werden vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, zurückhaltend beurteilt. Eine Analyse der Konjunkturforscher bezeichnet es als fraglich, ob die Einflüsse, die die wirtschaftliche Erholung angestoßen und bis heute getragen haben, bei den unternehmerischen Investitionen eine Zündung auslösen, damit die Erholung nicht versandet.

Am günstigsten werden die Aus*sichten in Großbritannien beurteilt*, wo die Wirtschaft den Entzug inflationärer Geldausweitung und staatlicher Drogen nach schweren Entzugserscheinungen hinter sich hat.

In den westeuropäischen Industrieländern seien zwar alle Regierungen bestrebt, die Neuverschuldung des Staates zu begrenzen. Doch steht nach Ansicht des RWI dahinter häufig nur die Sorge, daß andernfalls die Kreditwürdigkeit des Staates litte, und selten die Überzeugung, daß Hand in Hand mit dem Eindämmen des Staatsdefizits der Abbau staatlicher „Fürsorge" zugunsten privater Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung gehen müsse, damit die Wirtschaft wieder erstarke.

Abbau des Defizits durch Kürzungen staatlicher Ausgaben und Aufgaben fänden jedoch vor allem in Frankreich, Österreich und Schweden nicht statt. Vielmehr würden dort die Einnahmen des Staates durch zusätzliche Belastungen der Privaten erheblich gesteigert. Damit würde aber die wirtschaftliche Ent*wicklung sicherlich nicht gestärkt*.

Das RWI weist darauf hin, daß zumeist die Abschwächung des Lohnkostenauftriebs nur unter dem Druck der steigenden Arbeitslosigkeit zustande kam und deshalb befürchtet werden müsse, daß die Gewerkschaften bei anhaltender wirtschaftlicher Erholung nachzuholen versuchten, was ihnen zuvor versagt blieb, auch wenn die Arbeitslosigkeit noch hoch sei.

Die sich in der Mehrzahl der westlichen Länder kaum besser als vor einem Jahr darstellenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen würden die Entwicklung im Verlauf des nächsten Jahres abflachen lassen. Gleichwohl würde die Zuwachsrate des Sozialprodukts in Europa, in diesem Jahr etwa 0,5 Prozent, voraussichtlich 1984 „reichlich 1 Prozent" betragen, dies allerdings nur wegen des höheren Überhangs als vor einem Jahr.

Nehme man die Entwicklung in den USA und Japan hinzu, ergäben sich Raten von zwei Prozent in diesem und zwei (bis drei) Prozent im nächsten Jahr.

In den meisten Ländern werde der Anstieg von Nachfrage und Produktion nicht ausreichen, die Beschäftigung zu steigern. Die Arbeitslosigkeit werde weiter zunehmen, aber nur noch langsam. Zudem müsse man damit rechnen, daß sich die Lebenshaltung verstärkt verteuert, zumal die Rohstoffpreise vermutlich weiter anziehen würden.

Beschäftigungssorgen

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die erste italienische Nachkriegsregierung mit einem sozialistischen Ministerpräsidenten wird in den nächsten Wochen ein heißes Eisen besonderer Art anfassen müssen: 120 000 Arbeitsplätze, davon die Hälfte in den Staatsbetrieben, müssen abgebaut werden. Von der Rationalisierung sind in fast allen Fällen große und mittlere Unternehmen betroffen. An vorderster Stelle steht die Stahlindustrie mit beinahe 30 000 überschüssigen Arbeitskräften, ein Sechstel davon in den privaten Betrieben, weitere 17 000 stehen auf der Streichliste des Automobilkonzerns Fiat, 15 000 Arbeitsplätze sind in der privaten Unterhaltungselektronik und im Bereich der weißen Elektrogeräte gefährdet, 12 000 in der Chemie, 7000 in der Papier- und ebenso viele in der *Aluminiumindustrie*.

Im Falle Fiat verhandeln die Sozialpartner seit der Wiederaufnahme der Konzerntätigkeit nach den Sommerferien über die Erneuerung des vor drei Jahren abgeschlossenen Sozialplans. Die Gewerkschaften drängen auf Erfüllung des Plans und auf fristgerechte Wiedereinstellung der damals zeitweilig freigesetzten und an die staatliche Lohnausgleichskasse zur Lohnfortzahlung abgestellten Werksangehörigen. Die Konzernleitung besteht dagegen auf Verschiebung des Wiedereinstellungstermins und hofft, daß sich das ganze Problem durch Erreichen der Altersgrenze für die meisten der Betroffenen in wenigen Jahren auf natürliche Weise lösen wird.

So, wie Fiat seine Position gegenüber den Gewerkschaften mit der Notwendigkeit begründet, den Personalbestand mit den veränderten Marktgegebenheiten und den Zwängen der Automation und der Rationalisierung in Einklang zu bringen, verteidigt auch die Staatsholdung IRI ihre Personalpläne mit den Erfordernissen gesunkener Produktion und geschrumpften Verbrauchs auf den In- und Auslandsmärkten.

Ähnlich wie bei den staatlichen Chemieunternehmen, für die jetzt die Mutter, die Energieholding ENI, einen Sanierungs- und Umstrukturierungsplan vorgelegt hat, vollziehen die meisten italienischen Gesellschaften mit Verspätung, was vor ihnen die Konkurrenz in den anderen westeuropäischen Ländern schon längst durchgeführt hat.

Über Jahre hinweg gaben sich Regierung, Politiker und Gewerkschaftler in Italien der Illusion hin, durch die Intervention der staatlichen Lohnausgleichskasse (aus der viele Beschäftigungslose inzwischen bereits seit fünf Jahren und mehr voll entlohnt werden), durch das Auffangen bankrotter Betriebe seitens staatlicher Gesellschaften und durch ständige Verlustsubventionierung aus der Staatskasse das Beschäftigungsproblem unter Kontrolle halten zu können.

Spätestens seit der Einbindung der Lira in das Europäische Währungssystem (EWS), die den inflationsbedingten Anpassungsabwertungen engere Grenzen gesetzt hat, und den strukturellen Veränderungen, die weltweit zu umfassenden Marktverschiebungen geführt haben, sind die Kosten für die Beibehaltung dieses sozialen Netzes aber immer schwieriger zu finanzieren. Inzwischen machen die Ausgaben für Verlustsubventionierung und Zahlung des Lohnausgleichs bereits ebensoviel aus wie der Aufwand für die Fördermittel zugunsten von Innovation und Forschung. Damit ist der Punkt erreicht, wo ein Etatposten nur noch auf Kosten des anderen ausgedehnt werden kann.

Innerhalb der Regierungsparteien ist man sich des Dilemmas schon seit geraumer Zeit bewußt. Eine strategische Linie beginnt sich aber erst jetzt abzuzeichnen, nachdem die Sanierung des Haushalts unaufschiebbar geworden ist.

Im Vordergrund der Regierungsabsichten steht dabei der Konsens mit den Arbeitnehmerorganisationen. Das bedeutet, daß die als notwendig erkannte Aufgabe von Arbeitsplätzen auch weiterhin nicht mit Entlassungen erkauft werden wird, sondern nur mit Maßnahmen, für die die Gewerkschaften ihren Segen zu erteilen bereit sind. Dazu gehören vor allem vorzeitige Pensionierungen und die Nichtersetzung natürlicher Abgänge.

Darüber hinaus hat sich die Regierung damit einverstanden erklärt, mit den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen zusammen Investitionspläne aufzustellen, mit denen Ersatzarbeitsplätze in technologisch anspruchsvollen Bereichen geschaffen werden *sollen. Auch das* wird freilich seinen Preis haben.

AUF EIN WORT



„Für einen nachhaltigen Aufschwung in der Immobilien- und Baubranche kommt es nicht nur auf ein mittelfristig kalkulierbares Zinsniveau, sondern ebensosehr auf ein deutliches Bekenntnis der Politiker zur Sozialen Marktwirtschaft auf dem Wohnungssektor an. Nur so kann das Vertrauen in die Zukunft und damit eine erhöhte Investitionsbereitschaft bewirkt werden."

Detlef G. Seefeld, Vorsitzender der Allgemeinen-Immobilien-Börse e. V., Hamburg — FOTO: DIE WELT

Privatisierung: Regierung prüft

VWD, **Bonn**

Entscheidungen über eine etwaige Privatisierung von Unternehmensbeteiligungen des Bundes sind im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gefallen. Das betont der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Friedrich Voss, in seiner Antwort auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage. Einer etwaigen Privatisierung von Bundesbeteiligungen komme in erster Linie ordnungspolitische Bedeutung zu. Voss räumt allerdings ein, daß die dabei entstehende Entlastung des Bundeshaus*halts* ein nicht unbeachtlicher Zusatzeffekt sei.

BDI-PRÄSIDIUMSSITZUNG

Belebung der Investitionen muß das Hauptziel sein

rtr/DW. **Köln**

Die leichte konjunkturelle Belebung des ersten Halbjahres könnte nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, zu einem deutschen Wirtschaftsaufschwung führen, wenn alle politischen Entscheidungen auf die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit zugeschnitten würden. Anläßlich der BDI-Präsidiumssitzung erklärte Rodenstock, nur bei Beibehaltung des Konsolidierungskurses der Regierung seien die finanziellen Handlungsspielräume wiederzugewinnen, die zur Überwindung der strukturellen Schwächen der deutschen Wirtschaft erforderlich seien.

Wechselkurse, Zinsen und eine Belebung öffentlicher und privater Investitionstätigkeit hänge nicht zuletzt von der Haushaltssanierung ab. Obwohl der Weg für umfassende Steuerentlastungen gegenwärtig finanzpolitisch verstellt sei, müßte die Regierung schon jetzt Perspektiven für eine künftige Reform der Unternehmensbesteuerung entwickeln.

So wie die Unternehmen längst überfälliger Kostenentlastung bedürfen, müsse auch die leistungshemmende Progression des Einkommens- und Lohnsteuertarifes und die damit verbundene überhöhte Beteiligung des Staates korrigiert werden.

Bis dahin sollten Entlastungen für die Unternehmen zumindest dort geschaffen werden, wo sie für den Fiskus keine Einnahmeausfälle mit sich bringen. Entscheidend dabei seien Lohnnebenkosten und beschäftigungshemmende Vorschriften. Gleichzeitig müsse alles vermieden werden, was den Unternehmen zusätzliche Belastungen aufbürde. Dies gelte vor allem für Arbeitszeitverkürzungen.

AUSSENHANDEL

Deutliche Einbußen bei den Exporten in die Opec-Länder

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die deutsche Exportwirtschaft mußte im ersten Halbjahr 1983 teilweise fühlbare Rückschläge hinnehmen. Vor allem die Opec-Länder, die außereuropäischen Industrienationen und der größte Handelspartner der Bundesrepublik, Frankreich, nahmen nach der Analyse der Dresd*ner Bank AG, Frankfurt, weniger* Waren „Made in Germany" ab. Dagegen konnten die deutschen Unternehmen ihre Exporte in die östlichen Staatshandelsländer mit plus elf Prozent gegenüber dem Vorjahr noch einmal erheblich steigern.

Gemessen an der Gesamtentwicklung der deutschen Ausfuhren – minus 1,9 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 – sanken die Exporte in die Opec-Länder mit minus 16,6 Prozent überdurchschnittlich stark. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildete dabei allerdings Iran: Die Exporte in dieses Land nahmen um 152,8 Prozent zu. Auch die deutschen Importe aus den Opec-Ländern gingen in den ersten sechs Monaten mit minus 17,9 Prozent – bei einem Rückgang der Gesamtimporte von einem Prozent – stark zurück. Auch hier fielen die Einfuhren aus Iran mit einem Plus von 140,8 Prozent aus dem *Rahmen*.

Überdurchschnittlich entwickelten sich die Ausfuhren in die Sowjetunion und nach China mit Steigerungsraten von 28,1 Prozent und 40,2 Prozent. Bei den EG-Ländern – auf die mit 48 Prozent fast die Hälfte des gesamten deutschen Warenaustausches entfällt – gingen die deutschen Exporte um 0,7 Prozent zurück. Entscheidend dafür war das Ausfuhr-Minus von 8,1 Prozent nach Frankreich. Bemerkenswert war dagegen die Export-Steigerung nach Großbritannien um 14,7 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Sibirien-Erdgas erst ab 1984

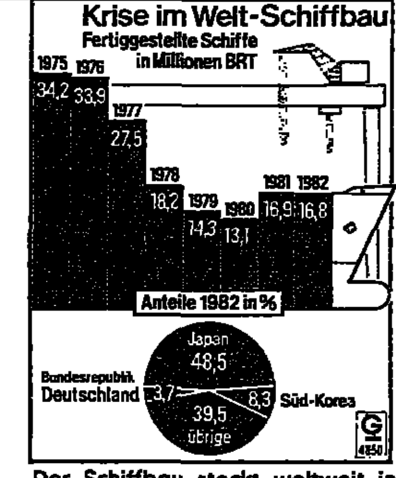
Essen (dpa/VWD) – Die Ruhrgas AG, Essen, will die zusätzlichen sowjetischen Erdgaslieferungen aus Sibirien gemäß dem im November 1981 abgeschlossenen Vertrag erst vom Herbst 1984 an abnehmen. Das erklärte ein Unternehmenssprecher. Ruhrgas wird demnach nicht von dem Angebot eines früheren Bezugsbeginns Gebrauch machen. Der Vereinbarung zufolge werden ab Herbst 1984 „erste kleinere Mengen" Sibirien-Erdgas in die Bundesrepublik fließen. Für die Jahre danach sei eine stetige Steigerung geplant, bis 1989 die volle Vertragsmenge von jährlich 10,5 Milliarden Kubikmetern erreicht werde.

Gegen Preis-Überprüfung

Hamburg (dpa/VWD) – Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat sich für die Abschaffung der preisrechtlichen Überprüfung von Wettbewerbspreisen bei öffentlichen Bauvorhaben ausgesprochen. Zur Zeit kann der Staat noch Preise für öffentliche Aufträge reduzieren, wenn der Zuschlag bereits erteilt ist. Dies soll künftig nicht mehr der Fall sein. Denn diese Art der Vergabepraxis – so Lambsdorff in einem Interview des Wirtschaftsmagazins „Impulse" in der neuesten Ausgabe – wird der Wettbewerbssituation im Baugewerbe nicht mehr gerecht, da „so die öffentlichen Auftraggeber vereinzelt versuchen, Baurisiken in unangemessener Weise auf die Bauunternehmer abzuwälzen".

Gestra-Aktien

Bremen (VWD) – Die Gestra AG (Unternehmen des Armaturenbaues für Wärme- und Energietechnik), Bremen, bietet vom 29. September an 160 000 Inhaberaktien im Gesamtnennbetrag von acht Millionen Mark zum Kauf an. Die Transaktion wird über ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutsche Bank AG und Mitführung der Dresdner Bank AG erfolgen. Damit wird das Grundkapital 20 Millionen Mark betragen. Der Ausgabekurs je 50-DM-Aktie, die vom 1. Oktober 1983 an dividendenberechtigt ist, beträgt 125 Mark. Die neuen Aktien werden vom 7. Oktober an an den Wertpapierbörsen in Bremen und Frankfurt amtlich notiert.



Der Schiffbau steckt weltweit in der Krise. Während 1975 noch Schiffe mit einer Gesamttonnage von 34,2 Millionen Bruttoregistertonnen vom Stapel liefen, waren es 1982 weniger als die Hälfte. Von diesem geschrumpften Kuchen bekam die Bundesrepublik nur magere 3,7 Prozent ab. QUELLE: GLOBUS

Vergleich beantragt

New York (SAD) – Continental Airlines, die achtgrößte amerikanische Luftverkehrsgesellschaft mit einem Umsatz von rund 2,5 Milliarden Dollar jährlich und 12 000 Angestellten, hat den Vergleich beantragt. Die 1934 gegründete Gesellschaft mit Sitz in Houston, die sowohl inländische als auch internationale Routen befliegt, erlitt in den ersten sechs Monaten dieses Jahres einen Verlust von etwa 225 Millionen Mark. Die Gesellschaft will sich gesundschrumpfen und auf einem erheblich verkleinerten Streckennetz weiterfliegen.

Übermäßiger Auto-Import

Paris (J. SCH.) – Der französische *Autoimporteurverband* wendet *sich* gegen dem in Kreisen der hiesigen Automobilindustrie erhobenen Vorwurf, daß der Marktanteil der ausländischen Pkws ein „übermäßiges" Ausmaß erreicht habe. Mit 40 Prozent im Juli sei er nur saisonbedingt überhöht gewesen, nachdem im gleichen Monat des vergangenen Jahres sogar 42,5 Prozent verbucht wurden, schreibt der Verband in seinem Monatsbulletin. Für die ersten sieben Monate ergab sich ein Ausländeranteil von 32,6 Prozent gegenüber 30,32 Prozent in der gleichen Vorjahreszeit.

FINANZHILFEN / London will Innovationen fördern

Regional nicht ausgewogen

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung hat im vergangenen Jahr den weitaus größten Teil der für die Industriehilfe bestimmten Mittel den von Rezession und Umstrukturierung besonders hart betroffenen Regionen sowie den traditionellen Industriezweigen wie Stahl und Schiffbau zukommen lassen, und nur einen geringen Teil für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht 1982/83 (31. März) des Statistischen Amtes über die Industriehilfe hervor. Allerdings wird auch deutlich, daß die Regierungshilfe in zunehmendem Umfang dazu verwendet wird, die Gründung von Unternehmen im Bereich neuer Technologien zu unterstützen und die Automatisierung in älteren Industriezweigen voranzutreiben.

Die gesamte von der Regierung zur Verfügung gestellte Finanzhilfe für die britische Industrie erreichte im vergangenen Finanzjahr 811,5 Millionen Pfund, umgerechnet 3,25 Milliarden Mark. Davon gingen immerhin knapp 690 Millionen Pfund (2,76 Milliarden Mark) als regionale Entwicklungshilfe an insgesamt 26 297 Antragsteller aus notleidenden Gebieten. Nur knapp 122 Millionen Pfund halfen bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Entsprechend ist die Regierung Thatcher bemüht, dieses Ungleichgewicht zumindest auszubalancieren. Noch in diesem Jahr wird ein „Weißpapier" erwartet, in welchem die Regionalhilfe unter die Lupe genommen wird. Erklärtes Ziel der Regierung ist es, sie stark zu kürzen und mehr Finanzhilfe zielgerichtet in die Schaffung von Arbeitsplätzen fließen zu lassen.

Dazu wurde im vergangenen Jahr eine Vielzahl von Projekten geschaffen, die nahezu alle den Einsatz neuer Technologien vorantreiben sollen. Für diese Projekte wurden dem Gesetz zur Industrieentwicklung von 1982 zufolge zunächst 1,9 Milliarden Pfund veranschlagt, die durch einen Gesetzeszusatz auf 2,7 Milliarden Pfund und damit immerhin 10,8 Milliarden Mark aufgestockt werden können.

Zu den von der Regierung Thatcher ins Leben gerufenen Unterstützungsprojekten zählen das Programm des sogenannten „Flexiblen Verarbeitungssystems", das „Fiber-Optik-Programm", das Programm für Entwurf, Entwicklung und Test von Geräten per Computer und die zweite Auflage des Programms zur Unterstützung der Investitionen kleiner Unternehmen im Maschinenbaubereich.

Daneben stellt die Regierung für das weite Feld der mikroelektronischen Industrie zusätzliche Hilfen zur Verfügung (im vergangenen Jahr knapp 18 Millionen Pfund). Ebenfalls Regierungshilfen erhält die Roboterentwicklung und -herstellung.

Der Jahresbericht über die Industriehilfe macht im übrigen ein alarmierendes Detail offenkundig: Der mit Abstand größte Teil der Regierungshilfen zur Unterstützung neuer Industrien fließt in den Südosten Großbritanniens, wo die Beschäftigungsaussichten ohnehin deutlich besser sind als irgendwo anders im Land.

FRANKREICH / Delors' Stabilisierungsziele lassen sich kaum noch realisieren

Paris dementiert neuen Preisstopp

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französischen Preisbehörden sind von Wirtschaftsminister Delors angewiesen worden, strenger auf die Einhaltung der Stabilisierungsverträge zu achten, in denen sich die Produzenten, der Handel und das Dienstleistungsgewerbe direkt oder durch ihre Verbände der Regierung gegenüber verpflichtet haben, die Preise 1983 um nicht mehr als durchschnittlich acht Prozent zu erhöhen. Tatsächlich erreichte die Inflationsrate bisher mehr als neun Prozent.

Bereits in den ersten sieben Monaten dieses Jahres waren die französischen Einzelhandelspreise um 6,2 Prozent gestiegen. Im Jahresvergleich per Juli erreichte die Inflation 9,4 Prozent, womit Frankreich fast um das Doppelte über dem OECD-Durchschnitt von fünf Prozent lag. Besonders schlecht schnitt Frankreich gegenüber der Bundesrepublik, den USA und Japan ab. Dort waren die Preise (im Vergleich zu Juli 1982) nur um 2,2 bis 2,4 Prozent gestiegen.

An diesem ungünstigen Bild hat sich auch im August nichts geändert. Nach vorläufigen Berechnungen belief sich in Frankreich in diesem Monat die Teuerung auf 0,5 bis 0,6 Prozent. Damit kann Delors sein bisheriges Antiinflationsziel wohl nur noch dann erreichen, wenn er die Preise erneut blockiert. Dies war unter der sozialistischen Regierung bereits zweimal geschehen. Die monatliche Teuerung wurde dadurch vorübergehend auf etwa die Hälfte reduziert.

Daß ein Preisstopp geplant sei, wird im Wirtschaftsministerium kategorisch dementiert. Aber dies will wenig besagen. Denn eine solche Maßnahme muß überraschend angeordnet werden, weil sonst Preiserhöhungen vorgezogen werden.

Andererseits würde sich damit die Regierung selbst die Basis für ihr nächstjähriges Stabilisierungsziel von fünf Prozent Preisanstieg unterminieren. Denn nach Aufhebung des Preisstopps hat sich bisher immer der Preisauftrieb verstärkt. Unter diesen Umständen versucht es Delors zunächst einmal mit selektiven Preisreglementierungen.

Die Preisbehörden können in Frankreich auf Grund einer Generalermächtigung „überhöhte Preise" zwangsweise festsetzen und außerdem Unternehmen, die sich nicht an die Stabilisierungsverträge halten, dem Preisstopp unterwerfen. Dabei ist allerdings außergewöhnlichen Kostenentwicklungen Rechnung zu tragen, etwa der durch die Dollar-Hausse hervorgerufenen Rohstoffverteuerung.

Wenn die französische Inflationsrate in diesem Jahr acht Prozent überschreitet, werden die Gewerkschaften zusätzliche Lohnerhöhungen zu den tarifvertraglichen von grundsätzlich ebenfalls acht Prozent fordern und für das nächste Jahr die ihnen von Delors angetragenen fünf bis sechs Prozent von vornherein ablehnen. Damit aber würde die gesamte französische Stabilisierungspolitik ins Wanken geraten.

Backwarenindustrie gut behauptet

nl, Stuttgart

Mit neuen Erzeugnissen (z. B. Trokkenflachbrot) und gezielten Angeboten (z. B. im Außerhausverzehr) hat sich die deutsche Brot- und Backwarenindustrie verstärkt neue Märkte erschlossen und damit ihre Position gut behauptet. Wie Anton Dieter Hammel, Sprecher des Vorstandes des Verbandes der Deutschen Brot- und Backwarenindustrie anläßlich der Jahrestagung des Verbandes in Stuttgart mitteilte, habe dieser Industriezweig 1982 seinen Umsatz um drei Prozent auf 3,1 Milliarden DM ausgebaut. Real lag man bei plusminus-null.

Der Marktanteil industrieller Brot- und Backwaren am Gesamtangebot liegt bei durchschnittlich 30 Prozent. Es sei davon auszugehen, daß die langanhaltende Trockenheit den Brotabsatz beeinträchtigt habe. Eine Erschwernis ihrer Wettbewerbsposition gegenüber den handwerklichen Bäkkern sieht die Branche in der kommenden Warenkennzeichnungspflicht. Der Industriezweig, der 110 Unternehmen mit 180 Betrieben und 22 000 Beschäftigten zählt, befindet sich in einer anhaltenden Konzentrationsbewegung.

Zanussi stellt Sanierungsplan vor

dpa/VWD, Mailand

Der größte italienische Hersteller von Elektrohaushaltsgeräten, Industrie Zanussi S. p. A., Pordenone, wird im Rahmen eines Sanierungsprogramms die Fertigung von Unterhaltungselektronik und von elektronischen Bauteilen aufgeben. Dies teilte Zanussi, das erst Ende vergangener Woche die Zusammenarbeit mit dem Waschgerätehersteller Zanker GmbH, Tübingen, bekanntgegeben hatte, gestern mit.

Der erheblichen Produktionsstraffung werden 7000 von fast 30 000 Zanussi-Arbeitsplätzen zum Opfer fallen. Künftig wird sich das Unternehmen auf Fertigung von Haushaltsgeräten beschränken. Dieser Sanierungsplan, der Zanussi von den Banken wegen der starken Verschuldung (1,65 Mrd. DM) verordnet wurde, soll jetzt den Banken und der Regierung vorgelegt werden. Für 1983 erwartet die Firmenleitung einen Verlust von rund 140 Mrd. Lire (231 Mill. DM) nach 130 Mrd. Lire im Jahr zuvor.

Nach dem Kooperationsvertrag mit dem Waschgerätehersteller Zanker GmbH, Tübingen, wird Zanussi der ehemaligen AEG-Tochter technisches Know-how sowie Bauteile liefern.

Bankholding kauft RCA-Tochter

rtr, New York

Die zu den größten amerikanischen Bank-Holdinggesellschaften zählende Manufacturers Hanover Corp tätigt den bislang größten Unternehmenskauf einer Bankholding. Manufacturers hat sich mit dem US-Mischkonzern RCA grundsätzlich über den Erwerb dessen 100prozentiger Tochter CIT Financial für 1,51 Milliarden Dollar (fast vier Milliarden Mark) geeinigt. RCA teilte mit, die Versicherungs-Tochtergesellschaften der CIT seien nicht von dieser Transaktion betroffen, würden aber zum Verkauf angeboten. CIT Financial bietet Finanzdienstleistungen, einschließlich Lebens- und Krankenversicherung, sowie bestimmte Rückversicherungen an.

Nach den Plänen, die noch unter dem Vorbehalt einer endgültigen Vereinbarung, der Genehmigung durch die US-Notenbank und der Erfüllung weiterer Bedingungen stehen, wird Manufacturers an RCA 460 Millionen Dollar (rund 1,2 Milliarden Mark) in bar, 250 Millionen Dollar (rund 650 Millionen Mark) in Aktien und 800 Millionen Dollar (rund 2,1 Milliarden Mark) in Schuldverschreibungen zahlen.

GROSSBRITANNIEN / Unternehmerbefragung

Belebung setzt sich fort

WILHELM FURLER, London

Die Wirtschaftsbelebung in Großbritannien setzt sich vorerst fort. Das geht aus der jüngsten Befragung des Industrieverbandes CBI bei mehr als 1800 Mitgliedsfirmen der verarbeitenden Industrie hervor. Zum achten Mal in ununterbrochener Reihenfolge rechnet eine deutlich größere Zahl von Unternehmen mit einer zunehmenden anstatt einer zurückgehenden Produktionstätigkeit.

In der jetzt veröffentlichten September-Befragung antworteten 31 Prozent der Mitgliedsfirmen, sie erwarteten in den kommenden vier Monaten einen Produktionsanstieg. Nur elf Prozent rechnen mit einem Rückgang. Das ist die beste positive Bilanz seit der April-Befragung.

Wieder verbessert nach zwei eher pessimistischen Monaten haben sich der September-Umfrage zufolge auch die Export-Aussichten. Im Konsumgüterbereich meldet die Mehrheit der Unternehmen eine zu niedrige Lagerhaltung. Das nährt die Hoffnung, daß die Wirtschaftsbelebung in das nächste Jahr hinein anhält. Allerdings werden die Konjunkturaussichten für 1984 insgesamt vom Industrieverband mit wachsender Vorsicht beurteilt.

So erklärte der Generaldirektor des CDI, Sir Terence Beckett, bei der Vorlage des jüngsten Umfrageergebnisses, daß die Voraussagen des Verbandes auf die Möglichkeit einer Abschwächung der Wirtschaftsbelebung im Verlauf des kommenden Jahres hindeuten.

Auch die Midland Bank, eine der vier großen Geschäftsbanken des Landes, warnt in ihrem jüngsten Wirtschaftsausblick vor einer Konjunkturabschwächung noch vor Juli kommenden Jahres. Sie weist vor allem auf einen möglichen Einbruch bei der Konsumgüternachfrage hin.

Ebenfalls übereinstimmend wird mit einer leicht steigenden Inflationsrate (Midland Bank: 7,5 Prozent am Ende nächsten Jahres) sowie mit weiterhin schlechten Aussichten für einen Abbau der Arbeitslosigkeit gerechnet.

OSTBLOCK / Studie des Conference Board

Stagnation hält weiter an

New York

(AFP) – Das Wirtschaftswachstum der sozialistischen und Staatshandelsländer wird bis Jahresende und im Jahr 1984 minimal oder Null sein. Dies wird in einer in New York veröffentlichten Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung der amerikanischen Unternehmer, Conference Board, versichert.

Als Grund für diese ungünstige Entwicklung werden die „sehr hohen" Militärausgaben und die tiefgehenden Wirtschaftsprobleme als Folge des marxistischen Systems angegeben. Der Conference Board schließt jedoch die Möglichkeit einer leichten Besserung für die Länder, die sich um eine stärkere Integrierung in die Weltwirtschaft bemühen, nicht aus. Dies gelte für China, Polen, Ungarn, Bulgarien und Moçambique, die erhebliche Anstrengungen unternähmen, ihre starren Wirtschaftssysteme zu stimulieren und flexibler zu gestalten. Auch die in der Sowjetunion betriebene Kampagne gegen unentschuldigtes Fehlen am Arbeitsplatz und illegale Transaktionen gehe in diese Richtung, wird festgestellt. Andererseits könnten sich nach der Ansicht des Conference Board die Anstrengungen der sozialistischen Staaten, den Handelsaustausch mit dem Westen zu steigern, positiv auswirken.

Die Militärausgaben der Länder werden auf 13 Prozent ihres Bruttosozialprodukts geschätzt. Dies entspreche 40 Prozent der Rüstungsausgaben in der Welt. Ein Teil des sozialistischen Lagers, wie Afghanistan, Angola, Kambodscha, Vietnam, Laos, Äthiopien, Moçambique, Nicaragua, Kuba und die UdSSR, sei heute in Kriegsanstrengungen verwikkelt, die Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung haben, wird unterstrichen.

Der Conference Board betont schließlich, daß diese Länder von ernsten Wirtschaftsproblemen wie der Inflation, der Rationierung der Grundnahrungsmittel und wichtigsten Verbrauchsgüter und der zunehmenden Verschuldung bedroht sind. Die Verbindlichkeiten im Westen beliefen sich Ende vergangenen Jahres auf 110 Milliarden Dollar. Es handele sich hier keinesfalls um eine zyklische Entwicklung, versichern die Experten.

SCHMIDT + CLEMENS / In rote Zahlen getaucht

Investoren sind noch müde

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Etwas besser als 1982, aber immer noch mit Verlust, werde 1983 abschließen. Die wahre Besserung werde *1984 kommen*. Denn bis dahin werde sich die immer noch müde Investitionsgüterkonjunktur aufgrund überfälliger Ersatzbeschaffung und wieder lohnender Neubauten endlich wieder positiv im eigenen Auftragseingang niederschlagen. Mit diesem Hoffnungsschimmer garniert der aus der Gründerfamilie stammende geschäftsführende Gesellschafter Christoph Schmidt-Krayer den freiwillig publizierten 1982er *Abschluß* des 104 Jahre alten Familienunternehmens Edelstahlwerk Schmidt + Clemens GmbH & Co. KG, Lindlar bei Köln. Die Firma ist die größte im knapp zwei Dutzend Produzenten großen Kreis von deutschen Mittelständlern, die mit Guß und Schmiede Edelstahl-Spezialprodukte bis zu Kilopreisen von 300 DM anbieten.

Ein Geschäft, das 1982 bei einem beschleunigten Rückgang des Auftragseingangs um 12,4 (1,1) Prozent auf 138 Mill. DM und nur noch 145 (159) Mill. DM Umsatz mit 32,3 (31,2) Prozent Exportanteil kein Zuckerschlecken war. Der (leider verschwiegene) Ertrag endete nach zwei halbwegs besseren Jahren 1982 mit ca. 1 Mill. DM wieder im Verlust.

Düster blieb es auch im ersten Halbjahr 1983 mit 69 (77) Mill. DM Auftragseingang und 67 (75) Mill. DM Umsatz. Nur Konsumnahes wie dank Autokonjunktur, die Blankstahltochter Klören & Co. (schon 1982 mit Umsatzplus von 12,1 Prozent auf 29 Mill. DM) oder Auswärtiges wie der spanische Gießereibetrieb (10 Mill. DM Umsatz) machen keine Verluste. Für das S+C-Geschäft selbst hingegen wartet man darauf, daß sich der Knoten der Investitionszurückhaltung endlich löst.

Auf überdurchschnittlichem Niveau stabil konnte S+C auch im Krisenjahr 1982 die Bilanzstruktur halten. Die zum Teil durch Verlustausgleich (Auflösung von Rücklagen-Sonderposten) auf 22,7 (24,1) Mill. DM gesunkene Eigenkapitalsumme überdeckt weiterhin das Anlagevermögen und stellt nun sogar rund 36 (30) Prozent des zumal durch geringere Lieferforderungen reduzierten Bilanzvolumens.

Durchgehalten wurde 1982 auch die Politik, durch Nichtersetzen der Fluktuation und vermehrte Kurzarbeit bis zu einem Fünftel der möglichen Jahresstunden die noch 1321 (1402) Beschäftigten von „auftragsbedingten" Entlassungen zu verschonen. Dies *allerdings auch dadurch*, daß seit zwei Jahren Tariferhöhungen auf übertarifliche Zahlungen angerechnet werden und so per Saldo selbst nominal kein Einkommensanstieg pro Beschäftigten eintrat. Bitter kommentiert die Geschäftsführung jene mittlerweile auch in Deutschland eingekehrte Stahlpolitik-Praxis, daß Konzerne diese Lohnpolitik noch längst nicht machen – und andererseits Subventionen erhalten, *mit denen sie in Teilbereichen des* S+C-Sortiments eine preisdrückende Konkurrenz inszenieren.

BUCHHANDEL / Ertragssituation hat sich ungünstig entwickelt – Zahl der Neugründungen überwiegt

Die neuen Medien haben ihren Schrecken verloren

INGE ADHAM, Frankfurt

Die neuen Medien haben für Buchhändler und Verleger viel von ihrem *ersten Schrecken verloren*. Gestützt auf die Entwicklung im vergangenen Jahr, in dem die privaten Käufer dem Buchhandel allen rezessiven Erscheinungen zum Trotz die Treue hielten, und auch in diesem Jahr, das dem Buchhandel bisher vier Prozent Umsatzplus bescherte, sieht der Börsenverein des Deutschen Buchhandels das Buch auch als „Medium der Zukunft".

Diese positive Einstellung wird gestützt durch das Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach: Zwar geht danach annähernd die Hälfte aller erwachsenen Bundesbürger nie in einen Buchladen – eine allen Werbebemühungen zum Trotz seit Jahren stagnierende Quote. Aber, und dies hat die Buchhändler selbst am allermeisten überrascht, 73 Prozent der 16- bis 29jährigen, eine Generation, die der Buchhandel an das Fernsehen verloren glaubte, würden der Umfrage zufolge gern ein Buch als Geschenk annehmen.

Ohnehin wird, wie die Umfrage ergab, die Hälfte aller Bücher als Geschenk gekauft, eine Tatsache, die der Buchhandel mit gezielten Werbeaktionen in den Monaten November und Dezember („Buchgutschein") forcieren will. In diese Zeit entfallen etwa 25 Prozent der Umsätze der derzeit rund 3200 Sortimentsbuchhandlungen, die im Börsenverein zusammengeschlossen sind (gemeinsam mit 1800 Verlagen und 70 Zwischen-Buchhandlungen).

Trotz der durchaus positiven Zukunftserwartungen, die auf der Treue der privaten Käufer basieren, während die öffentliche Hand deutlich fühlbar spart, ist bei den Buchhändlern die (Zahlen-)Welt nicht ganz in Ordnung. Zwar ist der Sortimentsbuchhandel mit einem Umsatzplus nominal 2 Prozent auf 8,2 Milliarden Mark im vergangenen Jahr verglichen mit den übrigen Bereichen des Handels relativ gut davongekommen. Aber, so betonte Börsenvereins-Vorsteher Günther Christiansen bei der Vorlage des Jahresberichts in Frankfurt, die Ertragssituation habe sich weiter ungünstig entwickelt.

Bereits 1981 habe im Sortimentsbuchhandel der durchschnittliche betriebswirtschaftliche Reingewinn bei nur 0,5 Prozent vom Umsatz gelegen. Im vergangenen Jahr ist dieser Satz bei stärker als dem Umsatz steigenden Kosten auf minus 0,3 Prozent gesunken. Eine Konkurswelle hat es gleichwohl nicht gegeben, denn viele Buchhändler betreiben ihr Geschäft auch aus Begeisterung für das gedruckte Medium, wie es im Börsenverein heißt, und demnach auch mit einem äußerst knapp kalkulierten Unternehmerlohn. Im Gegenteil, auch im vergangenen Jahr überwog die Zahl der Neugründungen (rund 300) die der Schließungen von Buchhandlungen (etwa 150) bei weitem. Die Zahl der Beschäftigten in Buchhandlungen und Verlagen blieb mit gut 60 000 in etwa unverändert.

Weiter verschlechtert haben sich die Ergebnisse im Verlagsbereich. Wie eine Umfrage des Börsenvereins ermittelte, stiegen die Durchschnittserlöse bei den Verlagsmitgliedern im vergangenen *Jahr* nur um ein Prozent; damit hat sich der reale Abwärtstrend der letzten beiden Jahre fortgesetzt. Nach Ansicht von Verleger Wulf von Lucius, stellvertretender Börsenvereins-Vorsteher, ist dies nicht nur ein konjunkturelles, sondern eher ein strukturelles Problem, wie die stark unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Verlagsbereichen zeige.

Vor allem Sach- und Schulbücher hatten und haben Einbußen im Gefolge der Sparwelle bei der öffentlichen Hand, die inzwischen auch die Bibliotheken und Schulen erreicht hat. Nach wie vor steigende Umsätze verbucht die Branche bei Belletristik und Jugendliteratur. Dabei ist der Durchschnittsladenpreis je Buch im vergangenen Jahr mit 26 DM unverändert geblieben; auch in diesem Jahr sind Preiserhöhungsspielräume klein, obwohl vehement beklagt wird, daß mit dieser Preiskonstanz bei steigenden Kosten keine Rendite zu erwirtschaften sei, die Verlagen und Sortimentern einen dauerhaften Platz im kulturellen und wirtschaftlichen Geschehen sichere.

Weiter auf 61 300 Titel gestiegen ist im vergangenen Jahr die Titelproduktion in der Bundesrepublik, das sind 2000 mehr als im Jahr zuvor.

TANKSTELLEN

Chevron gibt an Texaco ab

K. S. Hamburg

Die Texaco Inc., USA, wird das Tankstellennetz und das Raffineriegeschäft der Marke Chevron von Standard Oil of California (Socal) in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Dänemark übernehmen. Texacos Strategie unterscheidet sich damit erheblich von der anderer amerikanischer Gesellschaften (Gulf Oil, Standard Oil of Indiana), die sich zunehmend aus dem europäischen Markt zurückgezogen haben. *Besonders in den letzten drei* Jahren hat Texaco beträchtliche Summen in die Modernisierung seiner europäischen Raffinerien gesteckt. Ziel der Gesellschaft ist es, sich in Vearbeitung und Vertrieb vorwiegend auf die leichten Produkte – Treibstoffe und leichtes Heizöl – zu konzentrieren.

Von Standard Oil of California wird Texaco den Anteil von 68 Prozent an einer Raffinerie in Pernis bei Rotterdam übernehmen. In Schweden, England und der Bundesrepublik besitzt Texaco schon jetzt Raffinerien oder Beteiligungen an Raffinerien sowie 7800 Tankstellen.

Luitpoldhütte auf Konsolidierungskurs

D. SCHMIDT, Salzgitter

Die mehrheitlich zur Salzgitter-Gruppe gehörende Luitpold AG, Amberg, die in den letzten Jahren voll im Sog der schwachen Gießerei-Konjunktur schwamm, befindet sich auf dem Weg der Besserung. Nach Angaben der Konzernmutter wirken sich jetzt die in der Vergangenheit vorgenommenen hohen Investitionen (seit 1974 rund 120 Mill. DM) aus. Zwar dürfte das Unternehmen im jetzt zu Ende gehenden Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) noch nicht die Gewinnschwelle erreicht haben. Die deutliche Verbesserung der Ertragslage, die konsequent weiterverfolgt werden soll, wird im kommenden Jahr aber auf den Abschluß ausstrahlen.

Die Luitpoldhütte, mit einer Kapazität von rund 10 000 t Guß pro Monat größte bayrische und eine der führenden Gießereien im Bundesgebiet, operiert nach wie vor in einem schwierigen, von scharfem Wettbewerb gekennzeichneten Markt. Zwar konnte die Kurzarbeit infolge höherer Lieferungen an die Automobilindustrie inzwischen aufgehoben werden; Sorge bereitet aber das Geschäft mit Kunststoffrohren. Bei Gußrohren zeige das Exportgeschäft zunehmend rezessive Tendenzen mit fortschreitendem Preisverfall.

Für 1982/83 rechnet die Gesellschaft mit einem Umsatz von knapp 200 Mill. DM gegenüber 173 Mill. DM im Vorjahr. Vom Gesamtumsatz entfallen jeweils 40 Prozent auf Kundenguß und Rohrguß; den Rest steuern Kunststoffrohre sowie der Maschinen-, Stahl- und Apparatebau bei.

Das Unternehmen, das in diesen Tagen sein 100jähriges Bestehen feiert, hat jetzt den ersten futterlosen Heißwind-Kupolofen der Welt in Betrieb genommen; der Ofen arbeitet mit Sekundärwind. Von dem 4,5 Mill. DM teuren Projekt erwartet die Luitpoldhütte Energieeinsparungen um mindestens 10 Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Plettac wächst wieder

Essen (Bm.) – Die Plettac GmbH, Plettenberg, hat ihren Umsatz von 54 Mill. DM in 1982 im ersten Halbjahr 1983 weiter um 6 Prozent erhöhen können. Damit konnte mit Inlandsumsätzen der Einbruch des Exportes, der 1982 etwa 30 Prozent betrug, mehr als kompensiert werden. Plettac stellt Gerüstsysteme, Leichtbauhallen und Sicherheitsausrüstungen für den Bergbau her.

Position gefestigt

Stuttgart (nl.) – Die zum Litton-Konzern gehörende Hellige GmbH, Freiburg, eines der führenden Unternehmen auf dem Gebiet der Medizinelektronik, hat ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 7.) um 8,5 Prozent auf 165 Mill. DM gesteigert. Trotz stagnierenden Marktvolumens wurde der größte Teil des Zuwachses im Inland erzielt. Der Exportanteil am Umsatz liegt bei 50 Prozent. Hauptumsatzträger waren nach Angaben der Firma erneut Patientenüberwachungssysteme.

Balcke-Dürr 100 Jahre

Düsseldorf (Py.) Die Balcke-Dürr AG Ratingen, ein Unternehmen der Gruppe Deutsche Babcock, besteht in diesen Tagen 100 Jahre. Das Unternehmen ist aus der von dem Ingenieur Gustav Dürr gegründeten „Düsseldorf-Ratinger Röhrenkesselfabrik Dürr & Co" und der fast 10 Jahre später von Hans-Joachim Balcke gegründeten Balcke & Co. Gesellschaft zum Bau von Kondensations-Anlagen, Bochum, hervorgegangen. 1935 ging die Mehrheit der Dürr-Aktien in den Besitz von Babcock über, 1972 fusionierten Dürr und Balcke. Das Unternehmen zählt heute zu den führenden Herstellern von Dampferzeugern, Kühl- und Pumpanlagen für den Kraftwerksbau sowie für die petrochemische Industrie.

Bier-Kooperation

Herford (hdt) – Die Brauerei Felsenkeller, Herford, schloß mit der Altbier-Brauerei Carl Bolten & Co, Korchenbroich, einen Kooperationsvertrag, der eine weitgehende Abstimmung im Produktions- und Vertriebsbereich zum Inhalt hat. Der niederrheinische Partner bietet jetzt Herforder Pils an, während die ostwestfälische Brauerei Bolten Altbier in ihr Vertriebsprogramm aufnimmt. Der Jahresausstoß bei Bolten, einem der ältesten Altbier-Produzenten der Welt, liegt bei derzeit 50 000 Hektoliter, der Umsatz wird mit 7 Mill. DM angegeben. Felsenkeller erreichte im Geschäftsjahr 1981/82 einen Ausstoß von 1,14 Mill. Hektoliter, wobei der Pilsanteil 92 Prozent betrug. Als Jahresumsatz wurden rund 160 Mill. DM genannt.

BMW: Nachfolger für Radermacher?

sz. München

Bei der Bayerischen Motoren Werke AG (BMW), München, ist man offensichtlich bei der Suche nach einem neuen Vorstandsmitglied für den Bereich Forschung und Technik fündig geworden. In München verdichten sich Gerüchte, daß Hans Hagen, Leiter des Gesamtvertriebs Nutzfahrzeuge bei der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Nachfolger von Karlheinz Radermacher wird, der im Mai dieses Jahres bei BMW ausgeschieden war und seit dem 1. August stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Zahnradfabrik Friechdrichshafen AG ist. Bei MAN heißt es dazu lediglich, daß Hans Hagen Ende 1983 aus dem Unternehmen ausscheiden wird. Keine Stellungnahme war von BMW zu erhalten; darüber entscheide alleine der Aufsichtsrat, der Anfang Oktober tagen soll.

CREDITREFORM / Umfrage beim Mittelstand

Der Optimismus überwiegt

DANKWARD SEITZ, München

Verhaltener Optimismus und eine entspanntere Wirtschaftslage als vor einem Jahr kennzeichnen die gegenwärtige Situation der mittelständischen Unternehmen. Zu diesem Ergebnis kommt der Verband der Vereine Creditreform, Neuss, aufgrund einer Befragung von rund 4200 Firmen (mit 20 bis 500 Beschäftigten) aus insgesamt 17 Wirtschaftsbereichen in der Bundesrepublik. Die tendenziell positive Einschätzung der Konjunktur, aber auch die allgemein nicht ungünstigen Prognosen über die weitere Entwicklung berechtigten zu der Annahme, daß die Wende in der Talfahrt vollzogen ist und die Wirtschaft sich in einem allmählichen Aufwärtstrend befindet. Große Unsicherheitsfaktoren seien aber immer noch vielfach die gespaltenen Branchenkonjunkturen und die noch nicht in Tritt gekommene Exportwirtschaft.

Ein deutlicher Stimmungsum*schwung ist nach Feststellung von* Creditreform bei der Investitionsbereitschaft eingetreten. Während zur Vorjahreszeit die Mehrzahl der befragten Firmen angab, für das nächste Halbjahr keine Ausgaben zu tätigen, sind heute dazu fast 55 Prozent der Befragten bereit, und zwar in einem Umfang von rund 4 Mrd. DM. Hochgerechnet auf alle mittelständischen Unternehmen bedeutet dies, so *Creditreform-Geschäftsführer* Helmut Rödl, ein Gesamtvolumen von rund 96 Mrd. DM.

Der größte Teil der Planungen betrifft Erweiterungsinvestitionen. Gegenüber 1982 ist eine Steigerung von 32 Prozent wahrscheinlich. 18,9 Prozent sind es bei Rationalisierungen, während die Ersatzinvestitionen um fast 48 Prozent zurückgehen dürften. Bessere Zukunftsaussichten als auch Branchenkonjunktur und günstigere allgemeine Konjunktur werden als Gründe hierfür genannt.

Insgesamt kann auch eine Belebung der Auftragssituation festgestellt werden. Fast 28 (1982: 9,6) Prozent der befragten Unternehmen bezeichneten ihre Auftragspolster als gut oder gut bis befriedigend und nur 24,5 (31,2) Prozent als schlechter. Ebenso schätzen 28,0 (13,3) Prozent der Firmen die Ordersituation für die nächsten drei Monate als gut ein. Schlechtere Zeiten erwarten 22,2 (39,6) Prozent.

Erkennbare Auswirkungen hat der verbesserte Auftragsbestand der Unternehmen der Umfrage zufolge auf die Beschäftigungssituation. Die Mehrzahl von 81,2 (63,9) Prozent plant mittelfristig keinerlei Entlassungen. Dies gilt erstmals auch für Firmen, die auf die Einführung von Kurzarbeit verzichten.

Nicht viel ändern wird sich 1983 in der Gewinnsituation der einzelnen Unternehmen. 51,1 (37,3) Prozent erwarten unveränderte und 17,5 (8,5) Prozent höhere Jahresgewinne. Die Anzahl der Firmen, die Verluste erwarten, hat gegenüber 1982 nach Feststellungen von Creditreform sogar noch leicht zugenommen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Klebunde und Köppen Bau GmbH; Nachl. d. Charlotte Thompson, geb. Köbler; **Lübeck:** Dettmann Ges. f. Heizung u. Sanitärbedarf mbH; **Oldenburg:** Nachl. d. Karsten Wetzel, Student; **Ulm (Donau):** Ulmer Guß Hopff GmbH; Hopff GmbH; **Wuppertal:** Rolf Schorre; Nachl. d. Hilda Erna Derichs geb. Hasbach; Nachl. d. Wera Ellen Ibach geb. Leymann; Auspuff-Blitz-Schnell-Service GmbH.

Vergleich beantragt: Detmold: Felix Kusper, Bäckermeister, Lage; **Münster:** Profilia-Werke Preckel und Wältermann GmbH u. Co. KG, Ennigerloh.

GOTHAER VERSICHERUNGEN / Keine Krise des Vorsorgedenkens

Hoher Zuwachs bei den Überschüssen

HARALD POSNY, Frankfurt

Trotz eines gegenüber der Branche fast doppelt so starken Rückgangs des Neugeschäfts mag die Gothaer *Lebensversicherung* aG, Göttingen, nicht an eine Wachstumskrise in der Lebensversicherung oder gar an eine Krise im Vorsorgedenken glauben. Vorstandsvorsitzender Harry Bartsch erkannte bereits in den letzten Monaten des letzten Jahres eine leichte Belebung des Neugeschäfts. Dessen Rückgang 1982 relativiert Bartsch auch mit dem Hinweis auf die Abschwächung der relativ hohen Zuwachsraten der Vorjahre bei der selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung.

Künftig wird sich jedoch der Außendienst, der stark im Finanzierungsgeschäft engagiert ist, auch mehr dem Breitengeschäft widmen. Dies wird vielleicht zu einer Verringerung der vorzeitigen Kündigung von bestehenden Versicherungsverträgen (Storno) führen. Abgesehen von dieser fast branchentypischen Erscheinung der für den Versicherten verlustreichen Vertragskündigung kann die Gothaer, deren Versicherungsbestand bis Ende Juni auf 16,4 und deren Neugeschäft um 12,6 Prozent auf 1,11 Mrd. DM gewachsen ist, auf einen hohen Anteil der Kapitallebensversicherung am Neugeschäft (75 Prozent) und eine mit 48 000 DM gegenüber der Branche doppelt so hohe Durchschnitts-Versicherungssumme verweisen.

Die fast um ein Viertel gestiegenen Aufwendungen für Beitragsrückerstattung, die 99,8 Prozent des Rohüberschusses ausmachen, waren im wesentlichen eine Folge der kräftig gestiegenen Kapitalerträge. Die Höhe der Rückstellung erlaubt auch die Beibehaltung des hohen Niveaus der Überschußbeteiligung der Versicherten.

Die Tochtergesellschaft Gothaer Allgemeine Versicherung AG hat 1982 trotz Zuführung von 3 (1,8) Mill. DM zu den Schwankungsrückstellungen den versicherungstechnischen Verlust von 3,6 Mill. DM in 0,9 Mill. DM Gewinn verwandelt. Das bessere Abschneiden der allgemeinen Unfall- und der Haftpflichtversicherung konnte die Verluste im Transport- und HUK-Bereich (hier stagnierten auch die Beiträge) nicht ausgleichen.

Die Beitragseinnahmen stiegen nur um 3,3 Prozent auf 204 Mill. DM (brutto), die verdienten Beiträge für eigene Rechnung erreichten 138 (133) Mill. DM. Die Schadenquote lag mit 83,3 Prozent leicht über dem Vorjahr. Die gute Verzinsung der Kapitalanlagen (7,2 nach 7,3 Prozent) sicherte den Jahresüberschuß von 1,8 (1) Mill. DM. Aus ihm wird mit 1 Mill. DM das 11 (9) Mill. DM betragende Grundkapital bedient. Beitrags- und Schadenentwicklung im 1. Halbjahr 1983 nannte Bartsch zufriedenstellend.

Gothaer Leben	1982	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	15831	+ 5,9
Eingel. Neugeschäft	1967	– 8,0
Beitragseinnahmen	507	+ 5,8
Aufw. f. Vers.-Fälle	178	+ 5,7
Kapitalanlagen [1]	3874	+ 9,3
Kapitalerträge [2]	279	+12,5
Aufw. f. Beitr.-Rückerst.	197	+22,3
Rückst. f. Beitr.-Rückerst.	434	+17,3
	1982	1981
Stornoquote [3]	5,7	5,1
Verw.-Kostenquote [4]	4,9	5,0
Abschl. Kostenquote [5]	46,6	41,8
Überschußquote [6]	38,9	33,7

[1] ohne Depotford.; [2] Durchschnittsrendite: 7,5 (7,1) Prozent; [3] Rückl., Umwandlung in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz., Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. Vers.-Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge

Aktien auf breiter Front gefestigt

Kein Einfluß der Landtagswahlen auf die Börsentendenz

DW. – Da sich die Aussichten auf eine Zinskonsolidierung in den USA verstärkt haben und gleichzeitig der Dollar weiter nachgab, kam es bei den Standardaktien zu einer Fortsetzung der bereits in der Vorwoche begonnenen Anlagekäufe. Daran waren zunehmend auch Ausländer beteiligt. Das schlechte Abschneiden der CDU bei den hessischen Landtagswahlen beeinflußte das Geschäft schon deshalb nicht, weil im Ergebnis sowohl in Hessen als auch in Bremen alles beim alten geblieben ist. Bei den Käufen ist deutlich der Optimismus zu spüren, der in bezug auf die Konjunkturbelebung in Anlegerkreisen aufzukommen scheint.

Zu deutlichen Kursgewinnen kamen neben den von den Ausländern bevorzugten Standardaktien wie Siemens und Deutsche Bank erneut die Maschinenbauaktien, von denen sich Linde um 6, KHD um 6 und Deutsche Babcock-Stämme um 4 DM befestigten. Die Auto-Aktien lagen im Nachglanz der zu Ende gegangenen Frankfurter Automobil-Ausstellung und wurden bis zu 3,50 DM angehoben. Als konjunkturell bedingt wurde die freundlichere Tendenz der Stahlaktien bezeichnet, von denen sich Hoesch um 3 DM auf 89 DM und Thyssen um 4 DM auf 76,50 DM verbesserten.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten um 9,50 DM auf 230 DM und Audi NSU um 6 DM auf 266 DM. Heinrich stockten um 3 DM und Kochs Adler um 6 DM auf. Verseidag verbesserten sich um 2,80 DM und Pongs u. Zahn um 3,90 DM. Nachgegeben haben Bilfinger um 4 DM auf 220 DM und Hageda um 4 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 10 DM und Aachener Rück um 20 DM. Allianz Vers. verbesserten sich um 6,50 DM.

Frankfurt: Standardwerte waren oft bis zu 2 DM, vereinzelt bis zu 5 DM, verbessert. Umsätze auf niedrigem *Niveau, Neben- und* Spezialpapiere waren uneinheitlich. Aeskulap 285 DM minus 10 DM, MAB-Stämme 220 DM minus 9 DM, Deutsche Hypotheken Bremen 424 *DM* plus *9 DM*, Hapag Lloyd bei Doppelminusankündigung 46,50 DM minus 7 DM.

Hamburg: HEW erhöhten um 1,90 DM auf 99 DM und NWK Vorz. um 2 DM auf 167 DM. Conti und Phoenix Gummi lagen in etwa behauptet. Die Regionalbanken wurden unverändert notiert. Orenstein Koppel mußten 2 DM hergeben, Reichelt 1 DM. Nordd. Steingut verbesserten sich um 1,30 DM.

München: Augsburger Kammgarn verminderten um 9 DM auf 86 DM und Hasenbräu stockten um 10 DM auf 910 DM auf. Krauss-Maffei verloren 100 DM auf 2100 DM und Reichelbräu 5 DM auf 365 DM. *Spinnerei Kolbermoor* erhöhten um 2 DM auf 837 DM und Würzburger Hofbräu um 3 DM auf 367 DM.

Berlin: Schering konnten sich um 1,50 DM, Berliner Kindl, Herlitz Stämme und Kempinski um je 2 DM und DeTeWe um 3,50 DM verbessern. Rheinmetall festigten sich um 5 DM. Orenstein lagen um 2 DM leichter.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ausländische DM-Anleihen

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

	26. 9.	23. 9.
Arbed	1430	1394
Brux. Lambert	2380	2300
Cockerill Ougrée	140	140
Ebes	2330	2520
Gevaert	2480	2500
Kredietbank	6410	6410
Petrofina	5980	5980
Soc. Gén. d. Belg.	1965	1950
Sofina	5090	5080
Solvay	3320	3310
UCB	3980	3770
Index	133,25	132,24

Madrid

Paris

Hongkong

Singapur

	26. 9.	23. 9.
Cycle + Car.	4,50	4,55
Cold Storage	5,45	5,55
Dev. Bk. of Sing.	9,70	9,80
Fraser + Neave	6,40	6,45
Kl. Kepong	3,00	3,00
Mal. Banking	9,90	9,85
Nat. Iron	7,20	7,25
OCBC	10,80	10,90
Sime Darby	2,38	2,39
Singapur Land	5,55	5,60
Un. Overs. Bank	5,45	5,45

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 26. 9.: 584 Optionen = 31 000 (22 600) Aktien davon 150 Verkaufsoptionen = 7500 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-55/27, 10-75/7,50, 10-80/1,50, 1-70/18,60, 1-80/8, 1-85/7, 1-90/5,95, 4-75/15, 4-80/14. Siemens 10-350/1,50, 1-340/20, 1-360/7,70, 1-380/4,50, 4-380/8,50, Veba 10-172,50/3,05, 1-170/11, 1-180/6, 1-190/3, 4-180/11, BASF 10-150/2,30, 1-150/9,10, 1-160/4,90, 1-170/2,60, 4-150/12,45, 4-160/9,60. Bayer 10-136/12, 10-150/2,15, 1-1-160/5, 1-150/6,60, 1-170/2,60, 4-150/2,60, 4-160/7,60. Hoechst 1-160/8,30, 4-150/16, 4-160/12,35, VW 10-160/39, 10-190/28, 10-210/10, 10-230/0,90, 1-210/19,40, 1/220/15,50, 1-230/9,90, 4-230/20, 4-240/15,50, 4-290/6,10. Conti Gummi 10-110/2,60, 1-110/6,60, 1-120/4,50, 4-110/11,60, 4-120/8,20, 4-130/4, Commerzbank 1-170/12,80, 1-180/7,30, 1-200/2,40, 4-180/12,95, 4-190/7,40, 4-210/5, Dt. Bank 1-320/12, 1-340/6, 4-320/19,40, 4-360/6. Dresdner Bank 10-180/1,95, 1-170/11,60, 1-190/4,20, 4-180/13,10, 4-200/5,90, Hoesch 1-90/4,50, 4-90/8, 4-100/5, Mannesmann 1-140/7,50, 1-150/4,20, 1-160/3,30, 4-130/20, 4-140/13, Preussag 4-280/20, Thyssen 10-75/2, 1-70/6, 1-75/3,60, 4-70/9,40, 4-75/6,90, 4-80/3, Bayr. Hypo 4-300/8. Bekula 1-100/6,20, 1-110/2,50, BBC 10-204/18, 10-210/14, 1-220/20, 4-230/16,40, Babcock St. 4-170/17,50, Kali In Salz 1-170/51,25, Klöckner 1-40/3, Metallgesellschaft 4-210/18,10, RWE St. 1-170/7,90, 4-180/5,70, Rütgers 4-330/13, Alcan 1-110/9,50, 4-110/14,90, Chrysler 10-60/19, 1-65/14,50, 1-90/5,55, 4-85/9,90, 4-90/5,80, Sperry Rand 4-120/19, Philips 1-45/3,50, Royal Dutch 1-130/8,50, 4-130/11,50, *Elf 10-51,50/12,10, 10-60/3,20, 1-51,50/17, 1-55/14,14,10,* 1-60/8, 1-65/5,90, 4-55/15,90, 4-60/11,60, 4-65/7,70, Norsk Hydro 10-140/51,35, 10-170/21,40, 1-200/10,40, 1-210/8, 4-210/15,10. Verkaufsoptionen: AEG 10-60/1,50, 1-75/1,10, 1-80/3,30, 1-85/6, 4-75/2,35, 4-80/4,60, 4-85/7, *Siemens 10-340/3,70, 1-330/3, 1-340/7, 1-350/*6,50, Veba 1-170/4, BASF 1-150/3,60, Hoechst 4-150/5, BMW 4-400/25, VW 10-220/4,60, 4-200/3,10, 4-210/6,40, 4-220/10,60, Lufthansa St. 10-120/1,60, 1-120/1,60, 4-120/4, Commerzbank 1-170/4, Dt. Bank 1-310/7, *4-310/8, Hoesch 1-80/2,60, 1-85/3, 1-90/7, 1-100/13,50,* 4-85/6, Mannesmann 10-140/5, 1-140/5,80, 4-130/3,40, 4-140/9,50, 4-150/15, Thyssen 1-70/3, 4-70/4,35, Bayr. Hypo 1-390/7, BHF 1-280/6,50, Metallgesellschaft 4-190/6,50, Varta 4-160/7.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26. 9.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9½	5⅜–5⅝	4¼–4½
3 Monate	9½– 9⅝	5½–5¾	4¼–4½
6 Monate	9⅝– 9¾	5¾–6	4½–4¾
12 Monate	9¾–10⅛	6⅛–6⅜	4⅝–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1535,00	1863,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1243,00	1458,41
5 US-Dollar (Liberty)	515,00	636,65
1 £ Sovereign alt	252,00	310,08
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	308,66
20 belgische Franken	194,00	248,52
10 Rubel Tscherwonez	267,00	331,74
2 südafrikanische Rand	251,00	307,80
Krüger Rand, neu	1122,00	1318,98
Maple Leaf	1122,00	1318,98
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	263,00	324,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	218,00	270,18
20 franz. Franken „Napoléon"	210,00	263,34
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1036,00	1244,88
20 österr. Kronen (Neuprägung)	206,00	257,64
10 österr. Kronen (Neuprägung)	108,00	140,22
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	470,00	575,70
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	122,00	150,48

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Der Rückgang der Geldmenge M1 um 3,1 Mrd. Dollar am Freitagabend war das Signal für schwächere Dollarkurse. Die letzten Taxen in New York lagen bei 2,6420-60. Dieses Niveau wurde in Europa am 26. 9. nochmals unterboten, wobei der Dollar auf bis zu 2,6380 zurückfiel, gegen Geschäftsschluß aber bei 2,6440 gehandelt wurde, nach einer amtlichen Notiz von 2,6444, die ohne Beteiligung der Bundesbank zustande kam. Eine gewisse Bremse für einen weiteren Rückgang war sicherlich durch das Ergebnis der Hessen-Wahl vorhanden, da speziell im Ausland die politische Entwicklung in der Bundesrepublik beachtet wird. *Eine Reihe von Währungen fiel erneut auf historische* Tiefstände zurück, so das Irische Pfund auf 3,129, der Belgische Franc auf 4,942, trotz teilweiser Lösung des Streitproblems, der Französische Franc auf 33,005, die Italienische Lire auf 1,651 und der Portugiesische Escudo auf 2,140. Das Englische Pfund fiel um 2 Pfg. auf 3,975 bei fast unveränderter Relation Pfund gegen Dollar. Der Japanische Yen stieg auf 1,1100 und hat somit fast sein Jahreshoch erreicht. Amsterdam 2,9695; Brüssel 53,51, Paris 5,0140; Mailand 1601,45; Wien 18,6030; Zürich 2,1430; Pfund/Dollar 1,5032.

Ostmarkkurs am 26. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,30; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die niedrigeren Dollar-Zinssätze (¼ Prozentpunkt), durch den Rückgang der Geldmenge um 3,1 Mrd. Dollar ausgelöst, führten am 26. September zu geringeren Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88/0,78	2,55/2,45	4,88/4,69
Pfund/Dollar	0,02/pari	0,04/0,07	0,21/0,26
Pfund/DM	1,90/0,50	4,20/2,80	7,10/5,70
FF/DM	37/11	79/63	163/147

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26. 9.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 26. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.

Bundesanleihen

		26. 9.	23. 9.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,6
5½ Bund 78 I	1/84	99,95	99,95
6 dgl. 84 I	1/84	100G	100G
8 dgl. 76 I	2/84	100,6	100,65G
7 dgl. 77	3/84	100,25	100,2
7½ dgl. 76 II	4/84	100,45G	100,45
6 dgl. 78	5/84	99,25	99,2
6 dgl. 78 III	9/84	99,3	99,25
8½ dgl. 75	9/84	101,4	101,45
6 dgl. 78 IV	12/84	98,95G	98,95
6¼ dgl. 79	1/85	98,85G	98,85
8½ dgl. 73 I	3/85	101,5G	101,5
7 dgl. 79	4/85	99,45	99,45
7¾ dgl. 79 II	6/85	99,8G	99,8
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,45G	100,45
8 dgl. 76 IV	10/85	100,95G	100,95
5½ dgl. 78 II	3/86	95,5	95,85
5¾ dgl. 78	6/86	95,3	95,15
7¼ dgl. 76 I	12/86	98	97,85G
6½ dgl. 79	1/87	95,5	95,5
7¼ dgl. 76 II	1/87	97,85	97,75bG
6¾ dgl. 77	4/87	95,9G	95,95
6½ dgl. 77	7/87	94,95	94,85
6 dgl. 77	10/87	93,35	93,35
6 dgl. 78 I	1/88	92,55	92,55
6½ dgl. 78 I	9/88	93,85	93,75
6½ dgl. 78 II	12/88	93,35G	93,35G
6¾ dgl. 79	1/89	94	93,85
7¼ dgl. 79 I	4/89	96	95,8
10 dgl. 81	4/89	107,8	107,8
7½ dgl. 79 I	6/89	97,05	96,85
8 dgl. 79 I	7/89	99,25	98,95
8 dgl. 79 II	8/89	99,2	99,05
7½ dgl. 79 II	9/89	96,9	96,65
7¾ dgl. 79 II	11/89	97,95	97,7
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,55bG	97,2G
10 dgl. 80	4/90	107,75	107,5
5¾ dgl. 78	5/90	90,8G	90,6G
8¼ dgl. 80 I	7/90	99,75	99,5
8¼ dgl. 80 II	11/90	99,75	99,65
7¾ dgl. 82	11/90	96,95bG	96,65
9 dgl. 81	2/91	103,5bG	103
10¼ dgl. 81	7/91	108,75bG	108,45
10¾ dgl. 81	9/91	112,8	112,55
10 dgl. 81 II	12/91	108,7	108,4
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,35bG	107bG
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,45bG	107,1bG
6 dgl. 78 II	3/93	88,25	88,1G
9,5 dgl. 82	4/92	106,15bG	105,9
9 dgl. 82	5/92	103,3	103
8½ dgl. 82	6/92	100,7bG	100,55bG
9 dgl. 82	8/92	103,3bG	103,05bG
8¾ dgl. 82	9/92	102,1	101,9bG
7¾ dgl. 82	12/92	95,9	95,75
7½ dgl. 83	1/93	94,25bG	93,8
7½ dgl. 83 II	3/93	94,15	93,9
7½ dgl. 83 III	5/93	95,2	95,05
8¼ dgl. 83	6/93	98,9	98,7
8 dgl. 83	7/93	97,35	96,95
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,1	98,7
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,8	100,8
8 dgl. 80 S.2	2/85	100,9	100,9
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,2G	101,2
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,4	102,25
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,7	101,7
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,05	101,05
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,7	100,75
7½ dgl. 80 S.8	8/85	99,9	99,9
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,3	101,3
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	101,7G	101,7
9 dgl. 81 S.11	1/86	101,95	101,75
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,35G	103,35G
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,1	103,85
9½ dgl. 81 S.14	4/86	102,95	102,95G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,1	104
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,4	105,4
11 dgl. 81 S.17	8/86	107	107
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,1	106,1
10 dgl. 81 S.19	10/86	104,95	104,8
9½ dgl. 81 S.20	11/86	103,5G	103,5G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,45	105,45
10 dgl. 81 S.22	11/86	104,8	104,8G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	103,5	103,5
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,3	104,2
9½ dgl. 82 S.25	3/87	103,85bG	103,65
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,05	102,95
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,3	102,2
8½ dgl. 82 S.28	5/87	100,85bG	100,75bG
9¾ dgl. 82 S.29	7/87	104,05	103,85
9 dgl. 82 S.30	8/87	102,75	102,5bG
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	101,95	101,7
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,35bG	100,1
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,4	99,4bG
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	98,6bG	98,35
7½ dgl. 82 S.35	12/87	97,65	97,4
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	98,7	98,45
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	94,85	94,35
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,4	95,25
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,4	96,1
7½ dgl. 83 S.40	6/88	97,3	97,1
8 dgl. 83 S.41	9/88	99,15	98,85

Bundesbahn

		26. 9.	23. 9.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
10 Bdbahn 73 II	11/83	100,35	100,35G
7½ dgl. 72	2/84	100,45	100,45
8 dgl. 72	9/84	100,9	100,9
8¼ dgl. 76	9/84	101,1	101,1
6 dgl. 78 III	11/84	99,1bG	99,05
6½ dgl. 79	2/85	99,05	98,95bG
8½ dgl. 73	2/85	101,35	101,3
7 dgl. 77	2/87	96,95	96,8
6 dgl. 77	9/87	93,35	93,25

		26. 9.	23. 9.
F 6 dgl. 78 II	7/88	92,15	92,05
6½ dgl. 77	5/89	92,7	92,6G
8 dgl. 79 I	7/89	99,25	99,15G
6 dgl. 78 I	2/90	89,2	88,95
8 dgl. 80 II	7/90	98,7	98,55
9 dgl. 81	3/91	103,1	102,95
10½ dgl. 81	8/91	111,55	111,4
10¼ dgl. 81	11/1	110,15	109,95
8 dgl. 80 I	2/92	–	97,55
10 dgl. 82	2/92	108,9	108,7
9½ dgl. 82	7/92	106,2	105,85
8 dgl. 82	11/92	97,35bG	97,15
7¾ dgl. 83	1/93	95,8G	95,65

Bundespost

		26. 9.	23. 9.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,6	100,6G
8 Bdpost 72 II	12/83	100,45	100,45G
8½ dgl. 68	6/88	98,25G	98,25G
8 dgl. 72 I	9/87	100,1	100
10 dgl. 81	3/89	107,15	107
10¼ dgl. 81	6/89	108,45	108,3
8 dgl. 80	3/90	98,6bG	98,35
7¾ dgl. 80	9/90	97,4bG	97,15
8¾ dgl. 80	12/90	102	101,75G
10½ dgl. 81	10/91	111,65	111,5
9¾ dgl. 82	2/92	107,45	107,3
8¾ dgl. 82	6/92	102,05bG	101,8
8½ dgl. 82	10/92	100,7bG	100,5
7¾ dgl. 83	2/93	95,85	95,85
8½ dgl. 83	9/93	100,7	100,5

Länder – Städte

		26. 9.	23. 9.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	95,5G	95,5G
8¼ dgl. 82	92	99,5	98,75
M 7 Bayern 66	86	99	99G
6½ dgl. 67	87	99G	99G
6 dgl. 68	85	98G	98G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100,4	100,4
6 dgl. 78	88	92,1	92,3
8¾ dgl. 80	90	101,25G	101,25G
8¾ dgl. 82	90	101,1	101,1
7½ dgl. 83	93	93,25G	93,25G
B 8½ Berlin 70	85	101,5	101,5
8 dgl. 72	85	100,5G	100,5G
7½ dgl. 76	84	100,2G	100,2G
7 dgl. 77	85	99,6G	99,6
6½ dgl. 78	88	95,4	95,75G
8¾ dgl. 80	88	102,2	102G
Br 7¾ Bremen 71	87	100G	100G
8 dgl. 72	87	100,25G	100,25G
7½ dgl. 83	93	93,5G	93,5G
H 8½ Hamburg 70	85	101,3	101,3G
6¾ dgl. 77	92	93,9G	93,9G
8 dgl. 80	92	98G	98G
9¾ dgl. 82	92	106,3G	106,3G
7½ dgl. 83	92	92,8G	92,8G
F 8 Hessen 71	86	100	100
6¾ dgl. 78	88	92,25	92,25
Ho6 Nieders. 69	84	99,7G	99,7G
8½ dgl. 70	85	101,5G	101,5G
7½ dgl. 72	87	–Zug.	–Zug.
8 dgl. 72	87	99,6	99,6G
7½ dgl. 79	87	97	97G
7¾ dgl. 82	92	94,4	94,6
8 dgl. 83	93	98G	98G
D 7½ NRW 71	83	100,15G	100,25
7½ dgl. 83	89	93,75bG	93,85
7¾ dgl. 83	93	95G	95G
8½ dgl. 83	93	100,1	100,1
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,85G	98,85G
8 dgl. 71	86	100,5	100,5
F 8½ Saar 70	85	100,4G	100,4G
7 dgl. 72	87	97,75bG	97,75G
6 dgl. 76	88	92,25	92,25G
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,5G	99,5G
6 dgl. 64 II	84	99,15G	99,15G
7¼ dgl. 72	87	99G	99G
8½ dgl. 73	85	101,6G	101,6bG
D 7 Essen 72	85	100bG	100G
M 6 München 64	84	99,35G	99,35G
S 7½ Stuttgart 71	86	99,75	99,75
7¾ dgl. 72	87	99,75G	99,75G
8 dgl. 83	93	97	97

Bankschuldverschreib.

	26. 9.	23. 9.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	80,5G	80,5G
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,35G	99,35G
9 dgl. Pf 106	101,7G	101,7G
10 dgl. Pf 108	106,6G	106,6G
7 dgl. KS 132	93,3G	93,3G
8 dgl. KS 155	97,25G	97,25G
9 dgl. KS 169	101,85G	101,85G

Langläufer gesucht

Die überraschend positive Geldmengenentwicklung in den USA hat die Ansicht gefestigt, daß dort die Chancen für eine langsame Rückbildung des hohen Zinsniveaus wachsen. Auf dem deutschen Rentenmarkt drückte sich dies in einer zunehmenden Nachfrage für längerlaufende öffentliche Anleihen aus, die bis zu einem Viertelpunkt angehoben wurden. Unter diesen Umständen scheint nicht mehr sicher zu sein, daß die projektierte neue Bundesanleihe noch mit einem Nominalzinssatz von achteinhalb Prozent ausgestattet werden wird. Bei den Pfandbriefen blieben die Kurse noch unverändert, aber auch hier besserte sich die Stimmung. DM-Auslandsanleihen lagen bis zu einem Viertelpunkt höher.

	26. 9.	23. 9.
M 5½ Bayer.Hdbs Pf 14	89TG	89TG
6 dgl. Pf 20	81G	81bG
6½ dgl. Pf. 2	93G	93G
7 dgl. Pf 3	93G	93G
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
6½ dgl. KS 14	94,75G	94,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	78G	78bG

	26. 9.	23. 9.
Br 6½ dgl. Pf 77	91,55G	91,55G
6 dgl. Pf 42	99,75G	99,75G
8½ dgl. Pf 47	99,95G	99,95G
F 6 Fr. Hypobk. Pf 66	88T	88T
6½ dgl. Pf 53	75G	75G
8 dgl. Pf 79	78G	78G
8 dgl. Pf 130	90,5T	90,5T
8½ dgl. Pf 133	84bG	84bG
10 dgl. Pf 168	100,1G	100,1G

	26. 9.	23. 9.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99,95	99,9G
M 6 Südboden Pf 41	88,5G	88,5G
5½ dgl. Pf 57	74,5G	74,5G
8½ dgl. Pf 143	92G	92bG
7 dgl. Pf 87	91bG	93bG
7½ dgl. Pf 104	93G	93G
7 dgl. KS 49	90,75G	90,75G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	96,5TG	96,5TG

	26. 9.	23. 9.
5¾ Mincta 77	233G	233G
4 dgl. 79	180G	178G
6½ Mitsub. Ch. 78	194G	194G
6,75 Mitsub. H 81	153,5	143T
6 dgl. 81	112,25G	112,2
6 Mitsui Co Ltd 80	116,75G	116,75
7 Nippon Sh. Gl. 82	146,5G	143,5G
3¾ Nippon Sh. 78	143G	140G
3½ Nissan Mot. 78	94G	94G
4 Nisshin Steel 78	144G	144G
6½ Oest v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	257	247G
3¾ Omron Tat. 79	340G	333G
4¾ Orient Fin 79	188G	190G
3½ Ricoh Comp. 78	181	175,5T
6¾ Rothm. Int. 72	95,75	96G
3¾ SankyoElec. 78	115,25G	113G
3½ Sanyo Elec. 78	169,5G	166G
3¾ Seiyu Stores 78	96,25bB	95,75G
6½ Sekisui 76	138G	138G
3½ Stanley 78	140,25	132,25
6 Taiyo Yuden 82	143G	142
5 Texaco Int. 66	95	95
3½ Tok. Elec. 78	420G	415G
4¾ Tok. Sanyo 77	295	290G
4 Tokyu Land 79	101,5G	100,25G
3½ Trio,Kenw. 78	110	109,25
6½ Ury Ltd. 79	138,5G	137G

Optionsscheine

	26. 9.	23. 9.
F 11 BASF Over Zee 82	43,9	43,8
7¼ Bayer Fin. 79	39,8	39,1
10½ Bayer Fin. 82	51	50,1
7½ BHF Bk. Int. 83	95	94,6
6¾ Ciba-Geigy 75	856	855
3½ Commerzbk. 78	47,9	45,8
7 Combk. Int. Lux. 83	75	74,8
4½ Dt. Bk. Comp. 77	128,7	124
3½ Dt. Bk. Int. 83	89,9	88,7
6¾ Degussa 83	143	142
4 Dresdner Bk. Int. 83	65,5	65,4
10 Hoechst 75	230,5	225,5
6¾ dgl. 79	49,2	49,4
8 Hoechst 83	65	64,8
7½ Jap. Syn. Rubber 82	1380	1380
5¾ Jusco 83	2225	2225
Marui 82	325	320
7¾ Siemens 83	152,3	148,3
6½ Wells F. 73	315	310

Optionsanleihen

	26. 9.	23. 9.
F 8½ BASF 74 m O	138,25	138,25
8½ BASF 74 oO	100,25	100,5G
M 3½ Stumpf 82 mO	162B	162,4B
M 3½ Stumpf oO	80bG	80G

Währungsanleihen

	26. 9.	23. 9.
F 8 Brasilien 72	95G	95G
6¾ Kopenhagen 72	95G	95G
9½ Norwegen 79	98G	98

Optionsanleihen

	26. 9.	23. 9.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	107,5	107,6G
7½ dgl. 83 oO	78,5G	78,5
3½ ComBk. Int. 78 m0 DM	109,25G	109,25G
F 3½ dgl. 78 oO DM	87,9	87,9
4½ C F DT. Bk. 77 m0 $	123G	123G
4½ dgl. 77 oO $	83	82,25
3¾ Dt. Bk. 83 mO	107,1	106,7

Wandelanleihen

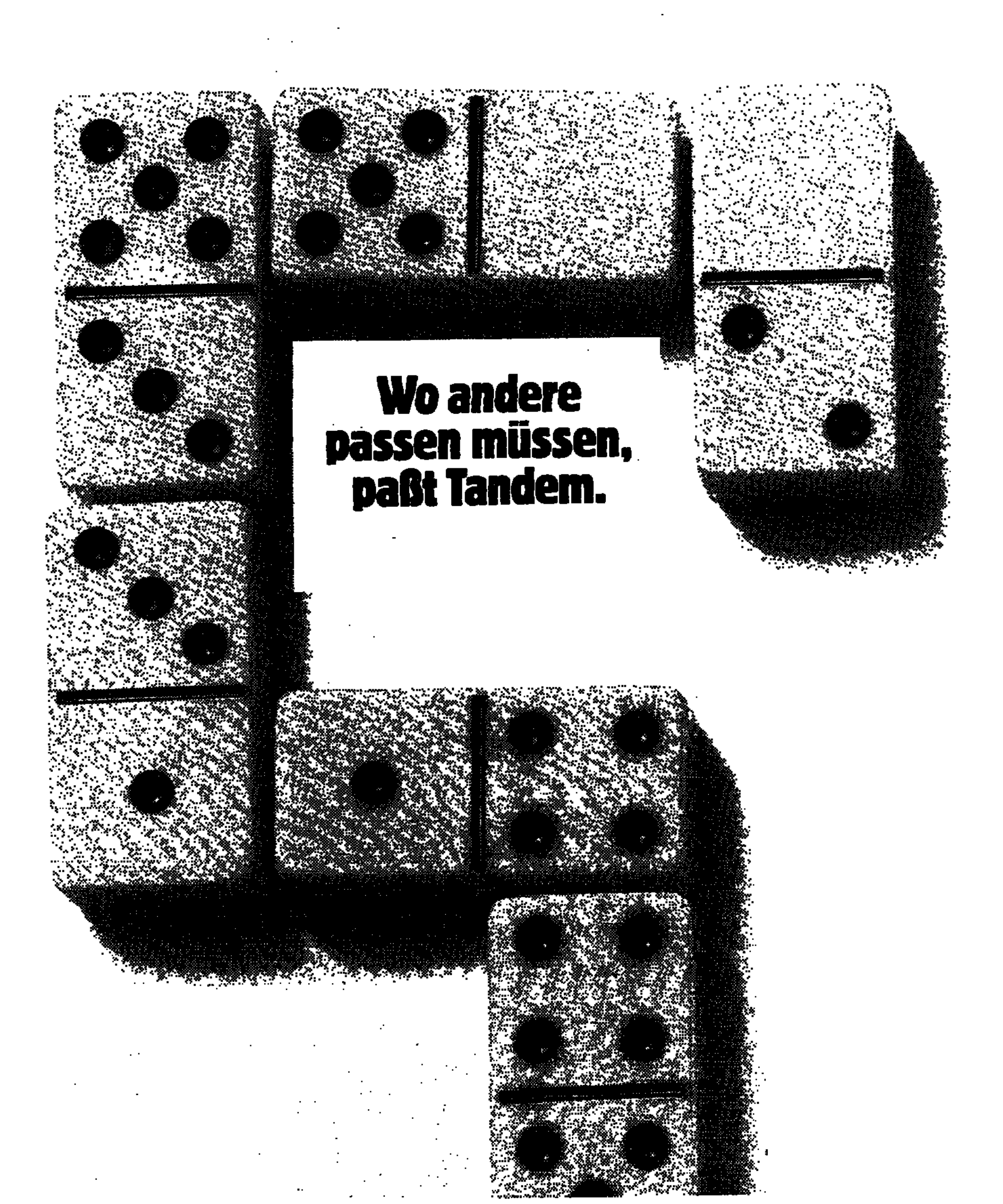
Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Ausländische Aktien



Warenpreise – Termine

Deutlich fester schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Weniger ausgeprägt als bei den Edelmetallen waren die Gewinne bei Kupfer. Etwas schwächer ging Kaffee aus dem Markt. Größere Abschläge mußte Kakao hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	23. 9.	22. 9.
Dez.	374,00	381,25
März	390,50	398,00
Mai	395,50	402,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	23. 9.	22. 9.
St. Lawrence 1 CW	244,54	244,89
Amber Durum	253,64	254,64

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	159,50	163,00
Dez.	162,50	164,60
März	166,80	168,10

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	130,50	133,50
Dez.	124,20	124,70
März	124,50	126,00

Hafer Chicago (c/bush)	23. 9.	22. 9.
Dez.	191,00	195,00
März	202,50	207,00
Mai	208,50	214,50

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	354,75	360,50
März	361,25	368,00
Mai	364,25	371,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	23. 9.	22. 9.
Okt.	130,30	151,50
Dez.	131,60	133,60
März	135,00	136,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	23. 9.	22. 9.
Dez.	133,50	133,65
März	130,40	130,50
Mai	127,60	128,45

Kakao New York ($/t)	23. 9.	22. 9.
Dez.	2056	2106
März	2070	2120
Terminkontr. Mai	2095	2140
Umsatz	5797	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	9,15	9,38
Jan.	10,05	10,07
März	10,65	10,78
Mai	11,02	11,12
Juli	11,25	11,43
Umsatz	13 390	–

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	23. 9.	22. 9.
	8,62	8,68

Kaffee London (£/t) Robusta-	23. 9.	22. 9.
Kontrakt Sept.	1776–1778	1770–1774
Nov.	1753–1754	1748–1749
Jan.	1728–1729	1723–1724
Umsatz	2627	1891

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1450–1458	1500–1515
Dez.	1483–1484	1539–1540
Jan.	1486–1488	1536–1538
Umsatz	4220	6929

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	155,75–156,00	153,50
Dez.	168,25–168,50	165,00–165,50
März	178,80–179,00	–
Mai	183,75–184,00	181,25–181,75
Aug.	–	–
Umsatz	5316	4454

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	23. 9.	22. 9.
schw. Sarawak spez.	247,50	247,50
weißer Sarawak	337,50	340,00
weißer Muntok	340,00	342,50

Orangensaft New York (c/lb)	23. 9.	22. 9.
Nov.	120,10	119,40
Jan.	115,45	114,05
März	113,80	113,30
Mai	113,90	112,95
Juli	113,30	112,40
Umsatz	400	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	23. 9.	22. 9.
Südstaaten fob Werk	52,00	51,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	37,00	37,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	34,67	35,90
Dez.	35,17	36,15
Jan.	35,13	36,12
März	34,80	35,75
Mai	34,20	35,30
Juli	33,13	34,15
Aug.	31,75	32,75

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	37,50	38,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	21,00	21,00
Choice white hog 4% fr. F.	15,50	15,50

Talg New York (c/lb)		
top white	17,50	17,50
fancy	17,00	17,00
bleichfähig	15,75	15,75
yellow max. 10% fr. F.	14,25	14,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	40,65	41,75
Dez.	41,30	42,05
Febr.	45,67	45,90

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	59,00	59,45
März	59,15	59,80
Mai	61,50	62,00

Häute Chicago (c/lb)	23. 9.	22. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	903,00	926,00
Jan.	917,00	941,00
März	928,00	950,00
Mai	929,00	954,00
Juli	924,00	952,00
Aug.	897,00	915,00
Sept.	808,25	823,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	235,50	237,50
Dez.	239,00	242,00
Jan.	241,00	243,00
März	244,00	246,00
Mai	244,00	248,00
Juli	245,00	247,30
Aug.	236,00	240,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	23. 9.	22. 9.
Okt.	402,50	412,50
Dez.	411,30	421,30
März	422,00	432,00

Kokosöl New York (c/lb)	23. 9.	22. 9.
Westküste fob Werk	44,00	44,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	26. 9.	23. 9.
jegl. Herk. cif	1100,00	1085,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	690,00	695,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	675,00	672,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	225,00	231,50

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippines cif	940,00	970,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	337,50	351,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	23. 9.	22. 9.
Okt.	74,70	75,40
Dez.	76,75	76,60
März	78,40	78,10
Mai	79,25	79,20
Juli	79,95	79,80
Okt.	75,90	75,80

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	59,50	59,25

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	23. 9.	22. 9.
Okt.	421–424	420–424
Dez.	421–424	420–424
Jan.	421–424	420–425
Umsatz	97	153

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	23. 9.	22. 9.
Okt.	46,10	46,10
Dez.	46,00	46,00
März	46,30	46,30
Mai	46,60	46,60
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	23. 9.	22. 9.
Okt.	552,0–554,0	554,0–555,0
Dez.	570,0	570,0–570,3
März	584,5–585,0	585,0–586,5
Umsatz	112	48

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	23. 9.	22. 9.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	23. 9.	22. 9.
Sept.	geschl.	13 470
Okt.	geschl.	13 546

Kautschuk London (p/kg)	23. 9.	22. 9.
Nr. 1 RSS loco	76,25–78,25	76,00–77,00
Okt.	76,00–78,00	75,00–77,00
Nov.	77,00–78,00	76,10–76,50
Okt./Dez.	76,90–77,20	76,00–77,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	23. 9.	22. 9.
Nr. 1 RSS loco	252,50–253,50	250,50–251,50
Okt.	254,50–255,00	252,50–253,00
Nov.	258,00–258,25	256,00–256,50
Nr. 2 RSS Okt.	250,00–251,00	248,00–249,50
Nr. 3 RSS Okt.	246,50–247,50	244,50–245,50
Nr. 4 RSS Okt.	240,00–241,00	238,00–239,00
Tendenz: ruhiger, stetig		

Jute London (£/lgt)	23. 9.	22. 9.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	26. 9.	23. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	114,68–114,78	111,46–111,66
drittfolg. Monat	118,56–118,76	115,46–115,66
Zink: Basis London		
laufend. Monat	223,19–223,39	221,11–221,51
drittfolg. Monat	229,76–229,96	227,31–227,51
Produz.-Preis	233,06	234,80
Reinzinn 99,9%	3723–3760	3731–3768

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	26. 9.	23. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	417,91–420,30	417,81–420,21
Blei in Kabeln	122,25–123,25	119,25–120,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	26. 9.	23. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	364–382	364–382
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	411–419	412–417
MS 63	418–422	418–422

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	23. 9.	22. 9.
(Ring./kg)	30,01	29,97

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	26. 9.	23. 9.
Leg. 225	445–473	445–473
Leg. 226	447–475	447–475
Leg. 231	487–505	487–505
Leg. 233	497–515	497–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

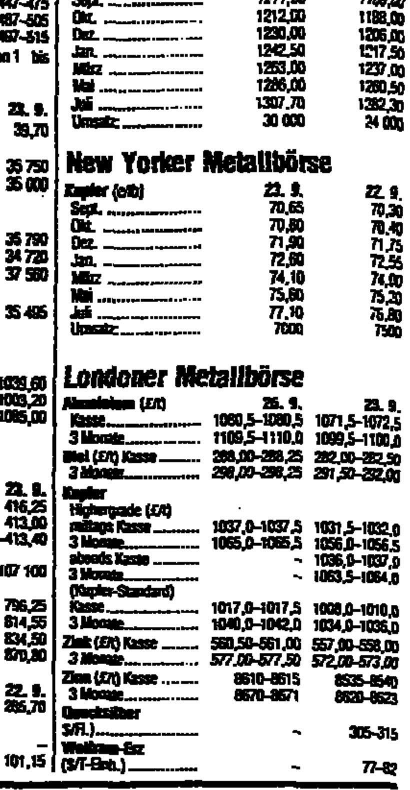
Edelmetalle

	26. 9.	23. 9.
Platin (DM je g)	39,95	39,70
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	35 850	35 750
Rücknahmepr.	35 100	35 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	35 780	35 790
Rücknahmepr.	34 710	34 720
verarbeitet	37 550	37 560
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 480	35 495
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	1043,60	1039,60
Rücknahmepr.	1007,10	1003,20
verarbeitet	1089,80	1085,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	26. 9.	23. 9.
10.30	416,25	416,25
15.00	415,00	413,00
Zürich mittags	416,40–416,90	412,90–413,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	107 500	107 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	803,10	796,25
3 Monate	821,90	814,55
6 Monate	841,10	834,50
12 Monate	878,10	870,80

Platin (£-Feinunze) London	23. 9.	22. 9.
fr. Markt	288,05	285,70
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
f. Händlerpr.	101,55	101,15



New Yorker Preise	23. 9.	22. 9.
Gold H & H Ankauf	413,00	407,7–
Silber H & H Ankauf	1206,00	1168,00
Platin fr. Händlerpr.	426,00–432,00	428,00–432,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	152,00–154,00	152,00–154,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	1211,00	1189,00
Okt.	1212,00	1188,00
Dez.	1230,00	1206,00
Jan.	1242,50	1217,50
März	1253,00	1237,00
Mai	1286,00	1260,50
Juli	1307,70	1282,30
Umsatz	30 000	24 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	23. 9.	22. 9.
Sept.	70,65	70,30
Okt.	70,80	70,40
Dez.	71,90	71,75
Jan.	72,60	72,55
März	74,10	74,00
Mai	75,60	75,20
Juli	77,10	76,80
Umsatz	7000	7500

Londoner Metallbörse

	26. 9.	23. 9.
Aluminium (£/t) Kasse	1080,5–1080,5	1071,5–1072,5
3 Monate	1109,5–1110,0	1099,5–1100,0
Blei (£/t) Kasse	288,00–288,25	282,00–282,50
3 Monate	298,00–298,25	291,50–292,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1037,0–1037,5	1031,5–1032,0
3 Monate	1065,0–1065,5	1056,0–1056,5
abends Kasse	–	1036,0–1037,0
3 Monate	–	1063,5–1064,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1017,0–1017,5	1008,0–1010,0
3 Monate	1040,0–1042,0	1034,0–1036,0
Zink (£/t) Kasse	560,50–561,00	557,00–558,00
3 Monate	577,00–577,50	572,00–573,00
Zinn (£/t) Kasse	8610–8615	8535–8540
3 Monate	8670–8671	8620–8623
Quecksilber ($/Fl.)	–	305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	77–82

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klaus Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 20,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prochelt

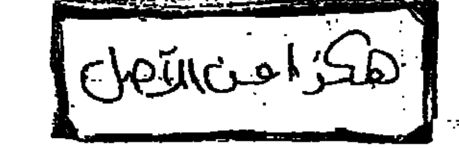
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Wo ist hier die Moral?

PHG – Per Flugblatt haben eine Buchhandlung und die Berliner „Arbeitsgruppe Solidarnosc“ schwere Vorwürfe gegen die Berliner Festspiele erhoben: Die Festivalleitung, mit deren Billigung die Buchhandlung zu einem Gastspiel des „Teatr Współczesny“ aus Breslau mit Kazimierz Brauns Inszenierung von Camus' „Pest“ in der Freien Volksbühne einen Büchertisch aufstellte, habe verlangt, alle Dinge, die „irgendwie an ‚Solidarnosc' erinnern“, aus dem Angebot zu entfernen, und zwar nicht nur Schallplatten, Aufkleber etc., sondern auch Literatur und Informationsmaterialien. Daraufhin hätten die Buchhändler ihren Stand vollständig geräumt.

Die Berliner Festspiele haben diese Darstellung als „Verleumdung“ bezeichnet. Man habe die Buchhändler nicht unter Druck gesetzt, sondern nur die „moralische Frage gestellt“, um den gastierenden Polen keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Nun wird jeder behutsame Theatermensch einsehen, daß massenhaft geschwenkte „Solidarnosc“-Fähnchen solchen Theaterproduktionen und den beteiligten Künstlern, zumal mit Blick auf spätere Gastspiele, nicht gerade hilfreich wären. Welchen Sinn aber ein Büchertisch im Theaterfoyer eines freien und demokratischen Landes haben soll, wenn er nicht zusätzliche Literatur und Informationen zu den Ausführungen anbietet, bleibt ein Geheimnis der Festspielleitung. Mit ein bißchen Camus, etwas Calderón und schönen Polen-Bildbänden ist es ja nicht getan.

Bei Gastspielen aus dem westlichen Ausland würde natürlich kein Hahn danach krähen, wenn alle möglichen Pamphlete, Protestpapiere und Buttons wider die Heimatländer gastierender Truppen im Foyer verhökert würden. Im Falle östlicher Regime aber kuscht die Festspiel-Nachtigall: Sie trappst auf den schweren Sohlen der Leisetreter. Es sind wohl die Festivalmacher selbst, die sich die moralische Frage stellen müssen.

Hagen: „Pilger“-Oper

Bei Gluck gibt's noch Fundstücke

Zehn Jahre lang haben die Städtischen Bühnen Hagen unter der Devise „Heiteres Musiktheater aus dem Osten“ manch vergessene Oper aus dem osteuropäischen Raum zutage gefördert. Mit Christoph Willibald Glucks „Die Pilger von Mekka oder Die unverhoffte Begegnung“ ließ Intendant Manfred Schnabel nun einen neuen Zyklus, „Heitere Vorklassik“, einleiten. In den 1764 uraufgeführten „Pilgern von Mekka“ kehrte Gluck zwei Jahre nach dem Reformwerk „Orpheus und Eurydike“ noch einmal zur konventionellen Nummernoper mit ausgedehnten Dialogen zurück. Die in „Orpheus“ erreichte dramatische Geschlossenheit und emotionale Tiefe tritt dabei wieder zurück zu Gunsten einer formal-oberflächlichen Charakterzeichnung.

Auch inhaltlich zollte Gluck dem Zeitgeschmack noch einmal Tribut und komponierte eine „Türkenoper“ auf ein Sujet, das später ebenfalls von Joseph Haydn und Mozart benutzt wurde. So liest sich die Handlung wie eine leichte Variante der „Entführung aus dem Serail“: Der persische Prinz Ali (Alexander Stachowiak) findet nach langer Suche am Hofe des Sultans von Kairo seine entführte Geliebte Rezia wieder (Maren Borsgard). Als Mekkapilger verkleidet wollen die Liebenden entfliehen. In letzter Minute verhindert der Sultan die Flucht. Doch durch Intervention des schrulligen Malers Überschwang (Werner Hahn) wird der Herrscher zu Großmut überredet und läßt die Liebenden samt Dienerpaar fliehen. Während Mozart die banale Singspielhandlung durch exemplarische Charakterzeichnung symbolisch überhöhte, beschränkt sich Gluck auf ein eher ungeschicktes Hantieren mit geläufigen Handlungs- und Stimmungsmustern.

Der Regisseur Ekkehard Pluta hat das wohl erkannt und erfindet für die Figur des Malers ironisierende Kommentare, die dem Bühnengeschehen eine zusätzliche dramaturgische Klammer geben, das Werk aber endgültig in den Bereich der Klamotte verweisen. Die Farbenpracht vortäuschende Ausstattung von Peter Umbach hat zwar den Vorteil schneller Verwandlungsmöglichkeit, jedoch den weit gravierenderen Nachteil arger orientalischer Buntscheckigkeit im Stile schlechter Märchenbücher.

Bei soviel aufgepfropfter Lustigkeit hat die Musik Glucks unter dem Dirigenten Michael Halász einen schweren Stand. Sie gerät fast zur Nebensache. Dennoch finden sich unter den etwa 30 Musiknummern genügend Fundstücke, die im Konzertsaal Furore machen können.

ALBIN HÄNSEROTH

Tagung der Europäischen Märchengesellschaft '83

Warum Odins Pferd acht Beine hatte

Der Zauberer gehört zu den klassischen Märchenfiguren. Oft steht er mit den Mächten der Finsternis im Bunde. Allein die Liebe vermag ihn zu bezwingen und läßt aus Fröschen wieder Prinzen werden und aus Bäumen wieder Prinzessinnen. Aber nicht nur böse Magier bevölkern die Märchen und Mythen der Völker. Zu den erbittertsten Gegnern der mit den Dämonen der Unterwelt verbündeten Hexenmeister gehören die *guten* Zauberer, die dem Merlin in der Artussage oder den greisen Gandals aus Tolkiens „Herr der Ringe“ gleichen.

In den Überlieferungen asiatischer und indianischer Stämme sind es die Schamanen, die für die gerechte Sache streiten und sich dabei überirdischer Hilfsgeister bedienen. Die Schamanen sind zwar meist sterbliche Menschen, aber durch Initiation gelangen sie in den Besitz außerordentlicher Fähigkeiten. Sie können mit Toten reden, in kosmische Welten reisen, die Geister aufsuchen oder zu sich bitten, sie beherrschen die Sprache der Tiere und der Pflanzen. Ausgerüstet sind sie mit einem Stab, ähnlich dem Zauberstab des Magiers, und mit einer Trommel, mit deren Hilfe sie sich in Ekstase versetzen. In diesem Zustand der Entrückung können sie den Kontakt mit den Geistern aufnehmen.

Der Glaube an die übersinnlichen Kräfte der Schamanen und Zauberer ist in den außereuropäischen Kulturen *nie ganz ausgestorben*. Und heute, da die Ratio ins Zwielicht geraten ist (oder ins Zwielicht gebracht wurde), hat der Schamanenglaube auch im Westen wieder Anhänger gewonnen. Was im letzten Jahrhundert angesichts des Siegeszuges der Naturwissenschaften und der Technik *noch ins Reich der Märchen verbannt* wurde, feiert heute zumindest partiell eine kräftige Renaissance. Dafür zeugen nicht nur Astrologie, Spiritismus und Wahrsagerei, sondern auch so manches hochseriöse Universitätsseminar.

So kam denn das Thema der diesjährigen Tagung der „Europäischen Märchengesellschaft“ in Bad Karlshafen zur rechten Zeit. „Zaubermärchen und Schamanentum“ lautete das Motto des 29. Kongresses der Gesellschaft.

In seiner Eröffnungsansprache warnte Heino Gehrts, Märchenforscher aus Altmölln und Organisator des Kongresses, gleichwohl vor „falschen Hoffnungen“. „Diese Tagung soll nicht der Einführung von Hobby-Schamanisten in bislang unerforschte okkulte Gebiete dienen“, sagte er. Ziel der Veranstaltung sei es vielmehr, die Wurzeln des Zauberwesens in den Märchen der Völker aufzuspüren und die enge Verbindung zwischen Mythos und Realität aufzuzeigen. Denn das Märchen sei trotz seiner Entrücktheit aus der Wirklichkeit Spiegelbild historischer und kultureller Entwicklungen und die Quintessenz allen Volksglaubens.

Von den ersten Zeugnissen des Schamanentums in den Höhlenbildern von Lascaux über Schamanen und Zauberer in Sagen und Märchen in Ost und West bis hin zu den Gepflogenheiten heutiger Wunderheiler auf den Philippinen spannte sich der Bogen der Referate. Den Schamanen in der germanischen Mythologie widmete Prof. Sigried Lichtenberger (Saarbrücken) einen vorzüglichen Vortrag. Sie wies darauf hin, daß das Schamanentum keineswegs eine Besonderheit der asiatischen Völker sei; in der germanischen Mythologie trete uns Odin, der Weltenherrscher, mit allen Attributen eines Schamanen entgegen. Er bediene sich der Hilfsgeister in Tiergestalt (Raben, Wölfe etc.), er reise in die Unterwelt, um Baldur zu befreien, und sein achtbeiniges Roß Sleipnir, ein kosmisches Symbol, finde im Schamanenglauben der sibirischen Stämme ein Äquivalent: auch dort reitet der Schamane auf einem achtbeinigen Pferd in das Totenreich.

Prof. Horst Kirchner (Berlin) ergänzte Frau Lichtenbergers Bericht in seinem Vortrag über „Archäologische Zeugnisse des Schamanentums in der germanischen Welt“. Auf Goldmünzen aus dem 7. Jahrhundert, gefunden in Niedersachsen und Skandinavien, wird Odin mit einer Kopf*bedeckung abgebildet, die an die Fe*derkostüme und Vogelmasken sibirischer und indianischer Schamanen erinnert. Odin selbst lebt nicht nur in Märchen und Sagen fort, sondern auch im Volksglauben, wo er heute noch als der „wilde Reiter“ in den Nächten zwischen Weihnachten und Silvester mit seinen Wölfen durch die Lüfte zieht.

Wie lebendig sich der Glaube an Zauberer und Schamanen bis in unsere modernen Tage erhalten hat, zeigte auch das Referat der Ungarin Agnes Kovacs über die Bauernmärchen ihrer Heimat. So gelten noch heute Kinder, die mit einem Zahn geboren werden, als Zauberkinder, prädestiniert zum „Taltos“, wie das ungarische Wort für Schamane lautet. In den Märchen tritt der Taltos meist als wildes Pferd auf – ein Bild, das an die Reitervergangenheit der Ungarn erinnert. In der bäuerlichen „Wirklichkeit“ des Volksglaubens dagegen beschränkt sich der Zauberer meist auf die menschliche Gestalt.

Ähnlich wie in Ungarn vermischen sich auch auf den Philippinen die christliche (katholische) Religion mit schamanischen Traditionen. Die meisten Wunderheiler dieses Inselreiches sind, wie Ebermut Rudolph, Pfarrer in Rain/Lech, berichtete, gute Katholiken. Ihre Religion hindere sie aber nicht daran, mit Geistern Zwiesprache zu führen und ihre Seele wie die Schamanen der Märchen in Trance oder tiefen Schlaf auf die Reise „bis ans Ende aller Welten“ zu schicken.

Fazit in Karlshafen: Im Märchen sind Diesseits und Jenseits nur Teile eines Ganzen, verbunden durch Brücken und Tore. Durch diese vermag außer den Toten auch der Schamane als Eingeweihter oder aber eine liebende Seele hindurchzuschreiten. Denn die Liebe gilt auch in den Zaubermärchen als die stärkste Zauberkraft, gegen die selbst die Geister der Unterwelt machtlos sind.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Vier Uraufführungen beim „steirischen herbst“

Kontorte Katastrophen

Graz, die wunderschöne, ungekannte Stadt, mit einer wahren Abundanz von barockem Glanz, wird alljährlich vom „steirischen Herbst“ befallen, einer an sich sehr dankenswerten, von der Einwohnerschaft aber vielfach als befremdlich empfundenen Veranstaltung des Avantgardismus, der allerdings noch heute der Überzeugung huldigt, betont pornophil sein zu müssen. So kommt etwa bei den jeweils ausgewählten Theaterexperimenten zwar manches Neue, aber beileibe nicht immer Großartiges zutage.

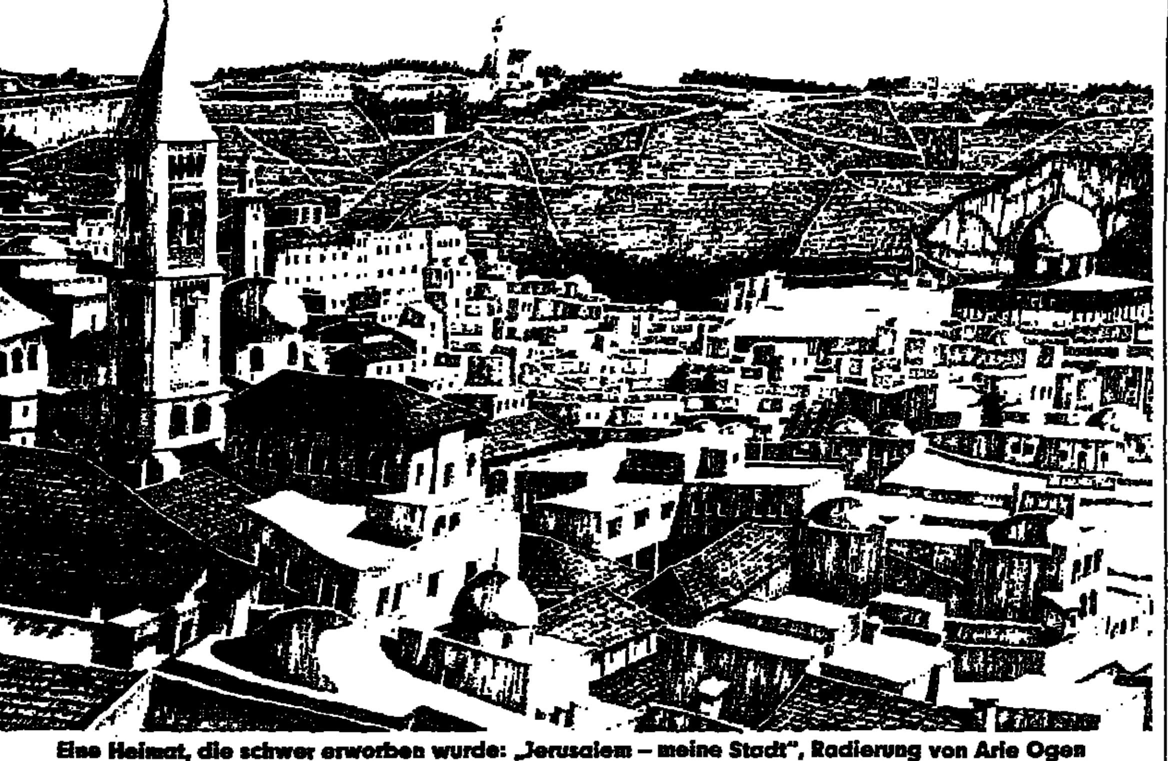
In diesem Jahr war eine erste Enttäuschung eine – natürlich englisch „Hippodrome“ betitelte – Collage von Gerhard Fischer und Clemens Gruber nach Kafkas „Chinesischer Mauer“, die vom Burgtheater ambitionierten Darstellern für Graz überlassen worden war. *Der Versuch* wurde allgemein als gut gemeint, aber kafkafremd abgetan. Eine gewisse Kostbarkeit hingegen war eine musikalisch untermalte Ernst-Jandl-Gala.

An Theaterstücken gab es zunächst eine – sage und schreibe – Beckett-Uraufführung, die Szene (als Stück wegen der Kürze kaum zu bezeichnen) „Was wo“, die so recht in die Adornosche Formulierung zu Beckett paßte: „Was hat die Welt aus uns gemacht? Stümpfe von Menschen.“ Solche Stümpfe leben auch hier entselbstet in fürchterlicher Monotonie vor sich hin, und einer nach dem andern wird von einer schier unantastbaren Gewalt zu Tode gequält, während das Jahr in äußerster verbaler Konzentration vergeht. Als zweite Beckett-Szene sah man die ebenso kontort behandelte „Katastrophe“, die im Vorjahr als Beitrag des Iren zu einer „Nacht für Vaclav Havel“ in Avignon uraufgeführt worden war. Sie zeigt die mitleidlose Entblößung, Herabwürdigung eines Menschen als Objekt eines Schauspiels. Zerebral zerdehnte, darin eindrucksvolle Regie führte Kurt Josef Schildknecht.

Das Hauptstück war „Ein fröhli*cher Morgen beim Frisör*“ von Wolfgang Bauer, der ja Steirer ist, eine in die Masche des Surrealismus verknüpfte Farce, vorwiegend Clownerie mit Scherz, Satire, Ironie und seichterer Bedeutung. Da wird ein Mann im Friseurladen skalpiert, damit ihm eine Kirche aufs Haupt gesetzt werden kann, eine Friseuse verkleidet sich als Nonne, um danach ein passendes Striptease zu ermöglichen. Die Phantasie trägt endlich alle Mitspielenden so weit ins Irreale, daß sie – dies die Idee – sich erst in Kinder verwandeln müssen, um wieder in die Wirklichkeit zurückkehren zu können. Der Autor führte selbst Regie und hat wohl weniger Längen empfunden als der blasierte Berichterstatter.

Da war „Mein Herbert“ von Herbert Achternbusch denn doch aus anderem Holz geschnitzt. Auch kein Theaterstück, sondern eher eine autobiografische Dokumentation, die in teilweise langstielig wirkenden Origi*nalbriefen den heute* sehr aktuellen Gegensatz zwischen Mutter und erwachsenem Sohn beleuchtet. Die Mutter, die für ihn sorgt, alles opfert, und der Sohn, der das nicht wahrhaben will und für sie nichts als Grobheiten übrig hat. Brigitte Antonius gab der Mutter viel Herz. Die Regisseurin Kitty Buchhammer schrak vor den Kraßheiten im Text nicht zurück, meinte aber, mitunter durch in Geschrei mündenden Stimmaufwand der Darsteller dramatische Akzente setzen zu können. Achternbuschs Programmnotiz, er werde jetzt keine Stücke mehr schreiben, ist wohl ernstzunehmen.

ERIK G. WICKENBURG



Eine Heimat, die schwer erworben wurde: „Jerusalem – meine Stadt“, Radierung von Arie Ogen

Drei Ausstellungen zeigen das Werk des jüdischen Malers Arie Ogen

Ein Preislied auf die heilige Stadt

Jerusalem ist nicht nur ein Eldorado der Archäologen. Auch die Maler hat diese Stadt auf sich gezogen wie kaum eine andere. Den Fremden macht sie zum Freund, den Künstler zu ihrem Verkünder. So hat auch Arie Ogen „Jerusalem – meine Stadt“ immer mit Feder und Pinsel gepriesen.

Zur Zeit stellt Ogen dreifach in der Bundesrepublik aus: in Bad Oeynhausen (Städtische Galerie: bis *30. 10.*), *in Hildesheim (Kreissparkasse:* bis 5. 10.) und in Braunschweig (Norddeutsche Landesbank: bis 14. 10.). Sein Stil zeugt von gebändigter Emotion und großer Gewissenhaftigkeit. Seine Techniken sind vielfältig. Sie reichen von großformatigen Ölskizzen und fast altmodisch gerahmten Ölminiaturen über Radierungen und Zeichnungen bis zur in jüngster Zeit bevorzugten Mischtechnik von Aquarell und Feder. Hervorhebung verdienen die Federzeichnungen, wenn, hauchzart von Aquarell unterlegt, jeder Strich, jede Schraffur, auch die anscheinend nebensächlichste, dem Ganzen das Detail hinzufügen.

Der Maler hat sich am Ganzen wie am Kleinsten der Heiligen Stadt versucht. Ihre Portale, verwinkelten Gäßchen, Gärten, Häuser, Kuppeln, Treppen, *Pflaster*, Straßenrinnen gehören ihm und gewinnen Persönlichkeit durch ihn. Die Verbundenheit mit dem Objektiven ist unauflöslich.

Ogen erzählt in seinen Bildern von der Gegenwart, mag auch das Gemalte tief in die Vergangenheit zurückweisen. Das Gestern der Altstadt schmilzt in das Heute hinüber. Alt ist nicht verfallen, selbst wo es verwahrlost erscheint. Die Menschen in orientalischer Gewandung sind keine Exoten, es sind Israelis von heute.

So entstanden Bilder aus Liebe zu einer Heimat, die schwer erworben wurde. Die Odyssee seines Lebens führte Arie Ogen vom Geburtsland Polen (1917), wo er einer bekannten Familie jüdischer Denker und Wissenschaftler entstammte, über Rußland (Internierung) nach Auslöschung fast der ganzen Sippe zur *Auswanderung nach Safed in Nord*galiläa. 1967 ließ er sich im Jerusalemer Künstlerviertel „Yemin Mosche“ bei der alten Windmühle nieder. Heute, nach fünf Jahren Aufenthalt in Bonn, in einem Arbeitskeller ohne Tageslicht, lebt er wieder in Safed, und vom See Genezareth her scheint ihm das Sonnenlicht ins Studio.

ALBERT MÜLLER

Berliner Festwochen: Korngold-Zyklus und eine Trouvaille von Schönberg

Musik für den Pavillon von Bad Ischl

Natürlich ist es immer noch wichtiger, Korngold zu spielen, als ihn zu diskutieren. Sein Werk hat das Gespieltwerden bitter nötig und dies gerade, weil es so süß ist. Erich Wolfgang Korngold war nun einmal ein Götterliebling. Dennoch starb er glücklicherweise nicht jung, wenn auch mit 60 nicht eben alt.

Unglücklicherweise aber machte ihm nicht nur die eigene Entwicklung zu schaffen. Mehr noch tat das die politische, vor der er nach Amerika hinüberfloh, um dort eine zweite Karriere als Filmkomponist, ruhmreich wie die erste in Wien, zu beginnen, die freilich – wie sich später erwies – dem Einklagen vergangenen Ruhmes deutlich und ungerechterweise entgegenstand. Korngold wurde ein vielfaches Opfer von vielem, darunter wahrscheinlich auch seiner selbst.

Er war nun wirklich ein Wunderkind, und die Musikwelt staunte ihn an. Bruno Walter, Richard Strauss, Arthur Nikisch umstanden wie musikalische Schutzheilige den molligen, weichgesichtigen Knaben. Sie führten seine bestürzend meisterhaften Werke auf, die auf Anhieb ihr Publikum fanden. Sie waren eingängig, luxuriös, melodisch: Talentproben vorweggenommener Reife.

Ein kleiner Korngold-Zyklus in Berlin – getragen vom Radio-Symphonie-Orchester und seinen Kammersolisten, akzentuiert durch die Reprise der „Toten Stadt“ in der Deutschen Oper, eingeleitet durch eine Podiumsdiskussion, an der Wolfgang Rihm, Gerd Albrecht und Korngolds Sohn George teil hatten – versuchte, den Wissensstand über Korngold musikalisch zu mehren. Heraus sprangen Hochachtung, Verwunderung, Anteilnahme. Man befriedigte eine Neugier aufs Alte, was schließlich nicht unehrenhaft ist.

Der Knabe Korngold verstand kunstreich zu artikulieren, was er noch gar nicht zu sagen hatte. Er trug jedoch mit musikalischer Eloquenz selbst noch das Nichtssagende vor. Er hüllte es in eine Orchestersprache von blühender Üppigkeit, niedergeschrieben mit bestechendem Raffinement.

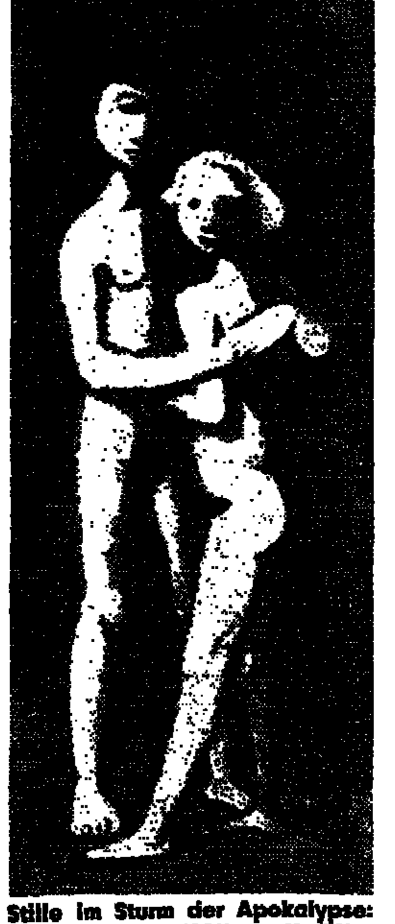
Er war ganz gewiß ein Ohrenschmeichler und Sinnenkitzler, ein österreichisch liebenswürdiges Talent und Temperament, immer halb der Pracht des großen Goldenen Musikvereinssaals, halb wohl aber auch *dem kaiserlichen Musikpavillon von* Bad Ischl nachträumend. Korngold schrieb ausdrucksreiche k. u. k. Fin-de-siècle-Musik, die freilich den Untergang der Epoche hellhörig noch nicht vorwegnahm. Das künstlerische Naturell des Knaben war evident. Musikalische Hellseherei war ihm nicht eigentümlich. Er war auf bezaubernde Weise eklektisch.

Er verstand es, die Höhepunkte seiner Kompositionen mit genauem Gespür für ihre Wirkkraft aufzubauen. Doch von den eindrucksvoll hochgetürmten instrumentalen Gipfeln schweift der Blick oft auch über viel musikalisches Flachland. Eine musikalische Ur-Begabung, war Kornfeld offenbar geschaffen, sich die Herzen zu gewinnen und dies schon mit fünfzehn. So jung war er, als er die „Sinfonietta“ schrieb. Das war 1912, und Köln veranstaltete, dem Knaben zu Ehren, bereits eine „Korngold-Woche“. Fast vierzig Minuten spielt das Sinfoniechen, mal ein bißchen schmalzig, mal ein bißchen schmissig in ihren vier Sätzen, von denen das träumerische Andante am feinsten ist.

Korngold war ein Schmeichelgenie, ein Zärtlichkeitsfanatiker, und das hört sich auch aus seinem schönen Streichsextett op. 10 heraus, einem Werk des Siebzehnjährigen, von den Solisten des Berliner RSO mit Herzenswärme und Gusto vorgetragen. Sie auch beschlossen das Korngold-Colloquium mit einer waschechten Uraufführung, wenn auch nicht gerade einer von Korngold: Sie spielten die fragmentarischen zwei Dutzend Takte der Jugendkomposition „Toter Winkel“ von Schönberg, ein Vorlaufwerk zur „Verklärten Nacht“, in Schönheit dahinraunend, atmosphärisch dicht, klangekstatisch: ein musikalisches Appetithäppchen, das den Hörer freilich auf seinem Appetit *sitzenläßt*.

Über Gebühr befriedigte dafür Korngold mit seinem Klavierkonzert für die linke Hand, von Steven de Groote mit großem Einsatz gespielt, von Gerd Albrecht hingebungsvoll geleitet.

KLAUS GEITEL



Stille im Sturm der Apokalypse: „Zwei Kinder“ (1941) von Karl Hofer FOTO: KATALOG

Eine ständige Karl-Hofer-Galerie im Schloßmuseum Ettlingen

Schon gestern ein Mann von heute

Hofer ist tot ... Tatsächlich ragt er als einer der wenigen in unsere Zeit hinein, der noch das Optische als Mittel der Aussage zu benutzen suchte. Mag er sich dabei auch auf sehr persönliche Traum- und Wachvisionen beschränkt haben, so war er in seiner Weise doch ganz echt und in aller herrischen Zerrissenheit sehr ehrlich ...“ Max Kaus schrieb das an Erich Heckel beim Tode Hofers. Es ist ein bemerkenswertes Urteil, von Achtung geprägt, ohne daß der Blick auf die künstlerischen Fähigkeiten und Grenzen verstellt wäre. Kaus' Urteil bestätigt sich jetzt wieder einmal in Ettlingen, wo im Asam-Saal *des Schlosses eine ständige* Karl-Hofer-Galerie eingerichtet wurde.

Diese Ehrung für den Maler war möglich, weil die Erben mehr als 80 Gemälde sowie Zeichnungen und Graphiken aus dem Nachlaß als Dauerleihgabe zur Verfügung stellten. *Ursprünglich sollte Hofers Geburts*stadt Karlsruhe damit bedacht werden, doch da sich dort keine geeigneten Räume fanden, kam Ettlingen zum Zuge. Hofer war hier wiederholt zu Gast, nicht zuletzt um den befreundeten Bildhauer Karl Albiker zu besuchen, dessen Plastiken im selben *Museum eine Etage tiefer* bereits seit einiger Zeit ständig zu sehen sind.

Die Karl-Hofer-Galerie, chronologisch geordnet, umfaßt Werke aus allen Arbeitsperioden. Am Anfang stehen die noch stark von Hofers Lehrer Hans Thoma beeinflußten Porträts, darunter das Bildnis Leopold Ziegler (1900) und das Doppelporträt im Profil mit seiner Frau (1903). Mit „Im Meersand“ (1914) deutet sich bereits die Wende zu eigenen Ausdrucksformen an, die Vorliebe für Ganz- und Dreiviertelfiguren, die starke Stilisierung der Gesichter mit der Betonung der Augenpartie. Die Zwischenkriegszeit ist – obwohl Ho*fer durch die Aktion „Entartete* Kunst“ und bei Bombenangriffen auf Berlin mehr als anderthalb hundert Werke verlor – immerhin mit drei Landschaften, mit dem zwischen Aufbruch und Resignation schwankenden „Turmbläser“ und den von stiller Schönheit geprägten „Kartenspielenden Mädchen“ *vertreten*.

Spannung zwischen apokalyptischen Visionen und ruhiger Heiterkeit bestimmt Hofers Bilder im Krieg, während danach eher die dunklen Themen vorherrschen. Das läßt sich in der Ettlinger Auswahl gut ablesen, auch wenn es ihr an den *bedeutenden Werken, die sich längst* die großen Museen gesichert haben, mangelt. Die lichten Räume, vor allem der kleine Rundsaal mit den Zeichnungen, schaffen eine Atmosphäre, die für den, der mit Hofers Werk ein wenig vertraut ist, die Ambivalenz der Wiederbegegnung mildert, und die bei dem, dem Hofer bislang ein Unbekannter war, Interesse für den Maler zu wecken vermag. Hofer war ein Künstler, der sich nie aufs Modische einließ, nicht zu Zeiten, als der Expressionismus florierte, nicht, als die Neue Sachlichkeit eine Rückkehr zur Gegenständlichkeit brachte, und erst recht nicht, als, wer im Gespräch sein wollte, der Abstraktion zu huldigen hatte (gegen deren penetrantes Mittelmaß er streitbar zu Felde zog).

Hofer schien nie zeitgemäß zu sein. Als er 1955 starb, kam er vielen wie ein Mann von gestern (wenn nicht gar von vorgestern) vor. „Vielleicht wird, was vielen jetzt überholt erscheint, später mehr und anders gewertet werden“, schrieb Max Kaus damals. Die Ettlinger Karl-Hofer-Galerie gibt ihm recht. Sie bestätigt nachdrücklich: Hofer ist nicht tot. (Katalog, Frölich & Kaufmann, Berlin: 39 Mark, im Buchhandel: 48 Mark)

PETER DITTMAR

JOURNAL

Goethe-Institut in Houston eröffnet

dpa, Houston

Das Goethe-Institut in Houston ist vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, Bernhard Vogel (CDU), offiziell seiner Bestimmung übergeben worden. Es ist das siebte Institut in den USA. Vogel würdigte bei der Einweihungsfeier die deutsch-amerikanischen Beziehungen als Wertgemeinschaft, die weit über die aktuelle Tagespolitik hinausgehe. Es falle dabei den Goethe-Instituten der wichtige Dauerauftrag zu, den amerikanischen Freunden deutsche Geschichte, Kunst und Literatur lebendig vor Augen zu führen.

Erstfassung von Camus' „Caligula“ gefunden

dpa, Rom

Die ursprüngliche Fassung eines der bekanntesten Theaterstücke von Albert Camus (1913–1960), „Caligula“, ist in Rom von dem amerikanischen Forscher James Arnold wiederentdeckt worden. Die erste Fassung, *die sich von der zweiten erheb*lich unterscheidet, entstand 1938. Der Autor selbst hatte den Text vor der Uraufführung, die 1945 stattfand, geändert.

Staatsrechtslehrer tagen in Köln

DW. Köln

Vom 28. September bis zum 1. Oktober 1983 findet an der Universität Köln die traditionelle Jahrestagung der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer statt. Die Themen der Tagung lauten: „Kulturauftrag im staatlichen Gemeinwesen“ sowie „*Die Steuerung des Verwaltungshandelns durch Haushalts*recht und Haushaltskontrolle“. Die Beratungen finden nur im Kreise der Mitglieder statt. Die Referate und Diskussionsbeiträge werden jedoch in den Veröffentlichungen der Vereinigung publiziert. Die organisatorische Betreuung des Kongresses liegt bei Professor Klaus Stern, Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre der Universität Köln.

Paris erinnert an die die Gruppe der 5

Reg. Paris

An die „Gruppe der 5“ erinnert das Théaâtre Musical de Paris in dieser Saison. So werden von Januar an Mussorgskys „Chowantschina“ und Rimsky-Korssakows „Goldener Hahn“ zu sehen sein. Konzertant werden Borodins „Fürst Igor“ und *Rimsky-Korssakows* Oper „*Die Legende von der unsichtbaren Stadt* Kitesch“ aufgeführt. Boris Christoff singt Lieder von Modest Mussorgsky, Bernhard Ringeissen erinnert an das Klavierwerk der fünf russischen Komponisten. In einem speziellen Programm sind auch kleinere *Stücke von Balakirew und Cui zu* hören.

Isobel Baillie gestorben

dpa, Manchester

Die als eine der größten britischen Konzert- und Opernsängerinnen dieses Jahrhunderts geltende Schottin Isobel Baillie ist im Alter von 88 Jahren in Manchester gestorben. Isobel Baillie, die ihre erste Platte 1926 aufnahm und vor allem als Oratoriums- und Liedersängerin berühmt wurde, hat mehr als tausendmal in Georg Friedrich Händels „Messias“ gesungen. Sie war die einzige britische Sängerin, die dreimal mit dem großen italienischen Dirigenten Arturo Toscanini auftrat. Sie sang auch in Konzerten unter der Leitung von Bruno Walter, Sir Adrian Boult und Sir Malcolm Sargent.

Wird ein Anarchosport zum Volksvergnügen?

Untergrundschrift zum Versicherungsbetrug / Fälle häufen sich

WERNER KAHL, **Bonn**

Der „heiße Abriß" ist seit altersher eine beliebte Art, aus brüchigem Gemäuer Kapital zu schlagen. Relativ neu in diesen und ähnlichen unsauberen Geschäften ist der organisierte politisch motivierte Versicherungsbetrug. Die Anleitung lieferten Ghostwriter der Anarchoszene mit dem Aufruf „Bereichert euch am Verschwinden der Macht".

Opfer von Taschendiebstählen und Autoeinbrüchen in Mittelmeerländern, vor allem in Italien, wurden deshalb in diesem Jahr häufig ausgelacht oder unverblümt als Betrüger verdächtigt, wenn sie den Verlust ihres Eigentums bei der Polizei anzeigen wollten. Als prominentestes Opfer dieser neuen Welle klagte jetzt die frühere Schlittschuh-Prinzessin Marika Kilius ihr Leid. Auf dem römischen Flughafen hatten ihr unlängst Taschendiebe nach einer Rempelei Schmuck gestohlen. Bei der Kripo behauptete nun ein Anrufer, der Juwelendiebstahl aus der Handtasche der Eisläuferin sei fingiert gewesen, um von der Versicherung 630 000 Mark zu kassieren.

„Ein Skandal, eine infame Verleumdung", entrüstete sich der Showstar. „Ich habe kein Ding gedreht." Ihren Anwalt beauftragte sie, ihr Ansehen vor Gericht vor derartiger Beschädigung zu bewahren.

Mit Schadenfreude hatten italienische Medien im August die Verhaftung von elf deutschen Urlaubern im Ferienidyll Malcesine am Gardasee registriert (Die WELT v. 29. 8. 83). Den Gästen wurde Betrug vorgeworfen, nachdem sie Anzeige gegen Unbekannt erstattet hatten. Malcesine, ein seit jeher beliebtes Ferienziel der Deutschen, drohte über Nacht der Ruf eines unsicheren Urlauberdorados. Der romantische Ort hatte zuvor niemals eine solche Häufung von Eigentumsdelikten erlebt.

Als Opfer hatten sich unter anderem ein Professor und dessen Reisegefährte, ferner ein Student und ein Polizeibeamter gemeldet. Sie schimpften auf italienisches Diebesgesindel, weil ihnen Radio- und Stereogeräte, ein Surfbrett und andere Dinge gestohlen worden seien. In jedem der angezeigten Fälle hätten die Urlauber aus Deutschland jedoch die Diebstähle vorgetäuscht, so behauptete die Polizei, um Schadensersatzansprüche bei ihrer Versicherung stellen zu können. Italienische Zeitungen höhnisch: „Das neue deutsche Hobby: Ferien auf Kosten der Versicherung."

Versicherungsdetektive aus der Bundesrepublik Deutschland entdeckten, was den Sicherheitsbehörden schon länger schwarz auf weiß vorliegt: eine in der Anarchoszene bis hin zu Hochschulen vertriebene Schrift „Ratgeber Versicherung – Wege zu Wissen und Wohlstand".

Ein Rat aus der anonymen Feder der Systemgegner, die bereits mit der Schrift „Wege zu Wissen und Wohlstand oder lieber krankfeiern als gesund schuften" aufwarteten, lautet: „Versicherungsbetrug möglichst nicht in deutschsprachigen Ländern, nicht im Ostblock. Generell nicht in Dörfern oder Kleinstädten. Unser Tip: Palermo!"

„Immer Sozialverhalten beachten", so ein anderer Ratschlag an potentielle Betrüger: „Wer 'nen dicken Ledermantel anhat, trampt nicht." Jeder 20. Schadensfall sei bereits Versicherungsbetrug, teilte ein großes deutsches Versicherungsunternehmen mit. Ein Gesinnungswandel mache sich bemerkbar, der als Zeitgeist zur Bereicherung am Versicherer wie zu einem Volkssport aufruft. Die Zeche zahle jedoch die große Gemeinschaft der ehrlichen Versicherungskunden.

LEUTE HEUTE

Weltraum-Ticket

Mit einer Tingeltangel-Fernsehshow feierten **Bob Hope**, frühere Astronauten sowie die Stars **Olivia Newton-John** und **John Denver** den 25. Geburtstag der Nasa. Unter den geladenen Gästen war auch Nasa-Administrator **James Beggs**. Er war von der Show so beeindruckt, daß er Bob Hopes Namen auf jene Liste von Prominenten setzte, die als erste Zivilisten mit auf einen Raumflug gehen sollen.

Angst vor der Welt

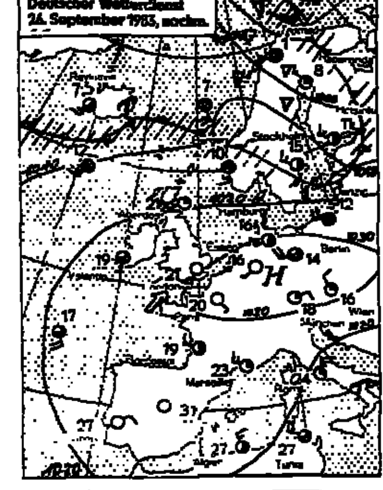
Kurz vor seiner Entlassung aus dem Gefängnis, in dem er die letzten 34 Jahre verbracht hatte, bat der jetzt 62jährige **Donald Champman** um eine Verlängerung seiner Strafe. Die Gefängnisverwaltung lehnte das Gesuch ab und verschaffte ihm statt dessen einen Job in einer Raststätte, da er die letzten Jahre hinter Gittern als Chefkoch gearbeitet hatte. Der Autodieb hat in den vergangenen 34 Jahren nur vier Tage in Freiheit verbracht, weil er nach jeder Entlassung prompt wieder ein Auto knackte, um wieder hinter Gittern zu landen.

Heimliche Verlobung

Neue Enttäuschung für **Caroline von Monaco** (26). **Robertino Rossellini** (33), drei Jahre lang ihr ständiger Begleiter, hat sich heimlich mit der italienischen Schauspielerin **Isabella Ferrari** verlobt.

WETTER: Meist sonnig

Wetterlage: Das frühherbstlich warme Wetter dauert im Bereich einer umfangreichen Hochdruckzone über Mitteleuropa in den nächsten Tagen an. Nur der äußerste Norden wird von Wolkenfeldern gestreift.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, Nebel. Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Dienstag:

Das gesamte Vorhersagegebiet: In den Frühstunden in feuchten Flußniederungen verbreitet Nebel, sonst starker Dunst. Nach deren Auflösung meist sonnig, nur im norddeutschen Flachland vor allem vormittags wolkig, aber auch dort niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen zwischen 20 und 24 Grad, im Norden nur um 16 Grad. Tiefsttemperaturen der Nacht zwischen 10 und 5 Grad. Im Norden mäßiger Wind aus westlichen Richtungen, sonst schwacher Wind aus wechselnden Richtungen.

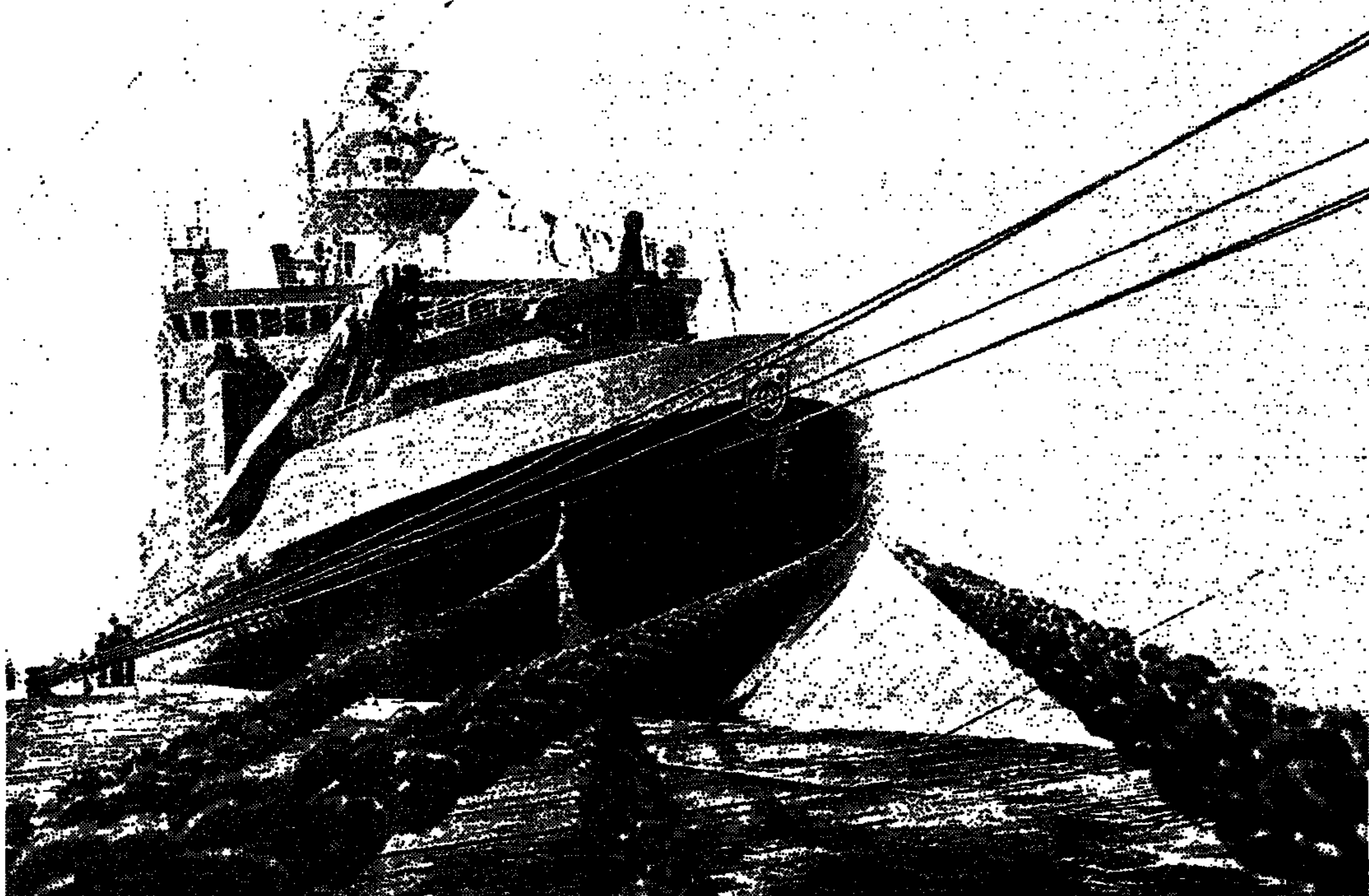
Weitere Aussichten:

Andauer des „Altweibersommerwetters".

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	28°
Bonn	16°	Kopenh.	15°
Dresden	13°	Las Palmas	32°
Essen	16°	London	21°
Frankfurt	16°	Madrid	31°
Hamburg	16°	Mailand	22°
List/Sylt	15°	Mallorca	31°
München	18°	Moskau	8°
Stuttgart	17°	Nizza	25°
Algier	27°	Oslo	16°
Amsterdam	19°	Paris	20°
Athen	25°	Prag	17°
Barcelona	27°	Rom	24°
Brüssel	19°	Stockholm	15°
Budapest	18°	Tel Aviv	27°
Bukarest	18°	Tunis	27°
Helsinki	11°	Wien	16°
Istanbul	23°	Zürich	17°

* **Sonnenaufgang am Mittwoch:** 6.17 Uhr, Untergang: 18.08 Uhr, **Mondaufgang:** 21.11 Uhr, Untergang: 13.09 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel



Erst Ende April wird die „Polarstern", wohl das teuerste deutsche Schiff, wieder in heimischen Gewässern schwimmen. Mit auf die „Winterreise" gehen etwa 150 in- und ausländische Forscher. FOTO: DPA

„Polarstern" auf der zweiten Fahrt ins Ewige Eis

DIETER THIERBACH, **Bonn**

Das deutsche Polarforschungs- und Versorgungsschiff „Polarstern" ist von Bremerhaven aus zu seiner zweiten Antarktisexpedition ausgelaufen. „Alle Hände voll zu tun" haben nach Einschätzung des Koordinators Professor Dieter Fütterer die rund 150 in- und ausländischen Forscher, die diesmal an dem Unternehmen beteiligt sind. Der Geologe vom Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung in Bremerhaven – eine der deutschen Großforschungseinrichtungen – betreut die beiden wichtigsten Etappen dieser Reise.

Das Meeresforschungsschiff, im Dezember 1982 in Dienst gestellt, ist ein echter Superlativ: Mit 118 Metern Länge, 25 Metern Breite und rund 200 Millionen Mark Investitionskosten ist das 10 878 BRT-Schiff der teuerste „schwimmende Pott" der Bundesrepublik Deutschland. Die „Polarstern" hat einiges auszuhalten: 20 000 PS starke Dieselmotoren „schieben" das Schiff durchs Eis. Temperaturen bis zu minus 55 Grad Celsius können technisch bewältigt werden. Der Schiffsrumpf verfügt über doppelte Wände, die stellenweise aus mehr als fünf Zentimeter starkem Spezialstahl bestehen. Maximal 106 Passagieren bietet die „Polarstern" Unterkunft; für 40 Wissenschaftler gibt es gut ausgerüstete Labors.

Die „Winterreise" des blau-weiß-orangefarbenen Forschungsschiffes ist in fünf wissenschaftliche Abschnitte eingeteilt. So sind zehn Fachleute bis zur Ankunft in Rio de Janeiro am 12. Oktober hauptsächlich mit Wetterforschung und Luftchemie beschäftigt. 25 Biologen und Geologen widmen sich während des zweiten Versuchsabschnittes im Seengebiet um die Süd-Shetland-Inseln der Fischereibiologie. Das besondere Interesse gilt dem Plankton und dem Krill. Die logistische Basis der Expedition liegt in Punta Arenas (Südchile/Feuerland). Hier wechselt dann vor Beginn des dritten Forschungsabschnittes die wissenschaftliche Besatzung. Auch Professor Fütterer steigt als Fahrtleiter zu. Für die dann 35köpfige Wissenschaftscrew steht in den nächsten fünf Wochen die Meeresgeologie (Sedimentuntersuchungen und Mineralienbildung) im Mittelpunkt.

Die Versorgungsfahrt zur permanent besetzten deutschen Georg-von-Neumayer-Forschungsstation auf dem Eckström-Schelfeis ist mit sieben Wochen angesetzt. Geplanter Ankunftstag: 5. Januar 1984. Versorgungsgüter werden ausgeladen, die Überwinterungsmannschaft abgesetzt und wissenschaftliches Gerät installiert. 1500 km von der Georg-von-Neumayer-Station entfernt, gute 20 Kilometer vor der Küste, liegt die deutsche „Sommerstation" auf dem Filchner-Schelfeis, das nächste Ziel der „Polarstern". Der arktische „Sommer" dauert hier von Januar bis März; die Temperaturen sind dann halbwegs erträglich. „Bis maximal minus zehn Grad fällt dann das Thermometer", weiß Dieter Fütterer, „bei Durchschnittstemperaturen von minus 50 Grad im Winter wird es da schon ungemütlicher".

Acht „Sommergäste" – vom Team auch scherzhaft „Touristen" genannt – werden hier aufgenommen; neun Forscher bleiben in der Basisstation zurück. Koch, Funker, Techniker und Ingenieure machen das Leben für die nächsten Monate in völliger Einsamkeit halbwegs erträglich. Für den 9. März ist die Ankunft in Kapstadt geplant. Ende April wird die „Polarstern" in Bremerhaven zurückerwartet.

Gericht für umstrittene Heilungsmethode

Professor darf Extrakte abgetriebener Föten verwenden

H. WEISSENBERGER, **Lyon**

Französische Gerichte haben jetzt bestätigt, daß Ärzte Knochenmark-Extrakte aus einem Fötus von einer Abtreibung benutzen dürfen, um Kinder mit einem angeborenen Defizit an natürlichen Abwehrstoffen gegen Infektionen zu heilen. Mit dieser neuen Methode wurden bereits vier Kinder im Lyoner Krankenhaus Debrousse vor dem sicheren Tod gerettet.

Ein internationaler Verband gegen die Verwendung von menschlichen Föten war gegen die Behandlungsmethoden von Professor Jean-Louis Touraine in dem Krankenhaus gerichtlich vorgegangen. Das Gericht in Paris, bei dem der Präsident des Verbands, Claude Jacquinot, die Klage einreichte, wies diese jetzt als „unbegründet" ab.

Professor Touraine darf weiter immun defizitäre Kinder mit Knochenmark behandeln, das abgetriebenen Föten entnommen wird. Acht Kinder erhielten bisher derartige Knochenmarkübertragungen, vier davon wurden gerettet. Der letzte von ihnen, der kleine Julien, konnte im vergangenen Juli im Alter von dreieinhalb Jahren das Plastikzelt verlassen, in dem er zwei Jahre lang, von der Außenwelt völlig abgeschirmt, hatte leben müssen.

Die Behandlung der Kinder mit einem Immun-Defizit dauert mindestens zwei Jahre. Frühestens nach dieser Zeit produziert der Körper selbst die Abwehrstoffe gegen die Infektionen, denen alle Menschen ausgesetzt sind. Diese Produktion wird durch die Einspritzung von knochenmarksähnlichen Substanzen stimuliert, die der Leber von acht bis 13 Wochen alten Föten entnommen werden.

Die Klage des Verbands gegen die Behandlungsmethode von Professor Touraine war die zweite, die der Verband gegen die Verwendung von Extrakten aus Föten in Frankreich einreichte. Auch die erste, gegen Versuche von Professor Jean Meunier zur Behandlung der Diabetes mit Zellen aus der Bauchspeicheldrüse von Föten, war abgewiesen worden, doch Professor Meunier stellte freiwillig seine Versuche ein.

Touraine in Lyon argumentierte, daß ohne die Behandlung mit den Zellen aus Föten seine kleinen Patienten höchstens ein Jahr überlebten. Touraine erklärte, daß die Föten, denen die Zellen entnommen werden, gewöhnlich zwei Stunden vorher abgetrieben wurden und medizinisch tot seien. Die beiden Ärzte-Teams, die die Abtreibung und die Zellentnahme vornehmen, arbeiteten streng voneinander getrennt.

Touraine: „Ich habe die moralische Verpflichtung, die Behandlung fortzusetzen. Ich bin kein Fanatiker, der sich auf irgendeinem Kriegspfad befindet, aber unsere Sache ist gerecht, und ich werde sie verteidigen." (SAD)

Moskaus Frauen laufen Sturm für 20 Gramm

Harsche Kritik an der sowjetischen Miederwarenindustrie

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Bedrückt von einem Problem, das auf russisch „bjustgalter" genannt wird, hat sich eine sowjetische Journalistin temperamentvoll Luft gemacht. Ihre zornige Philippika gegen dieses Erzeugnis der heimischen Textilindustrie, der die „Iswestija" breitesten Raum widmete, fand bei vielen Moskauer Frauen begeisterte Zustimmung.

„Im Kampf erworben, mit Schmerzen getragen." Mit diesen Worten faßte Marina Lebedewa die doppelte Misere des Mangels an und der schlechten Qualität von Büstenhaltern zusammen. Miederwaren aus sowjetischer Produktion „drücken, schneiden ein und verwunden". Dem Lande fehle es wahrhaftig nicht an Baumwolle, aber 20 Gramm davon für jede Frau ließen sich einfach nicht auftreiben. Statt dessen werde schweres und kratzendes Material verwendet, um wahre Folterwerkzeuge herzustellen.

Westliche Ware wiege nur halbsoviel wie das sowjetische „Angebot" – ein Wort, von dem sich die Autorin sogleich wieder distanziert, denn davon könne nun wirklich nicht die Rede sein. „Unsere Frauen sind doch kräftig, nach der Pariserin brauchen wir uns da nicht zu richten", wurde ihr vom Direktor einer Miederwarenfabrik erklärt. Ob denn die Regel, daß unsere Maschinen beträchtlich schwerer seien als vergleichbare des Auslands, auch auf diesem Gebiet hingenommen werden müsse, fragte Marina heftig zurück.

Die Sache, um die es der Autorin geht, hat nicht einmal verläßliche Haken und Ösen, sondern Plastikverschlüsse. Die sind zerbrechlich und unpassend. „Ein Gramm Stahl, und die Frauen wären glücklich!" ruft Marina aus. Die Sowjetunion ist der größte Stahlproduzent der Welt, aber nach Ansicht der Planer seien die Frauen des Landes eines solchen Vorzugs wohl noch nicht würdig.

„Natürlich, wir Frauen sind nachgiebig und geduldig. Aber jede Geduld geht einmal zu Ende. Besonders dann, wenn uns mit typisch männlicher Selbstgerechtigkeit vorgehalten wird, daß ohne unsere Nörgelei eigentlich alles gut wäre." „Spätestens im nächsten Fünf-Jahres-Plan", mit diesem Trost versucht man schon seit Jahrzehnten die Frauen hinzuhalten. Derweil würden vorzugsweise Männer mit Papierbeschlüssen Probleme auf eine Art lösen, die Millionen Frauen Tränen in die Augen trieben.

Für alle Bereiche der Bekleidung beschäftige ein Fachinstitut des Ministeriums für Leichtindustrie spezielle Designer, nur für Miederwaren gebe es keinen. „Zwar war da mal einer, aber vielleicht wollte man ihn davor bewahren, auf erzürnte Käuferinnen zu treffen", spottete Marina Lebedewa in der „Iswestija".

Bewährung für Armin Hary

dpa, **München**

Der Olympiasieger von 1960 im 100-Meter-Lauf, der 46jährige Kaufmann Armin Hary, ist von einer Wirtschaftsstrafkammer des Münchner Landgerichts gestern zu 18 Monaten Haft wegen Beihilfe zur Untreue an der katholischen Kirche verurteilt worden. Die Verbüßung der Strafe ist gegen 20 000 Mark Geldbuße zur Bewährung ausgesetzt worden. Der Hauptangeklagte, der 55jährige ehemalige kirchliche Grundstücksberater Karl-Heinz Bald, erhielt drei Jahre Freiheitsstrafe. Gegen beide wurden die Haftbefehle aufgehoben und die Kautionen in Höhe von 150 000 und 70 000 Mark freigegeben.

Armin Hary und Karl-Heinz Bald standen zum zweiten Mal vor einer Großen Strafkammer. Das erste Urteil vom März 1981 in Höhe von zwei Jahren ohne Bewährung für Hary und fünf Jahren für Bald hatte der Bundesgerichtshof (BGH) Anfang dieses Jahres im Strafmaß aufgehoben. Die Strafaussetzung bei dem früheren Sportler bezeichnete Vorsitzender Dieter Sachse als „Gnadenakt" und begründete sie damit, daß bei einer Verbüßung nach so langer Zeit „die Resozialisierung futsch" wäre. Sachse rügte, daß Hary weiterhin seine Unschuld beteuert und im Gegensatz zu Bald „kein mannhaftes Wort gefunden hat, das einem Geständnis gleichgekommen wäre".

Überfall: 5 Tote

SAD, **Kilgore**

Von unbekannten Verbrechern, die am frühen Abend eine Imbißstube in Kilgore (US-Bundesstaat Texas) überfielen, wurden fünf Menschen entführt und erschossen. Ihre Leichen fand man am nächsten Tag an einer einsamen Landstraße, 24 Kilometer von dem Restaurant entfernt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Laser gegen Verkalkung

AFP, **Stanford**

Bei der Behandlung von Arteriosklerose, einem besonders nach dem 40. Lebensjahr häufig auftretenden Blutgefäßleiden, mit Laserstrahlen haben amerikanische Ärzte Erfolge verzeichnet.

Selbstmordversuch

dpa, **Düsseldorf**

Der 23jährige Computertechniker aus Dormagen, der im Verdacht steht, seine Eltern und seinen Bruder umgebracht zu haben, stürzte sich gestern auf dem Wege zu einer erneuten Vernehmung im Düsseldorfer Polizeipräsidium im Treppenhaus aus der zweiten Etage in den Lichtschacht. Dabei erlitt er mehrere Knochenbrüche.

Tödlicher Unfall

AFP, **Beauvais**

Ein streunender Hund, der über die Autobahn lief, hat nördlich von Paris einen schweren Verkehrsunfall verursacht, bei dem drei Menschen ums Leben kamen. Der Fahrer eines Lkw geriet beim Ausweichmanöver ins Schleudern. Ein Pkw raste in den Lastwagen hinein.

Brand außer Kontrolle

dpa, **Madrid**

Waldbrände im Norden der Insel Teneriffa haben bis gestern 700 Hektar Pinienwald vernichtet und gefährden den Nationalpark am Fuß des Vulkans Teide. Der Gouverneur von Teneriffa hat die gesamte Bevölkerung aufgefordert, bei der Brandbekämpfung zu helfen.

Vermögen für Vögel

AP, **Fargo**

Ein ehemaliger Mathematikprofessor hat im US-Bundesstaat North Dakota sein gesamtes Vermögen von rund 240 000 Mark Vögeln und Eichhörnchen hinterlassen. Der im Alter von 78 Jahren Verstorbene ordnete in seinem Testament an, daß das Geld zur Pflege und Fütterung von Kleintieren in öffentlichen Parkanlagen zu verwenden sei.

ZU GUTER LETZT

„Die rund 30 Models machten ihre Sache ausgezeichnet. Lacherfolge gab's nur, wenn einer der Herren in der Aufregung den Schlitz offengelassen hatte. Dagegen verblaßte die schönste Mode." Die „Pinneberger Zeitung" über eine Amateur-Modenschau.